

Das Parlament

Berlin, 05. Oktober 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 41 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Vorhang zu, Fragen offen

Andreas Scheuer Ganze fünf Stunden und bis zum frühen Morgen dauerte die Vernehmung des CSU-Verkehrsministers im Maut-Untersuchungsausschuss im Bundestag am vergangenen Donnerstag.



Scheuer wies bei der Aufklärung der geplatzten Pkw-Maut zentrale Vorwürfe zurück. Er sagte als Zeuge im Ausschuss, bei einem Treffen im November 2018 mit Managern der später vorgesehenen Betreiberfirmen habe es nach seiner Erinnerung kein Angebot zur Verschiebung der Vertragsunterzeichnung bis zu einem EuGH-Urteil gegeben. Genau diese Manager hatten im Ausschuss zuvor allerdings vom Gegenteil gesprochen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte die Pkw-Maut im Juni 2019 gekippt (siehe Seite 4 und Seite 10).

ahe

ZAHLE DER WOCHE

79,3 Millionen

Euro hat die geplatzte Pkw-Maut den Bund mittlerweile gekostet, unter anderem durch Gerichtsverfahren und Anwaltskosten. Überdies verlangen die Mautbetreiber Kapsch und CTS Eventim nach der Kündigung der Verträge 560 Millionen Euro Schadensersatz. Der Bund bestreitet diese Ansprüche.

ZITAT DER WOCHE

»Erinnerungslücken sind keine Entlastung.«

Oliver Luksic, FDP-Verkehrsexperte, sieht den „begründeten Vorwurf der Lüge“ Scheuers gegenüber Parlament und Öffentlichkeit immer noch nicht ausgeräumt.

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT 2021
Interview Haushaltsexperte Otto Fricke (FDP) kritisiert hohe Verschuldung **Seite 2**

GESUNDHEIT
Etat Rekordhaushalt als Antwort auf die Corona-Pandemie **Seite 6**

AKTUELL
Lobbyregister Experten loben Vorstoß für mehr Transparenz **Seite 10**

KEHRSEITE
Bundestag Musikalische Begleitung der christlichen Morgenandacht **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Abseits der Routine

GENERALDEBATTE Kritischer Blick auf die Schulden und ein direkter Appell an die Bürger

Die Opposition hat ihren Auftrag auf jeden Fall erfüllt. Routiniert, aber nicht leidenschaftlos nutzte sie die Generaldebatte in der vergangenen Woche für ihre kritische Betrachtung der gegenwärtigen Regierungspolitik. Zu kritisieren hatte sie einiges, unter anderem die Abkehr von der „Schwarzen Null“, die Frage der ungeklärten Finanzierung der milliardenschweren Corona-Hilfspakete oder die aus ihrer Sicht noch unausgereiften Strategien im Kampf gegen Corona. Die Kanzlerin dagegen wich vom üblichen Prozedere mit Ankündigung ab: „Ich kann hier keine Routine-Rede halten“, sagte Angela Merkel (CDU) und wandte sich anschließend mit für solche Debatten ungewohnt persönlichen Worten an ihre Zuhörer jenseits des Plenarsaals. Ihr Appell an das Durchhaltevermögen der Bürger in Sachen Corona erinnerte in ihrer Eindringlichkeit an ihre existenzielle Sprache zu Beginn der Pandemie („Es ist ernst!“).

Wie andere Haushaltsberatungen der vergangenen Woche, so wurde auch die Generaldebatte von der Corona-Pandemie bestimmt. Kein Wunder, zwang diese die Bundesregierung doch bereits zu zwei Nachtragshaushalten. Und auch im Bundeshaushalt für 2021 bilden sich die enormen Kosten zur Bewältigung der Pandemie-Folgen noch ab und veranlassen die Regierung erneut, die Schuldenbremse auszusetzen. 96 Milliarden Euro soll die dadurch mögliche Neuverschuldung im kommenden Jahr betragen.

Schuldenbremse Bundeskanzlerin Merkel verteidigte diesen Kurs: „Wir sind in der Lage, kraftvoll zu reagieren und haben trotzdem die niedrigste Schuldenquote der G-7-Staaten“, betonte sie, nicht ohne zu versprechen, schnellstmöglich zu einem verfassungskonformen Haushalt zurückkehren zu wollen. Der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion reichte diese Ankündigung nicht. Alice Weidel (AfD), die Deutschlands Zustand mit „kurz vor dem Abgrund“ beschrieb, erkannte in den Haushaltsplanungen für 2021 ein „Dokument der unverantwortlichen Sorglosigkeit“. Erst die überzogenen Maßnahmen der Regierung hätten aus der Corona-Krise die schwerste Rezession in der Geschichte Deutschlands gemacht, sagte Weidel. Christian Lindner (FDP) bezeichnete die Neuverschuldung für das aktuelle Jahr zwar als gerechtfertigt, aber mit Blick auf 2021 könne von einer Notlage nicht mehr gesprochen werden. Für SPD-Fraktionschef



Zusammen durch Krisen und Umbrüche gehen: Dieses Motto bestimmte nicht nur die Generaldebatte kurz vor dem 30-jährigen Einheitsjubiläum. Auch bei der Eröffnung der Einheits-Expo in Potsdam Anfang September stand das „Wir“ im Vordergrund.

Rolf Mützenich (SPD) handelt es sich dagegen um einen „Haushalt mit Kraft und Ausdauer“, denn nur ein starker Sozialstaat sei in der Lage, den Menschen Zuversicht in einer existenziellen Krise geben zu können. Dietmar Bartsch (Die Linke) hatte auch nichts gegen neue Schulden im Sinne von Investitionen in Soziales und Bildung. An die Bundesregierung gerichtet mahnte er: „Aber Sie sagen gar nicht, wer die Rechnung dafür bezahlt!“ Mit ihrer Ankündigung, bis 2022 wieder zu den Vorgaben der Schuldenbremse zurückzukehren, mache die Regierung „schon jetzt einen gigantischen Spardruck auf den Sozialstaat auf“, warnte Bartsch. Doch Geld lässt weder das Corona-Virus verschwinden, noch lassen dessen Folgen allein auf monetäre Aspekte beschränken. Dies deutlich zu machen, war vor allem Angela Merkel ein Anliegen. Angesichts steigender Corona-Infektionen appellierte sie an die Bürger, die Erfolge der vergangenen Monate nicht zu

riskieren. „Ich bin sicher: Das Leben, wie wir es kannten, wird zurückkehren. Die Familien werden wieder feiern, die Clubs und Theater und Fußballstadien wieder voll sein. Was für eine Freude wird das sein!“, betonte sie. Alle sehnten sich zwar wieder nach Nähe und Gemeinsamkeit. Jetzt „brauchen wir aber immer noch mehr Abstand als Fürsorge“, mahnte Merkel. Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) schloss sich diesem Appell an: „Ich verstehe ja jede und jeden, den das nervt und der das einfach schlichtweg leid ist. Aber es hilft alles nichts, denn wir haben noch einen verdammt langen Weg vor uns.“ Wie Lindner kritisierte auch Hofreiter, dass es noch immer keine vorausschauende Teststrategie, etwa schnelle Tests für Menschen in Pflegeeinrichtungen und Lehrberufen, gebe. Es könne auch nicht sein, dass nach einem halben Jahr immer noch über Luftfilter für Klassenräume diskutiert werde, kritisierte er. In Bezug

auf weitere Einschränkungen persönlicher Freiheiten reagierten Grüne, Linke und FDP skeptisch und mahnten deren Angemessenheit an. Deutlicher wurde Alice Weidel: „Hören Sie auf, Panik zu schüren“, verlangte sie von der Bundesregierung.

Klimawandel Fast alle Abgeordneten erinnerten daran, dass die Coronakrise die Klimakrise nicht verdrängen dürfe. Kritisiert wurde unter anderem das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), weil es den Ausbau dieser Energien nicht fördere (Grüne) oder weil es Energie teuer mache und für eine Stromlücke Sorge (FDP). Während jedoch Dietmar Bartsch der Bundesregierung vorwarf, den „Bildungsnotstand“ den Belangen der Autoindustrie unterzuordnen, bewerteten FDP, AfD und Unionsfraktion die Diskussion um den Verbrennungsmotor als existenzgefährdend für die Branche. Alexander Dobrindt (CSU) warb für Investitionen in synthetische Kraftstoffe als eine Antwort auf den Klimawandel. Merkel kündigte ihrerseits an, bis Ende des Jahres einen Beschluss aller Mitgliedstaaten für das von der Kommission angestrebte Ziel der 55-Prozent-Reduktion beim CO2 erreichen zu wollen.

Claudia Heine

EDITORIAL

Im Zeichen der Krise

VON JÖRG BIALLAS

Diese Pandemie kostet Geld, viel Geld. Der Staat ist gefragt, Unternehmen zu retten, ganze Branchen zu stützen, Selbstständigen die Existenz zu sichern. Hinzu kommen erhebliche Investitionen in das Gesundheitswesen und finanzielle Hilfsmaßnahmen für gebeutelte Kommunen. Außerdem zusätzliche Verpflichtungen gegenüber europäischen Partnern. Kurzum: Corona belastet den Bundeshaushalt 2021, der in der vergangenen Woche eingebracht wurde, erheblich.

Wohl dem, der solide aufgestellt ist so eine Situation gerät. Wenn die Lasten vergangener Haushaltsjahre nicht über Gebühr drücken, lassen sich die zukünftigen Herausforderungen leichter schultern. Rückblickend waren die Jahre mit der viel diskutierten „Schwarzen Null“ im Staatssäckel deshalb eine politische Strategie, die sich heute auszahlt. Davon ist der Etat für das kommende Jahr weit entfernt. Gewiss, es wird nicht anders gehen, als abermals ordentlich Geld in die Hand zu nehmen, um die Folgen der Pandemie im Zaum zu halten.

Und doch sind Fragen berechtigt: Ist die in stattlichem Umfang geplante zusätzliche Kreditaufnahme kompensierbar? Wie realistisch ist es, die erneut ausgesetzte Schuldenbremse ab 2022 wieder anzuziehen? Wann klettern die Fiskaleinnahmen auf das Niveau der Zeit vor der Coronakrise, auch angesichts des Umstandes, dass in der Mitte dieses Jahrzehnts die Steuerzahler der besonders geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen? Schließlich: Würde der Etat für 2021 auch so vorliegen, um die in diesem Jahrhundert bisher größte Bedrohung für die Menschheit effektiv anzugehen.

Was passiert, wenn ein Staat der Pandemie zu oberflächlich und ohne ausreichende Finanzmittel begegnet, lässt sich weltweit mannigfaltig besichtigen. Und doch gilt auch in der Krise: Ein wesentlicher Grundsatz aller Haushaltspolitik ist das Verantwortungsbewusstsein für die zukünftige Generation. Daran ändert auch Corona nichts.

314 Milliarden Euro Neuverschuldung in zwei Jahren

ETAT 2021 Der Entwurf ist schwer gezeichnet von der Corona-Krise. »Handlungsbedarf« in der Finanzplanung

Die andauernde Corona-Pandemie wird auch den Bundeshaushalt im kommenden Jahr erheblich prägen: Nach 215 Milliarden Euro in diesem Jahr sollen 2021 weitere 96 Milliarden Euro Schulden aufgenommen werden. Das sieht der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf für den Bundeshaushalt 2021 (19/22600) vor. Mit der Neuverschuldung sollen im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 413,4 Milliarden Euro gestemmt werden. Das sind rund 95,1 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr, liegt aber noch deutlich über den Haushaltsansätzen und Planungen der Vor-Corona-Jahre. So hatte der im November 2019 beschlossene Haushalt für 2020 Ausgaben in Höhe von 362 Milliarden Euro vorgesehen. Laut alter Finanzplanung des Bundes (19/11801) wurden für 2021 Ausgaben in Höhe von 366,2 Milliarden Euro angepeilt.

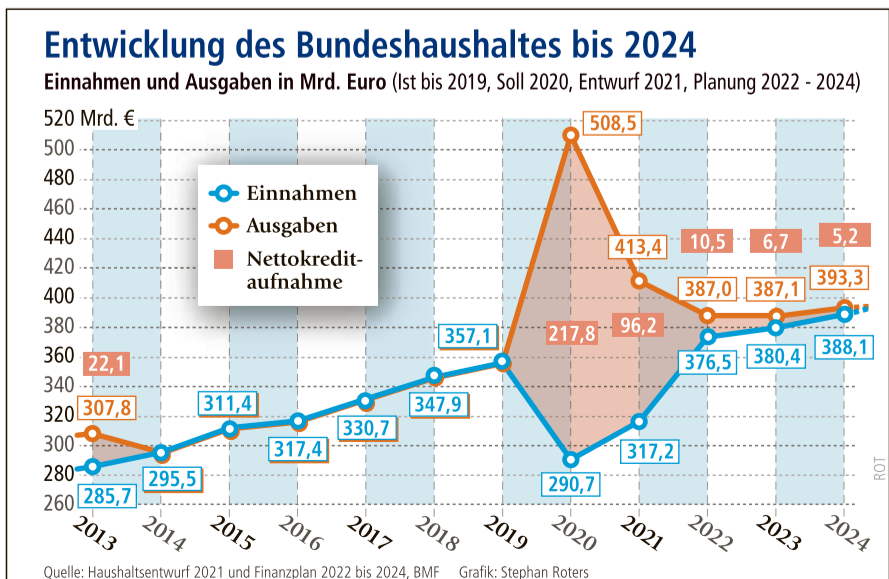
Ausnahme beantragt Die geplante Neuverschuldung liegt um 86,2 Milliarden Euro über der Obergrenze der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel. Entsprechend haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD – wie bereits im lau-

fenden Jahr – beantragt (19/22887), eine Notsituation festzustellen, um von der Schuldengrenze abweichen zu können. Auf der Einnahmeseite schlägt die Coronakrise weiterhin durch, wenn auch in geringerem Umfang: Die Bundesregierung rech-

net auf Grundlage der jüngsten Steuerschätzung mit Steuereinnahmen von 292 Milliarden Euro in 2021, 27,6 Milliarden Euro mehr als der Soll-Wert für 2020. Zum Vergleich: 2019 lagen die Steuereinnahmen bei 329 Milliarden Euro.

In der Finanzplanung des Bundes 2022 bis 2024 geht das Ausgabenniveau zurück, auch die Nettokreditaufnahme soll sinken und sich im Rahmen der regulären Obergrenze bewegen. Für 2022 rechnet die Bundesregierung mit Ausgaben in Höhe von 387,0 Milliarden Euro, für 2023 von 387,1 Milliarden Euro und für 2024 von 393,3 Milliarden Euro. 2022 soll die Nettokreditaufnahme demnach 10,5 Milliarden Euro, 2023 6,7 Milliarden Euro und 2024 5,2 Milliarden Euro betragen. Laut Bundesregierung ist die Regelgrenze aber „nur unter der Maßgabe eines verbleibenden erheblichen finanzpolitischen Handlungsbedarfs darstellbar“. Danach beträgt dieser Bedarf 2020 9,9 Milliarden Euro, 2023 16,4 Milliarden Euro und 2024 16,2 Milliarden Euro. Wie diese Lücken geschlossen werden sollen, ist noch nicht festgelegt.

scr



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

JETZT STEUERN ERHÖHEN?

Geld für die Zukunft

PRO



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Momentan nimmt der Staat gewaltige Schulden auf, um die Corona-Krise zu bewältigen. Allein in diesem Jahr wird sich der Bund mit 218 Milliarden Euro verschulden, nächstes Jahr soll das Defizit bei 96 Milliarden liegen.

Nicht zielführend

CONTRA



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Der Bundeshaushalt ist in Folge der Corona-Pandemie in kürzester Zeit in Schieflage geraten. Finanzminister Olaf Scholz will dieses und nächstes Jahr insgesamt 314 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten aufnehmen.

Herr Fricke, bevor der Bundestag den jetzt eingebrachten Haushalt für das nächste Jahr verabschieden kann, muss er erst ein Hindernis beiseite räumen: Er muss die grundgesetzliche Schuldengrenze aufheben, so wie dies fürs laufende Jahr schon geschehen ist.

Das heißt, Sie entscheiden das am Ende der Haushaltsberatungen. Am Ende, wenn auch der endgültige Beschluss über die Feststellung des Haushalts kommt, der natürlich damit einhergeht.

Die Bundesregierung plant für 2021 mit Mehrausgaben gegenüber der bisherigen Finanzplanung von 47 Milliarden Euro und begründet dies mit den Folgen der Coronakrise. Sie haben da Zweifel?

Ich bin da sehr vorsichtig. Man muss sich jetzt genau angucken, welche der Ausgaben wirklich coronabedingt sind und welche einfach so dazukommen, ohne gegenfinanziert zu sein.

Finanzminister Olaf Scholz plant auch für die Folgejahre 2022 bis 2024 noch eine Neuverschuldung, dann aber im Rahmen der Schuldenbremse des Grundgesetzes...

...wenn sie denn im Rahmen der Schuldenbremse wäre, weil das Aufkommen einigermaßen scharf berechnet ist. Aber ich fürchte, auch hier liegt noch viel Arbeit vor uns.

»Viel Schmu gemacht«

OTTO FRICKE Der FDP-Haushälter sieht die hohe Neuverschuldung skeptisch und kritisiert die Finanzplanung der Bundesregierung



© FDP-Bundestagsfraktion

Das ist die ewige Gerechtigkeitsfrage der Steuerpolitik. Wenn ich sehe, dass schon jetzt ein kleiner Teil der Steuerzahler den größten Teil der Steuern aufbringt, muss man immer überlegen, ob das richtig ist.

Ihre Fraktion fordert Steuersenkungen über die schon beschlossenen Änderungen im Steuertarif und beim Solidaritätszuschlag hinaus. Andere meinen, zur Finanzierung der Coronafolgen müsse man im Gegenteil Spitzenverdiener und große Vermögen stärker heranziehen.

Das ist die ewige Gerechtigkeitsfrage der Steuerpolitik. Wenn ich sehe, dass schon jetzt ein kleiner Teil der Steuerzahler den größten Teil der Steuern aufbringt, muss man immer überlegen, ob das richtig ist.

Einkommensbesteuerung die entscheidende Betriebsbesteuerung. Und von denen will ich ja auch, dass sie wieder Leute einstellen, Lehrlinge beschäftigen und investieren.

Das Haushaltsrecht gilt ja als Königsrecht des Parlaments. In der öffentlichen Wahrnehmung aber ist es die Regierung, die über den Haushalt bestimmt.

Der Haushaltsausschuss ist immer noch der einflussreichste Ausschuss in der Abänderung gesetzlicher Vorlagen. In der Haushaltsberatung 2010 etwa haben wir die Neuverschuldung um 5,6 Milliarden Euro auf 80,2 Milliarden reduziert.

Gelingt es Ihnen als Oppositionspolitiker, an der einen oder anderen Stelle auf den Haushalt Einfluss zu nehmen?

Jetzt verrate ich eines der Geheimnisse des Haushaltsausschusses. Ich habe ja auf beiden Seiten gegessen: Drei Jahre Opposition, vier Jahre Ausschussvorsitz, dann vier Jahre Regierung als haushaltspolitischer Sprecher und jetzt wieder Opposition.

Am Schluss jeder Beratung im Haushaltsausschuss steht die berühmte Beirungssitzung, die »Nacht der spitzen Stifte«.

Nie Horror, immer auch sportliche Herausforderung und zu einem großen Teil, das hört sich jetzt vielleicht komisch an, Bestätigung, dass man Parlamentarier ist und nicht nur ausführendes Organ des Staates.

Das Gespräch führte Peter Stützel. |

Otto Fricke ist haushaltspolitischer Sprecher der FDP. Er saß von 2002 bis 2013 und wieder seit 2017 im Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Unaufgeregte: Dennis Rohde

Er stand kurz vor seinem 34. Geburtstag, da wurde Dennis Rohde in diesem Mai eine Chefaufgabe übertragen: Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sollte er werden.



»Ich bin zu früh in den Gemeinderat gekommen, um mich mit Phrasen und Utopien aufzuhalten.«

sitzt er im Kreistag. Die Familie väterlicherseits bestand aus Bauern, die der Mutter stellte Arbeiter. Auf seiner Website beschreibt Rohde, wie sein Opa, der als Bahnarbeiter beim Rangieren mit Waggons sein rechtes Bein verlor, gesagt habe: »Die da oben müssen endlich wieder was für uns tun.«

bin zu früh in den Gemeinderat gekommen, um mich mit Phrasen und Utopien aufzuhalten.« Dass er zum konservativen Seeheimer-Flügel in der SPD gehört, ist keine Überraschung.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Redaktionsschluss 2. Oktober 2020

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Claudia Heine (che)

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition FAZIT Communication GmbH

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will mit dem Haushalt das Land stabilisieren und gleichzeitig zukunftsfest machen. Die Opposition ist skeptisch.

© picture-alliance/dpa

Etatisierte Krise

FINANZDEBATTE Union geht auf Distanz zu Scholz, Opposition kritisiert Lücken in der Finanzplanung

Die anhaltende Corona-Krise und ihre Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staatsfinanzen haben vergangene Woche die Fachdebatten der Haushaltsexperten und -expertinnen geprägt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) unterstrich bei der Einbringung des Entwurfs, dass der kommenden wie auch der aktuelle Haushalt „im Zeichen der Coronakrise“ stünden. Es müsse verhindert werden, „dass unser Land die Zukunft nicht meistern kann“.

Zukunft Dieses Ansinnen kostet viel Geld: 314 Milliarden Euro neue Schulden will der Bund in diesem und nächsten Jahr insgesamt machen, im Finanzplanungszeitraum kommen weitere rund 22 Milliarden hinzu. Für Scholz ist indes klar: „Nicht handeln wäre viel teurer als handeln.“ Durch die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre habe das Land auch die Kraft, die finanziellen Belastungen zu stemmen, sagte der Finanzminister und verwies auf die zu den anderen G7-Staaten vergleichsweise geringe Schuldenquote. Der Koalition gehe es nicht nur um Stabilisierung und Krisenbekämpfung, sondern man müsse auch dafür sorgen, „dass wir

die Zukunft gewissermaßen gleich mit auf den Weg bringen und dass es nach der Krise gut weitergeht“. Der Bund werde daher hohe Summen für Investitionen bereitstellen, Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantencomputer fördern sowie den Klimaschutz voranbringen, führte der Minister aus.

Lob für den Entwurf aus dem Haus von SPD-Kanzlerkandidat Scholz kam – erwartungsgemäß – von der SPD-Fraktion. Dennis Rohde (SPD) rühmte den Entwurf als einen Haushalt, der auf die Zukunft gerichtet sei und eine soziale Handschrift trage. Der Staat zeige sich in der Krise als „starker Partner“. Mit dem Haushalt und der Finanzplanung werde Geld in die Hand genommen, um das Land für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Die Unions-Fraktion stellte sich hinter den Haushaltsentwurf für 2021: Union-Fraktionschef Ralph Brinkhaus bezeichnete die für 2021 geplante Neuverschuldung von

96 Milliarden Euro als notwendig. „Wir haben Lust auf Zukunft, das zeigt sich in diesem Haushalt“, sagte der Fraktionschef. Ziel sei es, niemanden in dieser Pandemie zurückzulassen. Deutschland könne sich dies aufgrund der Haushaltspolitik – Stichwort: „Schwarze Null“ – der vergangenen Jahre auch leisten.

Grundsätzlich seien Schulden aber ein „süßes Gift“. In Hinblick auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sei eine schuldenfinanzierte Politik nicht akzeptabel. Brinkhaus distanzierte sich mit Blick auf die Finanzplanung ab 2022 von Bundesfinanzminister Scholz und dem Koalitionspartner SPD. Er forderte, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausgaben- und Steuererhöhungen für Spitzenverdiener lehnte Brinkhaus ab und forderte stattdessen eine „Belastungsmoratorium“.

Für die AfD-Fraktion warf Peter Boehringer der Bundesregierung und Koalition vor, einen verfassungsrechtlich problematischen Haushalt vorgelegt zu haben. Boehringer stellte in Frage, dass die Corona-Pandemie

eine gesundheitliche Notlage sei, die die geplante Neuverschuldung rechtfertige. „Wir haben es nicht mit Ebola oder der Pest zu tun“, sagte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses mit Verweis auf aus seiner Sicht geringe Zahlen an Schwerkranken und Todesopfern. Die „staatliche Überreaktion“ und „hysterisches Regierungshandeln“ hätten die Wirtschaftskrise herbeigeführt, diese Notsituation sei daher auch nicht der Kontrolle des Staates entzogen, meinte Boehringer.

Otto Fricke (FDP) teilte gegen Scholz und Brinkhaus aus. Brinkhaus habe eine Oppositionsrede gehalten, aber letztlich trage die Union die kritisierte Politik trotzdem mit. „Es ist Ihr Finanzplan – und dazu müssen Sie auch stehen“, meinte der Liberale. Den Finanzminister kritisierte Fricke dafür, einen „Kanzlerkandidatenhaushalt“ vorgelegt zu haben, der mit vernünftiger und nachhaltiger Finanzpolitik nichts zu tun habe. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion monierte, dass es keine Kürzungen bei Subventionen und Ausgaben geben, obwohl eine Notsituation festgestellt werde.

Wahlkampfhaushalt Gesine Löttsch (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, den Menschen die Antwort auf eine zentrale

Fragen vorzuenthalten: „Wer soll die Rechnung bezahlen?“. Scholz habe einen „unehrlichen Haushalt“, einen „Wahlkampfhaushalt“ vorgelegt. Es fehlten Aussagen, ob die künftigen Haushalte mit „drastischen Kürzungen“ bei Sozialausgaben oder Steuererhöhungen finanziert werden sollen. Löttsch forderte eine Vermögenssteuer für Milliardäre und Millionäre. „Sie schützen den Reichtum der Reichen, das sind unhaltbare Zustände, das muss sich endlich ändern“, meinte die haushaltspolitische Sprecherin der Links-Fraktion. Zudem sprach sie sich für eine Streichung der Schuldenbremse aus. Die Schuldenbremse und die Politik der Schwarzen Null hätten zu einer „strukturellen Investitionsunfähigkeit“ geführt, kritisierte Löttsch.

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) stellte für seine Fraktion klar, dass sie die erneute Feststellung einer Notsituation unterstützen werde. Es wäre völlig falsch, „in die Krise reinzusparen“, sagte Kindler. Der haushaltspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion kritisierte ebenfalls die Finanzplanung der Bundesregierung. Der darin festgestellte „finanzpolitische Handlungsbedarf“ sei ein Euphemismus. Von 2022 bis 2024 bestehe eine Deckungslücke von 60 Milliarden Euro. Das Sorge für „massive Unsicherheit und gefährlichen

Spardruck“. Bundesfinanzminister Scholz habe in der Krise die Bazooka ausgepackt, nun müsste er dafür Sorge tragen, „dass nicht nach Corona die Abrissbirne kommt“. Die Koalition kippe dieses Problem aber der nächsten Bundesregierung vor die Füße, monierte Kindler. Kritik übe der haushaltspolitiker zudem an den aus seiner Sicht zu kurzen Tilgungsfristen für die aufgenommenen Schulden. Diese müssten länger laufen und flexibler gehandhabt werden können. Zudem warb Kindler für eine Reform der Schuldenbremse.

In den kommenden Wochen werden die Einzelpläne in den Fachausschüssen sowie im Haushaltsausschuss beraten. Die Bereinigungssitzung ist aktuell für den 26. November vorgesehen. Die zweite und dritte Lesung des Haushalts soll vom 8. bis 11. Dezember stattfinden. Der Bundesrat könnte sich bei Fristverkürzung am 18. Dezember mit dem Etat abschließend befassen.

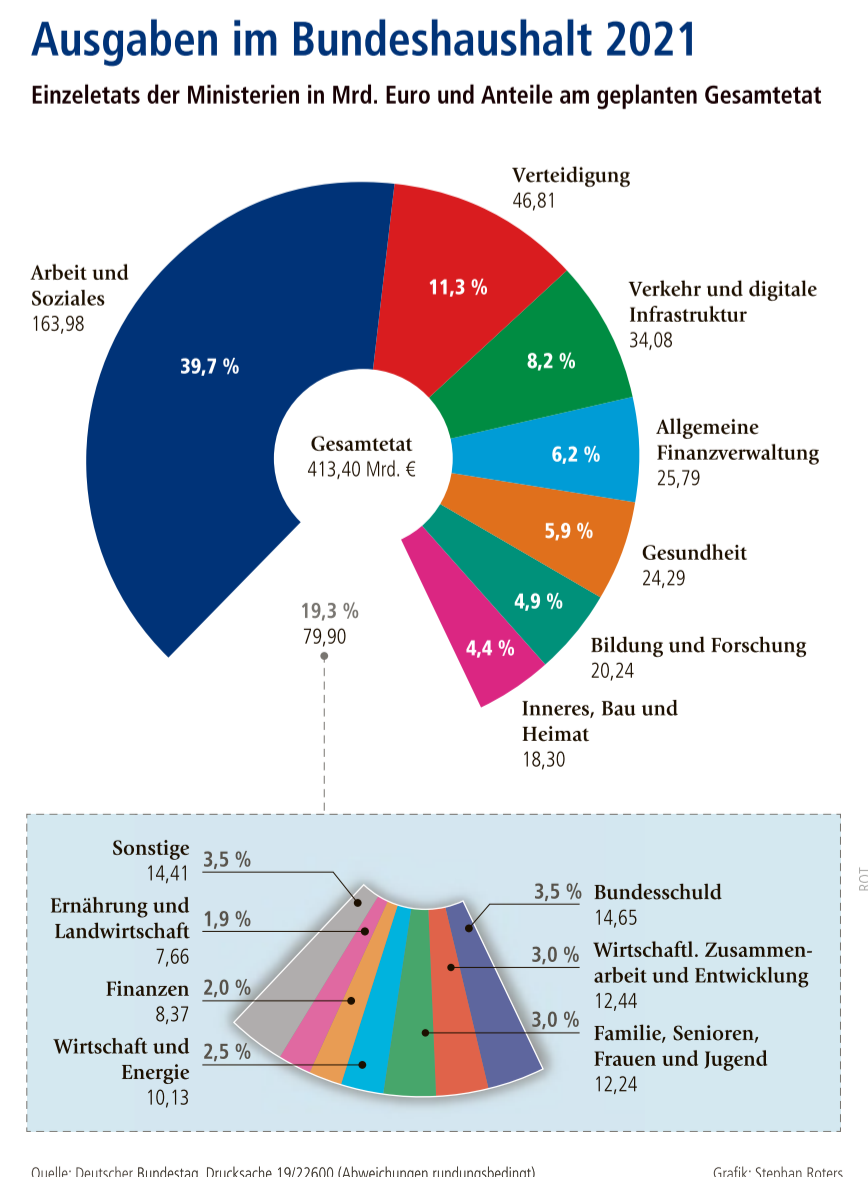
Sören Christian Reimer

»Wir haben Lust auf Zukunft, das zeigt sich in diesem Haushalt.«

Ralph Brinkhaus (CDU), Unions-Fraktionschef



Einzelplan mit Vergleich zu 2020 (2. Nachtragshaushalt und ursprünglicher Haushalt)		EINNAHMEN			AUSGABEN		
		Haushalt 2021 in 1.000 €	2. Nachtragshaushalt 2020 in 1.000 €	ursprüngl. Haushalt 2020 in 1.000 €	Haushalt 2021 in 1.000 €	2. Nachtragshaushalt 2020 in 1.000 €	ursprüngl. Haushalt 2020 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	193	193	44.081	44.691	44.691
02	Deutscher Bundestag	1.777	1.945	1.945	1.043.619	1.032.811	1.032.811
03	Bundesrat	86	56	56	41.189	39.449	39.449
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.502	2.902	2.902	3.383.221	4.385.165	3.385.165
05	Auswärtiges Amt	243.000	170.694	170.694	6.041.659	6.623.861	5.928.661
06	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.195.621	1.206.020	1.206.020	18.295.979	15.688.285	15.052.728
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	624.777	614.777	614.777	952.166	919.734	919.734
08	Bundesministerium der Finanzen	620.446	318.670	318.670	8.368.440	7.916.447	7.866.447
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	465.095	463.940	463.940	10.128.209	10.568.355	9.209.555
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	80.381	65.132	65.132	7.661.393	7.018.276	6.687.284
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.813.314	2.111.042	2.111.042	163.976.542	170.682.386	150.221.886
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8.106.379	8.572.956	8.582.956	34.079.949	36.783.457	31.048.457
14	Bundesministerium der Verteidigung	260.797	485.897	485.897	46.810.023	45.645.981	45.052.981
15	Bundesministerium für Gesundheit	102.691	93.617	93.617	24.294.319	41.250.354	15.350.354
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	909.783	892.232	892.232	2.675.138	3.020.884	2.965.884
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	199.048	245.848	245.848	12.242.940	13.628.263	12.055.263
19	Bundesverfassungsgericht	40	40	40	37.034	35.866	35.866
20	Bundesrechnungshof	3.925	3.907	3.907	168.882	163.135	163.135
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	61	61	31.537	26.846	26.846
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	842.525	790.813	869.813	12.436.382	12.434.082	10.884.082
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	40.276	39.276	39.276	20.238.041	20.308.692	18.288.692
32	Bundesschuld	97.441.192	218.924.396	1.031.905	14.654.800	16.732.027	13.736.518
60	Allgemeine Finanzverwaltung	300.445.067	273.525.344	344.799.077	25.794.457	93.600.711	12.003.511
	SUMME	413.400.000	508.529.758	362.000.000	413.400.000	508.529.758	362.000.000



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22600 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



Viel Geld

VERKEHR Verkehrsminister Scheuer betont Mut und Zuversicht im Haushaltsentwurf, sieht sich aber Rücktrittforderungen gegenüber

Umstrittenes Projekt: Der sechsstreifige Ausbau der Bundesautobahn A3 - hier die Talbrücke Heidingsfeld - ist aus Sicht der Grünen überflüssig.

Zuversicht und Mut sind aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Kernbegriffe des vorgelegten Haushalts. Zuversicht und Mut würden benötigt, „damit es wieder aufwärts geht in Deutschland, damit die Wirtschaft wieder wächst, damit Arbeitsplätze gesichert und der Klimawandel gebremst werden kann“, sagte Scheuer bei der Vorstellung des Entwurfs für den Einzelplan 12 im Bundeshaushalt für 2021 (19/22600) vergangene Woche. Der Verkehrshaushalt sei der größte Investitionshaushalt des Bundes, betonte er. Um Gründe dafür aufzuzeigen, warum „einige Projekte nicht so gut laufen“, bemühte Scheuer das Beispiel der Fehmarnbeltquerung. Vor zwölf Jahren hätten sich Deutschland und Dänemark auf dieses Projekt verständigt. „Seitdem gab es auf deutscher Seite 12.600 Einwendungen, auf dänischer Seite nicht einmal 50“, sagte Scheuer. Aktuell werde über das Projekt beim Bundesverwaltungsgericht verhandelt. „Es vergeht also noch mal Zeit, bis es losgeht.“ Das Geld, so der Minister, sei nicht das Problem. „Das Geld ist da. Wir nehmen uns aber oftmals viel zu viel Zeit zum Investieren, Anpacken und Vorantreiben“, befand er.

34,08 Milliarden Euro sehen die Haushaltsplanungen für Verkehr und Digitales vor. Gegenüber dem Mitte Juni beschlossenen zweiten Nachtragshaushalt ein Rückgang um 2,7 Milliarden Euro. Gegenüber dem ursprünglich für 2020 beschlossenen Haushalt ein Anstieg um 2,58 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte des Geldes (21,25

Milliarden Euro) ist für Investitionen eingeplant. Die Ausgaben für die Bundesfernstraßen summieren sich auf 12,12 Milliarden Euro. 100 Millionen Euro sind für den Bau und die Erhaltung von Radwegen an Bundesstraßen eingeplant. Für die Bundesschienenwege sollen 8,74 Milliarden Euro ausgegeben werden können. Für die Bundeswasserstraßen werden im Etat 1,4 Milliarden Euro vorgehalten – für den Bereich Digitale Infrastruktur enthält der Etatentwurf Ausgaben in Höhe von 1,19 Milliarden Euro. In den flächen-deckenden Breitbandausbau sollen 920 Millionen Euro fließen. Mehr Geld alleine wird es nicht richten, weiß auch Sven-Christian Kindler (Grüne), der Scheuer vorwarf, in den vergangenen Jahren alles dafür getan zu haben, „um die Verkehrswende und den Klimaschutz gegen die Wand zu fahren“. Im Haushalt könnte man aus Sicht des Grünen-Abge-

ordneten viel Geld einsparen und umschichten. „Wir haben ganz viele überflüssige Straßenbauprojekte wie die Autobahnen A3 und A49“, sagte er. In Zeiten der Klimakrise würden keine neuen Straßenbauprojekte mehr benötigt. Gebrauch werde ein Straßenbaumoratorium. Das eingesparte Geld könne dann für die Verkehrswende, „für die Schiene“, eingesetzt werden. Aus Sicht von Dirk Spaniel (AfD) bleibt jedoch die Straße der mit Abstand wichtigste Verkehrsträger, „das können Sie drehen, wie Sie wollen“. Dies müsse sich eigentlich im Budget für die Erhaltung und den Ausbau der Straßen widerspiegeln. „Genau diese vernunftgesteuerte Priorisierung können wir aber in dem Entwurf nicht erkennen“, beklagte Spaniel. „Entgegen allen Beteuerungen“ würden die Mittel für den Ausbau der Bundesautobahnen um 25 Prozent gekürzt.

(Die Linke). Geklotzt werde wieder vor allem bei neuen Autobahnen und bei milliardenschweren Prestigeprojekten, „die reihenweise in den Sand gesetzt werden“. Perli kritisierte vor allem, dass die Bundesregierung nach wie vor beim Autobahnbau auf eine Teilprivatisierung setze. Der Staat zahle hier deutlich mehr als bei einem Bau in Eigenregie. „Straßen sind keine Melkkühe für private Profite“, sagte er. Mit der Privatisierung müsse endlich Schluss sein. Arno Klare (SPD) warb dafür, den Blick auch auf die im Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ enthaltenen Verkehrsprojekte zu weiten. Darin fänden sich Mittelerhöhungen für den ÖPNV und zur Unterstützung der E-Mobilität. Für die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie seien 1,7 Milliarden Euro für 2021 und weitere 4,47 Milliarden in den Verpflichtungsermächtigungen festgeschrieben. „Unser Ziel ist die klimaneutrale Mobilität. Die Mittel, die bereitgestellt werden, dienen genau diesem Ziel“, sagte der SPD-Abgeordnete. Gero Storjohann (CDU) zeigte sich erfreut darüber, dass Minister Scheuer „engagiert den Radverkehr nach vorne gebracht hat“. Für den Haushalt 2020 bis 2023 stünden insgesamt 900 Millionen Euro für den Radverkehr bereit, sagte Storjohann. Das Problem dabei: Der Zeitraum bis 2023 ist seiner Ansicht nach viel zu kurz, um Projekte, die wichtig sind – auch für den Klimaschutz –, auf den Weg zu bringen. Eine Fortschreibung über 2023 hinaus sei „zwingend erforderlich“ befand er.

Generalversagen Christoph Meyer (FDP) sagte: „Am Schreibtisch des Ministers sitzt das Generalversagen.“ Seine Abrechnung mit Scheuer umfasste die gescheiterte Pkw-Maut, den „anhaltenden Milliardeninvestitionsstau“, einen langsamer Breitbandausbau, das Versagen als Gesellschafter beim BER sowie bei der Deutschen Bahn AG und die konstante Kritik des Bundesrechnungshofs. Scheuer müsse für sein Versagen geradestehen und die Konsequenzen ziehen. „Machen Sie den Weg frei für einen Neuanfang im Verkehrsministerium“, verlangte Meyer. Eine Vollkatastrophe sei der vorliegende Haushaltsentwurf, befand Victor Perli

Baugesetz auf der Kippe

BAU Die Koalition streitet über das Umwandlungsverbot

Die Novelle des Baugesetzbuchs ist auf der Zielgeraden – eigentlich: Nach einem in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Entwurf ist der Streit über ein oder mehrere Passagen beziehungsweise deren Streichung in der Koalition neu entbrannt. Der Dissens prägte auch die Aussprache über den Etat für Bauen und Wohnen in der vergangenen Woche. Sie war in die Debatte über das Innenressort eingebettet (siehe Seite 6). Konkret geht es um Maßnahmen, die eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren sollen. Noch im Juni hatte Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) vorgeschlagen, dass die Behörden eine solche Genehmigung versagen können sollten, „wenn dies für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen erforderlich ist“. Dieser Passus wurde nun ebenso gestrichen wie einer zur Ausweitung von Baugeboten; bei letzterem kann eine Gemeinde zum Beispiel Eigentümer verpflichten, Grundstücke innerhalb einer bestimmten Frist zu bebauen. Man werde eine einvernehmliche Lösung finden, sagte Seehofer im Bundestag an den sichtlich verärgerten Koalitionspartner gerichtet. Der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernhard Daldrup, konterte, auf das Angebot von Seehofer sei er gespannt. Der Minister müsse sich anstrengen, denn

es gehe nicht, dass er eingeknickt sei. „Das muss korrigiert werden“, sagte Daldrup. In einer späteren Debatte untermauerte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (ebenfalls SPD) diese Haltung. Der aktuelle Gesetzentwurf sei nicht zwischen den Ministerien abgestimmt. Michael Kießling (CSU) argumentierte hingegen, man brauche eine Vielfalt der Akteure, keine Ideologien. Auch die Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten Seehofer. Der Minister lasse sich von der Immobilienlobby am „Nasenring durch die Manege ziehen“, sagte Victor Perli (Die Linke). Die FDP-Fraktion mahnte derweil, es müsse mehr gebaut werden. Sich mit der Zahl von Baugenehmigungen zu schmücken reiche nicht, sagte Hagen Reinhold (FDP). Die Wohnungen müssten tatsächlich gebaut werden. Die Redner der AfD-Fraktion äußerten sich in der Debatte nicht zur Baupolitik. Seehofer will im Kapitel „Wohnungswesen und Stadtentwicklung“ 3,97 Milliarden Euro ausgeben nach 3,36 Milliarden Euro 2020. Davon entfallen 735 Millionen Euro auf das Wohngeld (2020: 600 Millionen Euro), 896,05 Millionen auf das Baukindergeld (2020: 861,35 Millionen Euro). In den sozialen Wohnungsbau will er 400.000 Euro investieren bei einer Verpflichtungsermächtigung von einer Milliarde Euro. **pez**

Etat der Bundeskanzlerin

KANZLERAMT Höherer Zuschuss an Nachrichtendienst

Im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts sind im kommenden Jahr mit rund 3,4 Milliarden Euro rund eine Milliarde Euro weniger Ausgaben als in diesem Jahr geplant. Das sieht der Einzelplan 04 des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2021 (19/22600) vor. Der vor der Corona-Krise im November 2019 beschlossene Haushalt für 2020 hatte ursprünglich Ausgaben von 3,4 Milliarden Euro für 2020 vorgesehen. Die Einnahmen sollen mit rund 3,5 Millionen Euro um 600.000 Euro höher ausfallen als das Soll in 2020. Der größte Teil der Ausgaben soll 2021 mit 1,465 Milliarden Euro für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) verausgabt werden. Für sächliche Verwaltungsaufgaben sind 1,224 Milliarden Euro, für Personalausgaben 0,344 Milliarden Euro und für Investitionen 0,362 eingeplant.

Medien (siehe Seite 7). In diesem sind für 2020 erhebliche Corona-Unterstützungsleistungen etatisiert. Die Ausgaben für den Bundesnachrichtendienst sollen laut dem Regierungsentwurf steigen. Demnach ist 2021 ein Zuschuss in Höhe von 1,022 Milliarden Euro geplant. 2020 liegt das Soll bei 0,978 Milliarden Euro. Details zu diesem Etat werden nicht veröffentlicht. Der Ausgabeansatz im Bereich Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt soll der Vorlage zufolge im kommenden Jahr von 100,6 Millionen Euro in 2020 auf 109,6 Millionen Euro steigen. Dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sollen 2021 laut Entwurf 141,9 Millionen Euro und damit 10,3 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Der Auftragsbereich der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sollen in kommenden Jahr 39,96 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Gegenüber 2020 steigt der Ansatz damit laut Entwurf um rund zwei Millionen Euro. **scr**

Kulturretat Das geringere Ausgabevolumen entfällt überwiegend auf den Etat der dem Geschäftsbereich zugeordneten Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und

Plus bei Zollinvestitionen

FINANZEN 5,7 Prozent Steigerung im Ministeriumset

Im Einzelplan des Bundesfinanzministeriums (BMF) sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 8,368 Milliarden Euro vorgesehen. Das sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2021 (Einzelplan 08, 19/22600) vor. Das sind 452 Millionen Euro beziehungsweise 5,7 Prozent mehr als der Ansatz im 2. Nachtragshaushalt für 2020. Ursprünglich hatte der Etat 2020 Ausgaben in Höhe von rund 7,9 Milliarden Euro vorgesehen. Bei den Einnahmen sind im Entwurf für 2021 0,62 Milliarden Euro gegenüber 0,319 Milliarden Euro in diesem Jahr ausgewiesen. Für die Zollverwaltung, die dem Geschäftsbereich des BMF zugerechnet wird, sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von rund 2,99 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 95,6 Millionen Euro mehr als das Soll

für 2020. Laut Entwurf sollen in diesem Bereich die Personalausgaben von 2,07 Milliarden Euro auf 1,98 Milliarden Euro sinken, während die Ausgaben für Investitionen von 226,6 Millionen Euro auf 341,9 Millionen Euro erheblich steigen. Wesentliche Ausgabesteigerungen sind im Etat des dem Geschäftsbereich des BMF zugeordneten Informationstechnikzentrums Bund vorgesehen. Für 2021 sind demnach Ausgaben in Höhe von 837 Millionen Euro geplant. Das Soll für 2020 liegt bei 690,4 Millionen Euro. Für das Bundesministerium rechnet die Regierung im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 279,5 Millionen Euro, rund 25,3 Millionen Euro mehr als 2020. Für Wiedergutmachungen des Bundes sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 1,05 Milliarden Euro vorgesehen. **scr**

Rekordhaushalt für Landwirtschaft

AGRAR Regierung plant 2021 mit Ausgaben in Höhe von 7,66 Milliarden Euro. Kritik an Bürokratie sowie fehlenden Konzepten von Seiten der Opposition

Der Bundestag hat vergangene Woche erstmals über einen Rekordetat im Haushaltsentwurf 2021 für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beraten. Die Koalitionsfraktionen unterstrichen die Zukunftsfähigkeit des Etats, während die Oppositionsfraktionen fehlende Konzepte beklagten. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) empfahl den Haushalt 2021 als ein klares Bekenntnis der Bundesregierung für starke ländliche Räume, Innovation, Aufforstung und mehr Tierwohl. Der Haushalt sei mit veranschlagten 7,66 Milliarden Euro (2020: 7,02 Milliarden Euro) der höchste jemals beratene

Landwirtschaftsetat. Den zukünftigen Herausforderungen wolle das Ministerium mithilfe von Innovationen, modernen Ställen und präzisen Technologien zum Sparen von Dünger begegnen. Der Schutz der Umwelt und Klimaschutz sowie das Ziel der Erntesicherung stelle die Landwirte vor große Herausforderungen. „Wer fordert, der muss auch fördern“, meinte die Ministerin und machte auf Posten wie 300 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket für bessere Ställe und mehr Tierwohl, 85 Millionen Euro für den Sonderrahmenplan für Insekenschutz und vier Milliarden Euro für die Sozialpolitik zur Absicherung der Landwirte aufmerksam. So würden extra 30 Millionen Euro aus dem Gesundheitsfond bereitgestellt, damit die Beiträge für die Landwirte nicht steigen. „Das ist ein Zeichen für Wertschätzung.“ Insgesamt 2,48 Milliarden Euro aus dem Etat sollen laut Entwurf als Zuschüsse für die Alterssicherung von Landwirten dienen (2020:

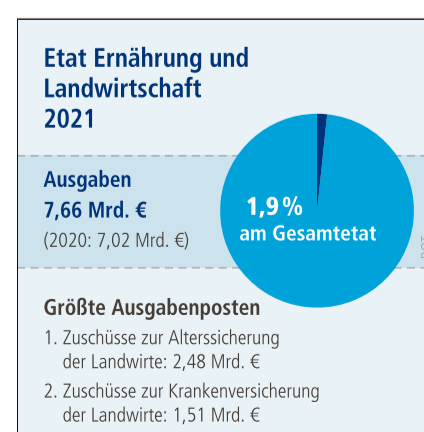
2,42 Milliarden Euro). Weitere 1,51 Milliarden Euro sind Zuschüsse zur Krankenversicherung (2020: 1,47 Milliarden Euro).

Lage der Milchbauern Wilhelm von Gottberg (AfD) lobte, dass mehr Mittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bereitgestellt werden und die soziale Absicherung beachtet wurde. Gottberg machte aber auch auf die prekäre Lage der Milchbauern aufmerksam. Ein Betrieb mit einer durchschnittlichen Herde von hundert Kühen würde rund dreitausend bis fünftausend Euro Minus machen. Daran sei auch die Politik der Bundesregierung schuld, weil an den Sanktionen gegen Russland festgehalten werde, die wiederum einen Importstopp von Milchprodukten seitens Russland zur Folge hatten. Rainer Spiering (SPD) stellte fest, dass es für die Zukunft der Landwirtschaft hohe

Innovationskraft entscheidend sei. So sei der ländliche Raum nicht genügend mit 5G-Breitband-Funk ausgerüstet. Aber auch ordnungspolitisch sei der Staat hinterher. Es fehle an Infrastruktur und gesetzlichen Regelungen, um die für die Präzisionsland-

wirtschaft notwendigen Daten und Datenmengen an ihre jeweiligen Adressaten zu bekommen. „Die Auflagen hängen wie ein Damoklesschwert über den Landwirten“, monierte Ulla Ihnen (FDP) die zunehmende bürokratische Last für die Landwirte. „Daran etwas zu ändern, braucht Konzepte, die nicht im Haushalt zu erkennen sind.“ Es gebe nur einen Lösungsansatz der Regierung, der nur „noch mehr Geld“ für Subventionen vorsehe. So würden Subventionen gegen Vorschriften und Ertragsseinbußen getauscht. Heidrun Blum-Förster (Die Linke) sah „fundamentale Fehlentwicklungen“ im Forstsektor. Die Bundesregierung habe hunderte Millionen Euro in einem Förderprogramm für den Wald vorgelegt, aber niemand wisse, wie das Geld verteilt werden soll. Demnach sollen unter anderem rund 500 Millionen Euro Fördermittel als Prämie für besonders nachhaltige Forst-

wirtschaft ausgegeben werden dürfen. Bisher sei aber nicht klar, wie die Richtlinien zur Mittelverteilung aussehen sollen. Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die geplante staatliche Tierwohlkennzeichnung als ein „einziges Gebot“. Den Etat beurteilte er als gesturztes. So gebe es zwar 300 Millionen Euro zusätzlich für den Umbau der Tierhaltung bis zum Ende des Jahres 2021. „Aber wie sollen die Höfe das schaffen“, fragte der Grüne. Bauen im „Hauruckverfahren“ sei illusorisch. Albert Stegemann (CDU/CSU) konstatierte, dass einige tierhaltende Betriebe in der Dauerkrise seien. Die Schweinehalter stünden unter schweren ökonomischen Druck. „Ein Wegbrechen der Schweinehaltung in Deutschland muss unbedingt verhindert werden“, sagte der Abgeordnete. Es müsse über weitere finanzielle Hilfen gesprochen werden. Dafür brauche es die Unterstützung des Parlaments. **Jan Eisel**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Ein Modell des „European Service Module“ (ESM) wird auf der Space Tech Expo Europe in Bremen am Stand vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ausgestellt.

© picture-alliance/dpa

Besser als gedacht

WIRTSCHAFT Die geplanten Ausgaben sollen die Industrie fit für die Transformation machen

Auch wenn sich die Prognosen in Nuancen widersprechen und generell derzeit auf vielen Unsicherheiten fußen, scheint es der deutschen Wirtschaft doch nicht so schlecht zu gehen wie zunächst befürchtet. Zuletzt ist es das gewerkschaftsnahe IMK-Institut der Hans-Böckler-Stiftung gewesen, das die Erwartungen im Vergleich zu Juni heraufsetzte – die Experten gehen nun noch von einem coronabedingten Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um 5,2 Prozent aus, im Juni waren es noch 6,2 Prozent. Der ifo-Index ist zuletzt das fünfte Mal in Folge gestiegen, und die Bundesregierung selbst rechnet für das Gesamtjahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,8 Prozent, das ist ebenfalls weniger als noch vor einigen Monaten befürchtet. Kaum verwunderlich, dass es ein relativ entspannter Bundeswirtschaftsminister war, der in der vergangenen Woche die Aussprache über seinen Etat für das kommende Jahr eröffnete. „Wir sind besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen um uns

»Es geht um Klimaschutz und Wirtschaft und Industrie, um Wohlstand und Umwelt.«

Peter Altmaier (CDU),
Bundeswirtschaftsminister

herum“, sagte Peter Altmaier (CDU). „Viele Unternehmen schöpfen neuen Mut.“ Der Minister nutzte die Gelegenheit, um die Maßnahmen der Bundesregierung als Reaktion auf die Corona-Pandemie zu verteidigen. Die soziale Marktwirtschaft sei nicht durch die Bundesregierung gefährdet worden, sondern durch das Virus. Die Hilfen seien richtig gewesen, damit die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt. Zugleich habe man die Zukunftsaufgaben im Blick, sagte der Minister und verwies auf die Summe von 30 Milliarden Euro, mit der die Industrie bei „notwendigen Transformationen“ unterstützt werden soll, vor allem die Autoindustrie und ihre Zulieferer. All diese Maßnahmen müssten gleichzeitig unter dem Vorzeichen klimapolitischer Ziele stehen. Altmaier warb dabei für seinen unlängst eingebrachten Vorschlag eines Klima-Konsens. „Es geht um Klimaschutz und Wirtschaft und Industrie, es geht um Umwelt und Wohlstand.“

Sein Parteikollege Carsten Linnemann erinnerte ergänzend an das Ziel der Unionsfraktion, ungeachtet der Lage schnell zu fiskalischen Stabilität zurückzukehren. „Ab

2022 sollten wir mit dem Geld der Steuerzahler wieder auskommen.“

Luft- und Raumfahrt im Fokus Dass der Regierungspartner SPD den Schwerpunkt eher auf Investieren setzt, machten die Redner dieser Fraktion auf ein Neues deutlich. Johann Saathoff sagte, man wolle das Land fitmachen für die Herausforderungen der Zukunft. Er nannte die Luft- und Raumfahrt als zu fördernde Zukunftstechnologie. Deutschland sitze im Fahrersitz der Luft- und Raumfahrt auf europäischer Ebene. Daneben seien viele Hochtechnologiearbeitsplätze in Deutschland gesichert oder würden neu aufgebaut, sagte Saathoff unter anderem mit Verweis auf den Standort Bremen. Der Bereich ist mit geplanten Ausgaben von 2,28 Milliarden Euro einer der Schwergewichte im Wirtschaftset. Und Teil der Gesamtausgaben für „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“ in Höhe von 4,46 Milliarden Euro. Insgesamt umfasst der Einzelplan Ausgaben in Höhe von knapp 10,13 Milliarden Euro, das ist eine knappe halbe Million weniger als im zweiten Nachtragshaushalt im Juni beschlossen. Gegenüber dem ursprünglich für 2020 beschlossenen Haushalt steigen die Ausgaben um fast eine Milliarde Euro. Die AfD-Fraktion kündigte an, den eingeschlagenen Kurs nicht mittragen zu wollen. Die Krise sei zum großen Teil durch eine

Etat Wirtschaft und Energie 2021



falsche Wirtschafts- und Energiepolitik verursacht worden, sagte Volker Münz. „Die Bundesregierung fährt die Automobilindustrie, die Wirtschaft insgesamt und die Energieversorgung an die Wand.“ Münz forderte Altmaier auf, Maß zu halten und weniger auf Verbote zu setzen. Wer die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft unumkehrbar mache, handele planwirtschaftlich. Die anderen Oppositionsfraktionen thematisierten vor allem die aus ihrer Sicht bislang unzureichende Inanspruchnahme von Corona-Hilfen, die auf Fehler im Programm zurückgingen. Karsten Klein (FDP) plädierte zudem für mehr Anstrengungen,

um den Export wieder in Schwung zu bringen. Er warnte vor einer Steuererhöhung für die Mittelschicht; in den Klimaschutzplänen vermisste er marktwirtschaftliche Anreize und er wiederholte das Plädoyer seiner Fraktion für Technologieoffenheit, wenn es um das Erreichen von Klimaziele geht.

Die Linksfraktion vertrat gemäß ihrer Parteilinie eine ziemlich gegensätzliche Position zum Staatshandeln. Die Bundesregierung solle sich sehr wohl engagieren, und sie müsse dabei Bedingungen stellen, erklärte Klaus Ernst. „Es darf keine Unterstützung geben – egal welcher Art –, wenn Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.“ Milliarden ohne Gegenleistung, das gehe nicht, sagte Ernst und zielte damit vor allem auf die Unterstützung der kriselnden Lufthansa ab.

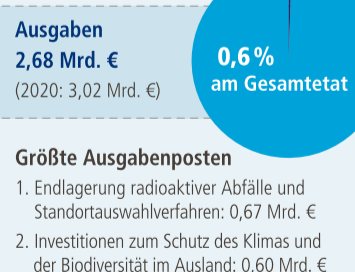
Die Grünen-Abgeordnete Anja Hajduk schließlich nahm das geringen Mittelabfluss der Selbstständigen-Hilfen zum Anlass, generell bessere Bedingungen für Gründer in Deutschland zu fordern. Sie thematisierte außerdem die Prognosen zum Strombedarf, auf dem energiepolitische Maßnahmen fußen sollen. „Der Strombedarf einer transformierten Wirtschaft in der Zukunft wird viel höher sein als heute“, sagte Hajduk. Nur wer das ehrlich sage, schaffe Vertrauen für die anstehenden Umwälzungen. *Kristina Pezzer*

Klimaschutz ist Querschnittsaufgabe

UMWELT Die Ministerin sieht auch Kollegen in der Pflicht. Teile der Opposition vermissen Stringenz im Etat

Einen Moment lang hätte man fast denken können, dass Marie-Luise Dött der Opposition angehört. Es sei falsch, einseitig auf Elektromobilität zu setzen oder die CO₂-Speicherung zu verteuern, sagte die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion in der Debatte über den Umweltauflage 2021 in Richtung von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD). Um die Klimaziele zu erreichen, seien vielmehr ein technologieoffener Ansatz und die Nutzung aller vertretbaren Möglichkeiten der CO₂-Reduktion erforderlich, mahnte die CDU-Politikerin den Koalitionspartner. Ansonsten verlief die Debatte um den Etat des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in der vergangenen Woche entlang der erwartbaren parteipolitischen Linien. Ministerin Schulze bekannte sich im Namen der Bundesregierung zum Ziel, im Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Klimaschutz sei aber nicht alleinige Aufgabe der Umweltministerin, betonte Schulze: „Dieser Haushaltsentwurf zeigt, dass inzwischen alle Ministerien auf dem Weg sind, Klimaministerien zu werden.“ Positiv äußerte sie sich auch zum „Green Deal“ der EU-Kommission: Dieser liege in deutschem Interesse und verdiene volle Unterstützung. Energetischer Widerspruch kam da von Karsten Hilse. „Die deutsche Regierung vertritt

Etat Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2021



nicht konsequent deutsche Interessen“, erklärte der AfD-Abgeordnete. Vielmehr strebe die Regierung an, „dass Deutschland über kurz oder lang von der Landkarte verschwindet“. Im Übrigen sei es belegt, dass CO₂ in der Erdgeschichte noch nie der treibende Faktor der Klimaerwärmung gewesen sei, sagte Hilse weiter. In Wirklichkeit gehe es denn auch nicht um Klimaschutz, sondern um eine „grundlegende Transformation unserer Gesellschaft“. Als „schwerfällig, bürokratisch und leider ineffizient“ bezeichnete Ulla Ihnen für die FDP-Fraktion die Förderprogramme des Bundesumweltministeriums. So seien bei-

spielsweise die Programmmittel für die Dekarbonisierung in der Industrie bislang nicht abgeflissen, weil das Programm von der Wirtschaft nicht angenommen werde. Ihnen forderte einen Neustart für die deutsche Umwelt- und Klimapolitik und gab folgenden Rat: „Wettbewerb ist immer noch der beste Klimaschutz.“ Zudem kritisierte sie, bei den Zukunftstechnologien stehe sich die Bundesregierung „leider selbst im Weg“.

Noch weiter ging Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke), die der Bundesregierung „Stillstand, Agonie, Problemverwaltung und Innovationsverweigerung“ attestiert. Der Stellenwert der Umweltpolitik sei noch nie so hoch gewesen, doch der Etat des Bundesumweltministeriums stagniere, kritisierte Bluhm-Förster. Dabei habe der erneut sehr trockene Sommer gezeigt, dass der Klimawandel nicht gestoppt sei. „Eine separate und isolierte Umweltpolitik ist nicht möglich“, sagte sie. Wirklich gelöst werden könne das Klima-Problem nur durch ein „Wachstum ohne Profitstreben und Ausbeutung von Mensch und Natur“. Der Haushalt des Umweltministeriums wäre vor 15 Jahren „möglicherweise ein guter“ gewesen, sagte Steffi Lemke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jetzt aber sei er vor dem Hintergrund von Hitze- wellen, Dürrekatastrophen und Waldbrän-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Parteilpolitik im Bundesrat Mythen und Realität



Parteilpolitik im Bundesrat

Der Bundesrat und seine Ausschüsse

Von Prof. Dr. Markus M. Müller,
Prof. Dr. Roland Sturm, Patrick Finke
und Antonios Souris

2020, 416 S., brosch., 79,- €
ISBN 978-3-8487-5278-2

Im Rahmen einer Gesamtdarstellung des deutschen Bundesrates wird erstmals die vermutete Überlagerung von Landesinteressen anhand der Ländervoten in seinen Ausschüssen empirisch untersucht. Mehr als 51.000 Abstimmungen werden offengelegt und in Fallstudien detailliert analysiert.

Nomos
eLibrary
www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

KURZ NOTIERT

Weniger Mittel für das Bundespräsidialamt

Die Ausgaben des Bundespräsidialamts sollen in kommenden Jahr mit 44,08 Millionen Euro 0,61 Millionen Euro geringer ausfallen als in diesem Jahr. Das sieht der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2021 (Einzelplan 01) vor. Das entspricht einem Minus von 1,4 Prozent. Die Einnahmen sollen mit 0,19 Millionen Euro stabil bleiben. Wie im vergangenen Jahr sind 350.000 Euro für das Forschungsprojekt „Das Bundespräsidialamt und der Nationalsozialismus“ etatisiert.

Ausgaben des Bundestages sollen um ein Prozent steigen

Im Etat des Bundestages (Einzelplan 02) sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 1,044 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht einer Änderung von 1,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Soll 2020: 1,033 Milliarden Euro). Die Steigerung ergibt sich überwiegend aus steigenden Personalausgaben. Bei den Einnahmen wird in dem Entwurf ein Rückgang von 1,95 Millionen Euro in diesem Jahr auf 1,78 Millionen Euro im kommenden Jahr aufgeführt. Die Abgeordneten-Diäten sollen 2021 mit rund 85 Millionen Euro (2020: 83,5 Millionen Euro), die Aufwandsentschädigung nach dem Abgeordnetengesetz mit 39,7 Millionen Euro (2020: 37,5 Millionen Euro) und die Aufwendungen für die Abgeordnetenmitarbeiter mit 258,4 Millionen Euro (2020: 257,7 Millionen Euro) zu Buche schlagen. Der Fraktionszuschuss entspricht im Entwurf mit 119,4 Millionen Euro dem Soll 2020.

Bundesratsetat mit Plus von 1,74 Millionen Euro

Dem Bundesrat (Einzelplan 03) sollen im kommenden Jahr Mittel in Höhe von 41,19 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das sind 1,74 Millionen Euro beziehungsweise 4,4 Prozent mehr als das Soll für 2020. Das Plus bezieht sich laut Entwurf vor allem auf Baumaßnahmen. Als Einnahmen werden im Entwurf 0,09 Millionen Euro (2020: 0,06 Millionen Euro) ausgewiesen.

Steigerung im Haushalt des Bundesverfassungsgerichtes

Im Etat des Bundesverfassungsgerichtes (Einzelplan 19) sind im Entwurf 2021 Ausgaben in Höhe von 37,03 Millionen Euro eingeplant. Das sind 3,3 Prozent mehr als das Soll für 2020 (35,87 Millionen Euro). Die Einnahmen bleiben mit 0,04 Millionen Euro stabil.

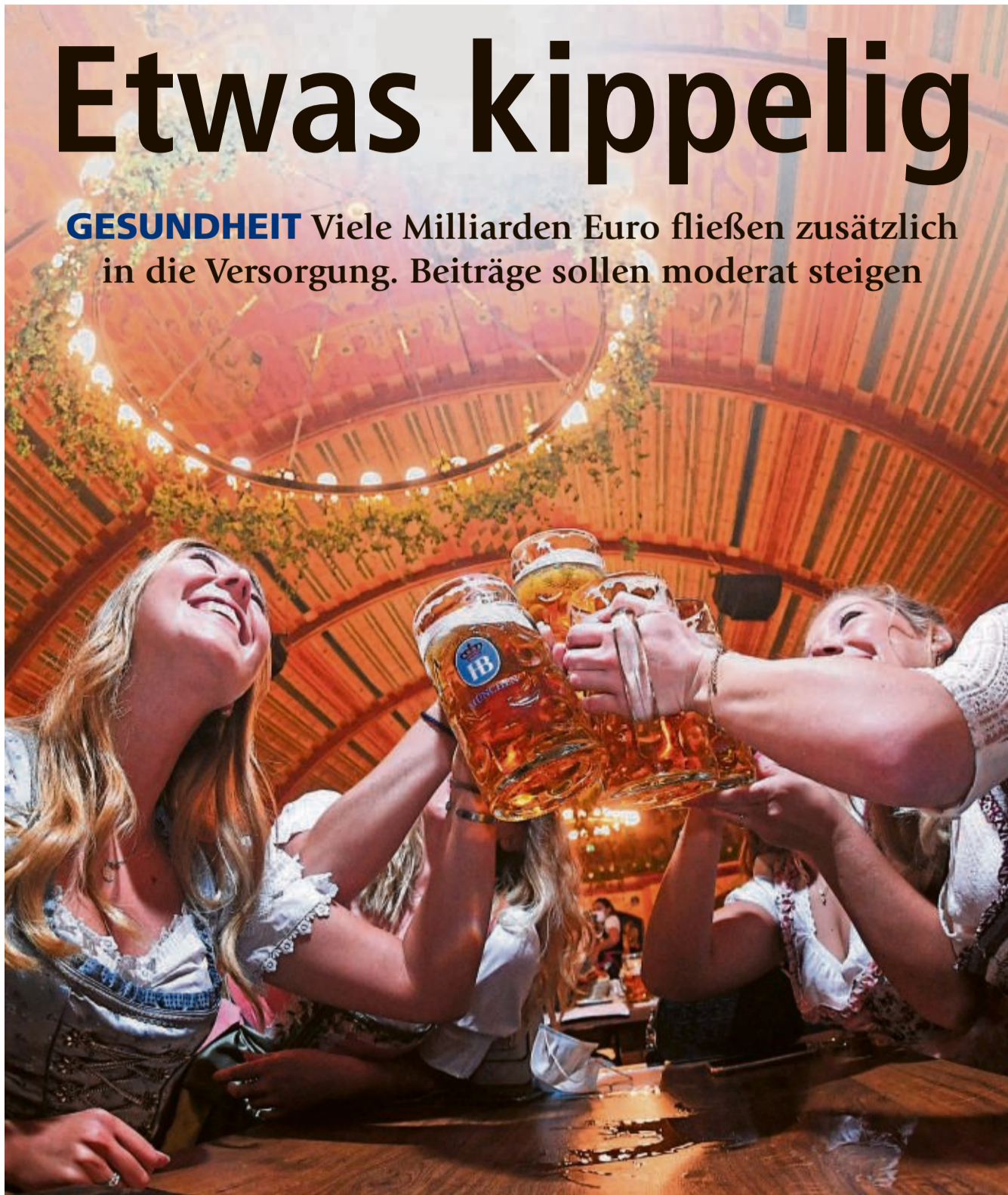
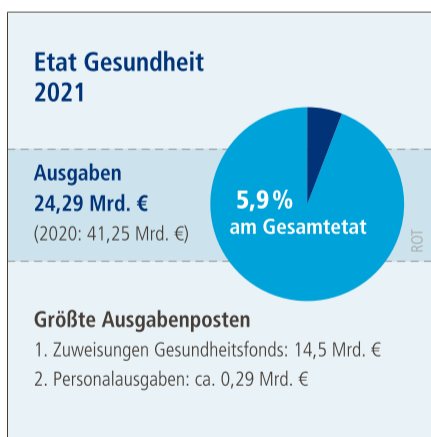
Bundesrechnungshof und Datenschutz

Der Etat des Bundesrechnungshofes (Einzelplan 20) soll im kommenden Jahr auf 168,9 Millionen Euro steigen. Das sind rund 5,7 Millionen Euro mehr als das Soll für 2020. Für den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Einzelplan 21) sind im Entwurf für 2021 Ausgaben in Höhe von 31,5 Millionen Euro vorgesehen (2020: 26,8 Millionen Euro). *scr*

Nervös reagieren Virologen und Gesundheitspolitiker auf die deutlich steigenden Corona-Infektionszahlen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte vor einem exponentiellen Anstieg der Fallzahlen und rechnete hoch, dass zu Weihnachten in Deutschland die tägliche Zahl der Neuinfektionen bei rund 19.000 liegen könnte, wenn es schlecht läuft. Entsprechend alarmiert, verständigten sich Bund und Länder vergangene Woche auf striktere Regeln. So sollen je nach Infektionsgeschehen bestimmte Obergrenzen für Teilnehmer an Feiern in Gaststätten gelten. Auch für Feiern in Privaträumen gilt die „dringliche Empfehlung“, die Teilnehmerzahl entsprechend zu begrenzen. Schärfer durchgegriffen wird künftig, wenn Restaurantbesucher in den ausgelegten Listen zur Kontaktnachverfolgung falsche Angaben machen. Hier wird ein Bußgeld von mindestens 50 Euro für die Gäste fällig, die Wirte sollen die Plausibilität der Angaben überprüfen. Vor der erwarteten Grippewelle wird den Risikogruppen geraten, sich impfen zu lassen. Empfohlen wird auch, Klassenräume oder Konferenzräume regelmäßig zu belüften, um Infektionen über sogenannte Aerosole zu verhindern. Ein nochmaliger Lockdown soll unbedingt verhindert werden.

Rekordwerte Die Coronakrise dominierte vergangene Woche auch die erste Beratung über den Entwurf für den Gesundheitsetat 2021 (19/22600). Seit Ausbruch der Pandemie sind viele Milliarden Euro zusätzlich in das Gesundheitssystem geflossen: für Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte, zur Unterstützung von Ärzten, Pflegekräften und Krankenhäusern. Der Gesundheitsetat erreichte 2020 mit dem zweiten Nachtragshaushalt einen Rekordwert von rund 41,25 Milliarden Euro, rund 26 Milliarden Euro mehr, als vor der Krise eingeplant. 2021 sollen die Ausgaben wieder sinken, liegen mit rund 24,3 Milliarden Euro aber deutlich über Vorkrisenniveau. Aufgrund der zusätzlichen Aufwendungen in der Coronakrise stockt der Bund 2021 seine Zuschüsse an den Gesundheitsfonds um fünf Milliarden Euro auf. Hinzu kommt die Investitionshilfe des Bundes für die Krankenhäuser in Höhe von drei Milliarden Euro. Demzufolge erreicht die Höhe der Zuweisungen und Zuschüsse an den Gesundheitsfonds 22,5 Milliarden Euro.

Strukturprobleme Die Coronakrise befördert unterdessen den Streit über die künftige Finanzierung des Gesundheitssystems. Während Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in der ersten Beratung über den Gesundheitsetat 2021 von einem „robusten“ Gesundheitswesen und ebenso robusten Staatsfinanzen sprach, forderten Oppositionspolitiker grundsätzliche Reformen und eine nachhaltige Finanzierung der steigenden Gesundheitsausgaben. Spahn appellierte an die Bevölkerung, sich in der Coronakrise weiter an die Auflagen zu halten und die realen Gefahren nicht zu



Bei privaten Feiern haben sich zuletzt offenbar besonders viele Menschen mit dem Coronavirus angesteckt. © picture-alliance/dpa

ignorieren. Tatsächlich gehe es jetzt darum, als Gesellschaft weiter durchzuhalten. Mit Blick auf die Digitalisierung des Gesundheitswesens sagte Spahn, die Krise könne auch eine Chance sein. 2021 werde die elektronische Patientenakte (ePA) eingeführt und das elektronische Rezept. Zudem würden die Gesundheitsberufe weiterentwickelt und in der Pflege neue Stellen geschaffen. Spahn fügte hinzu, solide Staatsfinanzen seien wichtig, um Schocks wie die Corona-Pandemie auszuhalten.

Beiträge Sabine Dittmar (SPD) sagte, das Gesundheitssystem arbeite gut und auf einen hohen Niveau. Defizite bei Schutzausrüstungen und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) seien schon angepackt worden. So sehe der vereinbarte Pakt für den ÖGD vier Milliarden Euro vor. Dittmar verteidigte die Entscheidung, Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen abzuschmelzen, um die Krankenversicherungsbeiträge stabil zu halten. Sie könne den Unmut darüber verstehen, immerhin sei dies ein Eingriff in die Finanzautonomie der Kassen. Die Alternative wäre jedoch eine Verdoppelung der Zusatzbeiträge, das wäre in der Krise ein falsches Signal. Der Zusatzbeitrag soll 2021 nur moderat um 0,2 Punkte auf 1,3 Prozent steigen. Experten erwarten, dass wegen des Wirtschaftsabschwungs in der Krise und steigender Ausgaben die Unterdeckung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 2021 bei mindestens 16 Milliarden Euro liegen wird. Acht Milliarden Euro sollen die Kassen einmalig aus den Reserven beisteuern, um das Defizit auszugleichen. Die Opposition hielt der Regierung eine unsoliden Haushaltspolitik vor und forderte sofortige Reformgespräche. Anja Hajduk (Grüne) sagte, das erwartete Defizit von 16 Milliarden Euro in der GKV sei das Gegenteil von Solidarität und könne nicht nur auf die Coronakrise geschoben werden. Tatsächlich gebe es ein wachsendes strukturelles Defizit, auch hervorgerufen durch teure Reformen wie das Terminservicegesetz. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung stehe „auf kippeligen Beinen“.

Kliniken Detlev Spangenberg (AfD) rügte, die „exorbitante Neuverschuldung“ und die Steuerausfälle seien „durch überzogene Maßnahmen und mangelnde Abschätzung der Bundesregierung“ verursacht. Bis über 2040 hinaus müsse die Neuverschuldung abgetragen werden. „dies allein durch das schlechte Regierungshandeln in nur einem einzigen Jahr“. Die Rücklagen der Krankenkassen aufzulösen sei zudem faktische Enteignung. Spangenberg kritisierte auch die aufgestockten Mittel für die internationale Gesundheitspolitik. Hier stelle sich immer die Frage, was Deutschland dafür konkret

bekomme. Karsten Klein (FDP) entgegnete, international müsse gemeinsam gegen solche Krankheiten gekämpft werden. Er fügte hinzu, es sei sinnvoll, sich schon in der Krise Gedanken zu machen über Struktur- und Anpassungen in der Zukunft. Investitionen des Bundes in die Kliniken seien sinnvoll, allerdings sei die Förderquote von 70 Prozent problematisch, denn eigentlich seien die Länder für die Investitionen zuständig. Klein ging auch auf die Schieflage beim Apothekenrechenzentrum AvP ein. Rund 3.500 Apotheker seien unverschuldet in eine Notlage geraten. Neben Aufklärung seien jetzt zinslose Darlehen wichtig. Gesine Lötzsch (Linke) sagte, es gebe in der Coronakrise keinen Anlass für Selbstzufriedenheit. Die Pandemie sei „ein Stressstest“ für das Gesundheitssystem und die Gesellschaft. Sie wandle sich gegen eine profitorientierte Versorgung und nannte die Fallpauschalen zur Abrechnung in Krankenhäusern einen „Irrweg“. Die Anhebung der Zusatzbeiträge sei eine schlechte Idee, eine Vermögensabgabe für Millionäre sei hingegen sinnvoll. Karin Maag (CDU) äußerte sich besorgt. Die Epidemie dränge dramatisch in den Alltag zurück, jedoch könnten die Verantwortlichen auf Erlerntes zurückgreifen und passgenau reagieren. Maag betonte: „Corona heißt für uns nicht Stillstand, Corona ist uns Ansporn.“ Claus Peter Kosfeld

„Der Rechts-extremismus ist die größte Bedrohung in unserem Lande.“ Horst Seehofer (CSU), Bundesinnenminister

Sebastian Hartmann (SPD) unterstrich ebenfalls, dass der weit überwiegende Teil der „Uniform- und Waffenträger“ auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Man schaue aber „nicht weg, wenn Rechtsextremismus geschürt wird und in die Mitte der Gesellschaft gekippt werden soll“. Seehofer betonte, dass noch keine Bundesregierung „ein solch umfassendes Bekämpfungs- und Abwehrpaket“ gegen Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen habe wie die aktuelle. Er hob zugleich hervor, dass das im Regierungsentwurf des Etats 2021 für sein Haus veranschlagte Ausgabenvolumen in Höhe von 18,3 Milliarden Euro gut investiertes Geld vor allem für die Sicherheit im Lande sei, in die man seit Jahren investiere, sowohl bei der Personalausstattung als auch bei der sachlichen. Marcus Bühl (AfD) nannte es „auf den ersten Blick eine gute Sache“, dass 7.500 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen werden sollten. Bei einem zweiten Blick in den Stellenplan etwa der Bundespolizei sehe man indes, „dass zum 1. Juni 2020 im Ist-Stand über 8.000 Polizeibeamte zum Soll 2020 und über 9.000 Polizeibeamte zum Ziel 2021

Studien-Streit nach Polizisten-Chats

INNERES Seehofer-Etat wächst auf fast 18,3 Milliarden Euro

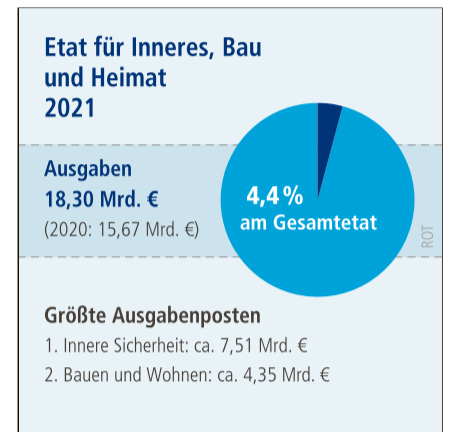
Über Konsequenzen aus dem Skandal um rechtsradikale Chats von Polizisten in Nordrhein-Westfalen ist schon vor den Etatberatungen des Bundestages der vergangenen Woche öffentlich gestritten worden; die Berichte vom Donnerstag über solche Chatgruppen auch bei der Berliner Polizei und dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz verliehen der Debatte über den Etat 2021 des Bundesinnenministeriums noch zusätzliche Aktualität. Während Linke und Grüne Ressortchef Horst Seehofer (CSU) vorhielten, eine wissenschaftliche Studie zu verfassungsfeindlichen Tendenzen in Teilen der Sicherheitsbehörden zu verweigern, verteidigte der Minister die Regierungslinie bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, den er als „die größte Bedrohung in unserem Lande“ wertete: „Wir klären auf, wir vertuschen nichts, wir verfolgen rigoros, und wir richten uns nach dem Prinzip: Null Toleranz für Rechtsextremisten, ganz gleich, auf welcher Ebene und in welcher Berufsgruppe“.

Victor Perli (Linke) entgegnete, dass rassistische Vorfälle „natürlich aufgearbeitet und abgestellt werden“ müssten, was auch im Interesse der großen Mehrheit der Polizisten sei. Dass Seehofer eine wissenschaftliche Untersuchung zu diesen Missständen verhindern wolle, sei ein schwerer Fehler. Damit schütze Seehofer die Polizei nicht, sondern schade ihr. Ähnlich äußerte sich Irene Mihalic (Grüne): Sie verstehe nicht, warum Seehofer eine wissenschaftliche Untersuchung in diesem Bereich blockiere, „obwohl quasi im Wochentakt neue Fälle an die Oberfläche gespült werden“. Damit schade er vor allem den vielen Beamten, die „mit beiden Beinen fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen“. Ihre Fraktion werde in den Haushaltsberatungen eine solche Studie beantragen, um Ausmaß und Ursachen verfassungsfeindlicher Tendenzen in den Sicherheitsbehörden untersuchen zu lassen. Man brauche eine solche Studie „jetzt – die Fakten müssen auf den Tisch“.

Josef Oster (CDU) warf im Gegenzug den Grünen vor, „aus dem gesamtgesellschaftlichen Problem Rassismus ein spezifisches Polizeiproblem“ machen zu wollen. Natürlich passiert auch bei der Polizei Fehler; aber die bekannt gewordenen Fälle der vergangenen Wochen zeigten doch, „dass Fehler bemerkt werden und dass darauf auch konsequent reagiert wird“. Bei 270.000 Polizisten in Deutschland sei es „einfach schäbig“, wegen „einer weniger Einzelfälle die ganze Polizei unter Generalverdacht zu stellen“.

Sebastian Hartmann (SPD) unterstrich ebenfalls, dass der weit überwiegende Teil der „Uniform- und Waffenträger“ auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Man schaue aber „nicht weg, wenn Rechtsextremismus geschürt wird und in die Mitte der Gesellschaft gekippt werden soll“. Seehofer betonte, dass noch keine Bundesregierung „ein solch umfassendes Bekämpfungs- und Abwehrpaket“ gegen Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen habe wie die aktuelle. Er hob zugleich hervor, dass das im Regierungsentwurf des Etats 2021 für sein Haus veranschlagte Ausgabenvolumen in Höhe von 18,3 Milliarden Euro gut investiertes Geld vor allem für die Sicherheit im Lande sei, in die man seit Jahren investiere, sowohl bei der Personalausstattung als auch bei der sachlichen. Marcus Bühl (AfD) nannte es „auf den ersten Blick eine gute Sache“, dass 7.500 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen werden sollten. Bei einem zweiten Blick in den Stellenplan etwa der Bundespolizei sehe man indes, „dass zum 1. Juni 2020 im Ist-Stand über 8.000 Polizeibeamte zum Soll 2020 und über 9.000 Polizeibeamte zum Ziel 2021

fehlen“. Die Neueinstellungen seien wichtig und richtig, könnten „nicht über die Versäumnisse der Bundesregierung in den vergangenen Jahren hinwegtäuschen“. Christoph Meyer (FDP) betonte, seine Fraktion trage die Pläne mit, das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei besser auszustatten, doch zeige sich auch hier, wie weit Anspruch und Wirklichkeit im Ministerium voneinander entfernt seien. Entscheidend seien nicht Poststellen, sondern tatsächlich besetzte Stellen. „In Ihrem Haus sind 18 Prozent der Stellen nicht besetzt“, und ein geordneter Personalaufwuchs sei nicht sichergestellt.



Mehr Geld Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) soll nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung (19/22600, Einzelplan 06) im kommenden Jahr über ein Ausgabenvolumen in Höhe von knapp 18,3 Milliarden Euro verfügen. Damit wächst der BMI-Etat im Vergleich zum Mitte Juni beschlossenen zweiten Nachtragshaushalt (19/20000, 19/20601) um fast 2,63 Milliarden Euro an und im Vergleich zum ursprünglich für das laufende Jahr beschlossenen Etat um gut 3,24 Milliarden Euro. An Einnahmen sind im Einzelplan 06 für das kommende Jahr knapp 1,2 Milliarden Euro nach fast 1,21 Milliarden Euro in 2020 veranschlagt. Größter Ausgabenbereich ist dabei laut BMI mit knapp 7,51 Milliarden Euro die innere Sicherheit. Mit mehr als 1.450 neuen Stellen für diesen Bereich soll den Angaben zufolge 2021 das in Koalitionsvertrag beschlossene Programm von zusätzlich 7.500 Stellen für Sicherheitsbehörden abgeschlossen werden. Daneben soll es für die Ausstattung der Sicherheitsbehörden zusätzliche Mittel von rund 666 Millionen Euro geben. Helmut Stoltenberg

Opposition rügt Innovationen im »Schneckentempo«

BILDUNG UND FORSCHUNG Ministerin Karliczek sieht Deutschland in der Krise technologisch gefordert

Gravierende Vorwürfe musste sich Anja Karliczek (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, von der Opposition in der Debatte zum Haushalt 2021 anhören. Dabei ging es weniger um die Höhe der Mittel. Der Regierungsentwurf sieht vor, dass der Haushalt von 18,3 Milliarden auf 20,24 Milliarden Euro (19/22600) steigen soll. Nur der Mitte Juni beschlossene zweite Nachtragshaushalt war mit 20,31 Milliarden Euro noch höher ausgefallen. Vielmehr warf die Opposition der Ministerin mangelndes Engagement und Tempo bei Projekten und Innovationen vor. Ekin Deligöz (Grüne) sprach von „Schneckentempo“. Bettina Stark-Watzinger (FDP) nannte den Haushalt gerade in Bezug auf Technologie und Innovation „ambitionslos“. Götz Frömming (AfD) mahnte, Deutschland drohe in Bildung, Wissenschaft und Forschung den Anschluss an die internationale Spitze komplett zu verlieren. Albert Rupprecht (CSU) lobte hingegen den Aufwuchs des Haushaltes insge-

samt. Seit 2005 sei dieser von 7,6 Milliarden auf 20,2 Milliarden Euro gestiegen.

Intransparenz gerügt Auch die Rechnungslegung des Ministeriums war Thema in der Debatte. Gesine Lötzsch (Linke) erinnerte daran, dass der Bundesrechnungshof den Hochschulpakt geprüft habe. Geld vom Bund für neue Studienplätze seien „von den Hochschulen für Parkhäuser, Tribünen und anderen Schnickschnack“ ausgegeben worden. Lötzsch sprach von „chaotischen Baustellen“ und zitierte aus dem Bericht des Rechnungshofes: „Die Mittelströme haben eine Intransparenz erreicht, die auch die Länder kaum noch überblicken.“ Auch Frömming betonte, der Bundesrechnungshof habe mehrfach gemahnt, dass haushaltsrechtliche Vorgaben nicht beachtet worden seien, die parlamentarische Kontrolle in Teilen deshalb nicht mehr möglich sei. Frömming nannte das einen „Skandal“. Karliczek appellierte in ihrer Rede an den Gemeinsinn. Die Corona-Pandemie fordere das Land sowohl technologisch wie auch gesellschaftlich: „Wir müssen alle Verantwortung für unserer Mitmenschen übernehmen.“ Zudem hätten die im Frühjahr plötzlich verschlossenen Schulen der Gesellschaft sehr deutlich vor Augen geführt, dass das

Land trotz digitaler Möglichkeiten nicht in der Lage gewesen sei, die Kinder mit der gewohnten Qualität zu unterrichten. Als weitere große Aufgabe nannte sie den Klimaschutz und fügte hinzu: „Der Schlüssel zu all diesen Transformationsprozessen liegt in Forschung und Innovation.“

Digitalpakt Nach Ansicht Karliczek hat die Digitalisierung in den Schulen volle Fahrt aufgenommen. Sie hob den Digitalpakt Schule hervor, der mittlerweile von ursprünglich fünf Milliarden Euro auf rund 6,5 Milliarden Euro bis 2024 angewachsen ist. Obwohl Bildung Ländersache ist, will der Bund so die Digitalisierung in den Schulen vorantreiben. Die Stärkung der Digitalisierung der Schulen stehe für „eine ganz klare Prioritätensetzung“. Auch Rupprecht meinte: „6,5 Milliarden für den Digitalpakt, das ist nicht eine Petitesse, das ist ein Riesenertrag.“ Allerdings erwähnten weder Rupprecht noch Karliczek, dass von den ursprünglichen fünf Milliarden Euro bislang nur 15,7 Millionen Euro durch die Länder abgerufen wurden. Die Gründe, die immer wieder von den Bildungsexperten genannt werden, sind vielfältig. Vor allem das Antragsystem gilt als zu umständlich und ist für viele Schulen zu zeitraubend. Deligöz kriti-

sierte, dass es Karliczek trotz langer Vorlaufzeit - der Digitalpakt Schule ist seit Mai 2019 in Kraft - bislang nicht geschafft habe, „auch nur einen Bruchteil dorthin zu bringen, wohin es gehört, nämlich in die Schulen in diesem Land“. Insgesamt habe sie aus einem „Zukunftsprojekt ein Armutszeugnis für dieses Land kreiert“. Stark-Watzinger sagte, sie habe einen „Wumms“ für Bildung, Forschung und Innovation erwartet, doch „Fehlzanzeige“. Denn mittelfristig, Corona-bereinigt, sinke der Haushalt sogar. Sie monierte, die Bildungschancen in der Gesellschaft seien immer noch ungleich verteilt. Sieben Prozent der Schüler verließen die Schule ohne Abschluss, Tendenz steigend. Zudem warf sie der Ministerin vor, die berufliche Bildung in jeder Rede herauszustellen, aber dann doch viel mehr Geld in die akademische Bildung zu geben. Sie forderte, die Begabtenförderungswerke auch für die berufliche Bildung zu öffnen.



Hilfe für Schüler Zur Modernisierung der beruflichen Bildung stehen laut Haushaltsentwurf rund 635 Millionen Euro (2020: 435 Millionen Euro) bereit. Der Posten ist dem Etat für die „Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung“ zugeordnet. Dafür sind 4,81 Milliarden Euro (2020: 5,37 Milliarden Euro) eingeplant. Oliver Kaczmarek (SPD) betonte, es müsse dafür gesorgt werden, dass in der Krise niemand abstürze, es sei aber auch wichtig, in die Zukunft zu investieren. Der Haushaltsentwurf werde diesem Ziel gerecht. Niemand dürfe durch die Coronakrise zurückgelassen werden. So würden für Schüler aus einkommensschwächeren Haushalten 50 Millionen Euro bereitgestellt, um etwa Computer anzuschaffen. Dies sei „ein starkes Signal“. Als einen zentralen Punkt in Forschung und Innovation nannte Kaczmarek die

Wasserstoffstrategie, für die in den kommenden Jahren elf Milliarden Euro ausgegeben werden sollen. Weitere Mittel flösen in die Quantentechnologie und die Künstliche Intelligenz. Kaczmarek sagte: „Wir stärken damit die Zukunft.“

High-Tech-Strategie Diese Mittel sind dem höchsten Ausgabenposten innerhalb des Einzelplans 30 für „Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie“ zugeordnet, der rund 8,25 Milliarden Euro (2020: 8,22 Milliarden) umfasst. Im Mittelpunkt steht die nationale, europäische und internationale Projektförderung. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems, dem zweitgrößten Posten im Etat der Ministerin für 2021, sind rund 7,46 Milliarden Euro (2020: 7,04 Milliarden Euro) vorgesehen. Schwerpunkt des Kapitels ist der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“, für den im Haushalt 2021 rund 1,88 Milliarden Euro (2020: 1,74 Milliarden) vorgesehen sind. Die Bundesregierung hat 2019 drei große Pakte mit den Bundesländern geschlossen und so Planungssicherheit bis zum Jahr 2030 geschaffen. Dadurch soll die Qualität in Studium und Lehre langfristig deutlich verbessert werden. Annette Rollmann





Jetzt, wo die Zahl der Corona-Infektionen wieder steigt, sinken die Touristenzahlen erneut. Die Hotels sind trotz Kurzarbeit in einer Existenzkrise.

© picture-alliance/dpa

Der kleinste Etat steigt auch

JUSTIZ Die Ausgaben im Bereich des Bundesjustizministeriums sollen auch im kommenden Jahr steigen. Der Haushaltsentwurf sieht für den kleinsten Etat aller Ministerien Ausgaben in Höhe von 952,17 Millionen Euro (2020: 919,73 Millionen Euro) vor. Größter Posten sind erneut die Personalausgaben. Das Geld sei gut angelegt, sagte Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) in der vergangenen Woche. Es gehe vor allem um den Schutz der Demokratie, die Sicherheit der Kinder, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Ministerium selbst kann 112,79 Millionen Euro ausgeben. Für den dort angesiedelten Bereich der Verbraucherpolitik sind leicht wachsende Ausgaben in Höhe von 40,92 Millionen Euro geplant. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums gehören der Bundesgerichtshof (BGH) mit Ausgaben von 53,56 Millionen Euro, der Generalbundesanwalt beim BGH, für den 65,29 Millionen Euro vorgesehen sind, sowie das Bundesverwaltungsgericht (33,44 Millionen Euro), der Bundesfinanzhof (23,79 Millionen Euro), das Bundespatentgericht (16,76 Millionen Euro) und das Bundesamt für Justiz (101,94 Millionen Euro) und das Deutsche Patent- und Markenamt (234,14 Millionen Euro). Die beiden letztgenannten Ämter kommen mit Einnahmen von 132,21 Millionen Euro und 440,39 Millionen Euro für gut 90 Prozent der gesamten Einnahmen des Justizetats in Höhe von 624,78 Millionen Euro auf. Leicht sinken sollen die Ausgaben für die sogenannten „Sonstigen Bewilligungen“ (32,22 Millionen Euro). *Michael Wojtek*

Schlüssel zum Erfolg?

ARBEIT Minister Heil bezeichnet das Kurzarbeitergeld als »schärfste Waffe« in der Krise

Ein schlanker Staat, das war jahrelang das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur in Deutschland – und eigentlich ist es das immer noch. Sonst gäbe es die Schuldenbremse nicht, die zwar momentan ausgesetzt ist, aber so schnell wie möglich wieder greifen soll. Aber nur ein starker Staat, ein starker Sozialstaat vor allem, kann eine Krise wie die aktuelle meistern. Das war der Tenor der Debatte über den Haushaltsplan 2021 (19/22600, Einzelplan 11) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) am vergangenen Freitag. Aus Sicht von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ist es Aufgabe dieses Staates, »dafür zu sorgen, dass die Krise nicht Millionen von Arbeitsplätzen wegpült«. Der staatliche Zuschuss zum Kurzarbeitergeld sei zwar kein »Allheilmittel«, es ist aber im Moment unsere schärfste Waffe, um Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, verteidigte der Minister die Verlängerung der Kurzarbeiterregelungen bis ins nächste Jahr. Er kündigte darüber hinaus Initiativen für mehr Tarifbindung, eine »Weiterentwicklung« des Mindestlohns und Regelungen zum Home-

office an, warnte aber davor, das Arbeitszeitgesetz auszuhebeln. René Springer (AfD) bezeichnete den Haushalt dagegen als »Krankenakte«. Er warf dieser und den Vorgänger-Regierungen unter anderem vor, durch die Förderung von Niedriglohnjobs die Altersarmut erst zu einem Problem gemacht zu haben. Auch die Grundrente werde dieses nicht lösen, so Springer. Der Corona-Politik der Bundesregierung warf er Kopflosigkeit vor, die zehntausende Existenzen vernichtet habe. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz müsse deshalb »sofort gestoppt« werden, forderte er.

»Behandeln Sie Selbstständige nicht als Erwerbstätige zweiter Klasse!«

Johannes Vogel (FDP)

Peter Weiß (CDU) betonte: »Deutschland bewältigt die Corona-Krise auch deshalb besser als andere Länder, weil wir einen leistungsfähigen Sozialstaat haben«. Die Bundesagentur für Arbeit spiele dabei eine besondere Rolle, weshalb es richtig sei, die Zuschüsse an die Agentur aufzustocken, so Weiß. Vor allem Jugendliche bräuchten jetzt eine verstärkte Beratung, »denn Corona darf nicht bedeuten, dass sie um ihre Zukunftsperspektiven gebracht werden«. Die Tatsache, dass die Kurzarbeit wieder sinke, zeige: »Wir sind auf dem richtigen Weg.«

Johannes Vogel (FDP) hob hervor, dass es aber nach wie vor viele Risiken für die konjunkturelle Entwicklung gebe. Um neue Jobs zu schaffen, müssten die Unternehmen weiter entlastet werden, zum Beispiel durch mehr Flexibilität bei Neueinstellungen. »Mehr Sicherheit gibt es nur durch mehr wirtschaftliche Freiheit«, so die Überzeugung des Liberalen. Vogel forderte außerdem von den Unionspolitikern, ihren zahlreichen Talkshow-Ankündigungen zur geplanten Absicherung von Selbstständigen endlich Taten folgen zu lassen. »Behandeln Sie sie nicht länger als Erwerbstätige zweiter Klasse«, verlangte er. Gesine Lötzsch (Die Linke) kritisierte die bedingungslosen Milliardenhilfen für Konzerne wie die Lufthansa. Nun plane der Konzern aber, 22.000 Beschäftigte zu entlassen. Aber: »Entlassung auf Staatskosten darf es nicht geben«, empörte sie sich. Auch warf sie der Regierung vor, die Arbeitslosenstatistik zu schönen, in dem viele Gruppen herausgerechnet würden. Lötzsch fragte die Regierung, »wer soll das alles bezahlen?« und forderte zur Finanzierung der Krisen-Pakete eine Vermögensabgabe. Ekin Deligöz (Grüne) schlug vor, das Kurzarbeitergeld gestaffelt nach der Höhe der Einkommen auszus zahlen. Wer ein höheres Einkommen habe, dessen Lohnersatzrate solle niedriger ausfallen, bei niedrigen Einkommen solle diese dafür höher sein, so die Grüne. Sie forderte außerdem einen



Corona-Zuschlag in der Grundsicherung und kritisierte die Einsparungen bei den Jobcentern. Diese seien gerade jetzt besonders gefordert, sagte Deligöz. Kerstin Tack (SPD) sagte: »Diese Krise zeigt, die Mär vom schlanken Staat kann nur noch von Traumtänzern aufrechterhalten werden.« Denn nur ein starker Staat sei handlungsfähig und kann der Bevölkerung mit einem Sozialstaatspaket, wie es die Bundesregierung Anfang des Jahres beschlossen habe, unter die Arme greifen.

Die Zahlen im Einzelnen Der Etat des BMAS steigt im kommenden Jahr deutlich - oder er sinkt, je nachdem, aus welcher Perspektive man rechnet: Es sind Ausgaben

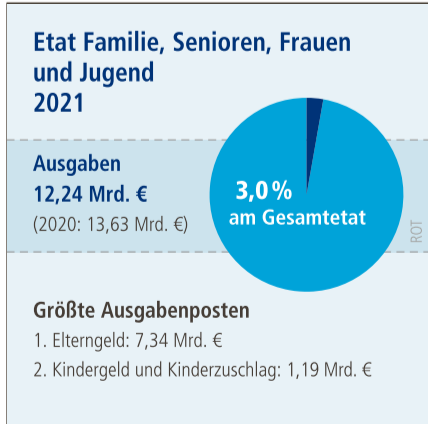
von 163,97 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist deutlich mehr als der Ursprungs-Etat für 2020 vorgesehen hatte, der sich zunächst auf 150,22 Milliarden Euro belief. Es ist aber zugleich auch deutlich weniger, als der Corona-bedingte Nachtragshaushalt für 2020 für den Etat des BMAS vorgesehen hatte (170,62 Milliarden Euro). Der größten Posten ist wie immer die Rente: 106,14 Milliarden Euro (2020: 101,84 Milliarden Euro) entfallen auf Leistungen an die Rentenversicherung und rund 8,3 Milliarden Euro (2020: 7,9 Milliarden Euro) auf die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme stellt der Bund, zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, rund 48,1 Milliarden Euro (2020: 58,69 Milliarden Euro) zur Verfügung. Davon entfallen 44,53 Milliarden Euro (2020: 48,95 Milliarden Euro) auf die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dazu gehören Leistungen in Höhe von 23,4 Milliarden Euro (2020: 26,4 Milliarden Euro) für das Arbeitslosengeld II; für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sind elf Milliarden Euro (2020: 12,4 Milliarden Euro) und für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit fünf Milliarden Euro und damit genau so viel wie in diesem Jahr eingeplant. *Claudia Heine*

Anzeige

Streit über Mittel für Demokratieförderung

FAMILIE Rund 80 Prozent des Etats von Franziska Giffey sind in gesetzlichen Leistungen fest verplant

Einen großen Spielraum hat Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) in ihrem Etat nicht. Von den 12,24 Milliarden Euro, die ihr im kommenden Jahr laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung (19/22600, Einzelplan 17) zur Verfügung stehen sollen, sind gut 80 Prozent bereits fest in den gesetzlichen Leistungen für Deutschlands Familien verplant. Allein 7,34 Milliarden Euro entfallen auf das Elterngeld, weitere 1,19 Milliarden Euro auf Kindergeld und Kinderzuschlag und 875 Millionen Euro für Unterhaltsvorschusszahlungen. So verwundert es denn auch nicht, dass in den Beratungen des Etats für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gerne auch über vergleichsweise kleinere Summen gestritten wird. In der vergangenen Woche entzündete sich der parlamentarische Streit an den eingeplanten Geldern für das Förderprogramm »Demokratie leben!« - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, das Giffeyes Amtsvorgängerin Manuela Schwesig 2014 ins Leben gerufen hatte. Im kommenden Jahr sollen die Haushaltsmittel für das Programm um 35 Millionen Euro auf 150 Millionen erhöht werden. In der Debatte kündigte Giffey zudem unter Applaus der SPD-Fraktion an, dass eine weitere Erhöhung auf bis zu



200 Millionen Euro bis zum Jahr 2023 geplant sei. Dies sei »ein wichtiges Signal für all diejenigen in unserem Land, die sich gegen jede Art von Extremismus einsetzen«, sagte die Ministerin.

Zweifel bei der Union Beim Koalitionspartner kommt der Geldsegen für das Förderprogramm aber nur bedingt gut an. Nadine Schön (CDU) bescheinigte der Ministerin zwar, dass im Rahmen des Förderprogramms viele tolle Projekte zur Demokratiebildung unterstützt würden. Aber Demokratiebildung finde gerade bei den Ju-

gendlichen auch in Sportvereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den Pfadfindern statt. Dort würden Fairness und Toleranz vorgelebt und gezeigt, was es in einer Gesellschaft bedeute, füreinander einzustehen. »Müssen wir wirklich die Mittel für »Demokratie leben!«-Projekte noch einmal so deutlich erhöhen, oder wäre es nicht besser, wir würden die guten Strukturen in den Vereinen, in den Verbänden, in den Jugendorganisationen noch einmal deutlich stärken?«, fragte Schön. Der FDP-Parlamentarier Christoph Meyer mahnte, das Förderprogramm sei ein Beispiel dafür, dass Giffey Gelder mitunter »mit der Gießkanne« verteile. Die Wichtigkeit der Demokratieförderung stehe zwar außer Frage, aber es müsse geprüft werden, ob das Geld auch effizient eingesetzt werde, die Mittel müssten evaluiert werden, forderte Meyer. Ginge es nach der AfD, dann würden die Gelder für das Bundesprogramm wohl eher ganz eingespart werden. Mit dem Programm, so klagte Volker Münz (AfD), würden einseitig Projekte gegen Rechtsextremismus, nicht aber Linksextremismus und Islamismus finanziert. Und: »Es gibt Hinweise, dass extremistische Gruppen Mittel aus dem Programm »Demokratie leben!« erhalten.« Zu diesen extremistischen Grup-

pen zählt Münz auch die Antifa. Die vom Verfassungsschutz beobachtete Antifa Köln werde von den Hochschulgruppen von Grünen, Jusos und Linken mit Semesterbeiträgen unterstützt. Linke, Grüne und Teile der SPD seien »der parlamentarische Arm« der Antifa, monierte Münz. Unterstützung für die Erhöhung der Mittel für das Förderprogramm kam hingegen aus den Reihen von SPD, Linken und Grünen. Michael Leutert (Linke) hielt Giffey allerdings vor, dass sie dies »teuer erkaufte« habe. Den zusätzlichen 35 Millionen Euro für »Demokratie leben!« stünde eine Globale Minderausgabe im Familienetat von 64 Millionen Euro gegenüber. Und die geplante Mittelerhöhung auf 200 Millionen Euro sei durch die mittelfristige Finanzplanung nicht gedeckt. Ekin Deligöz (Grüne) begrüßte die Mittelerhöhung. Zugleich warf sie der Unionsfraktion vor, sie blockiere bislang die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes. Dieses Verhalten sei »ignorant«. *Alexander Weinlein*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

Seit rund vier Jahrzehnten fliegt das „Lastentier“ bei der Bundeswehr. So lautet der liebevolle Spitzname für den Transporthubschrauber Sikorsky CH-53, der Mitte der 1970er Jahre bei den deutschen Streitkräften eingeführt wurde. Doch das Lastentier ist müde geworden. Die alten Maschinen sind reparaturanfällig, müssen immer öfter am Boden bleiben. Bereits 2017 war die Entscheidung gefallen, einen neuen schweren Transporthubschrauber für die Truppe zu beschaffen. Beworben um den Auftrag hatten sich Boeing mit dem CH-47 „Chinook“ und Sikorsky mit dem Modell CH-53K. Doch pünktlich zum Auftakt der Haushaltsberatungen im Bundestag informierte das Verteidigungsministerium die Parlamentarier in der vergangenen Woche, dass das Beschaffungsvorhaben vorerst gestoppt worden ist. Grund: Die Angebote seien „unwirtschaftlich“, sprich zu teuer. Für die Bundeswehr ist dies ein weiterer Rückschlag bei der Beschaffung von modernen Großsystemen.

„Wir zeigen beim Projekt schwerer Transporthubschrauber, dass wir nicht alles und nicht zu dem Preis abnehmen, was uns angeboten wird“, betonte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in der ersten Lesung des Wehretats 2021. Überhaupt dürften die großen Beschaffungsvorhaben nicht „bedingungslos“ zu Lasten kleiner und mittlerer Anschaffungen umgesetzt werden. So plane die Bundeswehr bereits seit 20 Jahren die Anschaffung eines speziellen Pionierwerkzeugsatzes, aber das Beschaffungsvorhaben sei 20 Jahre lang immer wieder verschoben worden, weil das Geld nicht gereicht habe. Dies führe zu „Verdruss“ in der Truppe. Die Ministerin ahnt wohl, dass die Belastungen für den Bundeshaushalt durch die Coronapandemie in der nahen Zukunft nicht spurlos am Wehretat vorbeigehen werden. Im kommenden Jahr steigen die Verteidigungsausgaben zwar noch einmal um 1,16 auf insgesamt 46,81 Milliarden Euro, trotzdem scheint nicht alles finanzierbar zu sein, was die Truppe sich wünscht.

Kritik der Opposition Bei den Bundestagsfraktionen stieß der Beschaffungstopp für den schweren Transporthubschrauber auf unterschiedliche Reaktionen. Tobias Lindner, Wehr- und Haushaltsexperte von Bündnis 90/Die Grünen, beschimpfte Kramp-Karrenbauer, es sei zwar richtig, sich von der Industrie nicht jeden Preis diktieren zu lassen, aber er erwarte von der Ministerin einen „Plan B“.

Der FDP-Haushaltspolitiker Karsten Klein befürchtet, dass auch weitere Beschaffungsvorhaben bedroht sind. Die Entwicklung eines gemeinsamen neuen Kampfflugzeuges mit Frankreich (FCAS) sei ebenso mit einem Fragezeichen im Haushalt versehen wie das taktische Luftverteidigungssystem (TLVS) oder die Eurodrohne. Das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel, 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, werde nur aufgrund der coronabedingt geschrumpften



Schwere Lasten

VERTEIDIGUNG Bundeswehr muss sich trotz steigendem Etat vorerst von Beschaffungsvorhaben verabschieden



Ein Hubschrauber vom Typ CH-53 transportiert Sandsäcke während des Elbehochwassers im Jahr 2002.

© picture-alliance/dpa

Wirtschaft erreicht, monierte Klein. Auch FDP, Linke und sogar die SPD begrüßten den gestoppten Beschaffungsvorhaben mahnte der SPD-Haushaltspolitiker Andreas Schwarz, die Bundeswehr müsse zukünftig „mehr von der Stange“ kaufen. Er verstehe nicht, dass andere Nato-Partner ihre Hubschrauber mit lieferfertigen Ausrüstung fliegen, während Deutschland Anforderungen an die Technik stelle, die erst Neuentwicklungen erfordert.

Die Linksfraktion wiederum hält den Verteidigungshaushalt sei jehier für zu groß. Deren Haushaltsexperte Michael Leutert führte aus, dass angesichts eines Wehretats von rund 47 Milliarden Euro die Frage gestellt werden müsse, was durch diese Summe abgedeckt sei. Über die Landesverteidigung bestehe zwar Konsens, aber die Bündnisverteidigung müsse angesichts des Zustandes der Nato „in Zweifel“ gezogen werden. Leutert verwies in diesem Zusammenhang auf die angespannten Beziehungen zwischen den Nato-Partnern Türkei und Griechenland.

Alexander Weinlein

ein neuer schwerer Transporthubschrauber. Mit Blick auf das gestoppte Beschaffungsvorhaben mahnte der SPD-Haushaltspolitiker Andreas Schwarz, die Bundeswehr müsse zukünftig „mehr von der Stange“ kaufen. Er verstehe nicht, dass andere Nato-Partner ihre Hubschrauber mit lieferfertigen Ausrüstung fliegen, während Deutschland Anforderungen an die Technik stelle, die erst Neuentwicklungen erfordert.

Die Linksfraktion wiederum hält den Verteidigungshaushalt sei jehier für zu groß. Deren Haushaltsexperte Michael Leutert führte aus, dass angesichts eines Wehretats von rund 47 Milliarden Euro die Frage gestellt werden müsse, was durch diese Summe abgedeckt sei. Über die Landesverteidigung bestehe zwar Konsens, aber die Bündnisverteidigung müsse angesichts des Zustandes der Nato „in Zweifel“ gezogen werden. Leutert verwies in diesem Zusammenhang auf die angespannten Beziehungen zwischen den Nato-Partnern Türkei und Griechenland.

Alexander Weinlein

STICHWORT
Die Bundeswehr in Zahlen

> **Truppenstärke** Derzeit dienen 184.258 Soldaten in der Bundeswehr: 54.024 Berufssoldaten, 122.178 Zeitsoldaten und 8.056 freiwillig Wehrdienstleistende. Mit 22.951 Soldatinnen hat die Truppe einen Frauenanteil von zwölf Prozent. Frauen dienen seit 2001 in den Kampfgruppen.

> **Auslandseinsätze** Rund 4.000 Soldaten der Bundeswehr sind aktuell in 13 Auslandseinsätzen in Europa, Afrika und Asien stationiert. Zu den größten Einsätzen gehören die in Afghanistan mit 1.100 Soldaten und Mali mit 956 Soldaten.

> **Zivilisten** Bei der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium sind aktuell 79.973 Zivilangestellte beschäftigt. Die Frauenquote beträgt 38 Prozent.

Von Worten und Taten

AUSWÄRTIGES Kritik an Kürzung bei humanitärer Hilfe

„Nicht ambitioniert“, „nicht kohärent“, „kein Feuer“: Die Opposition lässt am Haushaltsentwurf für das Ressort von Außenminister Heiko Maas (SPD) kein gutes Haar. Vertreter der Fraktionen von FDP, Linken und Grünen machten bei der ersten Beratung des Etatentwurfs vergangene Woche deutlich, dass die Bundesregierung angesichts der internationalen Lage und der Erwartungen an Deutschlands aus ihrer Sicht zu wenig liefere.

Laut Regierungsentwurf (19/22600, Einzelplan 05) sind Ausgaben in Höhe von 6,04 Milliarden Euro vorgesehen. Im Vergleich zum ursprünglich beschlossenen Etat 2020, der Ausgaben in Höhe 5,93 Milliarden vorgesehen hatte, ergibt das zwar eine geringfügige Steigerung um elf Millionen Euro. Gegenüber dem im Juni dieses Jahres verabschiedeten Nachtragshaushalt 2020 sind es allerdings rund 582 Millionen Euro weniger. Abstriche soll es etwa bei den Mitteln für die Vereinten Nationen und für humanitäre Hilfe, Steigerungen bei der zivilen Krisenprävention geben. Außerdem entfallen 2021 Mittel, die im Jahr 2020 einmalig für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vorgesehen waren.

»Multilateralismus darf man nicht nur loben, man muss ihn auch leben.«

Michael Georg Link (FDP)

EU-Migrationspolitik Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, betonte das elementare Interesse Deutschlands an einer starken und souveränen Europäischen Union. „Damit steht und fällt unsere eigene Handlungsfähigkeit in einer Welt voller Krisen, Kriege und Konflikte.“ Roth machte sich stark für eine gemeinsame Lösung für eine der „Humanität und Solidarität verpflichteten europäischen Migrationspolitik“. Dies sei innerhalb der EU ein „ziemlich hartes Brett“. Abschottung und ein „Rückzug ins nationale Schneckenhaus“ würden das Problem nicht lösen können. Roth warb mit Blick auf Veto-Blockaden für mehr „Schlagkraft und Entschlossenheit“ der EU. „Wir müssen dafür sorgen, dass Europa die Krisen vor seiner eigenen Haustür eigenständig lösen kann. Wir sind als EU noch nicht so gut, wie wir sein könnten und sein sollten.“ Die Eskalation des Berg-Karabach-Konfliktes würde aktuell zeigen, dass „aus eingefrorenen Konflikten gelöste Konflikte“ werden müssten.

Armin-Paulus Hampel (AfD) sprach von einem außenpolitischen „Armutszeugnis“ und bezeichnete Ressortchef Maas als „schlechtesten Außenminister, den die Bundesrepublik je hatte“. Es fehle eine „realpolitische Einschätzung der Beziehungen mit den USA, mit Russland, mit Afrika und auch mit China“, stattdessen verprelle die Bundesregierung diese Länder mit arroganten Auftritten. „Die Chinesen erkennen unsere Menschenrechtsvorstellungen nicht an. Sei es drum!“, sagte Hampel. „Auch die Russen erkennen nicht alles an, was uns wichtig ist. Deswegen verfeinde ich mich nicht mit ihnen, sondern ich agiere realpolitisch und wäge ab: Wo sind unsere Interessen? Wo können wir sie durchsetzen und wo nicht?“

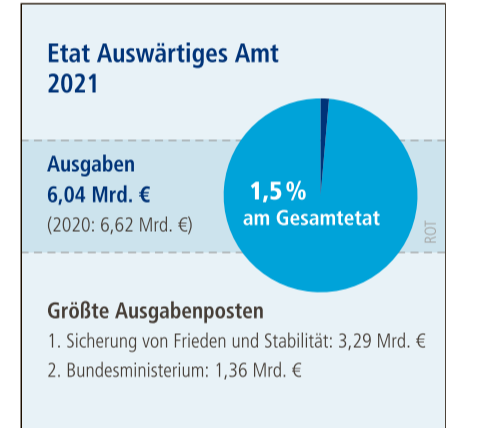
Jürgen Hardt (CDU) machte „Anzeichen von Schwäche“ in der EU-Außenpolitik aus: Es wäre ein unhaltbarer Zustand, wenn durch das Veto eines einzigen Mitgliedslandes Sanktionen gegen die für Menschenrechtsverletzungen und Wahlfälschungen Verantwortlichen in Belarus verhindert wür-

den, sagte Hardt mit Blick auf die zwischenzeitliche Haltung Zyperns. Optimistischer bewertete Hardt eine gemeinsame Initiative Europas zur Stabilisierung der Länder der Sahelzone. In der Mitte Afrikas dürfe keine Region entstehen, in denen der „Islamische Staat“ und al-Qaida eine neue Heimstatt finden würden. „Wenn wir das gemeinsam mit den Staaten Afrikas nicht in den Griff kriegen, dann werden wir ein riesenproblem haben.“

Michael Georg Link (FDP) kritisierte, dass der Etat des Auswärtigen Amtes im Vergleich zum Nachtragshaushalt des laufenden Jahres um 580 Millionen Euro sinken solle. Das sei angesichts des Mehrbedarfs bei Krisenprävention, humanitärer Hilfe und Ausstattung der Vereinten Nationen „absolut nicht angemessen“, sagte Link und verwies auf Kürzungen der Mittel für das Flüchtlingshilfswerk und das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten. Heiko

Maas wirke wie ein „Minister auf Durchreise – nicht greifbar, nicht auf Fragen und Anregungen eingehend“, er fechte nicht für sein Ressort. „Multilateralismus darf man nicht nur loben, man muss ihn auch leben“, sagte Link.

Auch Michael Leutert (Die Linke) befand, dass der Minister hilflos auf die Vielzahl der Krisen und Katastrophen dieser Zeit reagiere. „Er stellt sich in und fordert und mahnt und ist bestürzt.“ Das sei auch „logisch, denn Deutschland ist außenpolitisch derzeit so schlecht aufgestellt, dass der Außenminister immer dann, wenn er sich bewegt, eigentlich im Schach steht“. Bei seinem Etat, wo er



wirklich etwas bewegen könnte, bleibe Maas untätig. Allein im Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“ würden 300 Millionen Euro gekürzt, darunter Mittel für das UN-Flüchtlingshilfswerk, kritisierte Leutert.

Embargobrecher Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Außenpolitik der Bundesregierung als „nicht ambitioniert, langsam, widersprüchlich“, und nannte als Beispiel den Libyen-Konflikt. Zwar habe sie mit dem von ihr initiierten Berliner Prozess den späten Versuch unternommen, eine Friedenslösung zu finden. „Kernpunkt ist, dass keine Waffen mehr ins Land kommen; und das ist auch absolut richtig so“. Durch deutsche Rüstungsexporte belohne die Bundesregierung aber „Embargobrecher“ wie die Türkei und Ägypten. „Das ist einfach keine gute Politik.“

aha

»In keiner Weise zufriedenstellend«

ENTWICKLUNG Weniger Geld für internationale Organisationen, schrumpfender Etat in den kommenden Jahren – weite Teile der Opposition sind entsetzt

12,4 Milliarden Euro soll Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) 2021 laut Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung (19/22600) ausgeben dürfen. „Eine beachtliche Summe“, befand Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) in der ersten Beratung vergangene Woche anerkennend – um den Etat anschließend Stück für Stück zu zerpfücken. Dass im Finanzplan ein Absturz um 25 Prozent in den Jahren 2022, 2023 und 2024 vorgesehen sei, bedeute „keine verantwortungsvolle Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit“. Zugleich würden multilaterale Programme, wie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) und die Globale Bildungspartnerschaft, „auf das Vor-Coronaniveau zurückgestrichen“. So könnten die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit durch die Coronapandemie „mit einem Fingerschnippen kurzfristig zunichtegemacht werden“, warnte Hajduk und schlussfolgerte: „Dieser Haushaltsplanentwurf kann uns in keiner Weise zufriedenstellen“.

Hajduk stand nicht allein mit ihrer Kritik. Auch FDP, Linke und sogar die SPD bemängelten den abknickenden Finanzplan für die nächsten fünf Jahre und die Kürzungen bei den multilateralen Hilfen, denen ein Plus von 650 Millionen bei den bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gegenüberstehen.

»Koordinierte Antwort« Michael Georg Link (FDP) nannte es „grotesk“, dass die Bundesregierung mitten in einer globalen Gesundheitskrise bei der multilateralen Zusammenarbeit kürzen wolle, „wo in der Tat die international koordinierte Antwort auf die Folgen der Pandemie nötig wäre“. Dies werde dem deutschen Anspruch hinsichtlich internationaler Verantwortung nicht gerecht.

Michael Leutert (Die Linke) betonte, die derzeitigen Aufgaben wie Klimawandel und Corona-Pandemie seien global und daher nur global zu lösen. Deshalb müssten funktionierende internationale Strukturen, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen, genutzt und gestärkt werden. Dass genau dafür die Mittel nun gekürzt werden sollen, wertete er als „massive Prioritätenverschiebung“. Zudem sei „völlig inakzeptabel“, dass der Finanzplan für die nächsten Jahre ein Minus von drei Milliarden

Euro pro Jahr für Entwicklung vorsehe. Sonja Amalie Steffen (SPD) betonte, Deutschland müsse noch mehr leisten. Nur durch die gemeinsame Hilfe der Weltgemeinschaft könnten Menschen in den ärmsten Ländern eine Perspektive haben. Im Hinblick auf die Pläne für eine Absenkung der multilateralen Hilfen zeigte sie sich daher „überzeugt, dass der Entwurf des Ministeriums das Parlament nicht so verlassen wird, wie er eingebracht wurde“. Die AfD erneuerte in der Aussprache ihre grundsätzliche Kritik an Ausrichtung und Effizienz der deutschen Entwicklungszu-



sammenarbeit (EZ). Volker Münz warf der Bundesregierung mit Blick auf den Etat 2021 „schuldendfinanzierte Mehrausgaben im Ausland“ vor. Dies sei verfassungsrechtlich unzulässig. Statt eine „Vielzahl fragwürdiger Projekte und ineffizienter Programme“ in rund hundert Ländern zu finanzieren und deutsche Steuergelder „mit der Gießkanne“ auszuschütten, sollte sich die deutsche Entwicklungspolitik „auf das Machbare konzentrieren“, mahnte er. So sollte die Bundesregierung insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen fördern.

Laut Regierungsentwurf soll Ressortchef Müller (CSU) im kommenden Jahr so viel wie 2020 ausgeben können – zumindest laut dem Mitte Juni beschlossenen zweiten Nachtragshaushalt (19/20000, 19/20601). Denn ursprünglich hatte die Bundesregierung für das laufende Jahr Entwicklungsausgaben in Höhe von lediglich 10,88 Milliarden Euro vorgesehen. Doch um Entwicklungsländer und insbesondere internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen bei der weltweiten Bewältigung der Corona-Pandemie besser unterstützen zu können, wurde die Summe um 1,55 Milliarden Euro aufgestockt. Beispielsweise stieg der deutsche Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids,



Ressortchef Gerd Müller (CSU) trug eigen ein nachhaltig produziertes Hemd.

Tuberkulose und Malaria durch den Nachtragshaushalt um 150 Millionen Euro auf 500 Millionen. 2021 soll er, wie andere Beiträge auch, wieder auf das ursprünglich geplante Niveau sinken.

Auch wenn die Opposition deutliche Nachbesserungen am Entwurf forderte, dürfte der BMZ-Etat mit geplanten Investitionen in Höhe von 8,6 Milliarden Euro nach dem Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

auch 2021 der zweitgrößte Investitionsbudget des Bundes bleiben. Aussichten, die den Minister mit „Stolz“ erfüllen. Er betonte, dass sich das Budget seines Hauses seit 2014 nahezu verdoppelt habe und lobte, dass Deutschland als einziges Land in Europa wegen der Coronapandemie ein Drei-Milliarden-Euro-Sofortprogramm für Entwicklungsländer aufgelegt habe. Jedoch sei mehr internationales Engagement notwendig, befand auch er. Die Pandemie führe zu einer „Hunger- und Armutskrise dramatischen Ausmaßes“ und zur Destabilisierung ganzer Staatenregionen. Es brauche einen UN-Nothilfefonds, eine bessere Krisenprävention und einen Schuldenerlass für die ärmsten Staaten der Erde.

Müller forderte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zudem auf, die Blockade des vom BMZ vorgelegten Lieferkettengesetzes zu beenden. „Made in Germany“ stehe „für höchste Qualität und sollte auch für eine globale Verantwortungsethik von Politik und Wirtschaft stehen“. Der CSU-Politiker ging mit gutem Beispiel voran: In der Debatte trug er ein weißes Hemd, das seinen Angaben zufolge von einem deutschen Discounter in Bangladesch nachhaltig produziert worden sei. Es koste 11,98 Euro und, so befand Müller lächelnd, „schaut doch gut aus“.

Johanna Metz





Hörsaal der Universität Rostock (linkes Bild). Campus der Uni Jena (rechts) mitten im Stadtzentrum: Vor allem in den strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands wird um jeden Studienanfänger gekämpft.

© picture-alliance/dpa/imageBROKER

Standort-Vor(ur)teile

30 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT Ost-Hochschulen punkten fachlich und sozial. Trotzdem müssen sie kämpfen

Die Entscheidung, fürs Studium von Bremen nach Jena zu gehen, fiel Mintje Zorn nicht schwer. Sie habe die Stadt selbst zwar vorher noch nicht gekannt, erzählt die 26-Jährige, aber in ihrem Umfeld habe es Menschen gegeben, die dort studiert hätten und begeistert gewesen seien. „Deshalb wusste ich, dass man hier gut studieren und leben kann.“ Noch weniger Gedanken darum, ob ein Umzug von West nach Ost problematisch sein könnte, machte sich Zorns Freundin Isabel Reda. „Ich wollte Bildung, Kultur, Anthropologie studieren und den Studiengang gibt es nur in Jena. Also bin ich von Hannover hergezogen.“ Bereut haben die jungen Frauen den Schritt keine Sekunde: Die Friedrich-Schiller-Universität sei klasse: gute Ausstattung, moderne Räume, gute Lehre. „Jeder vierte Einwohner von Jena studiert“, sagt Mintje Zorn, „das prägt die Stadt sehr.“ Studierende wie Zorn und Reda sind das, was sich ostdeutsche Hochschulen händeringend wünschen: Westdeutsche, die an ihre Universitäten kommen. Denn davon gibt es auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch wenige. Nur ein gutes Drittel aller Studierenden verlässt das Bundesland, in dem es Abitur gemacht hat; das ergibt sich aus der 21. Sozialbefragung des Deutschen Studentenwerks. Wer die Koffer packt, den zieht es viel häufiger vom Osten in den Westen; nur fünf Prozent der westdeutschen Abiturienten wechseln nach Ostdeutschland.

»Auf der geistigen Landkarte im Westen kamen wir oft nicht vor.«

Axel Borchardt, Uni Jena

schwere Kampagne. Unter dem Motto „Studieren in Fernost“ warben die fünf ostdeutschen Bundesländer für ihre Hochschulstandorte. Tatsächlich hatten Greifswald, Halle und Chemnitz einiges zu bieten: moderne Gebäude, Ausstattung auf Top-Niveau, deutlich bessere Betreuungsverhältnisse als im Westen und günstigen und verfügbaren Wohnraum. Doch das konnte einen entscheidenden Standortnachteil kaum aufwiegen: West-Studenten hatten den Osten kaum auf dem Schirm – und wenn doch, dann häufig mit negativen Assoziationen. Man kann in verschiedenen Erstsemesterbefragungen ostdeutscher Unis nachlesen, was mit dem unbekanntem Terrain verbunden wurde: ein Leben in der Platte, tote Innenstädte und jede Menge Nazis. Axel Borchardt aus der Pressestelle der Jenaer Uni kann sich noch gut daran erinnern, wie seine Hochschule auf Messen im Westen von Studieninteressierten auf einer unbeschrifteten Europa-Karte verortet wurde: „Da sind wir nicht nur einmal kurz vor Sibirien gelandet. Auf der geistigen Landkarte im Westen kamen wir oft überhaupt nicht vor.“ Das hat sich inzwischen geändert: Inzwischen genießt die Schiller-Universität bundesweit einen hervorragenden Ruf – im Wettbewerb um Studienanfänger aber kann auch sie sich nicht ausruhen, obwohl Thüringen als einziges Ost-Bundesland seine Studienanfängerzahlen in den vergangenen 15 Jahren von knapp 8.500 auf mehr als 13.500 steigern konnte. Überall anders im Osten ist ein gegenläufiger Trend zu erkennen, der sich trotz aller Anstrengungen nicht stoppen lässt. Haben

die Werbekampagnen also versagt? Das Urteil über diese Frage fällt unterschiedlich aus. Sachsen, das zusätzlich zur Fernost-Kampagne noch eine eigene Werbung mit dem Titel „Pack dein Studium“ aufgelegt hat, habe den Rückgang der sächsischen Abiturienten um 40 Prozent seit 2008 mehr als kompensieren können, sagt Sabine Hülsmann, Referentin im Sächsischen Wissenschaftsministerium und während der Laufzeit der Kampagnen dafür zuständig. Mit etwa 20.000 sei die jährliche Zahl der Studienanfänger im Freistaat relativ stabil, „das funktioniert nur mit Studierenden außerhalb von Sachsen“.

Tendenz nach unten Ernüchterter ist man in Rostock. Hier schwanken die Studierendenzahlen seit Jahren, mit Tendenz nach unten. Für die Frage, was letztlich entscheidend dafür sei, Studierende in eine Stadt zu holen, gebe es einfach nicht die treffende Erklärung, sagt Uni-Presse Sprecher Michael Vogt. Im Wintersemester 2018/19 zählte seine Uni rund tausend Studierende weniger als noch vor fünf Jahren, der Uni im benachbarten Greifswald geht es ähnlich. Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen kam im vergangenen Jahr zu dem Schluss, bundesweit seien 41 der 263 Fachhochschul- und Universitätsstandorte vom Rückgang der Studierendenzahlen betroffen; knapp zwei Drittel der Standorte liegen in den neuen Bundesländern. Vor allem in den strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands wird um jeden Studienanfänger gekämpft. Und man kann dort nicht mehr mit allem punkten, was noch vor 15 Jahren in die Waagschale geworfen wurde: Den Vorsprung der ostdeutschen Bundesländer in Sachen Ausstattung dank Renovierungen, Sanierungen, Neubauten und Neuschaffungen, den man 2008 bis 2010 deutlich gesehen habe, sei bei

einer Befragung von Studierenden 2017 bis 2019 nicht mehr dagewesen. Zu diesem Schluss kommt Cort-Denis Hachmeister vom Centrum für Hochschulentwicklung. „Die ostdeutschen Bundesländer schneiden dabei zwar immer noch gut ab, aber nicht mehr so viel besser als die westdeutschen.“ Im Vergleich der letzten zehn Jahre zeige sich bei der Bewertung von Hörsälen und Seminarräumen, Praktikumslaboren, IT-Infrastruktur und Bibliotheken nun ein sehr viel heterogeneres Bild. Zu diesem Befund kommt ein weiteres Problem: Niemand weiß so recht, was die erfolgversprechendste Methode ist. Es gebe „leider keine richtige Wirkmessung“ für die Maßnahmen, sagt Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, warum die Entscheidung für oder gegen einen Studienort falle, sei schwer nachzuvollziehen. Es habe in Deutschland seit den 2000er Jahren eine Verdopplung der Studierendenzahlen gegeben, die Studierneigung sei immens gestiegen, schon allein deshalb seien die Plätze in den Hörsälen in Ost wie West nie leer gewesen. Grundsätzlich sei zu beobachten, dass die Zufriedenheit derer, die sich auf den Weg gen Osten gemacht hätten, hoch sei.

Das würde Gerd Strohmeier wohl unterschreiben: Der Rektor der Technischen Universität Chemnitz ist gebürtiger Bayer und seit 2008 in Sachsen heimisch. Er sagt, er habe sich sowohl in der Stadt Chemnitz als auch an der TU Chemnitz sofort sehr wohl gefühlt – vermutlich viel wohler als dies an manchen Orten der „alten Bundesrepublik“ der Fall gewesen wäre. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung plädiert er dafür, dass „wenn wir von Ost und West sprechen, nicht mehr in historischen, sondern in geografischen Kategorien denken“. Und die sollten eher weiter gefasst sein: Zwar sei der Anteil westdeutscher Studierender in Chemnitz heute signifikant höher als vor zehn Jahren. Entscheidend aber sei, „dass eine Universität – egal, ob sie ihr Zuhause im Westen, Osten, Norden oder Süden hat – immer beides sein muss: ein Magnet für die Region und ein attraktives Angebot darüber hinaus“. Ihm gehe es nicht nur darum, Studierende aus den „alten Bundesländern“ zu gewinnen, heute sei es auch wichtiges Ziel, attraktiv für internationale Studierende zu sein. Mehr als ein Viertel der in Chemnitz Studierenden komme aus dem Ausland – aus mehr als 90 Ländern. „Damit sind wir die internationalste Universität in Sachsen und eine der internatio-

nalsten Universitäten in Deutschland.“ Mit individuellen Vorteilen punkten, nicht mehr als ostdeutsche Uni in einer Region mit niedrigen Lebenshaltungskosten: Das ist auch das Credo von Torsten Evers, zuständig für das Hochschulmarketing an der Uni Halle. Die große Kampagne Mitte der 2000er sei ihm oft „zu plump“ gewesen, aber sie habe dazu beigetragen, die Ost-Unis dort sichtbar zu machen, wo sie bis dahin nicht auf dem Schirm gewesen seien. Heute punktet die ostdeutschen Hochschulen mit einem attraktiven Fächerangebot, vielen Studiengängen ohne Zulassungsbeschränkungen und einer immer noch sehr guten, individuellen Betreuung. Sie hätten zudem einen ganz neuen Vorteil: „Wir haben hier einen großen Vorsprung in Sachen Hochschulmarketing, weil wir immer schon um unsere Studierenden kämpfen mussten.“ Seine Uni habe gelernt, sich um ihre Leute zu kümmern: „Studierende können sich durchaus als einer oder eine von Hunderten oder Tausenden anderen wiederfinden. Aber das muss sich nicht so anfühlen. Und dabei sind wir im Osten richtig gut.“

Susanne Kallitz

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

»Deutschland ist ein anderes Land«

DEBATTE Bundestag erinnert an den Jahrestag der Wiedervereinigung

„Mutige Menschen sind damals auf die Straße gegangen“ – mit diesen Worten eröffnete die CDU-Abgeordnete Yvonne Magwas am vergangenen Freitag die Vereinbarte Debatte „30 Jahre Deutsche Einheit“, in der der Bundestag eine Bilanz der vergangenen drei Jahrzehnte deutschen Zusammenlebens zog. Am 3. Oktober 1990 trat der Wiedervereinigungsvertrag in Kraft, welcher den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland regelte. „Uns später Geborenen wurde ein besseres Leben ermöglicht“, sagte die 40-jährige Magwas. Viele Redner erinnerten in ihren Beiträgen daran, wie sie den Fall der Mauer und den Tag der Einheit 1990 erlebten. So auch Tino Chrupalla (AfD). Er beschrieb das damalige Regime mit den Worten: „Das System stellte sich über die Wünsche der Menschen.“ Die DDR sei aber mehr gewesen, es habe auch Zusammenhalt und Gemeinschaft gegeben. „Es gab keinen Luxus, aber viel Hilfsbereitschaft.“ Diese Hilfsbereitschaft würden heute viele vermissen. Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) bemerkte in seiner Rede, dass 30 Jahre Einheit eine lange Zeit

bedeuteten, „in etwa doppelt so lang wie die Weimarer Republik“. In diesen Jahren sei viel geglückt, es sei eine Erfolgsgeschichte. Besucher von außen würden keinen Unterschied zwischen Ost und West feststellen. „Vereint wurde nicht nur ein Land, sondern auch Familien, die lange getrennt waren, wie meine eigene“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Der Liberale erinnerte an Kanzler Helmut Kohl (CDU) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), die nie aufgehört hätten, an die Einheit zu glauben. „Ohne diese deutschen Staatsmänner wäre die Einheit nicht so gelaufen.“

Dankbarkeit und Stolz „Die friedliche Revolution ist ein historisches Glück“, stellte auch Dietmar Bartsch, Chef der Linksfraktion, fest. „Wir sehen übrigens in Belarus, dass dies nicht selbstverständlich ist.“ Beim Bilanzziehen der vergangenen 30 Jahre gehe es ihm nicht um Dankbarkeit, sondern um Stolz. „Ich wünsche mir mehr Selbstbewusstsein der Ostdeutschen.“ Katrin Göring-Eckardt, Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, drückte in ihrer

Rede ihre Verwunderung darüber aus, dass beim Bericht zum Stand der Einheit der Blick oft auf den Osten gerichtet sei. „Auch der Westen hat sich verändert“, sagte sie. „Deutschland ist ein anderes Land. Es ist offener und vielfältiger geworden.“ Vieles sei selbstverständlich geworden. Mitunter: „Ein ‚Tatort‘ ohne den ostdeutschen Jan Josef Liefers? Denkbar, aber sinnlos.“

Mutige Demonstranten Für die Union dankte Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) den Demonstranten, die im Jahr 1989 für ihre Freiheit in der DDR auf die Straße gegangen waren. Zum Zusammenwachsen von Ost und West und den wirtschaftlichen Problemen, die Ostdeutsche vielfach zu erleben hatten, sagte der CDU-Politiker: „Ich möchte mich ausdrücklich dafür entschuldigen, dass wir im Westen das lange nicht gesehen haben.“

Jan Rübel

Millionenschwere Kampagne Der Befund ist seit vielen Jahren stabil, obwohl Hochschulplaner und Politiker versuchen, daran etwas zu ändern. Denn nach dem Geburtenknick in den 1990er Jahren und der massenhaften Abwanderung von Menschen gibt es immer weniger ostdeutsche Jugendliche, die in ihrer Heimat die Hörsäle füllen könnten. Dank doppelter Abiturjahrgänge und der Abschaffung der Wehrpflicht war Mitte der 2000er Jahre im Westen dagegen absehbar, dass die Zahl der Studienwilligen nicht zu bewältigen sein würde. Also wurde 2007 ein Hochschulpakt geschlossen: Der sicheren den Hochschulen im Westen Geld, um die Studienplatzkapazitäten aufzustocken, und denen im Osten finanzielle Mittel, damit sie ihre Studienplätze nicht abbauten und so die West-Unis entlasten konnten. Um die Ströme in die gewünschte Richtung zu lenken, gab es eine millionen-



Der Rektor der Technischen Universität Chemnitz, Gerd Strohmeier, ist gebürtiger Bayer und seit 2008 in Sachsen heimisch.

© picture-alliance/Jan Woitas/ZB

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es ist 23.26 Uhr am vergangenen Donnerstag, als Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) eiligen Schrittes den Anhörsaal 3.101 des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses betritt. Seit über 13 Stunden tagt da schon der 2. Untersuchungsausschuss („Pkw-Maut“) in einer Marathonsitzung, wie es sie in der bisherigen Arbeit des Ausschusses noch nicht gegeben hat. Die Abgeordneten versprechen sich Aufklärung in einer entscheidenden Frage: Hat der Minister das Parlament belogen, indem er erklärt hat, es habe seitens der potenziellen Betreiber der Pkw-Maut nie ein Angebot gegeben, mit der Unterzeichnung des Vertrags bis nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu warten? Genau diesen Vorschlag will Klaus-Peter Schulenberg, Vorstandsvorsitzender der CTS Eventim, dem Minister in einem Spitzentreffen am 29. November 2018 unterbreitet haben. Im früheren Verlauf der Ausschusssitzung schilderte Schulenberg seine Sicht der Dinge. An dem Treffen nahmen demnach Schulenberg, sein Konsortialpartner Georg Kapsch von der österreichischen Mautfirma Kapsch TrafficCom, Minister Scheuer und sein damaliger Staatssekretär Gerhard Schulz teil. Hintergrund war, dass das vom Betreiberkonsortium eingereichte finale Angebot im Vergabeverfahren „Erhebung“ mit rund drei Milliarden Euro deutlich über dem Haushaltsrahmen lag. „Schulenberg, Sie müssen etwas für Deutschland tun“, habe ihm der Minister gesagt. Er, Schulenberg, habe deshalb angeboten, mit der Vertragsunterzeichnung bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Das hätte den Vorteil gehabt, das Risiko eines negativen EuGH-Urteils nicht mehr einpreisen zu müssen, erläuterte der Zeuge. Außerdem hätte man mehr Zeit gehabt, die Finanzierung der Maut zu planen. Der Minister habe den Vorschlag abgelehnt mit der Begründung, ein Start der Maut erst im Wahljahr 2021 komme nicht in Frage.

Notizbuch Bestätigt wurde diese Darstellung nicht nur von Kapsch, sondern auch von dem ebenfalls als Zeuge geladenen Volker Schneble. Dieser war als Geschäftsführer des von CTS Eventim und Kapsch TrafficCom gegründeten Gemeinschaftsunternehmens Autoticket GmbH beim Termin am 29. November 2018 zwar nicht dabei, wurde aber nach eigenen Angaben unmittelbar nach dem Gespräch von Schulenberg über dessen Vorschlag informiert. Schneble hielt am selben Tag in seinem Notizbuch drei Stichworte zu den Inhalten des Gesprächs fest. Auf Grundlage dieser Notizen fertigte er am 19. September 2020 – also fast zwei Jahre später – einen Vermerk für den Untersuchungsausschuss an, der noch vor der Sitzung seinen Weg in die Medien fand. Hätte also die Schadenersatzforderung der Betreiber in Höhe von 560 Millionen Euro verhindert werden können, wenn der Minister auf den Vorschlag einer Verschiebung eingegangen wäre? Folgt man Scheuer, dann war das nicht der Fall – denn dieser Vorschlag sei nie gemacht worden. „Meiner Erinnerung nach gab es kein Angebot, mit der Unterzeichnung des Vertrags bis nach dem EuGH-Urteil zu warten“, sagte Scheuer im Ausschuss. Es habe auch gar keinen Grund dafür gegeben, da zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar gewesen sei, ob es zu einem Vertrag mit der Bietergemeinschaft kommen werde – schließlich sei man um rund eine Milliarde Euro auseinandergelassen. Zudem sei er überzeugt gewesen, dass der EuGH die Klage Österreichs gegen die Pkw-Maut ablehnen werde. Bestätigt wurde diese Darstellung von Ex-Staatssekretär Gerhard Schulz, der erst am Vortag als zusätzlicher Zeuge geladen wor-



Showdown um 23:26 Uhr: Zu später Stunde sagte vergangenen Donnerstag Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) im Untersuchungsausschuss aus. Er sieht sich mit Rücktrittsforderungen der Opposition konfrontiert.

den war. „Aus meiner Erinnerung gab es dazu kein konkretes Angebot“, sagte Schulz im Ausschuss. „Wir brauchten nicht mehr Zeit. Wir brauchten ein Angebot, das zu schlagsfähig war.“ Bereits am 22. November habe er dem Konsortium CTS Eventim/Kapsch TrafficCom vermittelt, dass dessen finales Angebot nicht wirtschaftlich sei. Er habe deshalb Aufklärungsgespräche angeregt mit dem Ziel, durch Änderungen am Vertragsgegenstand Einsparungen zu erzielen – was dann auch gelang. Doch das war nicht das einzige Spitzentreffen, das den Ausschuss umtrieb. Bereits am 3. Oktober 2018 hatten sich am Berliner Flughafen Tegel Minister Scheuer und Staatssekretär Schulz mit Kapsch und Autoticket-Chef Schneble getroffen. Auch hier teilten die Erinnerungen voneinander ab. Schneble berichtet, er habe Scheuer um das Treffen gebeten, da die wiederholte Verschiebung des Abgabetermins für das finale Angebot im Verfahren „Erhebung“ sein Unternehmen vor Probleme gestellt habe. Scheuer erinnerte sich hingegen, es

sei ihm vor allem darum gegangen, Kapsch kennenzulernen. Das bestätigte Schulz, ergänzte aber, der Minister habe auch den guten Draht von Kapsch zur österreichischen Regierung nutzen wollen. Tatsächlich erzählte Kapsch den Abgeordneten, Scheuer habe ihn bei diesem Treffen angesprochen, ob er den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz kontaktieren könne. Er habe dann Kurz angerufen und gehe davon aus, dass dieser anschließend mit Scheuer telefoniert habe. Genau umgekehrt stellte es Scheuer dar: Kapsch habe sein politisches Netzwerk in Österreich hervorgehoben und angeboten, einen Kontakt zu Kurz herzustellen. Nötig gewesen wäre das laut Scheuer nicht – ein deutscher Minister verfüge auch so über die nötigen Kontakte. Noch ein drittes Mal sollten sich die Protagonisten treffen: am 19. Juni 2019. Wenige Stunden vorher hatte das Ministerium den Betreibervertrag gekündigt und dafür zwei Gründe angeführt: Das am Vortag ergangene Urteil des EuGH, das die Pkw-Maut für

nicht vereinbar mit EU-Recht erklärte, und eine Schlechtleistung der Bieter. Letzterem widersprechen die Topleute der Bietergemeinschaft vehement: Die Kündigung sei „überraschend und unbegründet“ gewesen und als „klares Foulspiel“ empfunden worden, sagte Autoticket-Chef Schneble. Denn bis zu diesem Zeitpunkt sei die Zusammenarbeit mit Bundesverkehrsministerium und Kraftfahrt-Bundesamt sehr gut gewesen. „Aufgeladen und angespannt“ sei die Atmosphäre am 19. Juni gewesen, erzählte Schulenberg. Gegen Ende des Gesprächs regte Scheuer laut Schulenberg an, das Konsortium solle in der Öffentlichkeit die Darstellung des Ministeriums stützen, der Vertrag habe noch 2018 unterzeichnet werden müssen. Die Darlegung der Kündigungsgründe im Verkehrsausschuss könne dann „so oder so“ ausfallen. Das habe er als „Drohung“ gewertet, sagte Schulenberg. Und Scheuer? Das sei keine Drohung gewesen, und Schulenberg habe „vielleicht etwas überemotional reagiert“.

Wer lügt?

PKW-MAUT Bei der Frage, ob es ein Angebot gab, die Maut-Verträge später zu unterzeichnen, steht Aussage gegen Aussage.

Die Qual der Wortwahl

FALL AMRI Ausschuss hört Verfassungsschützer

Derselbe Saal, dieselben Fragesteller, mehr oder weniger auch dieselben Fragen. Gilbert Siebertz muss sich in der vorigen Woche vorgekommen sein wie in der Wiederholung eines Films. Er hat hier ja schon einmal gegessen, vor ziemlich genau zwei Jahren, Ende September 2018, und Auskünfte erteilt, ziemlich genau dieselben wie jetzt auch. Auf dem Stuhl des Vorsitzenden saß damals freilich ein anderer, auf dem Platz des AfD-Obmanns ebenfalls. Und in einem einzigen Punkt, einem Detail, eigentlich einer bloßen Frage der Wortwahl, hat sich auch aus Sicht des Zeugen etwas geändert: Den Satz, der Breitscheidplatz-Attentäter Anis Amri sei ein „reiner Polizeifall“ gewesen, würde er „so nicht mehr verwenden“, weil er „missverständlich“ sei. Der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, hatte Anfang 2017 diese Formulierung geprägt, an der sich Kritiker des Behördenhandelns im Fall Amri seither abarbeiten. Allzu sehr schien es so manchem doch, als versuche hier einer, Verantwortung abzuwälzen. Als werde die Wahrheit interessengeleitet verzerrt. Dass für die Betreuung Amris federführend die Polizei zuständig gewesen sei, haben freilich seither alle Zeugen aus dem Verfassungsschutz dem Amri-Untersuchungsausschuss bestätigt, auch der Leitende Regierungsdirektor Siebertz, der seit Anfang 2015 der mit der Abwehr radikalislamischer Bestrebungen betrauten BfV-Abteilung 6 angehört.

mochte, was er, wie er erinnerte, bei seinem vorigen Auftritt noch getan hatte. Spätestens seit Anfang 2016 sei dem Verfassungsschutz auch bekannt gewesen, dass das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt Amri durch einen hoch effizienten V-Mann bearbeiten ließ. Er habe daher, sagte Siebertz, keine Notwendigkeit gesehen, einen Informanten seiner Behörde in der Füssilet-Moschee in Berlin-Moabit, in der Amri ein und aus ging, an diesen „heranzusteuern“. Der Mann habe mit Amri nie persönlich gesprochen, ihn auf einem Foto nicht einmal erkannt. Wieso also ihn weiter befragen? In einem Fall, der schon in guten Händen zu sein schien? „Wir haben einen Sachverhalt in polizeilicher Zuständigkeit, wo eine VP dran ist, die die dollsten Sachen erzählt. Warum sollte ich in dem Zusammenhang meine VP an ihn heransteuern?“ So sah Siebertz es damals. Nach dem Anschlag habe sich sein Füssilet-Gewahrmann dann erinnert, Amri doch dreimal gesehen, einmal sogar als Prediger gehört zu haben.

»Natürlich waren wir der Meinung, dass das eine gefährliche Person ist.«

Gilbert Siebertz, Leitender Regierungsdirektor im BfV

Behördenzeugnis Für den Leiter der Abteilung 6, Klaus Rogner, den zweiten Zeugen des Tages nach Siebertz, lautete daher eine der Schlussfolgerungen, „dass keine Sicherheitsbehörde glauben darf, dass sie, wenn andere ihre Befugnisse voll ausschöpfen, nicht auch die eigenen Befugnisse voll ausschöpfen muss“. Siebertz selbst wiederholte, was er dem Ausschuss bereits vor zwei Jahren gesagt hatte, dass er Amris Attentat auf dem Breitscheidplatz als „persönliche Niederlage“ empfunden habe. Man habe schließlich seit langem gewusst, mit wem man es zu tun hatte. Anfang 2016 fertigte der Verfassungsschutz ein „Behördenzeugnis“ für die Berliner Staatsanwaltschaft, in dem von Waffenkäufen die Rede war, die Amri plante. Das Papier diene dem Zweck, die Herkunft der Information vom V-Mann des Düsseldorfer Landeskriminalamts zu verschleiern. „Natürlich waren wir zu dem Zeitpunkt auch der Meinung, dass das eine gefährliche Person ist und diesem Sachverhalt nachzugehen ist“, berichtete Siebertz dem Ausschuss, „dass wir es hier mit einem Gefährdungssachverhalt zu tun haben, den man ernst nehmen muss, sehr ernst nehmen muss“. Nicht ernst genug, wie sich im Nachhinein zeigte.

»Polizeiliche Zuständigkeit« Und im Kern klang es aus seinem Mund jetzt nicht anders: „Aus meiner Perspektive hat es sich um einen Sachverhalt in polizeilicher Zuständigkeit gehandelt.“ Den Verfassungsschutz habe das nicht davon abgehalten, sich „im Bereich unserer eigenen Zuständigkeit“ ebenfalls auf Amris Fersen zu heften: „Wo möglich, hätten wir den Polizeibehörden zugearbeitet.“ Dazu sei es allerdings bis zum Anschlag nie gekommen, weil der Verfassungsschutz zu keinem Zeitpunkt mehr gewusst habe als die Polizei. Gleichwohl: „Dass wir uns operativ mit Amri beschäftigt haben, habe ich nie bestritten.“ In diesem Sinne sollte es der Ausschuss verstehen, wenn Siebertz von einem „reinen“ Polizeifall nicht mehr sprechen

Winfried Dolderer



Der von Amri verwendete Lkw am Abend des Anschlags auf dem Breitscheidplatz. Nach immer beschäftigt die Tat den Untersuchungsausschuss.

Begrenzte Wirkkraft

LOBBYREGISTER Experten begrüßen den Vorstoß für mehr Transparenz, sehen aber noch Ergänzungsbedarf bei der Vorlage der Koalitionsfraktionen

Das Gestrüpp des Lobbyismus soll gelichtet werden. Alle Fraktionen streben mit freilich unterschiedlichen Ansätzen ein Gesetz für mehr Transparenz bei der politischen Interessenvertretung an. Dafür fielen von Sachverständigen anerkennende Worte, als vergangene Woche im zuständigen Geschäftsordnungsausschuss die Vorlagen der Fraktionen beraten wurden. Geradezu begeistert zeigte sich Timo Lange von Lobbycontrol: Über mehrere Legislaturperioden hinweg sei es immer nur um das Ob eines Lobbyregisters gegangen, jetzt werde zum ersten Mal über das Wie beraten. Kühl merkte jedoch Christian Waldhoff von der Humboldt-Universität an, es handle sich weitgehend um eine rein symbolische Gesetzgebung. Die müsse nicht unbedingt schlecht sein. Indes: „Versprechen würde ich mir davon nichts.“ Umstrittene Ausnahmen Waldhoff grenzte sich zudem von der Mehrheitsmeinung im Expertenrund ab, als er es für richtig befand, dass im Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Ausnahmen von der Lobby-Registrierungspflicht für Kirchen gemacht werden. Das entspreche der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dabei waren gerade die Ausnahmen den meisten Sachverständigen ein Dorn im Auge. So warf etwa Albrecht von Hagen, der für den Verein „Die Familienunternehmer“ sprach, ein, Kirchen seien nicht nur religiöse Gemeinschaften, sondern auch große Arbeitgeber, Immobilienbesitzer und Un-

nehmer. Begründungen dafür, dass die Koalitionsfraktionen auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vom Lobbyregister ausnehmen wollen, wollte von Hagen gleich abräumen. Der Hinweis auf die Vertraulichkeit der Streikassen verfangen nicht. Aus denen werde die politische Interessenvertretung nicht finanziert. Michaela Schröder von der Verbraucher-

zentrale Bundesverband erklärte, ob Verband, Unternehmen, NGO, Stiftung oder Anwalt: alle hätten berechnete Interessen, die sie bei politischen Entscheidungsträgern vorbringen wollten. Sie alle sollten sich daher ausnahmslos registrieren müssen, damit Transparenz hergestellt werde. Ausführlich erörterten die Experten Fragen rund um den „legislativen Fußabdruck“, al-

so einer Dokumentation, wie Interessenvertreter an der Erstellung von Gesetzesentwürfen beteiligt waren. Das Koalitionspapier sieht das nicht vor. Ganz überwiegend forderten die Experten jedoch eine solche Dokumentation. Hartmut Bäumer von Transparency International argumentierte, es sei auch für die Abgeordneten selbst von grundlegender Bedeutung, wenn der Entstehungsprozess eines Gesetzes transparent gemacht werde.

Im Mittelpunkt des Gesetzentwurfs von CDU/CSU und SPD (19/22179) steht die Schaffung einer Registrierungsspflicht als eine Art Lobbyregister. Auch soll ein Verhaltenskodex vorgegeben werden. Mit dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion (19/22183) soll durch Transparenz die „Wiederherstellung der politischen Chancengleichheit der Deutschen“ erreicht werden – unter anderem durch die „legislative Fußspur“. Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/15773) ein Transparenzregister, in dessen Zentrum die Offenlegung der Finanzierungsquellen der jeweiligen Interessenvertretungen stehen soll.

Tausende Lobbyisten Deutlichen Experten-Gegenwind gab es zu dem Vorhaben der Koalition, wonach sich die Lobbyisten selbst einen Verhaltenskodex geben sollen, der vom Bundestagspräsidenten geprüft und gegebenenfalls gebilligt wird. Schon von der Zahl her sei das unmöglich, machte Norbert Theihs vom Verband der Chemischen Industrie deutlich. 11.000 Lobbyisten seien zum Beispiel bei der EU registriert. Wie seine Experten-Kollegen setzte er sich für einen vorgegebenen verbindlichen Verhaltenskodex ein. Die Diskussion über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen geht weiter. Wobei Timo Lange von Lobbycontrol schon das nächste Projekt ins Visier nahm, als er „Regeln für die Abgeordneten“ ansprach: „Da besteht auch Handlungsbedarf.“

Hausausweise Der Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke (19/15) sieht unter anderem vor, dass der Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung einen Beauftragten für politische Interessenvertretung wählt, der das Lobbyregister führen soll. Die Grünen-Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/836), dass den Lobbyisten der Zugang zu Bundesministerien und nachgeordneten Bundesbehörden nur nach einer offiziellen Registrierung möglich sein soll – ebenso die Ausgabe von Hausausweisen für den Zugang zum Bundestag an die Lobbyisten.

Franz Ludwig Averdunk



Zahlreiche Lobbyisten treten im Bundestag für ihre Interessen ein.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Wirecard-Pleite wird untersucht

BÖRSE Der Bundestag hat am Donnerstag den gemeinsamen Antrag von FDP, Linken und Grünen zur Einsetzung des 3. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode (Wirecard) (19/22240) in der vom Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung geänderten Fassung (19/22996) angenommen. Die Oppositionsfractionen stimmten für den Antrag in der Ausschussfassung, CDU/CSU und SPD enthielten sich. Der Untersuchungsausschuss wird nicht - wie ursprünglich beantragt - 18, sondern nur neun Mitglieder haben. Zudem wurde in Teilen der Untersuchungsauftrag präzisiert. Der Untersuchungsausschuss soll aufklären, inwiefern die Bundesregierung und ihre Geschäftsbehörden jeweils über die Vorkommnisse beim insolventen Zahlungsdienstleister Wirecard informiert gewesen sind und inwiefern sie ihren Pflichten zur Finanz-, Geldwäsche und Steueraufsicht im Hinblick auf den Konzern nachkamen. Untersucht werden soll auch, ob und wie sich die Bundesregierung für Belange des Wirecard-Konzerns im In- und Ausland eingesetzt hat. Zum Untersuchungsauftrag gehört auch, ob die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) etwaiges strafbares und/oder manipulatives Handeln erkannt hat oder früher hätte erkennen müssen. Der Wirecard-Zusammenbruch gilt als größter Börsenskandal der deutschen Nachkriegszeit. Im Unternehmen selbst dürften durch falsche Bilanzen knapp zwei Milliarden Euro fehlen, die Aktionäre und Anleihegläubiger verloren über 20 Milliarden Euro. hle |



Amtsinhaber Donald Trump (links) und sein Herausforderer Joe Biden von den Demokraten beim TV-Duell in der vergangenen Woche in Ohio.

© picture-alliance/newscom/Collage: Stephan Roters

Klage gegen London

EUROPA Das vom britischen Unterhaus am 29. September verabschiedete Binnenmarktgesetz verstößt gegen den mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrag und nach Ansicht der EU-Kommission auch gegen internationales Recht. Sie hat daher rechtliche Schritte gegen Großbritannien angekündigt. Vorgangene Woche schickte die Brüsseler Behörde eine offizielle Anzeige nach London. Dies ist der erste Schritt eines im Abkommen selbst vereinbarten Verfahrens, das letztlich vor dem Europäischen Gerichtshof enden könnte. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gab der britischen Regierung einen Monat Zeit zur Stellungnahme.

Das Binnenmarktgesetz soll wichtige Teile des 2019 von Premierminister Boris Johnson geschlossenen Abkommens aushebeln. Sollte es in Kraft treten, würde es gegen das Protokoll für das britische Nordirland verstoßen. Darin stehen Sonderklauseln, die eine harte Grenze zum EU-Staat Irland verhindern sollen. Die britische Provinz soll demnach enger an Binnenmarkt und Zollunion gebunden bleiben, was Kontrollen im Güterverkehr mit dem übrigen Vereinigten Königreich nötig macht. London warnt, damit könnte Nordirland abgekoppelt werden. Im Brexit-Vertrag hatte Johnson dies jedoch akzeptiert.

Der Streit ist auch für die laufenden Verhandlungen über ein Handelsabkommen von Bedeutung. Großbritannien verlässt Ende des Jahres den Binnenmarkt und die Zollunion; ohne Abkommen droht ein harter wirtschaftlicher Bruch mit Zöllen und anderen Handelshürden. Vorgangene Freitag endete die neunte Verhandlungsrunde. joh (mit dpa) |

Test bis zur Schmerzgrenze

USA Eine knappe Mehrheit der Wähler will das Kapitel von Donald Trumps Präsidentschaft beenden

Es ist ein Minderheiten-Votum, das von Tag zu Tag mehr Gefolgschaft erfährt, je länger Amerika einsickern lässt, was da in Cleveland/Ohio geschehen ist. Weder Donald Trump noch Joe Biden haben die erste TV-Debatte der Präsidentschaftskandidaten gewonnen, findet die New York Times-Kommentatorin Liz Mair – sondern „jeder, der nicht zugesehen hat“. Weil es so „furchtbar“, „zerstörerisch“, „peinlich“, „kaputt“ und „unwürdig“ war, wie andere Meinungsmacher formulieren. Tom Friedman, mehrfacher Pulitzerpreisträger und eigentlich kein Alarmist, bezeichnete die Kalamität, in der Amerika nach der von Amtsinhaber Donald Trump maßgeblich vor die Wand gefahrenen Schrei-Show stecke, so: „Unsere Demokratie ist in schrecklicher Gefahr – größerer Gefahr, als sie jemals seit dem Bürgerkrieg war, größerer Gefahr als nach Pearl Harbor, der Kuba-Krise und nach Watergate“. Und bei dieser Bewertung waren die noch unabsehbaren Folgen der am vergangenen Freitag gemeldeten Tatsache, dass der Präsident und First Lady Melania Trump sich mit dem Coronavirus angesteckt haben, noch gar nicht eingerechnet.

Donald Trump machte vor 73 Millionen Zuschauern an den Fernsehschirmen klar, dass er die Wahl am 3. November für rettungslos manipuliert hält, sich durch die Coronavirus-bedingte Flut von Briefwahl-Umschlägen schon heute um den Sieg gebracht fühlt, fest von Anfechtung vor dem Obersten Gerichtshof ausgeht und bis hin zur Bestellung von

Gewalt durch rechtsextreme Milizen und neonazistische Gruppen wie die „Proud Boys“ alles unternehmen wird, um im Amt zu bleiben. Tom Friedman sieht allein in einer überwältigenden Wählerbeteiligung pro Biden am 3. November einen Ausweg aus der „Katastrophe“. Warum Trump die fast 240 Jahre alte US-Demokratie bis zur Schmerzgrenze austestet und dabei im Falle eines strittigen Wahlausgangs eine Staatskrise provoziert, ist für viele Experten eindeutig: Trump muss die Wiederwahl schaffen, weil er sonst die präsidentielle Immunität vor Strafverfolgung einbüßt, die ihm als Normalbürger angesichts ethischer Verfahren und Klagen drohen würde.

Steuertricks In der Tat hat Trump mit einer Skandalwelle zu kämpfen, gegen die sich das aus den Schlagzeilen verdrängte Amtsenthebungsverfahren Anfang des Jahres wegen der Ukraine-Affäre harmlos ausnimmt: Trump soll verstorbene US-Kriegshelden als „Verlierer“ verspottet haben – weil sie gefallen sind. Trump hat gegenüber dem Reporter Bob Woodward, der den Präsidenten für sein neues Buch 18 Mal interviewen konnte, erklärt, dass er bereits im Februar von der Tödlichkeit des Coronavirus wusste, die Gefahren aber nach außen bewusst heruntergespielt habe. Das Ergebnis sind weltweit erreicht fast 210.000 Tote. Trump hat zudem ausweislich seiner Steuerunterlagen, die von der New York Times akribisch ausgewertet wurden, über zehn Jahre keine Einkommensteuer gezahlt. Im ersten und zweiten Jahr seiner Präsidentschaft überwies er dem

Bundesfiskus jeweils 750 Dollar. Dass Trump in massivster Form legale Steuervermeidungs-Strategien anwenden ließ, während Otto Normalsteuerverzahler im Schnitt 12.000 Dollar „federal income tax“ pro Jahr bezahlt, geht bei Trumps Anhängern als Ausweis von Raffinesse durch. Millionen anderen, das zeigt der Blick in soziale Medien, stößt die Finanzakrobatik sauer auf.

Davon profitieren könnte der in Umfragen seit Monaten stabil vor Trump liegende Joe Biden, der in der TV-Debatte zwar keine saubere Weste bezieht, aber den Nachweis antrat, dass er nicht der nahezu amtsunfähige Greis ist, den Trumps Wahlkampfstrategen vorher aus dem 77-Jährigen machen wollten. Biden führt – mit Ausnahme der Frage, wer die Wirtschaft besser in Schwung bringen könnte – in allen relevanten Kategorien. Amerikaner halten Biden mehrheitlich für fähiger, die Coronavirus-Pandemie zu bewältigen und die Erregungskurve nach den jüngsten Fällen von tödlicher Polizeibrutalität gegen Afro-Amerikaner abzufachen. Wenn die Wähler jemanem zutrauen, die Gräben zwischen den politischen Lagern zu überwinden, dann ist es Biden, der mit einem finanziellen Startvorteil auf die Schlussetappe des Wahlkampfes geht. Im Frühjahr spendentechnisch noch nahezu mittellos, hat der Demokrat fast eine halb Milliarde Dollar in der Wahlkampfkasse; ent-

sprechend agiler fallen die TV-Werbe-Clip-Schaltungen in umkämpften Bundesstaaten wie Wisconsin, Michigan oder Pennsylvania aus. Trump, 2016 noch Krösus, hat nach jüngsten Zahlen der Wahlkommission rund 150 Millionen Dollar weniger zur Verfügung, um seine Botschaft wirksam an den Wähler zu bringen.

Hier ist die Gruppe der Unschlüssigen diesmal kleiner. 86 Prozent der Wähler haben sich nach Umfragen bereits festgelegt, wenn sie ihre Stimme geben wollen. Während Trumps unerschütterliche Basis es nicht abwarten kann, dem Anti-Politiker den Mietvertrag im Weißen Haus zu verlängern, will eine knappe Mehrheit der Bevölkerung das nervenzehrende Kapitel Trump so schnell wie möglich beenden.

Die Wunsch-Dir-was-Szenarien reichen von Erdstürzen für Trump und die Republikaner mit wenigen Stimmen Vorsprung den Ton angeben. Zwei Details beunruhigen die Trump-Kampagne. Wie Umfragen nahelegen, hat der Amtsinhaber bei einer wichtigen Wähler-Bastion

– Weiße ohne Hochschulabschluss – an Zuspruch verloren. Bei Vorort-Besuchen in Pennsylvania und Wisconsin gib es regelmäßig zwei Kern-Argumente: Die erfreuliche Wirtschaftslage sei durch das sprunghafte Management Trumps in der Coronavirus-Krise fahrlässig zerstört worden. Und: Trumps Hang, die andere Hälfte des Landes zu dämonisieren und Biden mit haltlosen Lügen zu überziehen, sei unerträglich geworden.

Vorbehalte Besonders eklatant ist der Vertrauensverlust, den sich der Präsident in der weiblichen Wählerschaft eingehandelt hat. Landesweit liegt Joe Biden hier nach einer Umfrage von Washington Post/TV-Sender ABC mit über 30 Prozentpunkten vorn. Durch die Nominierung der konservativen Richterin Amy Coney Barrett für den Supreme Court in Washington sollen die Zustimmungswerte für Trump im weiblichen Amerika nach oben getrieben werden. Dazu wird das tadellose akademisch-juristische Profil der 48-Jährigen hervorgehoben. Wie auch ihr Image als „working mom“ mit sieben Kindern, darunter ein Junge mit Down-Syndrom und zwei adoptierte Kindern aus Haiti. Aber Coney Barretts Ruf als Abtreibungsgegnerin und ihre Mitgliedschaft in der ultrakonservativ-katholischen „People of Prayer“-Bewegung stößt laut Umfragen bei Frauen mit Universitätsabschluss und Frauen aus den Speckgürteln der Metropolen auf Vorbehalte. Dirk Hautkapp |

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

Gemeinsamkeiten nach außen, Gegensätze nach innen

EUROPA Staats- und Regierungschefs einigen sich auf Sanktionen gegen Belarus. Doch der Rechtsstaatsmechanismus bleibt weiter Streitthema

Von diesem EU-Gipfel sollte das Signal ausgehen, dass Europa auch Geopolitik kann. EU-Ratspräsident Charles Michel hatte das Treffen Ende vergangener Woche anberaumt, um Probleme in der Nachbarschaft zu erörtern – aber auch um das Machtbewusstsein der Staats- und Regierungschefs zu schärfen. „Europa ist ein bedeutender Spieler, aber es weiß das noch nicht“, hatte Michel wenige Tage zuvor bei einem Auftritt bei der Brüsseler Denkfabrik Bruegel zur Lage der Welt gesagt. Die Debatten über geopolitische Fragen, die wegen der Quarantäne von Michel eine Woche später als ursprünglich geplant stattfanden, wurden überschattet von einem weiteren Thema: dem Streit um einen Rechtsstaatsmechanismus, ohne den das im Juli beschlossene Wiederaufbaupaket nicht starten kann.

Belarus 55 Tage nach der manipulierten Wahl in Belarus haben die EU-Staaten Sanktionen gegen 40 Personen beschlossen, die an Wahlfälschungen oder Gewalt gegen Demonstranten beteiligt waren. Präsident Alexander Lukaschenko steht nicht auf der Liste. Die EU behält sich vor, in einem zweiten Schritt Strafmaßnahmen gegen ihn einzuleiten. „Besser spät als

nie“, kommentierte der Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, der Belgier Philippe Lambert, die Entscheidung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die derzeit den EU-Ratsvorsitz inne hat, unterstrich: „Die Europäische Union handelt jetzt gegen diejenigen, die sich den demokratischen Bewegungen entgegenstellen. Das finde ich ein sehr wichtiges Signal.“

Zypern und Türkei Zuvor waren die Sanktionen am Veto Zyperns gescheitert, das die Frage mit einem ganz anderen Thema verbunden hatte – dem Umgang mit der Türkei. Zypern, aber auch Österreich, hätten sich Sanktionen gegen die Türkei wegen ihrer aggressiven Politik im östlichen Mittelmeer gewünscht. Schließlich stimmten die EU-Staaten einem Text zu, demzufolge die EU droht, „alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente“ zu nutzen, wenn die Türkei nicht zum Dialog bereit sei. Das Wort „Sanktionen“ kommt nicht darin vor. Auf Dialog hatte auch Merkel gesetzt, weil sie im türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan einen wichtigen Partner etwa beim Migrationsdeal sieht. Im Dezember soll das Thema erneut auf die Tagesordnung kommen.

Am zweiten Gipfeltag beschäftigten sich die Staats- und Regierungschefs mit dem Konzept „strategischer Autonomie“, das vor allem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vorantreibt. Danach soll Europa unabhängiger werden – auch wirtschaftlich. Nordeuropäische Länder, aber auch die Niederlande, befürchten, dass sich dahinter nicht nur Machtpolitik, sondern Protektionismus und einer stärker vom Staat gelenkte Wirtschaft verbergen könnte.

Merkel sprach sich dafür aus, „zügig das Wettbewerbsrecht zu modernisieren“, damit in der EU, „möglichst viele globale Akteure entstehen können“. Dies entspricht der französischen Linie, wonach der Staat Unternehmen auswählt, die als globale Champions aufzutreten. EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager widerspricht eine solche Haltung bisher. Sie hatte im vergangenen Jahr die Fusion der Bahnpartnern von Siemens und Alstom untersagt,

weil sie befürchtete, dass dadurch der Wettbewerb in Europa geschwächt würde. Gerade aus Frankreich gab es viel Kritik an der Entscheidung. Wenn europäische Unternehmen nicht fusionieren dürften, so das Argument, könnten sie sich langfristig auf dem Weltmarkt nicht gegen die chinesische Konkurrenz behaupten. Merkel kündigte außerdem an, den Marktzugang für europäische Unternehmen in China verbessern zu wollen. Dafür will sie bis zum Jahresende ein Investitionsabkommen mit Peking abschließen. Die Verhandlungen dazu stocken bisher. Mitte November soll ein Treffen in Berlin stattfinden.

Corona und Rechtsstaatlichkeit Bei den Gesprächen der Staats- und Regierungschefs über die Corona-Krise ging es auch darum, allen EU-Bürgern eine Impfung bereitzustellen zu können. Thema waren zudem das Wiederaufbaupaket nach der Corona-Krise und der künftige EU-Haushalt mit einem Volumen von insgesamt 1,8 Billionen Euro.

Die Freigabe der Mittel droht sich zu verzögern, weil mehrere Länder unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit künftig gehandhabt werden sollen. Bei dem Gipfel im



EU-Ratspräsident Charles Michel (links) und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Eröffnung des Gipfels

©picture alliance / Xinhua News Agency

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.



AUFGEKEHRT

Der Mensch und sein Müll

Eine Million Jahre! Normalerweise sind Politiker Akut-Akteure, viele aus dem Bauch heraus, gut zu beobachten, wenn aus Bayern mal wieder jemand Bundesverkehrsminister wird. Pkw-Maut? Super, machen wir. Geht nicht? Passt schon. Jetzt also Atom Müll versenken, sicher nicht in Bayern, aber für immer, also mathematisch formuliert für eine Million Jahre. Für alle, die nicht so schnell rechnen können, hier mal kurz das Zieldatum: Anno Domini 1002020! Und wir dachten, die mittelfristige Finanzplanung wäre schon visionärer Denksport. Der Physiker Charles Galton Darwin, Enkel des weitsichtigen Naturforschers Charles Robert Darwin, der uns einst die Evolution erklärte, hat in den 1950er Jahren ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Die nächste Million Jahre“. Darin kommen die Menschen eher schlecht weg, immerhin kommen sie noch vor. So optimistisch ist nicht jeder. Klimaforscher etwa sehen uns als baldige Opfer der Urgewalten. Sollten die Menschen aussterben, wird ihr Müll sie noch ziemlich lange überleben, nicht nur der Atom Müll. Die Blechdose braucht geschätzt 200 Jahre für die Zersetzung, die Plastikflasche je nach Bauart 500 bis 1.000 Jahre, Glasflaschen könnten mehrere Tausend Jahre überstehen, so gesehen ist jede illegale Müllkippe quasi ein dezentrales Endlager. Und wer schon mal in Indien war, weiß, dass die Müllkippe für zahllose Kinder auch ein Nachtlager ist. Vielleicht überleben Menschen und mit ihnen der ein oder andere Archäologe, der in ferner Zukunft im Boden merkwürdige Fässer zutage fördert, die als Belege einer primitiven zivilisatorischen Entwicklungsstufe zur Forschung freigegeben werden. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 40 JAHREN...

Eintrittsgeld für die DDR

9.10.1980: Erhöhung des Zwangsumtauschs Wer aus dem Westen in die DDR einreisen wollte, musste erst einmal zahlen: „Verbindlicher Mindestumtausch“ hieß die Regelung in der DDR, wonach Besucher einen fixen Betrag in Ost-Mark wechseln mussten. Das Regime hatte sich so eine einfache Einnahmequelle und ein Mittel gegen die Devisenknappheit im Land erschlossen. Am

9. Oktober 1980 wurde der Tagessatz des Mindestumtauschs ein letztes Mal erhöht. 25 D-Mark pro Person und Reisetag wurden fortan fällig. Für Kinder bis 16 Jahre und Rentner galt ein ermäßigter Satz. Getauscht wurde im Verhältnis 1:1, der tatsächliche Wechselkurs lag allerdings bei 1:5 – eine West-Mark für fünf Ost-Mark. Bei der Einführung des Zwangsumtauschs 1964 lag der Tagessatz für Reisen nach Ost-Berlin noch bei drei, für Reisen in das übrige DDR-Gebiet bei fünf D-Mark. 1973 folgte eine massive Erhöhung auf zehn beziehungsweise 20 D-Mark. Ab 1980 wurde nicht mehr zwischen Ost-Berlin und dem Rest der DDR unterschieden. 4,5 Milliarden D-Mark nahm das DDR-Regime bis zum Mauerfall auf diese Weise ein. An eine Senkung oder gar Abschaffung des Mindestumtauschs dachte man nicht: 1983 argumentierte das SED-Zentralkomitee, die Kaufkraft der D-Mark sei „im Verlaufe von zwölf Jahren auf rund 54 Prozent gesunken“, während in der DDR „die Preise stabil geblieben“ seien. Der „sozialistische Staat“ stelle dafür „steigende Mittel aus gesellschaftlichen Fonds“ zur Verfügung – auch West-Touristen kämen „in den Genuss dieses Vorteils der Sozialpolitik der DDR“. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: DIE MORGENANDACHT IM BUNDESTAG



Seit 20 Jahren begleitet Christian Ohly die Morgenandacht in der Sitzungswoche des Bundestags musikalisch auf der Orgel.

© DBT/Simone M. Neumann

»Ein Dienst am Mitmenschen«

Langer Spieler, winzige Truhenorgel. Im Gesamtbild wirkt alles noch extremer. Doch Christian Ohly bekümmert das nicht. Gelassen beugt sich der Organist mit seinen 1,96 Meter über die Truhe und sieht, wie sich die Holzpfriemen von 1,20 Meter langen bis zu wenigen Zentimetern kurzen winden und drängen. Wie das alles passt! „Ein Wunderwerk“, entfährt es dem Kirchenmusiker heute noch. Dabei kennt er das Instrument im Andachtsraum des Reichstagsgebäudes schon 20 Jahre. Am Anfang spielte er es nur vertretungsweise, seit zweieinhalb Jahren musiziert er regelmäßig zu den Christlichen Morgenandachten im Deutschen Bundestag. Ohlys Einsatz ist durch die Sitzungswochen des Bundestags vorgegeben. Er spielt 20 bis 23 Wochen im Jahr jeweils donnerstags und freitags und in den Haushaltswochen zusätzlich auch mittwochs. Dann finden sich Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter in dem Raum auf der Südseite des Reichstagsgebäudes ein, um sich für einen Tag voller Termine zu sammeln. Für eine geistliche Wegzehrung. Prälat Karl Jüsten vom Kommissariat der Deut-

schen Bischöfe oder Prälat Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, sorgen dafür, doch meist halten Bundestagsabgeordnete die Andacht in Eigenregie. Ohly übernimmt die musikalische Untermauerung, verstärkt mit Tönen das Gesagte, lädt mit einem Angebot von Liedern zum Gesang ein. Um 8:35 Uhr ertönt das Geläut des Kölner Doms über die Lautsprecher auf der gesamten Plenarsaalebene des Reichstags. Besucher der Andacht eilen herbei. Um 8:40 Uhr beginnt sie. Für Ohly bleibt wenig Spielraum. Ein bis zwei Minuten Vorspiel, gerne Bach oder Buxtehude. Wichtig sei ihm, dass es sowohl schwungvoll als auch sensibel ist und dass es die Gemeinde positiv anregt und nebenbei auch wach macht. Lieder aus dem evangelischen Gesangbuch oder aus dem katholischen Gotteslob, je nach Stand des Kirchenjahrs und Auswahl der Lesungstexte. Ganz ökumenisch. Ein kurzes Nachspiel. Alles zusammen darf nur 15 Minuten dauern. Um 9 Uhr beginnt nebenan im Plenarsaal die Sitzung.

Ist dieser Job attraktiv? Klar, er spielt an einem exponierten Ort. Die kleine Gemeinde besteht aus einflussreichen Menschen. Der Raum wurde von dem renommierten Künstler Günther Ücker gestaltet und bildet mit dessen Kunstwerken einen deutlichen Kontrast zum Plenarsaal. Hier ist man abseits von großen Worten. Ohly passt in dieses Bild. Er wirkt zurückhaltend. Zur Kirchenmusik kam er über Umwege. Der gebürtige Frankfurter wuchs in Wiesbaden auf, studierte nach seinem Diplom in Technischem Umweltschutz Kirchenmusik und Gesang in Halle. Am Anfang seiner Tätigkeit im Reichstag sei er ganz schön nervös gewesen, sagt er. Der Kirchenmusiker ist begeistert, dass Kirche und Religion nur wenige Meter von der Politik ihren Platz haben. Trotzdem räumt er dieser Tätigkeit keinen anderen Stellenwert ein als seinen anderen Diensten: Ob in der Kirche beim Orgelspiel, bei der Chorprobe, beim Musizieren mit Kindern oder im Seniorenheim oder im Reichstagsgebäude – er wolle immer und überall sein Bestes geben: „Es ist für mich ein Dienst am Mitmenschen.“ *Almut Lüder*

LESERPOST

Zur Ausgabe 38 vom 14. September 2020, „Groß-Baustelle“ auf Seite 8: Auch wenn Kulturstatsministerin Grütters es ungern hört, aber hier ist eine „Zerschlagung“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) von langer Hand geplant. Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Auflösung der SPK und eine Überführung in vier eigenständige Einrichtungen. Soll damit unter anderem auch eine „Marke“ aufgegeben werden, wie von den Abgeordneten nachgefragt? Zu vermuten ist, dass bei der SPK-Reform der

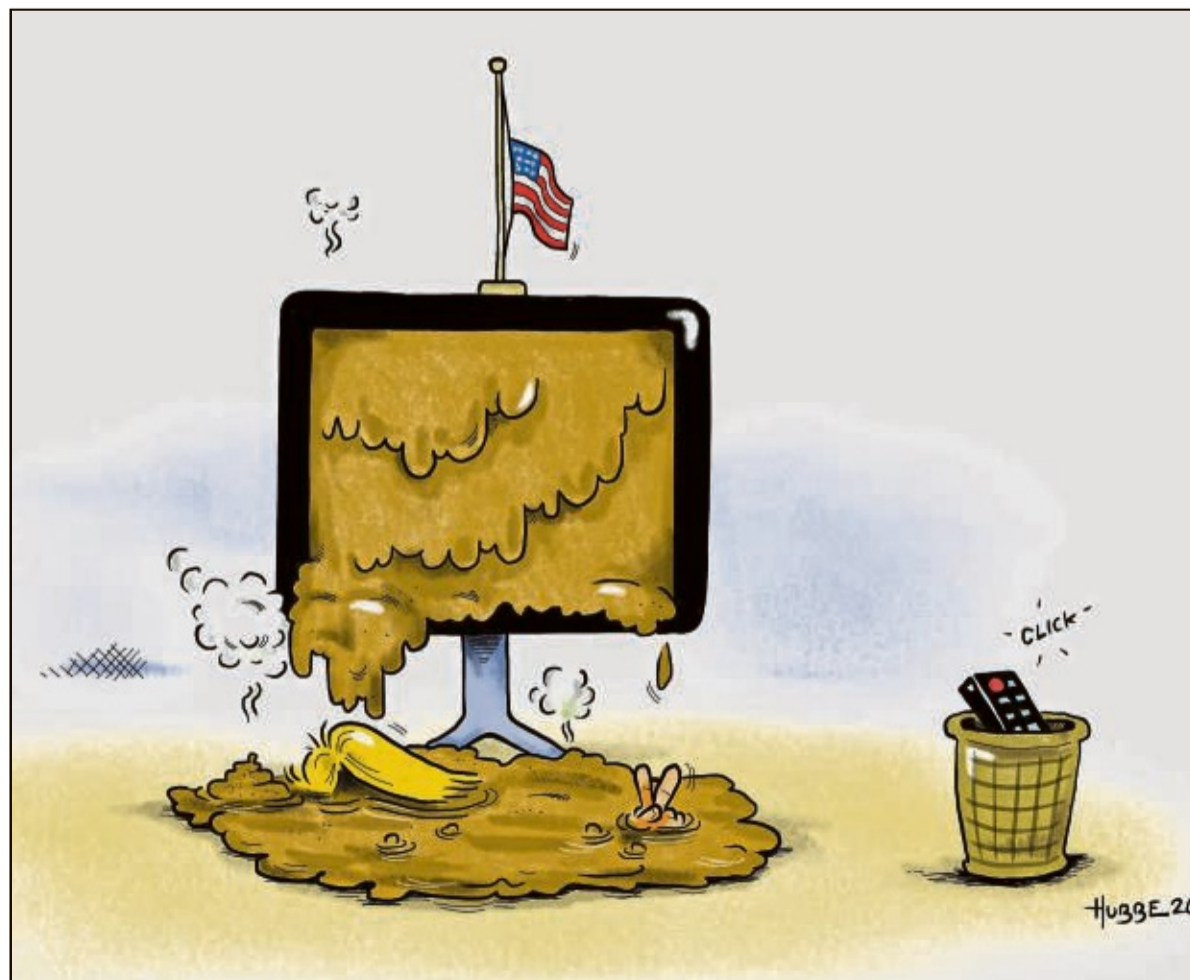
Fasching in Veitshöchheim, erst jetzt so richtig Sinn! Dort wurde schon unter extrem schwierigsten Bedingungen vortestet, was jetzt zur „Pandemie-Normalität“ geworden ist. Die Maskenpflicht wird wohl auf Dauer bleiben, die Maskenbälle dagegen werden wohl auf Dauer abgeschafft bleiben! Übrigens liegt im Freistaat der beliebte Inzidenzwert bei 35 (sonst bei 50), und damit kann in Bayern noch beliebiger nach Herzenslust regiert werden, als anderswo in Deutschland, ganz egal, wenn dabei dem Men-

schen das Hören und Sehen vergehen sollte. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

Zum selben Artikel: „Zudem gelten die mit dem Feststellungsbeschluss einhergehenden Befugnisse für das Bundesgesundheitsministerium (BMG), Rechtsverordnungen und Anordnungen über das Infektionsschutzgesetz (IfSG) eigenständig zu erlassen zu können, unter Juristen als verfassungsrechtlich bedenklich.“ Ich hoffe und wünsche mir,

dass diese weitgehenden Befugnisse, Grundrechte einzuschränken auch bei Politikern als der Demokratie abträglich eingestuft werden. Ich trete dafür ein, dass die Grundrechtseinschränkungen einzeln durch den Bundestag zu beschließen sind. Davor braucht es Aussprachen, die die Grundrechtseinschränkungen auf Grund der Pandemielage abwägen mit den anderen Grundrechten. Ich gehe davon aus, dass bei einer umfassenden Diskussion der Gesetzesvorlagen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Verwaltungshandeln besser berücksichtigt worden wäre. Für mich als juristischen Laien und interessierten und engagierten Bürger ist es unverständlich, warum zum Beispiel eine technische Berechnungsvorschrift zur 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes durch den Bundestag beschlossen werden muss, weitgehende Grundrechtsbeschränkungen wie Bewegungsfreiheit, Religionsfreiheit, Berufsfreiheit jedoch ohne parlamentarische Abstimmung festgesetzt werden können. *Ulrich Peschel, Bad Belzig*

SEITENBLICKE



Zur Ausgabe 39-40 vom 21. September 2020, „Das Virus und der Herbst“ auf Seite 6: Mit „Abstand“ betrachtet macht die Maskerade von Markus Söder beim

PERSONALIA

>Erika Hinkel † Bundestagsabgeordnete 1983-1985, Die Grünen
Am 7. September starb Erika Hinkel im Alter von 85 Jahren. Die Apothekerin und Professorin für Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften an der TU Braunschweig engagierte sich seit 1978 in der niedersächsischen Grünen Liste Umweltschutz. 1984/85 gehörte Hinkel als stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin dem ersten weiblichen Vorstand ihrer Bundestagsfraktion an. Sie betätigte sich im Finanzausschuss.

>Ulrich Janzen Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD
Ulrich Janzen vollendet am 8. Oktober sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Ingenieur und Architekt aus Stralsund trat im November 1989 der SPD bei und wurde Vorstandsmitglied des dortigen Kreisverbands. 1990/91 gehörte er der Bürgerschaft seiner Heimatstadt an und war von 1990 bis 1993 Vorsitzender der Kommission Kultur. Janzen, der über die SPD-Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestag gewählt wurde, war Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

>Horst Friedrich Bundestagsabgeordneter 1990-2009, FDP
Horst Friedrich wird am 12. Oktober 70 Jahre alt. Der Betriebswirt aus Bayreuth trat 1984 der FDP bei, war von 1985 bis 1995 dortiger Ortsvorsitzender und stand von 1998 bis 2006 an der Spitze des Bezirksverbands Oberfranken. Von 2000 bis 2009 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Bayern und gehörte von 2005 bis 2007 als Beisitzer dem FDP-Bundesvorstand an. Zur Zeit ist er Vorsitzender der Liberalen Senioren Union in Bayern und deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Friedrich, seit 1994 verkehrspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und zeitweise Mitglied des Fraktionsvorstands, engagierte sich im Verkehrsausschuss bzw. im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung. *bmh*

Trauer um Clement

Der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Bundesminister Wolfgang Clement ist tot. Er starb in der Nacht zum Sonntag vor einer Woche im Alter von 80 Jahren in Bonn. Mit Clement verliere Nordrhein-Westfalen einen modernen Gestalter und pragmatischen Lenker, der das Bild des Landes langfristig geprägt habe,



Wolfgang Clement

er seine politische Karriere in der SPD startete. Nach seiner Amtszeit als Ministerpräsident (1998-2002) musste er als „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit (2002-2005) im Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) unter anderem die sogenannten Hartz-Reformen gegen viele Widerstände auch in der eigenen Partei durchsetzen. In den Jahren danach entfremdete sich Clement von der SPD wegen deren Wirtschaftspolitik, die auf eine „Deindustrialisierung“ hinauslaufe, und trat 2008 schließlich aus der Partei aus. *aw*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12. Oktober.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 5.10. – 9.10.2014
Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Do)
Mehr Frauen in den Bundestag (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Manfred Mütter, Bad Lippspringe

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Das ist eine wichtige Entwicklung für die Zukunft unseres Landes



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis Hamburg-Altona

Wir reden heute über den Haushalt, und damit reden wir auch über die weitere Zukunft unseres Landes. Deshalb ist es etwas Bemerkenswertes, dass wir heute diese Beratungen beginnen, an dem Tag, an dem 1990 der Einigungsvertrag in Kraft getreten ist. Ich will aus aktuellem Anlass sagen – auch im Hinblick auf eine Fraktion dieses Parlaments –: Wir alle wollen, dass es Deutschland gut geht.

Es geht ja, auch gerade wenn wir über den Haushalt reden, auch darum, wie wir verhindern, dass schwierige wirtschaftliche Lagen dazu führen, dass unser Land die Zukunft nicht meistern kann. Deshalb ist es etwas ganz Besonderes, was wir hier miteinander zu beraten haben: Der Haushalt für 2021 ist der zweite Haushalt – zum Haushalt 2020 gab es mehrere Nachtragshaushalte – im Zeichen der Coronakrise. Die Coronakrise hat Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bürger, sie hat Auswirkungen auf Wirtschaft und Stabilität, und sie hat auch Auswirkungen, auch was die Zukunftsfähigkeit unseres Landes betrifft.

Dass wir jetzt in dieser Phase über Haushalt und Kraft reden können, hat etwas damit zu tun, dass wir in den letzten Jahren nicht nur eine ordentliche Wirtschaftsleistung verzeichnen konn-

ten, sondern dass wir auch gut gewirtschaftet haben. Seit 2014 gab es in Deutschland Haushalte ohne Neuverschuldung. Und diese Haushalte der Vergangenheit sind die Grundlage für gute Haushaltspolitik jetzt und in dieser Krise.

Wir müssen einen erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung verkraften. Es sind dieses Jahr, je nach Berechnung, etwa 5,8 Prozent. Das, was man sich dabei merken muss, ist: Das ist ungefähr der Rückgang, den wir auch 2009 in der damaligen Wirtschafts- und Finanzkrise hatten. Natürlich hat das Folgen auch für die Wirtschaftsleistung insgesamt; das können wir sehen. Deshalb ist es notwendig und richtig, dass wir in der Krise entschlossen reagieren und dass wir auch mit ganzer Kraft gegenhalten.

Wir haben den Unternehmen Liquidität zur Verfügung gestellt und ihnen unmittelbar Geld überwiesen, damit sie durch die ganz schwierige erste Zeit kommen können. Unverändert gibt es Überbrückungshilfen, die in diesem Jahr den Unternehmen zur Seite stehen. Wir haben mit den Kreditprogrammen sehr viel Liquidität für die Unternehmen bereitgestellt, damit sie durch diese Krise kommen können und Arbeitsplätze und Beschäftigung erhalten bleiben.

Das gilt natürlich auch für das Kurzarbeitergeld, mit dem wir dafür gesorgt haben, dass die Unternehmen durch die Krise kommen können und dass sie an ihren Beschäftigten festhalten können trotz einer schwierigen Zeit.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist es unbedingt notwendig, dass wir das jetzt nicht beenden. Dass wir nicht nur für dieses Jahr gehandelt haben, sondern dass wir auch im nächsten Jahr das weiterhin tun. Deshalb ist es wichtig, dass wir Maßnahmen verlängern. Deshalb war es zum Beispiel richtig – das hat Folgen für den Haushalt –, zu entscheiden, dass die Kurzarbeiterrege-

lung, die jetzt so gut hilft, bis zum Ende des nächsten Jahres verlängert wird. Denn es ist ein sicheres Zeichen für die Zukunft unseres Landes.

Jeden Tag treffen hier in diesem Land Unternehmen Entscheidungen darüber, was sie demnächst tun. Deshalb ist es wichtig, dass sie sich auf uns und auf die Gemeinschaft unseres Landes verlassen können, auch bei den Entscheidungen, die sie jetzt im Hinblick auf ihre eigenen Beschäftigten treffen. Darum war die Aussage über die Kurzarbeit für das ganze nächste Jahr so wichtig.

Wir haben ein großes Konjunktur- und Krisenbewältigungsprogramm auf den Weg gebracht. Das haben wir schon einmal getan, nämlich mit Nachtragshaushalten in der letzten Finanzkrise 2009. Auch damals war es richtig, in großem Umfang zu helfen, und auch damals hat es geholfen und dazu beigetragen, dass unsere Volkswirtschaft aus der Krise wachsen kann.

Für das, was jetzt in diesem Haushalt, über den wir zu beraten haben, steht, gibt es eine ganz klare Botschaft: Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Investitionstätigkeit in diesem Jahr und in den folgenden Jahren nicht zurückgeht. Wir haben eine große Summe an Investitionen aus öffentlichen Mitteln auf den Weg gebracht, um Konjunktur und Wirtschaft in Deutschland zu stabilisieren.

Wenn man sich die Zahlen anguckt, sind sie auch beeindruckend. Zum Beispiel haben wir für die Zeit von 2021 bis 2024 – wir beraten jetzt den Haushalt des nächsten Jahres und die Finanzplanung bis 2024 – eine Summe von fast 200 Milliarden Euro, 199,2 Milliarden Euro, an Investitionen vorgesehen. Das ist erheblich mehr als zum Beispiel in dem Vierjahreszeitraum der letzten Legislaturperiode – über 80 Milliarden Euro –, und es wird sich positiv auf Arbeit und Beschäftigung und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auswirken. Denn all diese öffentlichen Investitionen bewirken auch, dass wir gleichzeitig viele neue zusätzliche private Investi-

tionen haben. Sie lösen Investitionsketten für die Zukunft aus, und sie tragen dazu bei, dass unsere Wirtschaft schnell wieder wachsen kann.

Mit den Investitionen dieses Haushaltes schließen wir gewissermaßen die Tür für die Zukunft unseres Landes weiter auf. Wir tragen dazu bei, dass all das geschehen kann, was notwendig ist, damit wir auch in den nächsten Jahren ein gutes Leben führen können. Klar, all das, was wir jetzt tun, hat Konsequenzen, zum Beispiel für die Aufnahme von Schulden. In diesem Jahr werden es über 200 Milliarden Euro sein. Es werden im nächsten Jahr nach unserem Plan noch einmal fast 100 Milliarden sein, genau 96,2 Milliarden Euro.

Das ist sehr, sehr, sehr viel Geld. Man muss auch klar sagen, dass diese riesige Summe, die hier in die Hand genommen wird, um dazu beizutragen, dass wir durch eine gesundheitliche, ökonomische und soziale Krise gut durchkommen, notwendig ist. Denn wenn wir jetzt nicht handeln würden, müssten wir in der Folge noch viel mehr Geld einsetzen, und wir würden gleichzeitig die Zukunft unseres Landes verspielen.

Nicht handeln wäre viel teurer als handeln. Das ist das, was wir als Motto auf den Weg gebracht haben mit den Entscheidungen der Regierung und mit dem Haushaltsentwurf, den wir Ihnen hier zur Beratung vorlegen. Klar, wir setzen viel Geld ein. Wir machen in diesem Sinne eine ganz klare Politik, die solide dafür sorgt, dass das Geld in guten Zeiten beieinanderbleibt, und wir setzen dieses Geld dann mit großer Kraft in einer schwierigen Zeit ein. Wir sind auch in der Lage und haben die Kraft, Kredite aufzunehmen, um durch eine Krise zu kommen. Klar, wenn das passiert, dann steigt auch die Schuldenquote unseres Landes. Das – dies will ich dazu sagen – ist etwas, was man immer im Blick haben muss.

Es war gut, dass wir für das letzte Jahr berichten können, dass die Schuldenquote auf unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken ist und wir das erste Mal seit sehr, sehr langer Zeit sämtliche Maastricht-Kriterien, auf die wir uns in Europa verständigt haben, erfüllt haben. Aber es ist auch

die Grundlage dafür, dass wir jetzt das tun können, was wir hier miteinander beraten und was notwendig ist für unser Land. Trotzdem können wir berichten, dass die Schuldenquote nicht auf eine Höhe steigen wird, wie es in der letzten Finanzkrise der Fall gewesen ist. Damals ist die Schuldenquote auf über 80 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen. Sie wird diesmal – nach heutigen Berechnungen – auf etwa 75 bis 76 Prozent steigen, also unter dem letzten Wert bleiben. Das ist, glaube ich, ein gutes Zeichen dafür, dass wir es auch schaffen werden, die Schuldenquote in den nächsten Jahren wieder abzusenken. Was uns schon einmal gelungen ist, sollte uns auch ein zweites Mal gelingen. Ich halte das für sehr wichtig und sehr zentral.

**Krise
gemeinsam
bewältigen;
aber auch ein
Land, das weiß,
wo es hinget.**

Ich glaube, dass es sich lohnt, auch einmal einen Vergleich mit anderen Ländern anzustellen. Wenn wir uns zum Beispiel mit

den anderen G-7-Ländern vergleichen, mit denen wir uns immer wieder treffen und die mit uns als Industrienationen darüber beraten, wie sich die Dinge in der Welt weiterentwickeln sollen, dann stellen wir fest, dass unsere Schuldenquote nach der Krise geringer sein wird als in all diesen Ländern vor der Krise. Das ist ein Zeichen für die Stabilität unseres Landes, aber das ist auch ein Zeichen dafür, dass wir das eine oder andere in der Vergangenheit nicht ganz falsch gemacht haben können.

Dieses Geld einzusetzen, heißt aber auch, dass wir uns darüber klar werden müssen, dass wir in den nächsten Jahren wieder einen Pfad erreichen müssen, auf dem wir die Ausnahmeregel, die das Grundgesetz uns zur Verfügung stellt, um solche zusätzlichen Kredite aufzunehmen, nicht mehr in

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Anspruch nehmen müssen. Wir wissen, dass hier viele Aufgaben noch vor uns liegen, dass das eine herausfordernde Sache ist. Wir haben aus der Vergangenheit aber auch gelernt, dass das gut funktionieren kann. Auch bei der letzten Krise gab es viele Haushalte, in denen Handlungsbedarfe definiert worden sind, die sich dann durch das Anspringen der Konjunktur, das wirtschaftliche Wachstum und die damit verbundenen Steuereinnahmen erheblich reduziert haben.

Ich finde, das ist ein Weg, den wir erneut gehen können, und den wir auch erneut erfolgreich beschreiben werden. Aus meiner Sicht geht es jetzt darum, dieses wirtschaftliche Wachstum auch zu ermöglichen, das unseren Handlungsbedarf reduziert. Eines ist aber auch ganz klar – wir sollten uns da nichts vormachen –: Was uns jetzt durch die Krise führt, sind die Wirtschaftskraft dieses Landes, sein leistungsfähiges Gemeinwesen und – denken wir zum Beispiel an das Gesundheitswesen – ein guter Sozialstaat, der in der Lage ist, uns gemeinsam in einer solchen Situation Kraft zu verleihen und die Bürgerinnen und Bürger zu beschützen. Es wird in den nächsten Jahren um die Frage gehen, ob wir dieses aufrechterhalten, bewahren und ausbauen oder ob wir nach der Krise an all das die Axt legen, was uns jetzt so stark macht. Ich bin dafür, dass wir es bewahren und ausbauen.

Als Bundesminister der Finanzen erlaube ich mir, auch das zu sagen: Wer die Illusion hegt, dass für diejenigen, die am allermeisten verdienen, die am oberen Ende der Einkommensskala dieses Landes liegen, in den nächsten Jahren große Steuersenkungen anstünden, der verbreitet illusionäre Zahlen oder will die Axt an die Zukunft Deutschlands legen. Wir haben gehandelt. Das ist eine gute Situation und hat dazu beigetragen, dass Deutschland die Krise im internationalen Vergleich gemeistert hat.

Ich will sagen, dass wir das als Grundlage für das nehmen müssen, was uns jetzt noch bevorsteht; denn wir sind ja noch nicht durch, wir haben noch viel zu tun. Wir müssen jeden Tag auch ganz besonders um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ringen und alles dafür tun, dass wir sie weiter beschützen können. Wenn heute die Bundesregierung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten neu berät, geht es immer wieder um die Frage: Wie können wir den Gesundheitsschutz unserer Bürgerinnen

und Bürger in einer so schwierigen Zeit gewährleisten?

Ganz klar: Solange wir noch nicht die besten Therapien entwickelt haben und solange keine Impfstoffe zur Verfügung stehen, werden wir vorsichtig bleiben müssen, und wir müssen darauf achten, dass nicht nur wir als Staat – der Bund, die Länder, die Gemeinden in Deutschland – das sind, sondern dass wir auch als bürgerliche Gemeinschaft vorsichtig sind und alle miteinander aufeinander aufpassen und vorsichtig bleiben. Auch das ist eine Botschaft dieser Zeit.

Über 80 Milliarden Euro werden von den Ländern Europas abgerufen.

Es ist überhaupt nicht eine Zeit, in der man rücksichtslos sein kann, sondern es ist eine Zeit, in der man aufeinander Rücksicht nehmen muss. Dort, wo das gelingt, gelingt es eben auch besser, durch die Krise zu kommen – in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Es geht eben auch um Solidarität. Auch sie ist in einer solchen Krise gefragt. Was wir bisher getan haben, hat gewirkt. Die wirtschaftliche Aktivität erholt sich, und die Verbraucherstimmung wird besser. Das sind gute Nachrichten, die uns ermuntern sollten, dass wir weitermachen auf dem Pfad, den wir bisher eingeschlagen haben. Und es ist auch eine gute Nachricht, wenn wir hören, dass das wirtschaftliche Wachstum nicht nur in der zweiten Hälfte dieses Jahres, sondern insbesondere auch im nächsten Jahr weiter steigen wird.

Trotzdem wird es so sein, dass wir eine Zeitlang brauchen werden, bis wir wieder an das Vorkrisenniveau anknüpfen können. Nach den Prognosen, die wir heute haben, wird das irgendwann zu Beginn des Jahres 2022 der Fall sein. Auch das müssen wir, wenn wir über Haushalte und öffentliches Handeln reden, immer bedenken: Die wirtschaftliche Delle, die wir jetzt haben, wird, selbst wenn das Wachstum später wieder eintritt, auch in Zukunft nicht unbemerkt bleiben. Wir werden sie in den Haushalten sehr vieler Jahre noch wiederfinden, und deshalb geht es eben darum, klug und vorsichtig zu agieren, aber mutig genug, damit wirtschaftliches Wachstum und die Zukunft gewonnen werden können.

Wenn wir diese Maßnahmen jetzt also auf den Weg gebracht haben, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir die Zukunft gewissermaßen gleich mit auf den Weg bringen und dass es nach der Krise gut weitergeht. Wir dürfen nicht nur Maßnahmen ergreifen, die etwas mit Stabilisierung zu tun haben, sondern wir müssen auch

sehr viele Dinge unternehmen, die dazu beitragen, dass unsere Zukunft gelingen kann. Das hat mit vielen Fragestellungen zu tun – solchen, die etwas mit dem Miteinander zu tun haben, und solchen, die etwas mit technologischen Innovationen zu tun haben, die uns helfen, das, was wir als Aufgaben vor uns haben, tatsächlich zu bewältigen.

Eine große Aufgabe ist zum Beispiel, dafür zu sorgen, dass der Respekt für die Arbeit, dass Arbeit auch in Zukunft weiter eine große Rolle für unsere Volkswirtschaft spielt und dass es gute und ausreichend viele Arbeitsplätze gibt, damit man seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft verdienen kann. Bisher ist es der deutschen Volkswirtschaft immer wieder gelungen, die Verluste von Arbeitsplätzen durch Wachstum an anderer Stelle auszugleichen. Das ist eines der großen Erfolgsgeheimnisse der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren gewesen, und das unterscheidet die Volkswirtschaft dieses Landes auch von der mancher anderer. Wir müssen natürlich alles dafür tun, dass das trotz all der Veränderungen, die vor uns liegen, immer wieder gelingt.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir in dieser Krise zum Beispiel auch etwas für den Erhalt von Ausbildungsplätzen tun, dass wir ein Förderprogramm auf den Weg gebracht haben, damit sich die Ausbildung, die für die Zukunft so wichtig ist, in dieser Krise nicht reduziert. Deshalb ist es so wichtig, dass wir etwas gemacht haben, um denjenigen, die studieren, in dieser Krise auch wirtschaftlich und finanziell zu helfen, damit nicht Studienabbrüche dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Zukunft in unserem Land gefährdet ist, weil viele in dieser Krise nicht die notwendige Bildung und Qualifizierung bekommen haben.

Deshalb ist es wichtig, dass wir dazu beitragen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer qualifizieren können, und es gibt eben nicht nur Maßnahmen, die sich an Studierende richten, sondern auch Maßnahmen, die sich an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten. Ich nenne nur das Qualifizierungschancengesetz und viele andere Maßnahmen, die dazu beitragen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Krise qualifizieren können.

Was diese Krise aber auch gezeigt hat und was wir als Auftrag mit in die Zukunft nehmen müssen, ist, dass es in diesem Land sehr wohl auch Arbeitsverhältnisse gibt, von denen der eine oder die andere vielleicht gar nicht gedacht

hätte, dass solche hier möglich sind. Ich will einfach nur an das Infektionsgeschehen in der Fleischindustrie erinnern. Es war unverantwortlich, dass es solche Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Deutschland überhaupt gibt, und es ist richtig, dass wir in dieser Krise nicht nur Konjunkturprogramme, sondern auch ein Gesetz auf den Weg gebracht haben, das solche Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie abstellt, und zwar für immer.

Wir dürfen unseren wirtschaftlichen Wohlstand nicht darauf gründen, dass es einigen bei uns im Lande ganz besonders schlecht geht, sondern wir müssen füreinander da sein. Das gilt nicht nur, wenn wir dafür sorgen, dass alle gewissermaßen gesundheitlich geschützt werden, sondern das gilt eben auch, wenn es um Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse geht, die sich damit verbinden. Ich finde, das muss ein Prinzip sein, das aus dieser Krise für uns erwächst: Wir wollen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Landes, dass alle, die hierzulande arbeiten, gute und ordentliche Arbeitsverhältnisse haben.

Auch das spiegelt sich im Haushalt und der Finanzplanung wider, und das wird für unsere Politik für die Zukunft wichtig sein. Wir können nicht akzeptieren, dass da eine Situation ist, in der wir alle glücklich darüber sind, dass einige auch in schwierigen Zeiten ihre Arbeit tun: im Einzelhandel, in der Logistik, in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen. Es reicht nicht, dass wir, froh darüber, dass diese Menschen das tun, nur klatschen. Sondern es muss auch so sein, dass wir sagen: Wir wollen, dass das gute, sichere Arbeitsplätze sind und dass sie besser bezahlt werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. – Auch das gehört zu den Zukunftsaufgaben, die unsere Gesellschaft hat.

Krisen können zusammen-schweißen, wenn die richtigen Leute regieren.

Die Coronaheldinnen und Coronahelden wollen keine Orden von uns; sie wollen einfach ein ordentliches Gehalt. Das müssen wir sicherstellen, und dafür müssen wir auch Sorge tragen. Aus meiner Sicht ist es deshalb gut, dass wir mit einzelnen Maßnahmen im steuerlichen Bereich, aber auch mit Mitteln, die wir bereitgestellt haben, jetzt schon ein wenig geholfen haben. Aber wir wissen genau: Das kann nur der Anfang sein; denn sonst bleibt es eine Geste. Es geht darum, dass wir substantiell etwas ändern. Es soll in Deutschland bessere Arbeitsverhältnisse geben, gerade für diejenigen, auf die nicht jeden Tag geguckt wird, wenn nicht gerade Co-

ronakrise ist.

Das Gleiche gilt, wenn wir uns über die Situation unserer Familien Gedanken machen. Die Familien haben ganz besonders zu kämpfen gehabt, insbesondere in der Phase, in der viele Einrichtungen, Schulen und Kindergärten, geschlossen waren, in der viele Möglichkeiten nicht bestanden, die sonst Familien nutzen können, um mit ihren Kindern eine gute Zeit zu haben, und in der unglaublich viele Männer und noch viel mehr Frauen damit zu kämpfen hatten, wie sie alles miteinander zusammenkriegen, nämlich die Betreuung ihrer Kinder, den Unterricht für ihre Kinder, und gleichzeitig auch dafür zu sorgen, dass Beruf und Arbeit weitergehen.

Das, glaube ich, kann man nicht einfach mit mehr Homeoffice lösen. Das setzt voraus, dass wir konstant bei dem weitermachen, was wir angefangen haben, nämlich mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Möglichkeit von mehr Ganztagsbetreuung, der Tatsache, dass das nicht so teuer sein darf, wie das heute der Fall ist, und dass man sich darauf immer verlassen kann. Auch das ist für die Zukunft dieses Landes wichtig.

Deshalb ist es kein Zufall, sondern Absicht, dass sich in den Programmen, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben, eben auch Mittel finden, die vorsehen, dass dieser Ausbau weiter stattfinden kann in all den nächsten Jahren. Denn das muss auch eine der Lehren aus dieser Krise sein, dass wir diese Infrastruktur noch viel leistungsfähiger machen müssen, als sie heute ist. Es gehört auch dazu, dafür zu sorgen, dass unsere Schulen endlich digitalisiert werden; auch das ist ein wichtiges Thema. Jeder von uns weiß, wie schwierig das in einem Gefüge ist, wo so viele zuständig sind. Es braucht, glaube ich, schon eine lange Beteiligung an den vielen politischen Prozessen unserer kommunalen und föderalen Ordnung, um zu verstehen: Wer ist nun genau für welche Aufgabe zuständig? Aber im Ergebnis kommt es ja darauf an, wie es ist und wie es sein wird. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland sich jetzt mit den Ländern darauf verständigt. Ich bin Saskia Esken und Angela Merkel dankbar dafür, dass sie das ein bisschen in die Hand genommen haben, um zu erreichen, dass die Schulen jetzt mehr Geld für die Digitalisierung bekommen. Ich denke, manchmal muss man ja die Gelegenheit für den guten Fortschritt nutzen. Ich jedenfalls finde: Dieser Fortschritt ist notwendig für unser Land. Gut, dass er jetzt anfängt!

Wir haben die Familien in diesem Jahr finanziell unterstützt und werden dafür Sorge tragen,

dass das auch so weitergeht. Neben dem Bonus, der jetzt ausbezahlt wird, wird es ja zum Jahresanfang weitergehen. Das nächste Jahr wird mit einer Kindergelderhöhung beginnen, mit der Erhöhung der Freibeträge, mit der Abschaffung des Solis für über 90 Prozent derjenigen, die ihn heute zahlen, und der Senkung für weitere 6,5 Prozent. Dadurch, dass wir die steuerlichen Veränderungen, die sich durch die kalte Progression ergeben, kompensieren und insgesamt dafür sorgen, dass der Steuertarif sich als eine Entlastung für Bezieher kleiner, mittlerer Einkommen und für Familien erweisen wird. Das nächste Jahr beginnt mit mehr Netto für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein gutes Zeichen mitten in der Krise, aber auch gut für unser Land insgesamt. Wir machen Fortschritte. Diese Fortschritte werden wir auch dafür nutzen müssen, dass wir die Zukunft unseres Landes in vielerlei anderer Hinsicht in den Blick nehmen.

Ein großes Thema, vor dem wir heute stehen und noch lange stehen werden, ist: Wie kriegen wir es eigentlich hin, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten? Wir können jetzt in der Krise nicht sagen, dass das ein Thema ist, das sich zwar nicht erledigt hat, aber das erst mal vertagt wird. Umgekehrt: Wir müssen die Zeit jetzt dafür nutzen, dass wir mit mutigen Entscheidungen dazu beitragen, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten, Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen und dann CO₂-neutral wirtschaften zu können. Wir müssen jetzt all die Entscheidungen auf den Weg bringen, die dazu notwendig sind.

Es sind in der Vergangenheit sehr, sehr weitreichende Entscheidungen getroffen worden und werden jetzt gerade Stück für Stück umgesetzt. Schluss ist demnächst mit der Atomkraft. Ich will das ausdrücklich sagen angesichts der Tatsache, dass wir in dieser Woche eine lange Diskussion über die Frage neu begonnen haben, wo denn die nuklearen Abfallprodukte der Nutzung der Atomenergie in Deutschland auf Dauer gelagert werden; eine notwendige Debatte, die für das ganze Land bedeutet, dass man solidarisch ist und dass keiner sagt: „Bei mir nicht“, sondern dass alle dies als gemeinsames Projekt begreifen.

Aber es ist auch dringend erforderlich, dass wir in dieser Situation wissen, dass es den Ausstieg gibt und dass es richtig ist, dass wir ihn jetzt endgültig vollziehen werden, nachdem es da eine kleine Zwischenphase gab, in der das irgendwie irritierend wieder zurückgegangen ist.

Aber gleichzeitig haben wir auch entschieden, dass wir aus der

Kohleverstromung aussteigen. Ich will auch das als einen Meilenstein für die Zukunftsentwicklung unseres Landes beschreiben. Klar: In diesem Haus wird über die Frage diskutiert, wann nun genau das beste Endjahr dafür ist. Aber an einer Tatsache kann niemand vorbei. Wir haben entschieden: In Deutschland werden wir aus der Kohleverstromung aussteigen. Wir haben die Maßnahmen dazu auf den Weg gebracht und alle notwendigen Entscheidungen getroffen, damit das auch gelingen kann. Und das ist gerade in diesen Zeiten gut so. Nur aussteigen alleine reicht nicht. Einsteigen muss man auch irgendwo, und zwar in die Nutzung von klimaneutralen Energien. Deshalb ist es richtig, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien auch mit zusätzlichen Mitteln vorantreiben. Deshalb ist es richtig, dass jetzt auch die Gesetze gemacht werden, die dazu erforderlich sind, dass es mehr Windstrom an Land und auf See gibt, dass es einen Ausbau des Netzes gibt; denn ohne ein stabiles Netz wird es auch nichts mit den erneuerbaren Energien. Alles das ist Teil der Politik, die diese Regierung macht. Aber es ist auch Teil der Finanzmittel, die

wir zum Beispiel mit dem Konjunkturpaket und dem kommenden Haushalt und seinen Folgehaushalten bereitstellen.

Das Klimaschutzprogramm 2030 ist ein riesiges Investitionspaket mit all den Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben und die wir sorgfältig miteinander verhandelt und besprochen haben. Sie beinhalten viele, viele Neuerungen, auf die viele lange gewartet und für die viele lange geworben haben, aber die jetzt gewissermaßen Realität werden. Ich will einfach nur an das Brennstoffemissionshandelsgesetz erinnern; ein kompliziertes Wort dafür, dass wir in Deutschland in die CO₂-Bepreisung einsteigen. Das ist aus meiner Sicht ein richtiger Weg, den wir hier gehen. Er wird ab dem nächsten Jahr dafür sorgen, dass sich substantiell etwas ändert. Wir werden CO₂ teurer machen, damit unsere Volkswirtschaft sich auf CO₂-Neutralität umstellt. Das ist ein richtiger Weg, meine Damen und Herren!

Wir nutzen die Mittel, die wir zum Beispiel aus dieser CO₂-Bepreisung bekommen, auch für die Zukunft. Wir nutzen sie zum Beispiel, um das technologisch möglich zu machen, worüber technologisch in diesem Land schon so lange diskutiert wird, nämlich dass wir von der Nutzung fossiler Energien und Roh- und Treibstoffe

wegkommen und dass wir zur Nutzung anderer Formen hin kommen, die für die Zukunft wichtig sind.

Wir wissen: Wenn wir erreichen wollen, dass mehr auf Elektrifizierung gesetzt wird, was für die Stromversorgung, für die Versorgung von Betrieben wichtig ist, was für die Mobilität und all die Möglichkeiten wichtig ist, die wir damit verbinden – wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir auch erreichen, dass die EEG-Umlage nicht mehr eine solche Belastung in der Nutzung darstellt. Deshalb nutzen wir die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung dafür, die EEG-Umlage zurückzuführen. Sie wird in diesem Jahrzehnt auch endgültig abgeschafft werden; das ist das Ziel unserer Politik.

Zum Konjunkturprogramm gehört, dass wir diesen Pfad nicht gefährden, sondern dass wir gesagt haben: Trotz der Schwierigkeiten, die mit den Veränderungen durch die Konjunktur verbunden sind, werden wir dafür Sorge tragen, dass die Mittel zur Verfügung stehen, um die Reduzierung der EEG-Preise und ihre Stabilisierung zustande zu bringen. Das sind Milliarden, die schon im nächsten Jahr und in den Folgejahren eingesetzt werden, damit die EEG-Umlage nicht die Strompreise nach oben treibt. Das ist ein richtiger Schritt für das Klima und ein richtiger Schritt für die Konjunktur gleichermaßen, meine Damen und Herren.

In den Programmen, die wir mit dem aktuellen Haushalt und den Haushalten der Finanzplanung finanzieren, sind auch eine ganze Reihe von anderen wichtigen Zukunftsentscheidungen niedergelegt, die unverzichtbar sind, wenn wir die Zukunft für unser Land gut gestalten wollen. Eine der zentralen Weichenstellungen für Deutschland – von der ich befürchte, dass noch gar nicht alle sie wirklich in ihrer gesamten Dimension wahrgenommen haben – ist, dass wir für die industrielle Produktion unseres Landes zukünftig auf Wasserstoff setzen wollen. Man kann nicht über CO₂-Neutralität 2050 sprechen und nicht gleichzeitig den industriellen Einstieg in die Wasserstoffnutzung voranbringen wollen. Wir müssen als Bundesrepublik Deutschland, als ein Land, das seit Langem über die entsprechenden technologischen Kapazitäten und Fähigkeiten, die damit verbunden sind, verfügt und das die Unternehmen hat, die das können, den industriellen Einstieg in die Wasserstoffproduktion nutzen. Wir werden das mit all den

Programmen, die wir auf den Weg gebracht haben, auch tun.

Es geht um einen schnellen Hochlauf der Produktion. Es geht darum, dass wir die Erzeugungskapazitäten auf 5, 10 Gigawatt ausbauen, damit wir das hinbekommen. Es geht darum, dass die Leitungsnetze entstehen, die dazu notwendig sind, damit Wasserstoff in den industriellen Zentren und allen Produktionsanlagen tatsächlich genutzt werden kann. Wir müssen in großem Maßstab Produktionsanlagen, Elektrolyseanlagen, bauen, damit die ganze Welt

Wir müssen in großem Maßstab Elektrolyseanlagen bauen.

sehen kann, dass das auch funktioniert, und zwar mit einer Technologie, die hierzulande entwickelt worden ist. Die Wasserstoffwirtschaft und der Einstieg darin ist der wichtigste Zukunftsbeitrag, den Deutschland gegenwärtig für den Kampf gegen den Klimawandel leisten kann, meine Damen und Herren.

Das führt vielleicht auch dazu, dass wir verstehen, dass die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft nur gelingen kann, wenn wir gewissermaßen einem Slogan folgen, den ein berühmter Autor mit dem schönen Titel „More from Less“ geprägt hat. Es geht ausdrücklich darum, dass wir mit modernsten Technologien beweisen, dass beides geht, nämlich ein erfolgreiches Industrieland zu bleiben, das auch 2050 noch Arbeitsplätze mit guten Einkommen sowie mittelständische und große Unternehmen hat, die auf dem Weltmarkt eine Rolle spielen, und trotzdem dann schon – anders als viele andere – CO₂-neutral zu wirtschaften, mit Technologien, die wir selber entwickelt haben. Das ist die große Aufgabe für die Zukunft, und an die machen wir uns jetzt.

Ich bin übrigens überzeugt, dass das auch eine gute Chance für unsere Volkswirtschaft ist; denn viele Leute haben Sorgen, wie es eigentlich weitergehen wird. Deshalb müssen wir ihnen sagen: Wir trauen uns das schon zu. Wir können das bewältigen als Bundesrepublik Deutschland mit unseren Unternehmen, unseren Ingenieurinnen und Ingenieuren, mit den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – obwohl wir wissen, dass die Aufgabe nicht klein ist. Das will ich dann doch an dieser Stelle sagen, auch als Begründung dafür, warum wir so viele Milliarden für diese Projekte in die ganze Finanzplanung hineingeschrieben haben. Das wird uns viele Jahre bewegen. Die ganze Industrialisierung, der ganze Fortschritt, der ganze Wohlstand, den wir heute haben, beruhen auf der Nutzung fossiler Rohstoffe, Energien und

Treibstoffe.

Wenn wir von jetzt, 2020, bis gleich, 2050, CO₂-neutral wirtschaften wollen, in drei Jahrzehnten, ist das die größte Modernisierung und technologische Neuorganisation der Volkswirtschaft Deutschlands, die wir in den letzten 200 Jahren erlebt haben. Und wir sollten uns trotzdem an die Aufgabe machen, weil es wichtig ist – für uns, unsere Kinder und Enkel. Ich bin übrigens fest davon überzeugt, dass sich diejenigen, die glauben, dass wir das nicht tun sollten, an unserem Land eigentlich versündigen würden; denn wenn wir es nicht schaffen, diesen Wandel hinzubekommen, dann werden wir auch keine guten Arbeitsplätze haben.

Nur weil wir das tun und weil wir das auf den Weg bringen, haben wir eine gute Chance.

Über den Strukturwandel, der damit verbunden ist, muss gesprochen werden; weil er ja immer stattfindet. Es gibt überhaupt keine Geschichte der modernen Volkswirtschaft, die nicht mit ständigen Veränderungen von ökonomischen und wirtschaftlichen Strukturen verbunden wäre. Es gibt welche, die politisch veranlasst sind, es gibt welche, die durch Zeitläufte, durch die Veränderung von Ökonomie und Technik veranlasst sind. Aber immer wieder werden sie uns begegnen, und deshalb ist die Frage „Wie gehen wir eigentlich mit Strukturwandel um?“ von allergrößter Bedeutung. Lassen wir diejenigen, die er trifft, alleine, oder betrachten wir das als eine Angelegenheit des ganzen Landes? Das ist in Wahrheit eine der zentralen Fragestellungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Ich will das an dem Thema deutlich machen, das uns in diesem Jahr mit großer Freude begleitet: 30 Jahre deutsche Einheit, ein großer Strukturbruch, den unglaublich viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes miterlebt haben, hautnah bei sich selber, bei ihren Familienangehörigen, bei ihren Eltern. Überall hat es Veränderungen gegeben. Kaum einer hat an seinem Arbeitsplatz so weitermachen können, wie das vorher der Fall war. Wir haben es im 30. Jahr der deutschen Einheit überhaupt nur so weit gebracht, wie wir jetzt gekommen sind, weil wir das als eine Angelegenheit des ganzen Landes betrachtet und gesagt haben: Wir lassen niemanden allein. Wir werden füreinander einstehen und das miteinander hinzubekommen. – Das ist der rich-

Fortsetzung auf nächster Seite

tige Weg.

Das muss auch so sein, wenn wir uns über die Frage Gedanken machen, was jetzt zum Beispiel beim Ausstieg aus der Kohleverstromung geschieht, der im Westen und

Osten unserer Republik stattfindet. Da sind Regionen, die haben Jahrzehnte, fast hundert Jahre, teilweise noch länger, zum wirtschaftlichen Wohlstand dieses Landes beigetragen mit dem, was sie tun und was sie sehr gut können. Auch da gilt die gleiche Botschaft: Wir lassen niemanden alleine. Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass es eine Zukunft gibt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für ihre Betriebe und für diese Regionen. 40 Milliarden Euro setzen wir ein, um den Strukturwandel, der mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung verbunden ist, zu begleiten, und es sind 40 Milliarden Euro gut angelegtes Geld für die Zukunft und den Zusammenhalt unseres Landes.

Das Gleiche gilt, wenn wir über die Frage reden, was eigentlich geschieht, wenn die Verkehre jetzt elektrifiziert werden. Auch dort sind Milliarden Euro vorgesehen, die wir miteinander auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass unsere Unternehmen, dass die vielen Zulieferbetriebe in Deutschland, die bisher einen guten Beitrag zu unserem Wohlstand geleistet haben, das auch zukünftig können, aber eben mit neuen Technologien, die mit der Elektrifizierung von Verkehren verbunden sind. Wir wollen, dass die Automobilindustrie in Deutschland, dass alle Zulieferunternehmen auch in 10, 20, 30 Jahren ihre heutige Weltmarktstellung noch haben. Das geht auch – mit den Fähigkeiten, die wir haben, und mit den Mitteln, die wir dazu als Unterstützung bereitstellen.

Der gleiche Grundsatz gilt, wenn wir uns etwa Gedanken über die Frage machen, wie es mit der Digitalisierung weitergeht. Auch dort sind Milliarden bereitgestellt, die wir jetzt investieren wollen, als Bund für unsere eigenen Fähigkeiten, aber auch angefangen bei den Schulen, bis zu verschiedenen anderen Dingen, die wir unterstützen. Es geht um die Infrastruktur dieses Landes, es geht um künstliche Intelligenz, es geht um Quantentechnologie, alles Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, dass die Zukunft mit uns ist; denn das ist ja das, was wir eigentlich erreichen wollen. Auch da geht es darum, dass wir Digitalisierung als eine Sache, die uns mehr Wohlstand und ein besseres Leben ermöglicht, begreifen, nicht als eine Bedrohung. Auch das geht nur, wenn man niemanden alleine lässt, meine Damen und Herren.

Noch einmal spielt dieser

Grundsatz eine Rolle: wenn wir zum Beispiel an unsere Gemeinden denken. Ich bin sehr froh darüber, dass wir in diesem Jahr mit sehr breiter Unterstützung des ganzen Deutschen Bundestages und am Ende auch des Bundesrates und der Länder sogar Verfassungsänderungen auf den Weg gebracht haben, damit wir den Gemeinden helfen können, in der Krise in diesem Jahr ihre Gewerbesteuerausfälle auszugleichen, aber auch, damit wir strukturell eine Entlastung der Gemeinden zustande bringen, die gerecht ist, indem wir sagen: Der Bund trägt auf Dauer einen größeren Anteil an den Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslosen. – Das hilft gerade den Gemeinden, die wirtschaftlich am schwierigsten dran sind, und das ist ein gutes Zeichen der Solidarität in ganz Deutschland. Krisen können zusammenschweißen, wenn die richtigen Leute regieren. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir diesen Haushalt auf den Weg bringen dürfen und dass wir damit ein Zeichen der Solidarität in diesem Lande setzen, nämlich dass wir tatsächlich gemeinsam den ganzen Weg durch diese Krise kommen wollen und dass wir danach gemeinsam für die Zukunft dieses Landes streiten wollen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf Europa werfen. Denn es wird für unseren Haushalt von allergrößter Bedeutung sein, und das wird auch für unsere Möglichkeiten von größter Bedeutung sein: Diese Krise verläuft anders als frühere Krisen, auch deshalb, weil Europa sich entschlossen hat, in der Krise gemeinsam zu handeln. Die beiden großen Programme, die wir in Europa auf den Weg gebracht haben – über 500 Milliarden Euro, um kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen, um ein Kurzarbeitergeldprogramm überall in Europa möglich zu machen und die Finanzierung von Staaten zu erleichtern –, waren ein erster wichtiger Schritt.

Gerade in diesen Tagen haben wir die Meldung gehört: Über 80 Milliarden Euro werden von den Ländern Europas abgerufen, damit auch anderswo Kurzarbeit wie in Deutschland gemacht werden kann. Ich finde, das ist nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern das zeigt auch, dass etwas, was aus unserer Kultur der Sozialpartnerschaft und des Miteinanders von Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeitgebern erwachsen ist, ein Produkt sein kann, das in der Krise überall auf der Welt hilft, und ganz besonders in Europa.

Wir haben das auch bei dem Wiederaufbauprogramm hinbekommen, das jetzt beraten wird. Das ist ein wirklicher Schritt nach vorne, dessen große Dimension,

glaube ich, gegenwärtig noch gar nicht von allen wahrgenommen worden ist, weil erst einmal alle auf die wirklich großen Zahlen schauen, die damit verbunden sind: 750 Milliarden Euro, davon 390 Milliarden Euro als direkte Hilfen für die Mitgliedstaaten dafür, dass sie einen Wiederaufbau zustande bringen können. Aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit mehrere Entscheidungen verbunden sind.

Erstens. Das Geld wird von der EU aufgenommen, anders als bisher. Es wird sofort zur Krisenbekämpfung eingesetzt und nicht – darauf haben wir geachtet – zur Budgetfinanzierung, sondern für die Zukunft. Es wird – zweitens – wieder zurückgezahlt, und zwar auch in der Zeit des jetzigen mehrjährigen Finanzrahmens, über den jetzt noch die letzten Worte zwischen dem Parlament und den Regierungen gewechselt werden. Aber auch das ist Teil der Entscheidungen, die wir vorbereitet haben. Das Dritte ist: Es wird Finanzmittel geben, um es zurückzuzahlen, nämlich eigene europäische Einnahmen, Own Resources, damit die fiskalische Handlungsfähigkeit Europas verstärkt wird. Das ist der große Sprung nach vorne für die europäische Politik, meine Damen und Herren.

Wir werden uns damit noch länger beschäftigen, weil wir ja

zum Beispiel über diese eigenen Einnahmen zu reden haben. Auch das Thema, das wir eben besprochen haben, nämlich: „Wie bekommen wir die ökologische Transformation hin? Wie können wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten?“, spielt dabei eine zentrale Rolle; denn zu den vorgesehenen eigenen Einnahmen der EU zählen auch Einnahmen aus dem Emissionshandel, die einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung dieses Krisenbekämpfungspakets leisten werden. Das heißt, wir bekommen es mit dieser Maßnahme nicht nur hin, vielen europäischen Ländern und damit auch unseren Exporten zu helfen, sondern wir bekommen es gleichzeitig hin, den ökologischen Wandel in Europa zustande zu bringen, der dringend notwendig ist. Beides miteinander zu verbinden, ist sowohl im Lande wie auch in Europa der richtige Weg. Man sieht es ja: Die ganzen Populisten, die – ich habe eingangs schon darüber gesprochen – sich freuen, wenn es dem eigenen Land schlecht geht und die damit ihre Politik machen wollen, all diese Leute sind jetzt ganz still geworden, und die Bürgerinnen und Bürger vertrauen denjenigen, die vernünftig regieren. Das ist eine wichtige Entwicklung für die Zukunft unseres Landes. Eine

starke, leistungsfähige Demokratie, ein starkes Europa sind die richtigen Antworten für die Zukunft.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind der Haushalt, über den wir jetzt beraten, und die Diskussion über die folgenden Jahre eine zentrale Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes. Es geht um viel Geld, das wir einsetzen. Aber es geht auch darum, wie wir eigentlich sein wollen; denn in der Krise muss man zeigen, wer man ist. Das ist das, was ich mir wünsche: dass wir zeigen, wer wir sind: ein demokratisches Land mit einem leistungsfähigen Föderalismus; ein Land, das geeint ist und sich im 30. Jahr der Einheit darüber freut, dass es uns jetzt gelungen ist, so zusammenzuwachsen, und dass wir die nächste Krise gemeinsam bewältigen; aber auch ein Land, das weiß, wo es hingehet, dass wir den Klimawandel aufhalten müssen, dass wir zusammenhalten müssen, dass wir ein soziales Land sind und dass wir weiter wirtschaftlich und technologisch an der Spitze stehen. All das ist die Zukunft, um die es geht, und darum kämpfen wir auch mit diesem Haushalt.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Boehringer, AfD:

Ziehen Sie den vorgelegten Haushalt zurück



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ besteht derzeit einfach nicht. Die Sterberate liegt in Deutschland 2020 nicht über dem langjährigen Durchschnitt. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Überlastung des Gesundheitssystems. Genau. Schon die gesetzgeberische Einführung des Begriffs der „epidemischen Lage“ war rechtsmissbräuchlich, weil er mangels objektiver Kriterien gegen den Be-

stimmtheitsgrundsatz des Artikels 80 Grundgesetz verstößt.

Der Begriff wurde erst im März 2020 völlig neu erfunden. Der uralte und bewährte § 5 des Infektionsschutzgesetzes wurde dazu grundlegend verändert, die Notlage von den Altparteien hier im Haus dann auch sofort ausgerufen und im Juli nochmals willkürlich bis heute verlängert. Vermutlich wird die Regierung sogar noch eine weitere Verlängerung bis Ende 2021 vorschlagen. Der Lehrstuhl für Gesundheitsrecht an der Uni Regensburg bezeichnet dieses Vorgehen des Gesundheitsministeriums als „verfassungsrechtlich hochgradig problematisches Ausnahmerecht“, als „Blankovollmacht“ und als „Ermächtigungsgrundlagen“.

Das von der Koalition seit Monaten vorgetragene Narrativ, wonach nur entschiedenes staatliches Handeln zur Begrenzung der Krankheitsfälle geführt hat – wir haben es ja eben wieder gehört –, ist weiterhin völlig unbelegt. Viel-

mehr hat erst die seit April faktenfernen anhaltende staatliche Überreaktion die größte Wirtschaftsreaktion der Nachkriegsgeschichte herbeigeführt. Darum wird die Haushaltsnotsituation des Artikels 115 Absatz 2 Satz 6 Grundgesetz nun für den Haushalt 2021 von der Bundesregierung erneut missbräuchlich genutzt; denn dieser Artikel verlangt, dass sich die Notlage „der Kontrolle des Staates“ entzieht. Die Notlage ist aber, wie gesagt, in gesundheitlicher Hinsicht nicht mehr gegeben und der Eintritt der wirtschaftlichen Not beim nunmehr dritten Corona-Haushalt des Bundes ganz sicher nicht mehr der Kontrolle des Staates entzogen. Die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Schuldensonderregel des Grundgesetzes ist daher erneut nicht gegeben.

Der PCR-Test zum Nachweis von Covid-19 ist derart unspezifisch, dass ein Großteil der „infiziert“ Getesteten einfach nur „falsch Positive“ sind. Darum gibt

es heute trotz angeblich fürchterlich vieler Infizierter nur sehr wenige Schwerkranke und nur noch extrem wenige wirklich kausal an Covid-19 Sterbende. Selbst viel höhere Opferzahlen in den schweren Grippejahren der Vergangenheit haben niemals auch nur annähernd zu irgendwelchen Masken- oder gar Lockdown Verpflichtungen geführt. Diese ganze moralinsaure Hysterie ist überflüssig.

Warum also bei Corona? Wir haben es nicht mit Ebola oder mit der Pest zu tun. Die AfD-Fraktion hat seit März die regelmäßige Überprüfung der Coronamaßnahmen und seitdem in über sechs Anträgen immer wieder deren Aussetzung gefordert. Insgesamt – wir haben es gehört – begründet die Regierung inzwischen 315 Milliarden Euro Neuverschuldung seit März alleine nur mit Corona. Diese Schulden werden die Bürger jahrzehntelang abstottern müssen – etwa 17 Milliarden Euro jedes Jahr über die nächsten zwei Jahrzehnte. Nur wegen Covid-19! Und da sind die 750 Milliarden Euro EU-Schulden noch gar nicht mitgerechnet. Die wirtschaftliche Existenz unseres Lan-

des wird auf dem Altar von Annahmen und Spekulationen geopfert. Das Grundgesetz wird missbraucht zum uferlosen Schuldenmachen. Wir lehnen aus diesen Gründen die Coronaverschuldung ab. Zwar sind das ist wahr viele Zahlungen wegen der durch das hysterische Regierungshandeln nunmehr bald depressiven Wirtschaftslage leider unabweisbar notwendig. Hierzu zählen zum Beispiel die Unterstützungszahlungen für Kurzarbeiter und Arbeitslose sowie andere Hilfsprogramme für deutsche Unternehmen und Bürger. Doch selbst diese notwendigen Ausgaben könnten 2021 aus Rücklagemitteln bestritten werden, also ohne Corona Neuverschuldung, alleine nur über nicht ausgegebene Budgetreste aus den Vorjahren, über die Asylrücklage oder über Einsparungen beim Klimafonds. Im Regierungsentwurf wird aber nichts davon angetastet.

Die Steuereinnahmen 2021 sollen nun nur noch 295 Milliarden Euro betragen, also 10 Prozent weniger als vor Corona; und selbst das ist noch sehr optimistisch. Das Szenario einer V-förmigen Erholung ist un-

wahrscheinlich und wird immer unwahrscheinlicher, je länger die Coronaeinschränkungen bestehen bleiben. Realistisch muss man eher davon ausgehen, dass sich im kommenden Jahr das ganze Ausmaß der Coronapolitik in Form von Massenkurzarbeit und Firmenpleiten zeigen wird.

Auch die Haushaltseinnahmen aus vom Bund begebenen Anleihen sind unbillig hoch, weil durch viel zu hohe Zinscoupons heute bereits gewaltige milliardenschwere Buchgewinne für den Bundeshaushalt realisiert werden – auf Kosten der Steuerbürger der kommenden Jahrzehnte. Man verstößt hier bewusst gegen die haushaltsrechtlichen Gebote der Klarheit und Jährlichkeit nach dem Motto „nach uns die Sintflut“; wie immer.

Es muss darum nun endlich an den ideologischen Punkten gespart werden: 42 Milliarden Euro für die EU – das ist nur die Direktzahlung, Abermilliarden für Klima, Weltbeglückung, Zuwanderung, Hunderte Milliarden deutsche Haftung für EU-Neuschulden in völlig neuer Größenordnung. Dazu dann am

Freitag hier etwas mehr, auch zum Wasserstoff-Wunschdenken und Märchen, das wir eben hier gehört haben.

Zunächst hilft aber nur der sofortige Ausstieg aus den inzwischen nur noch irrsinnigen Corona-Lockdown Maßnahmen jenseits jeder Verhältnismäßigkeit. Hinzu kommt: Viele der mit dem Nachtragshaushalt eingeleiteten Programme stehen gar nicht in Zusammenhang mit Corona. Auch das wäre aber rechtliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme der doch angeblich coronabedingten Ausnahmeverschuldung. Coronakreditgelder werden stattdessen für völlig krisenfremde Daueraufgaben verwendet. Sehr klar sieht das etwa auch der Bund der Steuerzahler.

All das sind zentrale verfassungsrechtliche Probleme im Haushaltsentwurf 2021 und übrigens auch schon im zweiten Nachtragshaushalt 2020. Auch die FDP scheint ja diese Rechtsprobleme zu ahnen. Zitat des Kollegen Dürr – mit Genehmigung des Präsidenten – hier im Bundestag am 2. Juli 2020: Dieser Bundeshaushalt „verstößt gegen das Grundgesetz.“ Sie hatten

damit im Juli ja recht, Herr Dürr; leider haben Sie bislang nicht dagegen geklagt. Wir haben diese Klage nun vorbereitet. Schon im Oktober werden Sie und alle anderen Kollegen hier im Haus gerne von uns eingeladen, eine entsprechende Normenkontrollklage auf den Weg zu bringen. Wir sind sehr gespannt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unverzüglich zu beenden, nur die kleine Risikogruppe wirklich wirksam zu schützen und die anderen Menschen endlich realistisch anstatt hysterisch über die geringe Covid-Bedrohungslage zu informieren. Stoppen Sie die Maske der Nation! Ziehen Sie den vorgelegten Haushalt zurück! Noch sind nicht alle Branchen und nicht alle Menschen ruiniert. Sie arbeiten aber hart daran.

Oder in den berüchtigten Worten Ihrer Kanzlerin: Wir schaffen das noch!

(Beifall bei der AfD – Gustav Herzog [SPD]: Peinlich!)

Ralph Brinkhaus, CDU:

Ich kann nur eines sagen: Wir als Union haben Lust auf Zukunft



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh

wir fest: Ja, wir haben 96 Milliarden Euro Schuldenaufnahme. – Ist das notwendig? Ja, es war notwendig; denn das ist Geld, das in die Gesundheit hineingesteckt wird, in die Digitalisierung der Bildung hineingesteckt wird. Und vor allen Dingen ist es das starke Zeichen, dass wir in dieser Pandemie niemanden zurücklassen; das ist auch sehr wichtig. Insofern ist es notwendig, meine Damen und Herren. Können wir uns das leisten? Ja. Ich habe mit Freude vernommen, Olaf Scholz, dass Sie sich gerade eben zum Verfechter der schwarzen Null gemacht und gesagt haben: Ja, weil wir in der Vergangenheit vernünftig gewirtschaftet haben, können wir uns das jetzt leisten. – Das ist wahr, und es ist schön, dass auch Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Ich hatte in den vergangenen Haushaltsdebatten das Gefühl, dass wir bei den Themen „schwarze Null“ und „solide Haushaltführung“ immer sehr alleine gestanden haben und wir das immer verteidigen mussten. Gut, dass wir Kurs gehalten haben, meine Damen und Herren! Ist das

ein Dauerzustand? Nein, das darf auf keinen Fall ein Dauerzustand werden.

Schulden sind ein süßes Gift. Sie sind in zweifacher Hinsicht ein süßes Gift. Zum Ersten führen Schulden immer dazu, dass man der Versuchung erliegt, alle Probleme mit Geld zu lösen und mit Geld zu erschlagen. Ich glaube, das ist nicht richtig. Wir müssen vielmehr ein bisschen intelligenter vorgehen. Zum Zweiten ist es ein süßes Gift, weil man ja nicht selber etwas tun muss, sondern weil es die kommenden Generationen tun müssen. Deswegen ist es nicht akzeptabel. Ich glaube, wer hier in diesem Haus von Nachhaltigkeit, von Generationengerechtigkeit spricht, der muss auch von finanzieller Generationengerechtigkeit sprechen.

Deswegen muss es unser Anspruch sein, meine Damen und Herren, da so schnell wie möglich wieder herauszukommen. Zum So-schnell-wie-möglich-wieder-Herauskommen gibt es ja Ideen. Sie haben es im Gegensatz zu dem, was Sie in der Presse veröffentlichten, Herr Scholz, nur zart angedeutet – der Beifall war da be-

sonders groß –: Man kann ja Steuern erhöhen; man kann es ja den Reichen nehmen. Das ist auch ganz einfach; denn man kann es ja den anderen nehmen. Das ist aber auch deswegen ganz einfach, weil man dabei eines verschweigt: Wir reden bei Spitzensteuersätzen doch nicht über Fußballprofis, Showmaster oder ähnliche Leute, sondern wir reden über mittelständische Unternehmer. Wir reden darüber, dass diese Leute das Geld nicht haben, um es wieder in Arbeitsplätze zu investieren, meine Damen und Herren.

Ich habe monatelang mit Ihnen zusammengesessen und darum gebettelt und gefleht, dass wir endlich eine vernünftige Besteuerung von Personenunternehmen, von Einzelunternehmen vornehmen, damit die entlastet werden. Ich würde mich freuen, wenn wir das nach Ihrer Rede jetzt auf den Weg bringen könnten, meine Damen und Herren. Jetzt kann man natürlich auch übers Sparen reden. Ja, das sollten wir auch tun. Wir haben sogar im Koalitionsvertrag verankert, dass wir eine Aufgabenkritik vornehmen. Auch in schlechten Zeiten kann man einmal darüber nachdenken. Leider ist da noch nicht viel passiert. Ich finde, wir sollten die letzten Monate nutzen, diesen Punkt im Koalitionsvertrag auch umzusetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber am Ende des Tages ist es ja so da brauchen wir uns gar nichts vormachen; das ist absolut richtig;

es gilt das gleiche Rezept wie 2009: Wir werden aus dieser Krise nur herauswachsen können. Wir bekommen das nur hin, wenn wir ein Wirtschaftswachstum haben. Und jetzt kommt das Entscheidende: Wirtschaftswachstum nicht, damit Unternehmerinnen und Unternehmer höhere Gewinne machen das ist nie Selbstzweck, sondern es geht immer Hubertus Heil um gut bezahlte, faire Arbeitsplätze. Das ist der Schlüssel; denn gut bezahlte, faire Arbeitsplätze schaffen Steuereinnahmen, schaffen Sozialversicherungseinnahmen, schaffen Binnenkonsum. Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Deswegen muss es unsere gemeinsame Anstrengung sein, die Wirtschaft möglichst schnell wieder ans Laufen zu bringen, damit die Menschen in Lohn und Brot sind, meine Damen und Herren.

Dafür gibt es genau zwei Instrumente. Das eine Instrument da sind wir uns zumindest einig ist die konsequente Bekämpfung der Pandemie. Einen zweiten Lockdown wollen und können wir uns nicht leisten. Da ist viel Eigenverantwortung gefragt. Da ist gutes staatliches Handeln gefragt Frau Bundeskanzlerin, zum Beispiel heute Nachmittag mit den Ministerpräsidenten; denn ohne das ist

Fortsetzung auf nächster Seite

alles nichts. Das zweite Instrument ist, dass wir die Wirtschaft wieder ans Laufen bringen müssen. Das ist eine Frage der Wirtschaftspolitik. Meine Damen und Herren, wir haben hier in den vergangenen Jahren viel zu wenig über Wirtschaftspolitik geredet.

Deswegen müssen wir jetzt diese Pandemie zum Anlass nehmen, auch einmal zu erklären, wie wir den Wohlstand in Zukunft entsprechend erwirtschaften wollen. Das ist wichtig, und das ist entscheidend. Wenn wir darüber reden, dann können wir natürlich sagen: Der Staat macht das schon. Der Staat sorgt dafür, dass die Wirtschaft wie der läuft. Falsch! Die Einzigen, die dafür sorgen können, dass die Wirtschaft wieder läuft, sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer, sonst niemand. Deswegen, meine Damen und Herren, muss es jetzt so sein, dass wir ein Belastungsmoratorium machen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmer endlich wirtschaften können. Das ist es, was jetzt ansteht. Und wenn wir dieses Belastungsmoratorium machen, dann müssen wir uns überlegen, was wir in den Rucksack dieser Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen soll, alles hineinpacken wollen in den nächsten Wochen und Monaten. Ich rate dazu, sehr, sehr zurückhaltend und vorsichtig zu sein.

Wir müssen darüber hinaus einen Ordnungsrahmen schaffen – das ist in der Tat die Aufgabe des Staates –, und dazu gehören faire Arbeitsbedingungen. Das werden wir auch machen, Hubertus Heil, wir müssen es nur mittelstandsfreundlich machen; aber das kriegen wir im Laufe der parlamentarischen Beratungen auch noch hin. Dazu gehört aber auch, dass wir ein faires Steuersystem haben; auch das ist ein Ordnungsrahmen. Meine Kollegen Fritz Güntzler und Sebastian Brehm haben Vorschläge vorgelegt, wo es darum geht, eine faire, international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung zu machen. Die derzeitige Krise ist kein Grund, das jetzt sein zu lassen, vielmehr sollten wir es gerade jetzt angehen, liebe Freundinnen und Freunde. Bei einem Ordnungsrahmen geht es darum, dass wir faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Wir haben jetzt mit Peter Altmaier, mit der Bundesregierung, mit Christine Lambrecht das Wettbewerbsrecht entsprechend angepasst, um gegen die Plattformen vorzugehen. Auch das ist gut und richtig. Es geht auch darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir einen freien Welthandel ermöglichen.

Was mich jetzt in der Pandemie und auch drumherum und auch

in der Nachhaltigkeitsdebatte wundert, ist: Wir gehen zurück in einen nationalen Protektionismus. Protektionismus hat uns immer nur geschadet. Wir brauchen offene Märkte, und offene Märkte bedeuten auch, dass wir eine vernünftige Außenhandelspolitik machen. Eine vernünftige Außenhandelspolitik bedeutet auch, dass wir uns nicht alles gefallen lassen. Wir haben Außenhandelsinteressen, und wenn es Länder gibt, die Regeln dauernd verletzen, dann sollten wir das auch anmerken. Wenn es Länder gibt, die uns nicht die gleichen Rechte einräumen, die wir ihnen geben, dann ist auch das eine Geschichte, die nicht geht. Es muss einen fairen Welthandel geben, und das gilt für alle, die auf der Welt unterwegs sind. Rahmenbedingungen zu setzen, bedeutet auch, dass wir mit einer Wirtschaftspolitik für Arbeitsplätze das leisten, was der Einzelne nicht leisten kann, das ist vernünftige Infrastruktur. Da waren wir richtig gut, da haben wir richtig viel investiert. Olaf Scholz, Sie haben es gesagt: Wir werden das auch weiterhin machen. Wir werden jetzt in der Krise bei den Investitionen keinen Strömungsabriss haben, und das ist gut und richtig.

Wir haben ein Investitionsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. Gut, dass Sie da endlich mitgegangen sind; denn das wird dazu führen, dass wir schneller investieren können. Das ist wichtig. Wir werden etwas im Bereich Bildung machen. Zur Bildung muss ich eines sagen: Ich habe mich jahrelang dagegen gewehrt, dass der Bund Verantwortung für die Bildung von Kindern übernimmt. Ich muss eines sagen: Die Krise hat uns gezeigt: Es geht nicht mehr anders. Die Digitalisierung der Bildung kriegen wir nur zusammen hin, wenn der Bund eingreift. Alles andere hat sich als nicht erfolgreich erwiesen.

Deswegen ist es gut, dass wir das jetzt entsprechend beschlossen haben und dass wir da gemeinsame Lösungen gefunden haben und vor allen Dingen auch versuchen, gemeinsame Standards in diesen föderalen Flickenteppich bei der

Digitalisierung der Bildung hineinzubringen. Wenn wir über Rahmenbedingungen sprechen, dann wird deutlich, dass wir eines brauchen – ich glaube, das hat hier nicht jeder kapiert: Ein Staat kann nur wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn er auf Innovation und Kreativität setzt. Innovation und Kreativität, meine Damen und Herren, bedürfen einer offenen, toleranten, liberalen Gesellschaft, sonst wird das nicht funktionieren. Dementsprechend sollten wir alles dafür tun, dass es so bleibt, wie es ist: dass die besten Köpfe der Welt, so wie es momentan ist, gerne nach Deutschland kommen, hier forschen, entwickeln und viel, viel tun. Unsere außeruniversitären Forschungsinstitute erfahren einen bemerkenswerten Zugang. Ich denke, dieses Pfund sollten wir uns auch entsprechend erhalten. Aber ich habe jetzt viel über Rahmenbedingungen gesprochen, die wir setzen müssen – wir brauchen auch Mut. Wir brauchen auch einfach einmal den Mut, wenn wir zum Beispiel an Daten denken, nicht an die Datenschutzgrundverordnung zu denken, sondern an die Dinge, die man mit Daten machen kann, und daran, welche Chancen das für Gesundheit, autonomes Fahren und viele andere Sachen mit sich bringt. Wir brauchen den Mut, meine Damen und Herren, wenn wir über mobiles Arbeiten reden, nicht über Rechtsansprüche und Schreibtschößen zu reden, sondern darüber zu reden, dass Familie und Beruf, das Leben im ländlichen Raum dadurch besser in Balance zu bringen sind. Wenn wir diesen Mut haben, wenn wir diesen Mut aufweisen, dann bin ich überzeugt davon, dass wir aus dieser Krise gut herauskommen. Aber dafür müssen wir weniger auf Bürokraten und Bedenkenräger hören, sondern mehr auf Macher und Leute, die Ideen haben. Ich glaube, das ist wichtig. Und wenn wir jetzt über den Bereich Unternehmensgründung sprechen, dann sage ich: Wir haben seit letzten Oktober 10 Milliarden Euro dafür zur Verfügung. Es ist von der Bundesregierung leider noch nicht umgesetzt worden.

10 Milliarden Euro Innovationskapital. Das ist doch ein Zeichen. Darüber sollten wir uns unterhalten, nicht über Umsatzsteuervoranmeldungen und Kassenbons, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt kann man natürlich sagen – das sagen übrigens auch einige, aus unterschiedlichen Gründen –: Das alles ist aber nicht in Einklang zu bringen mit Umwelt- und Klimapolitik. Die einen sagen: Für Umwelt und Klimapolitik ist jetzt keine Zeit, weil wir eine große Krise haben. – Ich teile Ihre Ansicht, Herr Scholz: Das ist gefährlich, das ist eine Veründigung an unserem Land. Wir haben keine Zeit bei der Umwelt- und Klimapolitik. Wir müssen schnell handeln. Die anderen sagen: Wirtschaftliches Wachstum und Umwelt- und Klimapolitik sind ein Widerspruch. – Ich halte das für Blödsinn. Ich glaube, das ist eine große Chance. Das Thema Wasserstoff wurde angesprochen, und ich will es an diesem Beispiel erläutern. Natürlich können wir den Grünen Wasserstoff, den wir brauchen, nicht alleine in Deutschland produzieren; das muss ja auch nicht sein. Deswegen haben wir 2 Milliarden Euro eingestellt, weil wir gesagt haben: Das kann auch in anderen Ländern produziert werden, in Ländern, denen es heute schlecht geht. Aber das, was wir Deutsche wollen, ist, dass wir weltweit der Ausrüster für Wasserstofftechnologie werden. Dafür müssen wir entsprechende Anlagen bauen, und ich bin sehr froh, dass wir vereinbaren konnten, dass wir vereinbaren konnten, dass wir jetzt auch auf den Weg zu bringen. Ich halte das für eine zukunftsgerichtete Symbiose zwischen Umwelt und Klima auf der einen Seite und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite.

Wir müssen Umwelt- und Klimapolitik und Wirtschaftspolitik nur so in Einklang bringen – ich habe das letzte Woche schon gesagt –, dass der Kohlekumpel in der Lausitz, dass der Autoarbeiter im Saarland genauso viel Spaß daran hat wie der Lehrer im Prenzlauer Berg. Denn wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir darüber die Gesellschaft spalten, und das darf uns nicht passieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltspolitik ist nie Selbstzweck, sondern damit soll immer ein Ziel erreicht werden. Das Ziel jetzt, in dieser Zeit, wo um uns herum die Welt in Krisen, ja, ich will nicht sagen, zusammenbricht, aber viele Schwierigkeiten hat, ist, dass wir zusammenbleiben in diesem Land – ich glaube, das ist das Dringendste, was wir erreichen müssen –, dass wir das fortführen, was wir in den letzten Monaten geschafft haben, dass wir das alles gemeinsam angehen. Um zusammenzubleiben, ist es notwendig, dass wir die Leu-

te mitnehmen, auch in der Umwelt- und Klimapolitik und in vielen anderen Punkten. Ich halte das für entscheidend; denn wenn wir nicht zusammenbleiben – das sehen wir in großen westlichen Demokratien –, dann ist alles andere nichts. Zusammenbleiben hat auch viel mit Respekt zu tun – das wird ja an der einen oder anderen Stelle auch gesagt, und ich bin auch dafür –: Respekt gegenüber den Schwächeren, Respekt gegenüber demjenigen, der dazugekommen ist, Respekt gegenüber dem Andersdenkenden. Aber wir sollten auch ein bisschen über Respekt gegenüber denjenigen, die diese Gesellschaft stützen und tragen, reden. Ich sage es noch einmal: Die Leute, die morgens aufstehen, ihre Kinder zur Schule bringen, zum Arbeiten gehen, abends im Ehrenamt tätig sind. Ich denke, wir sollten sie mehr in den Fokus unserer Politik nehmen. Wir sollten die Menschen, die diesen Staat schützen, unsere Polizistinnen und Polizisten, unsere Soldatinnen und Soldaten, mehr in den Fokus unserer Politik rücken. Ich finde es unerträglich, was momentan in Kreuzberg-Friedrichshain abgeht, wo die Bundeswehr sagt: „Wir wollen helfen“, und aus ideologischen Gründen von Rot-Rot-Grün gesagt wird: Das gestatten wir nicht.

Ziehen wir einmal Bilanz: Der Haushalt 2021 ist unter dem Gesichtspunkt, was wir beide gemeinsam vorgetragen haben, Herr Scholz, ein guter Haushalt. Wir werden im parlamentarischen Verfahren da noch die eine oder andere Änderung haben. Aber wir haben durchaus unterschiedliche Auffassungen, wie es 2022 weitergeht. Insofern nehmen wir die Finanzplanung zur Kenntnis. Wir haben unterschiedliche Herangehensweisen, und das hat sich auch in unser beider Reden gezeigt, Herr Scholz. Ich habe genau zugehört: Sie haben mehrfach das Wort „beschützen“ in den Mund genommen. Ja, beschützen ist gut. Ich glaube, der grundlegende Unterschied ist die Herangehensweise. Sie sagen: Der Staat regelt das alles. Wir sagen: Wir vertrauen mehr dem Einzelnen, wir vertrauen den Familien, wir vertrauen dem Ehrenamt, wir vertrauen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmerinnen und Unternehmern, und wir wollen gemeinsam mit ihnen dafür sorgen, dass dieses Land stark genug ist, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Ich kann nur eines sagen: Wir als Union haben Lust auf Zukunft. Das zeigt sich in diesem Haushalt, und das wird sich in den Beratungen zeigen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)



Investitionen in die Forschung sind ein wichtiger Bestandteil des Haushaltsentwurfes für 2021.

©picture alliance / abaca

Otto Fricke, FDP:

Wir werden zeigen, dass es besser geht



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist schade, dass die Bundeskanzlerin jetzt den Raum verlässt, aber nach einer solchen Rede ist das vielleicht besser; denn man müsste sonst zugeben, dass das, was der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU gerade vorgetragen hat, nichts anderes war als eine scheinheilige Rede. Es war eine Oppositionsrede. Am Ende ist es so: Das ist der Haushalt der Koalition, und Sie tun das, was Sie am Ende einer Legislatur immer tun. Sie sagen: Wir wollten es eigentlich anders, aber es ging leider nicht. Wir machen bei allem mit. – Dasselbe werden Sie in Zukunft wieder machen. Was ich bei Ihrer Haushaltspolitik, der Haushaltspolitik von CDU und CSU, so wahnsinnig vermisse, ist eine Veränderung dieser Haltung. Sie gehen hin und sagen: Wir werden 96 Milliarden Euro Schulden machen. – Und am Ende sagen Sie sogar: Wir ändern ein kleines bisschen. – Ich habe große Hoffnung, dass der Kollege Rehberg, anders als Sie, Herr Brinkhaus, klarmachen wird, dass dieser Haushalt wesentlich verändert werden muss, damit er auch nur in Ansätzen verfassungsgerecht ist.

Meine Damen und Herren, bei der Rede des Finanzministers applaudierte die SPD. Die CDU applaudierte an anderer Stelle. Ihr seid gar keine Koalition mehr. Seien wir ehrlich: Das ist ein Kanzlerkandidatenhaushalt, und das war eine Kanzlerkandidatenrede. Dieser Haushaltsentwurf hat mit einem vernünftigen, nachhaltigen und umsichtigen Haushalt nichts zu tun. Das ist das, wohin wir in diesem Jahr kommen. Es sind rote Zahlen, die diese Große Koalition uns am Ende dieser Legislatur hinterlassen wird. Meine Damen und Herren, das Schlimme dabei ist: Wenn man diese Notsituationen vergleicht, wie Sie, Herr Scholz, und auch Sie, Herr Brinkhaus, das getan haben, dann sollte man auf

einen Punkt ganz genau gucken, und zwar nicht auf die Frage, mit wie viel Neuverschuldung man hineingeht, sondern man sollte schauen, mit wie viel Mehrausgaben man da herauskommt. Darin liegt der Unterschied zu Schwarz-Gelb und zu dem Koalitionsentwurf, den damals der hinter mir sitzende Präsident als Finanzminister vorgeschlagen hat, nämlich zu sagen: Wir halten nach einer Krise die Ausgaben stabil.

Was aber machen Sie, Herr Brinkhaus, mit Ihrer Koalition? Sie erhöhen die Ausgaben nach der Krise. Das ist Ihr Finanzplan, es ist nicht nur der Finanzplan des Finanzministers, sondern es ist der Finanzplan der Koalition. – Ja, ich weiß, Sie haben mit dem Kabinett und der Kanzlerin nichts zu tun. Es ist Ihr Finanzplan – dazu müssen Sie stehen –, und dieser besagt: Die CDU will Mehrausgaben, aber sie sagt noch nicht, mit welcher Steuererhöhung sie nach dem Ende der Legislatur da rangehen will, und das halte ich für falsch. Meine Damen und Herren, das ist der letzte Haushalt dieser Bundeskanzlerin. Eigentlich ist

das heute die Einleitung des Endes der vielen Jahre – auch vielen guten Jahre; das will ich gar nicht bestreiten – mit Angela Merkel. Aber sind Rekordschulden wirklich das, was Angela Merkel hinterlassen will? Dieser Finanzminister wird als Schuldenkönig in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen, und diese Bundeskanzlerin wird diejenige sein, die die höchste Neuverschuldung innerhalb von zwei Jahren einem Volk überlässt, das in die Zukunft gehen, investieren, nachhaltig werden, die Wirtschaft umbauen und erkennen muss, dass Deutschland auch weiterhin eine ganz besondere Aufgabe in dieser Welt haben wird. All das ist das, was diese Große Koalition hinterlassen wird und was sich mit diesem Haushalt andeutet. Da kann ich nur sagen: Angesichts dieser Zukunft kann man sich eigentlich nur die Augen zuhalten. Man kann Herrn Brinkhaus zuhören und sagen: Ach, wäre er doch wirklich das, was er vorgibt zu sein, nämlich ein vernünftiger Mensch. – Er ist es aber nicht; er guckt leider immer nur auf die

nächste Wahl. Sie, Herr Brinkhaus, gucken nicht auf die nächsten Haushalte. Damit komme ich zu einem Punkt, der mich ganz besonders ärgert.

Der Minister gibt es nicht zu; Sie deuten es bei der Finanzplanung lediglich an: Sie haben Lücken in Ihrer Finanzplanung. In 2022 sind es, wenn ich das richtig sehe, 10 Milliarden, in 2023 über 10 Milliarden und in 2024 wieder 10 Milliarden. Sie sagen dazu: Da besteht Handlungsbedarf. – Für diejenigen, die nicht wissen, was das bedeutet, sage ich: Diese Regierung legt einen Finanzplan vor, bei dem sie noch nicht weiß, wie sie die Schulden in den nächsten Jahren bedienen kann. Und Sie sagen dann auch noch: Darüber können wir noch reden. – Seien wir ehrlich, Herr Brinkhaus: Auch Sie wissen nicht, wie Sie das lösen können. Deswegen: Sie kritisieren das zwar, aber Lösungen haben Sie nicht. Jetzt kommt die Lösung meiner Fraktion. – Herr Kollege Brinkhaus, wenn Sie mich ansprechen, sollten Sie mir auch zuhören; das ist ein Gebot der Höflichkeit. Mit den Grünen können Sie später schäkern. Die werden dann die nächsten Schuldenhaushalte mit Ihnen machen; das ist auch in Ordnung. Ich kann Ihnen für meine Fraktion nur eines ganz klar sagen: Wir werden diese Haushaltsberatungen dafür nutzen, um genau die einzelnen Punkte anzugehen, die einzelnen Ausgaben zu

hinterfragen. Das haben Sie nämlich nicht gemacht. Es gibt keine Ausgabe, die wesentlich gekürzt wird. Es gibt keine Subvention, die wesentlich gekürzt wird. Und was ich noch viel schlimmer finde: Obwohl Sie als Koalition behaupten, dass Sie in einer Notsituation sind, sagen Sie: Wir sind in einer Notsituation, aber wir werden neue milliardenschwere Subventionen machen und wir werden neue milliardenschwere Sozialleistungen machen. – Das kann man alles machen, aber doch bitte nicht in einer Notsituation, sondern nach einer Notsituation. Sie aber sagen: Notsituation interessiert uns nicht. Der Finanzminister – und das will ich deutlich am Schluss sagen – hat das sehr schön gemacht. Der Finanzminister hat ein paar Wochen vor dem Vorlegen des Haushaltes zu den hinter ihm sitzenden Kollegen gesagt: Ach übrigens, ihr braucht gar nicht zu sparen. Ich sage euch schon jetzt: Wir machen eine Notsituation. Ihr könnt so viel ausgeben, wie ihr einigermaßen vernünftig wollt und was ihr immer schon wolltet. – Das ist die Art, wie man Haushaltspolitik für die Zukunft nicht machen darf. Wir werden zeigen, dass es besser geht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Jetzt weiß ich immer noch nicht, was er will!)

Dennis Rohde, SPD:

Der Haushaltsentwurf trägt eine soziale Handschrift



Dennis Rohde (*1986)
Wahlkreis Oldenburg-Ammerland

Der Bundesfinanzminister hat uns heute einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der in die Zukunft gerichtet ist, einen Entwurf, der klar erkennbar eine soziale Handschrift trägt, eben die Handschrift eines Staates, der sich als starker Partner in dieser Krise sieht.

Der heutige Haushaltsentwurf kommt in einer Zeit großer fi-

nanzpolitischer Herausforderungen. Seit über einem halben Jahr ist unser Land von der Coronapandemie betroffen. Bei der einen oder anderen Rede, die bisher hier gehalten wurde, hatte man das Gefühl, dass das nicht der Fall wäre. Aber diese Pandemie ist eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die aktuellen Zahlen des ifo-Instituts sehen einen Wirtschaftsrückgang im Jahr 2020 von 5,2 Prozent voraus. Das ist weniger, als wir befürchtet haben. Aber es ist, auch im Verhältnis zur letzten Weltwirtschaftskrise, immer noch besorgniserregend.

Diese Entwicklung stellt die Maxime unserer bisherigen Haushaltspolitik auf den Kopf. Es war uns als Deutschem Bundestag in den letzten Jahren immer möglich, all unsere Ausgaben durch die Steuereinnahmen des Jahres zu decken. Wir mussten keine neuen Schulden machen. Wir

mussten keine Kredite hierfür aufnehmen. Und noch mehr: Es war uns in dieser Zeit sogar möglich, Rücklagen zu bilden, Rücklagen, die wir in den kommenden Jahren brauchen werden und die wir in den kommenden Jahren auch nutzen werden. Denn ich bin überzeugt: Die Haushaltspolitik der vergangenen Jahre darüber besteht in der Koalition gar kein Dissens ist Grundstein dafür, dass wir heute und morgen weiterhin aus dem Vollen schöpfen können. Das müssen wir auch. Wir erleben, dass ein ganz großer Teil der Bevölkerung sich an die Regeln hält, die wir uns auferlegt haben, um durch diese Krise zu kommen. Ein ganz großer Teil der Bevölkerung trägt Maske. Ein ganz großer Teil der Bevölkerung hält Abstand und nimmt die Einschränkungen in Kauf, die auch wir als Belastung empfinden. Vor diesem Hintergrund sage ich: Ohne die Disziplin der Bevölkerung würde unser

Land heute weder gesundheitlich noch ökonomisch so gut dastehen, wie wir im Kontext dieser Krise heute dastehen.

Unsere Aufgabe als Parlament und als Koalition ist es, auf der einen Seite für den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung zu sorgen, auf der anderen Seite aber auch den dringend notwendigen Konjunkturimpuls für die Wirtschaft und somit für die Sicherung von Arbeit und Wohlstand zu setzen. Beiden Herausforderungen sind wir nachgekommen mit zwei Nachtragshaushalten im Jahr 2020, und dieser Herausforderung wird auch der Regierungsentwurf für das Haushaltsjahr 2021 gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dass die Wirtschaftskennzahlen sich heute besser entwickeln, als wir noch vor einigen Wochen erwartet haben, geht zurück auf die Disziplin unserer Bevölkerung. Es geht aber eben auch zurück auf das entscheidende und konsequente Handeln von Regierung und Parlament in den letzten Wochen. Ich will Beispiele nennen. Ich erlebe überall, dass durch die Absenkung der Mehrwertsteuer für

Fortsetzung auf nächster Seite

viele gerade jetzt ein entscheidender Kaufanreiz gesetzt wurde, ein Kaufanreiz, der Geld von den Sparbüchern in den Wirtschaftskreislauf geholt hat und der dafür gesorgt hat, dass Arbeitsplätze gesichert wurden, Arbeitsplätze von Menschen, die wiederum investieren können und nicht von Sozialversicherungsbeiträgen abhängig sind.

Wir haben das deutsche Erfolgsmodell: das Kurzarbeitergeld. Es war richtig, dass Hubertus Heil das Instrument gleich zu Beginn der Krise voll nutzbar gemacht hat. Millionen Jobs in Deutschland sind durch das Kurzarbeitergeld nicht verloren gegangen, Millionen Menschen in Deutschland haben weiterhin eine Perspektive bei ihrem bisherigen Arbeitgeber. Ich sage: Es ist richtig und wichtig, dass wir diese Brücke verlängern. Unternehmen müssen nach der Krise wieder erfolgreich sein können, und wir müssen ihnen dabei helfen. Wir tun das alles nicht zulasten der abhängig Beschäftigten. Dass wir die Sozialversicherungsbeiträge deckeln und nicht einseitig

den Beitragszahlern aufbürden, ist Ausdruck dafür, dass niemand etwas für diese Krise kann und dass die Bewältigung dieser Krise eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe ist.

Wir schauen nach vorne. Wir nehmen Geld in die Hand, um diese Krise hinter uns zu lassen. Wir nehmen Geld in die Hand, um das Land für die kommenden Jahrzehnte fit zu machen. Uns ist klar: Die Investitionen, die wir heute tätigen, sind die Steuereinnahmen von morgen. Olaf Scholz schlägt daher richtigerweise vor, in den kommenden Haushalten zusammen 200 Milliarden Euro zu investieren. Das sind im Vergleich zur letzten Legislaturperiode immerhin 81 Milliarden Euro mehr. Wir liegen damit deutlich über Vorkrisenniveau. Das sind die geforderten starken und deutlichen Impulse für unsere Wirtschaft; das ist der Beitrag, den wir als Parlament leisten, um unsere Wirtschaft aus dieser Krise zu führen. So investieren wir 73 Milliarden Euro für Straße, Schiene und Wasserstraße. Wir

investieren in den Ausbau des schnellen Internets, in 5 G, aber auch schon in 6 G. Es sind 2,8 Milliarden Euro etatisiert für künstliche Intelligenz und für Quantentechnologie. Wir stellen Geld für den Ausbau von Kindertagesstätten zur Verfügung, für die ja gerade in dieser Krise deutlich hervorgetretene und immer noch große Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir setzen endlich die Grundrente um. Wir sorgen dafür, dass die Lebensleistung von Menschen anerkannt und respektiert wird. Das alles wird aus Steuern finanziert.

Wir helfen massiv beim Strukturwandel in den Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Wir lassen die Kumpel in den Revieren nicht alleine. Wir stehen an ihrer Seite und helfen den Regionen, sich neu aufzustellen. Wir unterstützen die Länder bei der Schaffung von preiswertem Wohnraum, und wir entlasten die Kommunen. Wir entlasten die politische Ebene, die für die Ausgestaltung des Lebens vor Ort verantwortlich ist. Das alles tun wir nachhaltig mit jährlich 4 Milliarden Euro. Uns ist aber auch bewusst, dass die Bekämpfung der Folgen der Coronapandemie keine rein nationale

Aufgabe ist. Die Bundesrepublik Deutschland, wir, wir haben die Kraft, mit großen Unterstützungsprogrammen, mit großen Konjunkturpaketen die deutsche Wirtschaft zu stützen und sie wieder neu zu beleben. Aber gerade unsere Wirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn der Krise auch international begegnet wird. Deshalb stehen wir zu unserer Verantwortung innerhalb der Europäischen Union. Wir unterstützen europäische Programme wie SURE, das europäische Kurzarbeitergeld. Der Minister hat es gesagt: Anträge im Umfang von 80 Milliarden Euro – ein Riesenerfolg. Wir unterstützen den Wiederaufbaufonds, das größte Konjunktur und Investitionsprogramm in der Geschichte der Europäischen Union. Und wir unterstützen die Garantiefonds der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen.

Noch mal: 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt. Unsere Wirtschaft ist eng verflochten mit Betrieben in Österreich, in Frankreich, in Spanien oder in Italien. Unsere Wirtschaft wird nur dann genesen können, wenn die europäische Wirtschaft in Gänze wieder auf die Beine

kommt. Auch dieser Herausforderung werden wir gerecht. Wir stehen zu unserer Verantwortung darüber hinaus. Die Haushaltsansätze für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit erreichen mit über 16 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau. Das ist in Zahlen gegossener Ausdruck unserer Verantwortung für die internationale Staatengemeinschaft.

Uns ist bewusst, dass wir die Pandemie und ihre Folgen national bekämpfen müssen. Uns ist aber auch bewusst, dass wir die wirtschaftlichen Folgen in Gänze nur dann nachhaltig bekämpfen können, wenn wir diese Aufgabe auch international angehen. Ab heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, schlägt dafür die Stunde des Parlaments. Es liegt jetzt an uns, einen Haushalt zu beraten und zu verabschieden, der diese Krise wirksam bekämpft. Herr Finanzminister, lieber Olaf Scholz, ich danke Ihnen für diesen Regierungsentwurf. Es liegt jetzt an uns. Machen wir aus einem sehr guten Regierungsentwurf einen noch besseren Haushalt. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Wir brauchen Klimaschutz statt Aufrüstung



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Herr Minister Scholz, die zentrale Frage dieser Debatte haben Sie nicht beantwortet. Die lautet nämlich: Wer soll die Rechnung bezahlen?

Auf diese Frage müssen die Menschen in unserem Land vor der Bundestagswahl eine Antwort bekommen. Die Bundesregierung hat das ist eindeutig einen Wahlkampfhaushalt vorgelegt. Das ist ein unehrlicher Haushalt; das müssen wir deutlich sagen. Schauen wir auf die Jahre 2020 und 2021. Dort sollen insgesamt 314

Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden. Niemand weiß, wie sich die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren entwickeln werden. Doch Sie haben jetzt schon eines in Stein gemeißelt: Union und SPD wollen nach der Bundestagswahl die unsinnige Schuldenbremse wieder in Kraft setzen. Wir Linke halten die Schuldenbremse für einen ökonomischen Unsinn. Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse. Sie muss abgeschafft werden.

Denn Sie müssen doch ehrlich sein. Wenn Sie an der Schuldenbremse festhalten, dann haben Sie nur zwei Wege: entweder drastische Kürzungen im Sozialhaushalt oder Erhöhung der Steuern. Welchen Weg Sie gehen wollen, das haben Sie den Wählerinnen und Wählern verheimlicht. Das nehmen wir nicht hin, meine Damen und Herren. Wir Linke sagen ganz offen: Wir fordern eine Vermögenssteuer für Milliardäre und Millionäre. Wenn 45 Deutsche genauso viel besitzen wie der untere Teil der Gesellschaft nach den Zahlen des Deutschen Instituts für Wirt-

schaftsforschung, dann ist das nicht normal. Da fordern wir endlich eine entschiedene Umverteilung. Die Volkswirte der Allianz haben ausgerechnet und vorhergesagt, dass die privaten Vermögen nach dem Jahr der Pandemie mit einem Plus abschließen werden. Auf der anderen Seite sind die Löhne in Deutschland in der Coronarezession im Rekordtempo geschrumpft.

Das ist ungerecht; das nehmen wir nicht hin. Die Pandemie trifft arme Menschen besonders hart. Ich meine die Menschen, die schon vor der Pandemie arbeitslos waren und mit den unanständig niedrigen Hartz-IV-Sätzen auskommen müssen. Ich denke an die Menschen, die während der Pandemie ihre Arbeit verloren haben und keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben, weil sie zum Beispiel als 450-Euro-Kräfte arbeiten. Ich denke aber auch an die Menschen, die jetzt Kurzarbeitergeld beziehen und um ihren Arbeitsplatz bangen. Gleichzeitig müssen diese Menschen noch die Demütigungen eines gewissen

Herrn Merz ertragen. Der sagte nämlich gegen über der „Bild“ Zeitung: Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns nicht alle daran gewöhnen, dass wir ohne Arbeit leben können. Augenscheinlich kann er als BlackRock-Mann sehr gut ohne Arbeit leben. Ich hoffe, dass uns dieser Kanzler nicht beschert werden wird, meine Damen und Herren. Das wäre kein christlicher Kanzler.

Gegen den Megatrend, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, tut die Bundesregierung nichts. Im Gegenteil, Sie schützen den Reichtum der Reichen. Das sind unhaltbare Zustände. Das muss sich endlich ändern in unserem Land. In der Krise ist der Niedriglohnsektor weiter gewachsen. Darum fordern wir endlich die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro pro Stunde und die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 658 Euro.

Wir fordern eine Mindestrente, die Altersarmut verhindert. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen jetzt ein „zivilisiertes“ Investitionsprogramm. Wir brauchen endlich Klimaschutz statt Aufrüstung. Es wurden Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt; davon sprachen der Fi-

nanzminister und andere. Das klingt erst einmal gut. Doch wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass die Bundesregierung eben nicht in der Lage war, das Geld sinnvoll auszugeben. Häufig fehlen in den Ämtern die Ingenieure, die neue Projekte planen oder bewilligen können. Die Wahrheit ist: Die schwarze Null, die hier hochgelobt wurde, hat zu einer strukturellen Investitionsunfähigkeit geführt. Sie haben aus dem Investitionsstau eine Investitionskrise gemacht.

Das muss sich endlich ändern. Beim Bildungsgipfel der Kanzlerin ist das besonders deutlich geworden: Von den 5 Milliarden Euro des Bundes für die Digitalisierung der Schulen sind zum Stichtag 30. Juni gerade einmal 15,7 Millionen Euro in die Länder geflossen. Das kann nicht sein. Das ist eine Bankrotterklärung.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Zukunftsprogramm für Bildung, Wohnen, Gesundheit und Klimaschutz. Ich freue mich auf die Beratungen. Die Linke ist vorbereitet.

(Beifall bei der LINKEN)

**In
der Krise
ist der
Niedriglohn-
sektor weiter
gewachsen.**

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Schuldenbremse sollte sinnvoll reformiert werden



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Um es am Anfang ganz klar zu sagen: Wir unterstützen, dass die Bundesregierung in dieser Ausnahmesituation, angesichts dieser schweren Pandemie, auch im Jahr 2021 die Ausnahmeregel der Schuldenbremse in Anspruch nehmen will. Unternehmen, Beschäftigte und Bevölkerung müssen in der Krise unterstützt werden. Es wäre völlig falsch, in dieser Krise auch noch zu sparen. Doch wenn man zu Recht so viel Geld in die Hand nimmt, dann ist es schon krass, zu sehen, wer alles bei den Hilfsmaßnahmen durch das Raster fällt und im Haushalt nicht berücksichtigt wird. Es ist zum Beispiel völlig lebensfremd, dass Soloselbstständige nicht auch ihre Lebenshaltungskosten ansetzen können. Und warum weigert sich die Bundesregierung, den Ärmsten der Armen, den ALG-II-Empfängerinnen und Empfängern und ihren Kindern, einen befristeten krisenbedingten Aufschlag zu geben? Die Bundesregierung hat eine bewusste politische Entscheidung getroffen. Ich halte diese Entscheidung für extrem falsch und kaltherzig.

Herr Scholz, Sie sind auf die Finanzplanung ab 2022 eingegangen. Sie planen, 2022 zu den unveränderten Regeln der Schuldenbremse zurückzukehren. Sie haben selbst gesagt: Das führt zu einem – Zitat – „finanzpolitischen Handlungsbedarf“. Was für ein Euphemismus! Wenn man alle globalen Minderausgaben und Mehreinnahmen zusammenzählt, haben Sie für die Jahre 2022 bis 2024 eine Deckungslücke von circa 60 Milliarden Euro, rund 20 Milliarden Euro pro Jahr. Das sorgt für eine massive Unsicherheit und einen gefährlichen Sparruck, Herr Scholz. Das sieht man auch daran, dass in Ihrem Finanzplan die Investitionen erst sinken und dann eingefroren werden. Und diese Probleme kippen Sie

einfach der nächsten Regierung vor die Füße. Das nenne ich keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Es darf kein Kaputtsparen nach Corona geben.

Jetzt ist es wichtig, dass es politisch verbindliche Garantien in Deutschland und Europa gibt, dass man nicht auf einen harten Sparkurs einschwenkt. Das ist extrem wichtig für die Planungssicherheit und die Erwartungssicherheit der Unternehmen, damit sie sich neben den schweren Belastungen durch die Pandemie nicht auch noch auf sinkende Auftragszahlen und sinkende Investitionen einstellen müssen. Ebenso wenig darf es Einschnitte bei der kommunalen Infrastruktur, bei der sozialen Sicherheit oder bei der Grundversorgung geben. Das muss unbedingt verhindert werden. Herr Scholz, Sie haben in der Krise die Bazooka ausgepackt. Sorgen Sie dafür, dass nach Corona nicht die Abrissbirne kommt.

Natürlich ist klar, dass es fair und solidarisch zugehen muss. Viele Menschen verlieren durch diese Krise; aber es gibt auch Menschen mit sehr hohen Einkommen, mit sehr hohen Vermögen, die von dieser Krise profitieren,

die von staatlichen Rettungsmaßnahmen profitieren. Deswegen ist es auch richtig, dass wir sagen: Wir brauchen einen fairen, solidarischen Lastenausgleich zur Bewältigung dieser Krise und zur Kostenteilung. Wir wollen, dass starke Schultern mehr tragen; denn sie können auch mehr tragen. Herr Scholz, Sie haben in Ihrer Rede, die streckenweise eine Parteitagrede war, auch die Klimakrise angesprochen und gesagt, man müsse weitreichende Entscheidungen treffen. Ja, dann fordere ich Sie auf, diese Entscheidung doch endlich einmal im Kabinett zu treffen. „Man müsste“, „man sollte“, „man könnte“, das reicht eben nicht. Als Finanzminister haben Sie konkrete Verantwortung. Wo ist denn zum Beispiel Ihr Vorschlag zum Abbau von klimaschädlichen Subventionen bei der Flugindustrie, beim Diesel, bei der Plastikproduktion? Da ist viel zu holen, da kann man viel Geld einsparen. Das wäre ein sinnvoller Vorschlag für den Haushalt.

Ich verstehe auch nicht, Herr Scholz, dass Sie wieder so eine kurze Tilgungsfrist vorschlagen. Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW sieht für ihre Coro-

nakredite 50 Jahre Tilgungsfrist vor. Sie sprechen von 17 Jahren. Das führt zur Belastung der nächsten Haushalte. Ab 2023 sind es 6 Milliarden Euro Tilgung, ab 2026 sogar 11 Milliarden Euro. Deswegen sagen wir Grüne sehr klar: Diese Tilgungsfristen müssen sehr langfristig und flexibel ausgestaltet werden, damit wir die wirtschaftliche Entwicklung nach Corona, damit wir Investitionen nach Corona nicht gefährden. Diese Tilgungsfristen müssen im parlamentarischen Verfahren geändert werden.

Die Klimakrise macht während Corona keinen Urlaub. Wir haben das gesehen: Kalifornien brennt lichterloh. Wir haben den dritten Dürresommer in Folge, und es gibt massives Waldsterben hier in Deutschland. Die Klimakrise ist längst da; sie ist längst bei uns angekommen. Deswegen muss man jetzt investieren: in den Klimaschutz, in die Verkehrswende, aber auch in Digitalisierung, Gesundheit und Bildung. Wir haben einen riesigen Investitionsstau in Deutschland. Wir sagen: Es ist gut angelegtes Geld, wenn man jetzt investiert. Man darf nicht nur die alten Strukturen konservieren, man muss jetzt mutig in die Zukunft investieren. Wir brauchen einen Aufbruch aus der Krise.

Herr Scholz, Sie haben es angesprochen: Unsere Industriegesellschaft steht vor riesigen Herausforderungen, vor großen Transformationen, bei der Digitalisierung, aber besonders bei der Klimakrise. Das ist die größte Herausforderung

seit 200 Jahren, haben Sie gesagt. Gleichzeitig haben wir die Situation, dass die Zinsen historisch niedrig sind, bei Bundesanleihen sogar negativ. Weltweit ist in den nächsten Jahren kein Trend zu einer Zinswende zu erkennen. In dieser Situation, wo wir Hunderte Milliarden an Investitionsbedarf haben, historisch niedrige Zinsen und sich vieles ändern wird, kann man doch nicht sagen: Aber die Schuldenbremse lassen wir eins zu eins, wie sie ist. – Das sagt die Union, das sagt Bundesfinanzminister Scholz. Das ist doch keine kluge, keine sinnvolle Finanzpolitik. Man muss doch den Reformbedarf erkennen, den wir haben. Deswegen sagen wir klar: Wir wollen und brauchen eine Reform der Schuldenbremse. Ich sage „Reform“ der Schuldenbremse, nicht Abschaffung. Wir wollen natürlich intelligente Regelungen zur Begrenzung von Staatsschulden; aber wir haben doch in dieser Krise gesehen – wir sehen es beim Finanzplan, wir sehen es beim Investitionsstau –, dass wir über eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse reden müssen. Wir haben einen konkreten Vorschlag dazu gemacht. Über Nettoinvestitionen, zum Beispiel beim Schienenausbau, bei der Digitalisierung, bei der Energiewende, beim klimaneutralen Umbau der Industrie, kann neues Vermögen, können neue Werte geschaffen werden. Und es ist auch klug, diese dann über Kredite zu finanzieren, gerade in der historischen Situation mit so extrem niedrigen Zinsen.

Und deswegen erwarte ich auch, dass man sich diesen großen Herausforderungen, diesen großen Transformationsherausforderungen, vor denen wir stehen, stellt und ehrlich darüber diskutiert: Wie können wir die großen Investitionen in den nächsten Jahren finanzieren? Dafür reicht der Finanzplan bei Weitem nicht aus. Wir haben einen viel größeren Bedarf. Ich erwarte, dass sich die Union und der Bundesfinanzminister der Debatte stellen, wie wir die Schuldenbremse sinnvoll reformieren können. Diese Debatte steht an. Es ist höchste Zeit. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Die Mund-Nasen-Bedeckung ist Bestandteil des Alltags geworden.

©picture alliance / imageBROKER

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Eckhardt Rehberg (CDU/CSU), Albrecht Glaser (AfD), Lothar Binding (SPD), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen), Hans Michelbach (CDU/CSU), Metin Hakverdi (SPD) sowie Tankred Schipanski (CDU/CSU).

Generalausssprache zum Bundeshaushalt 2021 / 179. Sitzung des 19. Deutschen Bundestag am 30. September 2020

Dr. Alice Weidel, AfD:

Klimasozialismus funktioniert nicht



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Dieser Haushaltsentwurf ist ein historisches Dokument, ein Dokument der unverantwortlichen Sorglosigkeit inmitten einer Krise, die unsere Freiheit, die Grundlagen des demokratischen Zusammenhalts und das Fundament unseres Wohlstandes und wirtschaftlichen Erfolgs und damit auch unseres Sozialstaats zutiefst erschüttert.

Sie aber klammern sich stur an Ihre ideologiepolitischen Irrtümer Euro-Rettung, EU-Superstaat, Einwanderung ohne Grenzen, Energiewende, Autowende, Elektroautoplanwirtschaft, die in all den Jahren nie funktioniert haben, Irrtümer, mit denen Sie bereits zig Milliarden an Wert vernichtet und unermesslichen Schaden angerichtet haben. Die Coronakrise hat Sie nicht zur Besinnung gebracht, im Gegenteil: Sie benutzen die Krise als Vorwand und Ermächtigung, um den Zug nur umso schneller über Ihre falsch gestellten Weichen zu jagen. Und dafür geben Sie mit vollen Händen und ohne Hemmung Steuergelder und aus dem Nichts geschöpfte Schuldengelder aus, für die die Bürger dieses Landes enteignet und noch in Generationen werden geradestehen müssen.

Mit den Fehlleistungen der Mitglieder dieser Regierung könnte man inzwischen eine ganze Bibliothek füllen: Ein Finanzminister und Vizekanzler, der eine verfassungswidrige Neuverschuldung trotz hoher Rücklagen plant und die Steuern noch weiter erhöhen will. Ein blasser und kaum wahrnehmbarer Außenminister, der Islamisten hofiert und sogar in seinem Haus beschäftigt und im UN-Sicherheitsrat immer wieder gegen Israel stimmen lässt. Ein Bundesinnenminister, der sich schneller

dreht als sein Schatten und der vom zeitweiligen Kritiker zum willigen Vollstrecker der Willkommenspolitik der offenen Grenzen geworden ist. Eine Verteidigungsministerin, die sich lieber um politische Säuberung und gegenderte Dienstgrade kümmert als um den desolaten Ausrüstungsstand und die Einsatzfähigkeit unserer Bundeswehr. Eine Justizministerin, die auf Kriegsfuß mit der Verfassung steht und die Internetzensurgesetze ihres Amtsvorgängers noch auf die Spitze treiben will, obwohl sie klar verfassungswidrig sind. Und über allem thront eine Kanzlerin, die in 15 viel zu langen Regierungsjahren den Rechtsbruch zum politischen Prinzip gemacht und unser Land in Europa zunehmend isoliert hat.

Das Verdikt, das ein britischer Politologe vor fünf Jahren über Ihre Migrationspolitik gefällt hat, Deutschland benehme sich wie ein „gefühlsgeliteter Hippie-Staat“, gilt inzwischen für alle wesentlichen Politikfelder. Darüber kann man nur den Kopf schütteln: über eine Regierung, die in ihrer hypermoralischen Selbstgerechtigkeit blind die Fehler von 2015 wiederholt, sich mit falschen Willkommenssignalen und Sozialleistungen für jedermann zum Mag-

neten für illegale Einwanderungen macht. Die Folgen Ihrer verantwortungslosen, grenzenlosen Asylpolitik tragen die Bürger in Form von gestiegener Unsicherheit und Kriminalität. 95 400 schwere Straftaten durch Zuwanderer verzeichnet ein aktuelles BKA-Lagebild für 2019. Das sind über 260 Gewaltverbrechen durch Zuwanderer pro Tag. Wir sind auch schon lange kein reiches Land mehr. Beim Medianvermögen der Privathaushalte, bei der Wohneigentumsquote und beim Rentenniveau liegen die Deutschen im EU-Vergleich weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. In den Krisenstaaten des Südens, an die wir Jahr für Jahr Milliardentransfers richten, sind die Bürger im Schnitt reicher und die Rentner besser versorgt, teilweise um ein Vielfaches.

Spitzenplätze belegt Deutschland bei Steuern, Abgaben und Strompreisen.

Spitzenplätze belegt Deutschland dagegen bei Steuern, Abgaben und Strompreisen, bei der Aufnahme von Asylbewerbern aus aller Herren Länder und bei der Quote der von Armut bedrohten Kinder und älteren Menschen. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer Politik. Das sind nicht die Kennzahlen eines reichen Landes, das sind die Zahlen aus einem Land, dem der Absturz droht. Um es ganz klar zu sagen: Wir ha-

ben kein Geld zu verschenken, solange ein Teil unserer Rentner in Mülltonnen nach Pfandflaschen sucht, um so über die Runden zu kommen.

Trotzdem verpfänden Sie Steuergeld und Volksvermögen der Deutschen für die Rettung des Euros und die Errichtung eines völlig undemokratischen EU-Superstaates. Die offenen Forderungen aus den Target2-Salden haben die Billionengrenze überschritten. Das ist exportiertes Volksvermögen, das nur noch auf dem Papier steht, aber faktisch uneinbringlich ist. Von den unzähligen milliardenschweren Rettungsprogrammen ganz zu schweigen! Die von Ihnen ausgereifene Energiewende ist ebenfalls die nächste europäische Lachnummer. Wer kommt auf die Idee, aus Kohleverstromung und Kernkraft gleichzeitig auszusteigen und sich dafür auch noch zu feiern? Na klar: grüne Ökos und die tieferenergrünte Union. Der Rest Europas wird Ihnen in diese Sackgasse nicht folgen. Wind- und Sonnenstrom sind nicht grundlastfähig, und der Flächenbedarf für die Erzeugung derselben Leistung ist gegenüber Kohlekraft und Kernkraft mindestens um den Faktor 1 000 höher. Auf gut Deutsch: Das kann überhaupt gar nicht funktionieren. Unsere Nachbarn in den Niederlanden planen derzeit für eine CO2-arme Zukunft zehn neue Kernkraftwerke. Auch hier gilt: Sie sind die Geisterfahrer und nicht die anderen, die alle in die entgegengesetzte Richtung fahren.

Sie setzen Planwirtschaft und staatliche Lenkung an die Stelle von Freiheit, Wettbewerb und Innovationskraft. Der Bundeswirtschaftsminister, der kühne Pläne vorlegt, um die Wirtschaft umzubauen, sollte so ehrlich sein und endlich seine Ludwig-Erhard-Büste in seinem Büro durch eine Karl-Marx-Statue ersetzen. Kein Staat und erst recht keine EU kann am grünen Tisch planen, welche Energieträger, welcher Antrieb uns ins nächste Jahrhundert bringt. Überlassen Sie die Antwort darauf bitte der Innovationskraft unserer Unternehmen, den Konsumenten und dem freien Wettbewerb! Die Klimaschutzpläne und die permanente absurde Verschärfung der EU-Grenzwerte werden der deutschen Automobilindustrie den Todesstoß versetzen.

Statt sich zu widersetzen, agieren Sie als willige Vollstrecker, so wie Herr Söder, der die Neuzulas-

sung von Verbrennungsmotoren untersagen will. Dieser Krieg gegen die Autoindustrie ist ein Feldzug gegen gutbezahlte, produktive Arbeitsplätze, gegen den Wohlstand und gegen die Steuerzahler, die den Sozialstaat derzeit noch finanzieren. Daimler: 15 000 Jobs weg, ZF Friedrichshafen: weitere

Ihre überzogenen Maßnahmen machen aus der Coronakrise die schwerste Rezession.

15 000, Continental: 13 000, MAN: 9 000, BMW: 6 000, Schaeffler: 4 500. Und das ist nur die Spitze des Eisberges. Daran hängen Hunderttausende Schicksale, Familien, die ihre Lebensgrundlage verlieren, hart erarbeitete mittelständische Existenzen, die in den Abgrund gerissen werden. Es sind die Leistungsträger, die dieses Land am Laufen halten und denen Sie den Boden unter den Füßen wegziehen. Diesen Niedergang können Sie nicht auf die Coronakrise schieben. Ihre überzogenen Maßnahmen machen aus der Coronakrise die schwerste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hunderttausende Insolvenzen drohen in diesem Herbst und Winter: in Gastronomie und Handel, Tourismus und Veranstaltungswirtschaft, im Mittelstand und Dienstleistungsgewerbe. Dank Ihrer Coronapolitik sind immer mehr Menschen und Wirtschaftszweige von staatlichen Zuwendungen abhängig. Und das ist der sichere Weg in den Sozialismus und in Not.

Kommen Sie weg von diesem Irrweg! Hören Sie auf, Panik zu schüren und einen Wirtschaftszweig nach dem anderen mit willkürlichen und überzogenen Auflagen und Einschränkungen zu strangulieren! Behandeln Sie die Bürger dieses Landes nicht wie unmündige Kinder, bei denen Sie nach Belieben die Zügel anziehen oder brachial durchgreifen! Geben Sie Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger wieder erste Priorität! Staatswirtschaft und Sozialismus funktionieren nämlich nicht und werden nie funktionieren: der Ökosozialismus nicht, der Klimasozialismus nicht und der Coronasozialismus auch nicht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]: Und Merkel ist Rosa Luxemburg! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: War das eine peinliche Vorstellung! – Zuruf von der SPD: Da ist nicht einmal Ihre Fraktion begeistert!)



Anfang 2020 lief sie noch rückwärts: die Schulden der Steuerzahler Deutschland e.V. in Berlin.

©picture alliance / Daniel Kalker

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Wirtschaftliche Substanz erhalten und in die Zukunft investieren



Angela Merkel (*1954)
Wahlkreis Vorpommern-Rügen

In drei Tagen feiern wir 30 Jahre deutsche Einheit. Dieses Jubiläum ist Anlass zu großer Freude und zu Dankbarkeit. Es ist Anlass zu Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die damals mit ihrem persönlichen Einsatz und ihrem Mut die Wiedervereinigung möglich gemacht haben: den Bürgerrechtlern und vielen Menschen, die auf die Straßen und in die Kirchen gegangen sind, die friedlich demonstriert haben. Es ist auch Anlass zu Dankbarkeit für die historisch beispiellose Leistung eines ganzen Volkes, in diesen 30 Jahren die Wiedervereinigung im Äußeren und Inneren zu vollziehen. Wir haben in diesen 30 Jahren viel erreicht. Es ist gelungen, die Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich zu reduzieren. Aber es bleiben strukturelle Unterschiede. Weitere Anstrengungen sind notwendig; denn Einheit, das ist kein abgeschlossener Zustand, sondern das ist ein fort-dauernder Prozess, ein Prozess nicht nur zwischen Ost und West, sondern zunehmend auch zwischen Stadt und Land, zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen, und das in ganz Deutschland.

Die Herausforderungen sind dabei vielfältig, sei es Wohnraumknappheit, vor allem in Großstädten, sei es die Überalterung in ländlichen Gebieten oder der Strukturwandel in Kohlerevieren. All dies sind gesamtdeutsche Herausforderungen, die uns auch in Zukunft noch viel Zeit, Kraft und finanzielle Mittel abverlangen. Deshalb haben wir uns als Bundesregierung in den letzten Jahren genau mit diesen nächsten Schritten hin zur Einheit und zu gleichen Lebensverhältnissen beschäftigt. Diesen Prozess können wir nur gemeinsam und in bundesstaatlicher Solidarität bewältigen. Auch daran erinnert uns der 3.

Oktober.

Wir werden dieses wunderbare Jubiläum, seit 30 Jahren in einem geeinten Deutschland leben zu dürfen, nicht so feiern können, wie wir uns das noch vor einem Jahr vorgestellt haben. Es wird leiser werden, als es dem Anlass eigentlich entsprechen würde. Denn auch dieses Jubiläum steht ganz unter dem Eindruck der Coronaviruspandemie. Sie stellt die Welt, Europa und natürlich auch uns vor eine beispiellose Bewährungsprobe. Deutschland ist bisher verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen, gerade auch dank außerordentlichem Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Monaten. Aber wir merken jetzt, wo der Herbst kommt: Wir stehen vor einer schwierigen Phase. Die schwierigeren Monate des Jahres kommen jetzt. Die Infektionszahlen steigen.

Und deshalb war es auch wichtig, dass wir gestern auf der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung Beschlüsse gefasst haben, ausgehend davon, dass entscheidend für die Eindämmung der Pandemie die Möglichkeit der Kontaktnachverfolgung ist. Deshalb muss in Zukunft, wenn personenbezogene Angaben nicht richtig gemacht werden, zum Beispiel in Gaststätten, ein Bußgeld von mindestens 50 Euro von dem Gast erhoben werden. Zweitens. Bei privaten Feiern, die heute leider eine starke Quelle von Infektionen sind, wird bei einer Inzidenz von 35 Infizierten auf 100 000 Einwohner in sieben Tagen die Zahl der Gäste auf 50 beschränkt und für private Räume die Empfehlung gegeben, sie auf 25 zu begrenzen. Falls wir 50 Infizierte pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen haben, wird die Gästezahl auf 25 in öffentlichen und angemieteten Räumen beschränkt und bezüglich privaten Räumen die dringende Empfehlung gegeben, nicht mehr als 10 Personen zuzulassen.

Meine Damen und Herren, natürlich steht nun auch der Bundeshaushalt ganz im Zeichen der Bewältigung der Pandemie. Das erfordert, nachdem wir 2020 fast 218 Milliarden Euro neue Schulden machen, auch für das Jahr 2021 eine Neuverschuldung von 96,2 Milliarden Euro. Wir konnten auch in einer außergewöhnlichen Notsituation – Sie haben dabei die notwendigen Beschlüsse gefasst; dafür noch einmal danke!

– schnell und kraftvoll reagieren, gerade weil wir in den vergangenen sechs Jahren Haushalte ohne Neuverschuldung hatten und es uns gelungen war, die Gesamtverschuldung für das Jahr 2019 auf 60 Prozent des BIP zu begrenzen. Das hat uns in die Lage versetzt, kraftvoll zu agieren und trotzdem unter den G-7-Staaten die niedrigste Staatsschuldenquote zu haben. Ich glaube, darauf können wir stolz sein. Das zeigt aber auch: Damit wir auch in zukünftigen Krisen, die ja wieder kommen können, handeln können, müssen wir natürlich so schnell wie möglich wieder zu einer normalen, verfassungsgerechten Haushaltsführung zurückkommen. Aber jetzt sind das genau die richtigen Entscheidungen. Genau deshalb sagen wir, dass der Bundeshaushalt 2021 dazu beiträgt, belastbare Grundlagen für die Zukunft unseres Landes zu schaffen, in ein modernes und ein innovatives Deutschland zu investieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Ich will darauf hinweisen, dass im Finanzplanungszeitraum die Investitionen zum Beispiel um 10 Milliarden Euro höher sind als die Investitionen 2019, ganz abgesehen von den Rekordinvestitionen, die wir jetzt 2020 und 2021 machen.

Wir haben also in diesen Monaten der Pandemie gemerkt, dass wir auch unsere Politik dahin gehend weiterentwickeln müssen, dass wir schneller, wirksamer und widerstandsfähiger werden. Vor allem gilt das für unser Gesundheitssystem, das sich als außerordentlich robust erwiesen hat und als gut aufgestellt im internationalen Vergleich. Aber es wurden auch Schwachstellen sichtbar, und die liegen zum Beispiel im öffentlichen Gesundheitsdienst, wo in den vergangenen Jahren an vielen Stellen nicht die notwendige Aufmerksamkeit hingegangen ist. Das sind aber genau die Ämter, die jetzt von allergrößter Wichtigkeit bei der Nachverfolgung der Infektionsketten sind. Deshalb haben wir einen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst geschmiedet: Bis 2026 werden 4 Milliarden Euro in diesen Bereich hineingegossen und in den Jahren 2020 bis 2022 Tausende neue Stellen geschaffen. Wir werden die Krankenhäuser modernisieren. Wir investieren in moderne Notfallversorgung und bessere digitale Infrastruktur. Wir bauen die Abhängig-

keiten, derer wir uns bewusst geworden sind, bei unserer Versorgung mit Medizinprodukten und Medikamenten ab. Wir fördern nationale und europäische Produktion, zum Beispiel bei Schutzausrüstung und Testausrüstung.

Wir wollen den Schutz der Bevölkerung natürlich in den Mittelpunkt stellen. Das wird sich bei der Versorgung mit einem Impfstoff zeigen. Aber wir denken nicht nur an uns. Wir handeln hier auch europäisch gemeinsam, und wir denken auch daran, dass alle Menschen auf der Welt eine Chance haben müssen, wenn es einen Impfstoff gibt, ihn zu bekommen. Das heißt, wir engagieren uns hier auch in Zusammenarbeit für die Entwicklungsländer.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig: Sollten wir eines Tages einen Impfstoff haben – den Zeitpunkt können wir ja noch nicht genau bestimmen –, dann wird es natürlich eine breite Diskussion

geben, in welcher Reihenfolge und wie geimpft wird. Deshalb danke ich dem Bundesgesundheitsminister sehr, dass er die Ständige Impfkommission, die Leopoldina und den Ethikrat gebeten hat, eine Kommission zu bilden, die sich rechtzeitig mit der Frage beschäftigt, wer wann wie geimpft werden kann, natürlich unter der Maßgabe, welche Impfstoffe uns zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, wir haben einen Wirtschaftseinbruch historischen Ausmaßes erlebt, im Übrigen nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt. Wir haben alles getan, damit wir uns dem entgegenstemmen, damit die Basis von Wohlstand und Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Deshalb gibt es weiterhin Soforthilfe, Bürgschaften, Kurzarbeitergeld. Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes haben wir jetzt als Brücke in die Zukunft verlängert. Denen, die immer sagen: „Das ist zu lang“, sage ich nur: Das haben wir in der internationalen Finanzkrise auch gemacht. – Die hat sich von der heutigen Lage dadurch unterschieden, dass wir damals relativ gut wussten: Wenn wir die Banken wieder rekapitalisieren und auf die Beine stellen, dann wird der Wirtschaftskreislauf auch wieder in Gang kommen. Die Pandemie hat die unangenehme Eigenschaft, dass wir nie wissen, wann sie genau zu Ende ist. Das heißt, gerade in einer solchen Zeit ist es ganz wichtig, Brücken zu bauen.

Nur um hier die Wahrheiten noch mal ganz klar zu benennen: Wir entlasten in dieser Zeit Bürgerinnen und Bürger: einmal durch die temporäre Absenkung der

Mehrwertsteuer. Das ist eine Entlastung um 20 Milliarden Euro. Wir entlasten sie auch durch die Deckelung der EEG-Umlage. Das sind noch einmal 11 Milliarden Euro. Und es gibt gerade für Familien unterstützende Leistungen; ich nenne nur den Kinderbonus oder den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. Das sind gezielte Entlastungen, die sich 2021 fortsetzen werden, wenn für 90 Prozent der Menschen in Deutschland der Solidaritätszuschlag entfällt und das Kindergeld noch einmal erhöht wird. Das, was wir hier vornehmen, ist genau die richtige Maßgabe in einer solch schwierigen Situation, wie wir sie hier vorliegen haben. Meine Damen und

Herren, wir wissen: Wir können und werden staatlich handeln. Wir haben staatlich gehandelt. Aber wir können sozusagen nicht alles durch staatliches Handeln kompensieren. Wir kümmern uns aber genau um die, die besonders stark von der Pandemie betroffen sind, und zwar längerfristig als andere Wirtschaftsbereiche, wo wir auf Erholung setzen. Das betrifft Bereiche wie den Tourismus, Messen und Ausstellungsbranche, Kunst- und Kulturschaffende, Schausteller. Viele dieser Gruppen haben einfach durch die Tatsache der Pandemie keine Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Leistungen zu erbringen. Und wir werden hier auch immer wieder überlegen, wie wir längerfristig Brücken in die Zukunft schaffen können.

Meine Damen und Herren, mit dem Bundeshaushalt geht es nicht nur darum, die wirtschaftliche Substanz zu erhalten, sondern auch darum, in die Zukunft zu investieren. Und deswegen das Zukunftspaket. Wir wollen die Erfahrungen aus der Pandemie hier als Beschleuniger benutzen. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass wir das Investitionsbeschleunigungsgesetz in das Parlament geben konnten; denn wir sind an vielen Stellen zu langsam. Wir haben gezeigt, dass wir schnell handeln können, gerade auch im Bereich der Digitalisierung. Das Thema Digitalisierung entwickelt in dieser Pandemie eine ganz besondere Bedeutung. Ich will hier die App nennen, die bei allen Kinderkrankheiten, wenn ich das mal so sagen darf, die sie noch hat, ein Erfolg ist. Wir haben manchmal die starke Tendenz, uns unsere Erfolge kleinzureden. Über 18 Millionen Menschen haben die App heruntergeladen. Das ist im europäischen Verbund einzigartig. Wir

Wir wollen zu einer verfassungsgerechten Haushaltsführung zurückkommen.

werden natürlich auch weiter an der Verbesserung dieser App arbeiten, aber sie hilft uns.

Wir machen schnelle Schritte und weitere Schritte bei der Digitalisierung der Verwaltung. Wir fangen also bei uns an. Man muss ganz nüchtern sagen: Wir haben hier viel aufzuholen. Wir haben im Haushalt noch mal 3 Milliarden Euro für das Onlinezugangsgesetz eingestellt. Wir haben – das hört sich für die, die uns von außen zuhören, sehr technisch an – etwas geschafft, was ein Durchbruch ist, nämlich die Modernisierung der Register auf den Weg gebracht. Das ist überhaupt die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger digital mit dem Staat kommunizieren

können. Wir haben außer in der Wirtschaft und unserer eigenen Verwaltung natürlich schmerzhaft gesehen, dass Schule und Kita im Bereich der digitalen Bildung nicht auf dem Stand sind, den wir brauchen, weder für den Präsenzunterricht noch für die Frage, was passiert, wenn eine Kita oder vor allen Dingen eine Schule einmal geschlossen ist. Das heißt, wir brauchen eine umfassende Transformation des Bildungssystems. Hier sind wir ungewöhnliche Wege gegangen. Saskia Esken, Anja Karliczek und ich haben uns mit den Kultusministern getroffen. Das macht man normalerweise in dieser Republik nicht; aber wir haben es getan, um den DigitalPakt noch einmal aufzurüsten. Wir haben gesagt: Wir brauchen jetzt schnell Laptops für Schüler, die von Haus aus keinen eigenen Laptop haben. Wir brauchen auch Laptops für Lehrer. – Das hört sich erstaunlich an. Aber die Situation in der Republik ist, wie sie ist, weil wir ein sehr interessantes Steuerrecht haben. Man lernt ja immer dazu.

Lehrerinnen und Lehrer haben steuerliche Vorteile bei Inanspruchnahme eines Arbeitszimmers, weil sie dieses steuerlich absetzen können. Das gilt auch für die Anschaffung von Gerätschaften. Aber ein Computer ist mehr wie ein Lehrbuch und weniger wie ein Schreibstift. Wie auch immer: Wir haben es jetzt geschafft, zu sagen, dass wir alle Lehrer mit einem Laptop ausstatten; und dann wird Lehrerweiterbildung organisiert. Wir werden eine Bildungsplattform schaffen, nicht nur für Schulhalte und für neue digitale Inhalte, sondern auch für berufliche Bildung, für Lehrerbildung und für Menschen, die sich einfach weiterbilden wollen. Ich glaube, der Bund tut damit etwas sehr Wichtiges. Wir werden auch

das Programm des Verkehrsministers für die Anbindung der Schulen ans Netz voranbringen. So hoffe ich, dass wir in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und kommunalen Schulträgern einen Sprung machen, damit wir dann in ein oder zwei Jahren sagen können: Wir sind wirklich weitergekommen. – Das haben unsere Kinder verdient; das muss ich Ihnen wirklich sagen. Wir wollen, dass deutsche Unternehmen in Wissenschaft und bei Zukunftstechnologien führend sind. Deshalb setzen wir im Haushalt ein deutliches Zeichen: 2 Milliarden Euro zusätzliche Förderung für die künstliche Intelligenz, 2 Milliarden Euro für die Quantentechnologie, 2 Milliarden Euro für neue Kommunikationstechnologien im Bereich 5 G, 6 G. Das heißt, wir tun alles, um deutschen Unternehmen den Weg zu ebnet, im internationalen Wettbewerb mithalten zu können.

Trotz der Pandemie haben natürlich die Herausforderungen, die wir langfristig zu bewältigen haben, nicht aufgehört. Da will ich das zentrale Zukunftsthema des Klimaschutzes nennen. Wir sehen an allen Ecken und Enden, dass die Auswirkungen des Klimawandels immer sichtbarer und gravierender werden, ob das die Brände in den USA sind, ob das die Brände im Amazonasgebiet sind oder die Dürre und der schlechte Zustand unserer Wälder bei uns zu Hause, die Knappheit des Wassers. Man kann und darf nicht wegsehen, und es ist eine der großen Zukunftsaufgaben, Klimaschutz nach vorne zu stellen. Wir haben im vergangenen Jahr das Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen. Ein Großteil der Maßnahmen ist bereits umgesetzt oder im parlamentarischen Verfahren. Ich will noch mal darauf hinweisen, dass wir ab 1. Januar 2021 einen neuen marktbasierten Mechanismus der Bepreisung von CO₂ auch im Bereich von Verkehr und Wärme haben, zusätzlich zu dem schon bestehenden ETS-System. Wir haben uns für diese Preissignale entschieden, weil wir glauben, dass wir damit das größte Maß an Technologieoffenheit in diesem Wandel hinbekommen. Mit dem Zukunftspaket haben wir zusätzliche Anreize zur Umstellung auf klimafreundliche Technologien geschaffen. Wir helfen damit den Konsumenten, sich für Modernität und Zukunft zu entscheiden – ob das die Mittel für den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich der E-Mobilität sind, ob das die Verdopplung

der Prämie für E-Autos ist, ob das die Steuerregelung für Dienstwagen ist oder die Umrüstung der Flotten des öffentlichen Personennahverkehrs. Das sind alles ganz wichtige Bausteine, die die Preissignale ergänzen.

Wir können sehr stolz sein, dass wir inzwischen die erneuerbaren Energien als die wesentliche Säule, die Hauptsäule unserer Stromerzeugung haben. Aber auch 20 Jahre nach Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsteht ein Viertel der CO₂-Emissionen Deutschlands immer noch durch die Stromerzeugung. Deshalb ist natürlich der Weg hin zum Kohleausstieg ein ganz, ganz wichtiger Weg, und wir werden den Strukturwandel in den Regionen unterstützen. Wir haben jetzt jedenfalls das klare Ziel, dass wir spätestens 2038 aus der Kohlestromerzeugung aussteigen. Das sind alles Beiträge, die wir leisten, um das Ziel der Europäischen Union, 2050 klimaneutral zu sein, auch wirklich umzusetzen. Die Kommission hat jetzt ihre Vorschläge für das Ziel im Jahr 2030 vorgelegt: 55 Prozent Reduktion. Wir werden jetzt während der deutschen Ratspräsidentschaft genau für die Umsetzung dieses Ziels kämpfen. Das heißt, unser Ziel ist, bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft einen einheitlichen Beschluss aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu haben, dass wir uns auf dieses 55-Prozent-Reduktionsziel für die Europäische Union im Jahre 2030 einigen. Das wird noch einige Arbeit hervorrufen. Es werden dann im nächsten Jahr die Rechtsakte kommen, wie das konkret umzusetzen ist. Aber dass wir das in diesem Jahr noch beschließen, ist deshalb so wichtig, weil wir uns in Madrid bei der letzten Klimakonferenz verpflichtet haben, unsere nationalen Ziele, in diesem Fall das europäische Ziel, zu verbessern bzw. aufzustocken. Deshalb steht Deutschland zu diesem Ziel.

Der Ausstieg ist natürlich ohne Alternativen zu fossilen Energieträgern nicht möglich. Deshalb haben wir uns in der Wasserstoffstrategie entschieden, hier zielgerichtet nicht nur für den Strombereich und den Verkehrsbereich, sondern vor allen Dingen auch für unser Wirtschaften der Zukunft 9 Milliarden Euro einzusetzen, um national Wasserstoff herzustellen bzw. auch Partnerschaften mit dem Ausland einzugehen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt. Wir haben lange gebraucht, um uns für diese Strategie zu entscheiden. Ich halte sie auch für ent-

scheidend im Zusammenhang mit dem gesamten Klimawandel. Meine Damen und Herren, der Klimawandel ist nur eine der großen Zukunftsaufgaben, wenn auch vielleicht die anspruchsvollste, weil sie unsere gesamte Art zu wirtschaften und zu leben umkrempeln wird. Aber wir haben eine Vielzahl von internationalen Herausforderungen, die wir alle nicht alleine als Mitgliedstaat, als einzelnes Land, als Bundesrepublik Deutschland wuppen und bestehen können. Wir merken – das war schon vor der Pandemie so und hat sich in der Pandemie noch mal verstärkt –, dass die multilaterale Zusammenarbeit an vielen Stellen unter einem erheblichen Druck haben wir in den vergangenen Jahrzehnten nicht gekannt. Das verändert die Welt. Und gerade eine solche Pandemie kann – wenn man einmal in die Geschichte schaut – solche Entwicklungen noch verstärken.

Deshalb ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, dass wir uns gegen die Tendenzen zur Renationalisierung und zum Protektionismus stemmen. Das hat nichts damit zu tun, dass man in bestimmten Bereichen nicht souverän sein kann; aber insgesamt muss man die Zusammenarbeit wirklich forcieren. Wir verstehen auch, dass wir in dieser zum Teil sehr aggressiven Welt, der wir gegenüberstehen, als Mitgliedsland alleine wenig ausrichten können. Da schlägt für mich die Stunde Europas. Hier ist Europa gefragt, weil wir bei allem, was uns innerhalb der Europäischen Union auch manchmal trennt, doch auf ein gemeinsames Wertefundament setzen können

und gemeinsame Interessen haben. Werte und Interessen, das sind immer genau die beiden Elemente, die in vielen Fragen der Außenpolitik spannungsvoll nebeneinanderstehen, aber die wir immer wieder bestmöglich durchsetzen können. Ich bin deshalb auch dem Bundesaußenminister sehr dankbar, dass er von deutscher Seite aus mit vielen europäischen Kollegen eine weltweite Allianz für Multilateralismus gebildet hat, um unseren europäischen Anspruch hier noch einmal deutlich zu machen.

In diesem Geist führen wir auch die deutsche Ratspräsidentschaft, wenn es um die außenpolitischen Fragen geht. Wir werden beim Europäischen Rat morgen und übermorgen über unser Verhältnis zu China diskutieren. Sie wissen, wir wollten einen EU-China-Gipfel in Leipzig stattfinden lassen; das ging aufgrund der Pandemie nicht. Es

gab jetzt eine Videokonferenz zwischen der Kommissionspräsidentin, dem Ratspräsidenten Charles Michel und mir mit dem chinesischen Präsidenten, und wir haben dabei sehr deutlich gemacht: Wir wollen einen fairen Handel mit China. Seit 2013 verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der Mitgliedstaaten mit China über ein Investitionsabkommen. Wir sind nicht sehr weit gekommen, und wir wollen jetzt versuchen, diesen Verhandlungen neuen Schwung zu geben – natürlich auf der Grundlage der Reziprozität und auch des Marktzugangs – und entscheidend voranzukommen, wenn nicht sogar einen politischen Durchbruch – das kann ich aber noch nicht versprechen – bis zum Ende des Jahres zu erreichen.

Ich glaube, es ist unstrittig, dass wir mit China im Bereich des Klimaschutzes zusammenarbeiten müssen. China ist mittlerweile der größte CO₂-Emittent weltweit, und es ist ganz wichtig, dass China sich an den Anstrengungen des Klimaschutzes beteiligt. Anders als bei anderen großen Emittenten ist es erfreulich, dass China zum Pariser Klimaschutzabkommen steht. Der Präsident Chinas hat vor der VN-Vollversammlung die Ziele deutlich gemacht: CO₂-Neutralität im Jahre 2060 und das Erreichen des Peaks der CO₂-Emissionen in China vor 2030. Wenn man sieht, vor welchen Entwicklungsherausforderungen das Land noch steht, dann sind das sehr ambitionierte Ziele, die auch uns in Europa anspornen sollten, unsere Ziele wirklich zu erreichen. Aber natürlich gehört im Dialog mit China auch dazu, dass wir unterschiedliche Meinungen deutlich zur Sprache bringen. Wir haben zwei fundamental unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Das wird zum Beispiel deutlich, wenn man sich anschaut, in welcher Weise künstliche Intelligenz in China benutzt wird. Deshalb haben wir darauf hingewiesen, dass wir zutiefst besorgt sind über die Entwicklung in Hongkong. Es gilt das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, und genau dieses Prinzip wird immer mehr ausgehöhlt. Das werden wir weiter zur Sprache bringen, genauso wie die schlechte und zum Teil auch grausame Behandlung der Rechte von Minderheiten in China.

Wir setzen uns also für Meinungsfreiheit und Menschenrechte ein. Das gilt auch – darüber werden wir auch beim morgigen Rat sprechen – für das Verhältnis zu Belarus. Wir erkennen die Wahl von Präsident Lukaschenko nicht an. Wir fordern ihn auf, mit seinem Volk in einen Dialog zu treten – ohne Einmischung von Osten oder Westen –, und wir verurteilen das, was dort täglich passiert: die Aushebelung demokratischer Ver-

Es ist eine der großen Zukunftsaufgaben Klimaschutz nach vorne zu stellen.

Weitere Anstrengungen sind notwendig, denn Einheit ist kein abgeschlossener Zustand.

fahren und die Gewalt gegen die Opposition. Ich werde mich demnächst mit der Oppositionellen Frau Tichanowskaja treffen. Wenn ich den Mut der Frauen sehe, der dort auf den Straßen gezeigt wird für ein freiheitliches, von Korruption freies Leben, dann kann ich nur sagen: Ich bewundere das, und ich finde das wirklich beeindruckend. Gleiche Prinzipien gelten natürlich auch für unser Verhältnis zu Russland. Wir haben Russland aufgefordert – und ich tue das heute hier noch einmal –, den Angriff auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny transparent und vollständig aufzuklären. Das ist keine bilaterale Sache. Das ist ein Verbrechen, das auf russischem Boden stattgefunden hat; das ist ein Verstoß gegen die Chemiewaffenkonvention gewesen und deshalb auch eine internationale Frage. Wir warten jetzt noch die Ergebnisse der OVCW, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, ab und werden dann im europäischen Kreis über notwendige Reaktionen diskutieren. Ein Thema, das uns morgen und übermorgen – aber vor allen Dingen morgen – auf dem Europäischen Rat beschäftigen wird, ist das Verhältnis zur Türkei. Das Verhältnis zur Türkei ist vielschichtig. Auf der einen Seite beklagen wir die Entwicklung bei den Menschenrechten. Auf der anderen Seite sehen wir die Spannungen im östlichen Mittelmeer zwischen Griechenland und der Türkei sowie zwischen Zypern und der Türkei – gravierende Spannungen. Wir können uns manchmal gar nicht vorstellen, wie schmal der Weg zwischen militärischem Zusammenstoß und noch friedlicher Regulierung in bestimmten Situationen ist. Die Türkei ist unser Partner in der NATO. Die Türkei leistet Erstaunliches und wirklich Bemerkenswertes bei der Beherbergung von Flüchtlingen. Es ist wahrscheinlich das Land mit den meisten Flüchtlingen auf der Welt; es sind jetzt insgesamt rund 4 Millionen. Und so müssen wir sehr sorgfältig abwägen, wie wir zur Beilegung von Spannungen, zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage und für einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen unser Verhältnis zur Türkei immer wieder neu austarieren, aber auch auf Kooperation und Zusammenarbeit in wichtigen Fragen setzen. In den letzten Tagen haben wir schreckliche Bilder gesehen, was den Umgang mit Flüchtlingen angeht, und zwar nicht aus der Türkei – das will ich ausdrücklich sagen –, sondern aus Lesbos, aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Ich glaube, es war richtig, dass Deutschland hier gehandelt und humanitär geholfen hat, wenngleich wir natürlich wissen, dass das keine nachhaltige Lösung des Problems ist. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Europä-

ische Kommission jetzt Vorschläge für den gesamten Bereich der Migrationspolitik gemacht hat, Vorschläge, die darauf deuten, dass wir hier ein wirklich kompliziertes Problem haben, das uns im Übrigen nicht nur zwei, drei oder vier Jahre beschäftigen wird, sondern – das sage ich voraus – die gesamten nächsten Jahrzehnte. Deshalb begrüßen wir die Vorschläge der Kommission. Aber ich will auch ganz klar sagen: Die Frage, wie wir sie umsetzen – der Bundesinnenminister ist hier wirklich mit allen Kräften dran –, ist ein Prüfstein auch für den Zusammenhalt Europas. Wenn wir in der Frage der Migration auf Dauer keine gemeinsame Grundlage der Mitgliedstaaten der Europäischen Union finden, ist das eine schwere Bürde für die Handlungsfähigkeit Europas. Und deshalb finde ich es auch sehr gut, dass wir jetzt einen Versuch unternehmen – die Kommissionspräsidentin setzt sich selber dafür ein –, dass in Lesbos ein weitgehend von Europa geleitetes Aufnahmезentrum entsteht; das ist ein Pilotprojekt. Denn wir können nicht von europäischer Asylpolitik oder Migrationspolitik sprechen, wenn wir zu europäischem Handeln nicht auch wirklich bereit sind. Meine Damen und Herren, das zeigt, dass nur ein einiges Europa ein wirklich starkes und zukunftsfähiges Europa ist. Und deshalb müssen wir auch nach der Pandemie eine technologische, wirtschaftliche, ökologische Vorreiterrolle einnehmen. Wir haben angesichts des historischen Ausmaßes des Wirtschaftseinbruchs jetzt einen besonderen Weg beschritten, um neben der klassischen mittelfristigen finanziellen Vorausschau zusätzliche Aktivitäten zu unternehmen, zum Beispiel mit dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“, eine EU der nächsten Generation. Es gehört zur deutschen Ratspräsidentschaft, dass wir dafür Sorge tragen, dass das alles am 1. Januar auch wirklich zur Verfügung steht. Da haben wir noch einige Hürden zu überwinden; wir sind jetzt in den Verhandlungen mit dem Parlament. Neben den rein finanziellen Fragen, die da zu lösen sind, gibt es auch das Thema der Rechtsstaatlichkeit im Zusammenhang mit den Finanzen. Ich will hier nicht ins Detail gehen, ich will nur sagen: Da stehen uns noch sehr schwierige Verhandlungen bevor. Wir werden dann in einem sehr konzentrierten Prozess den Eigenmittelbeschluss natürlich auch hier in Deutschland fassen, und ich bitte da um gute Kooperation zwischen uns und dem Deutschen Bundestag. Dies sind nicht die einzigen Anstrengungen. Wir haben

Wir erleben zurzeit, wie die Vorsicht nachlässt, wie sich alle wieder nach Nähe sehnen.

vorher schon Mittel für Darlehen, für Kurzarbeit und anderes zur Verfügung gestellt. Das heißt, die Europäische Union hat sich in der Lage gesehen, eine kraftvolle Antwort auf die Herausforderung der Pandemie zu geben. Ich glaube, wir haben uns an dieser Stelle handlungsfähig gezeigt.

Wir sehen, wie sehr seit mehr als einem halben Jahr die Coronaviruspandemie unser Leben, unsere Arbeit und auch den Haushalt 2021 bestimmt. Das gilt für fast alle Politikbereiche. Deshalb kann ich diese Haushaltsrede jetzt auch nicht einfach so beschließen; ich kann nicht nach der üblichen Routine verfahren, wenn die Zeit der Pandemie keine Routine kennt. Deshalb wende ich mich zum Schluss meiner Rede noch einmal direkt an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und an Sie alle, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir müssen miteinander reden; denn die Infektionszahlen steigen, und die sogenannte 7-Tage-Inzidenz von mehr als 50 Infizierten pro 100 000 Einwohner wird immer häufiger erreicht. Das war ja auch genau der Grund für die Beschlüsse gestern bei der Ministerpräsidentenkonferenz. Unsere föderale Ordnung ist stark, mehr noch: Sie ist eine der größten Stärken unseres Landes, gerade auch in der Pandemiebekämpfung. Deshalb ist und bleibt es richtig, alle Maßnahmen regional und immer spezifisch anzuwenden. Dafür ist unsere föderale Ordnung mit ihrer Anpassungsfähigkeit und Dynamik sehr ideal.

Aber ich sage auch: Das reicht nicht. Denn alle Regeln, Verordnungen, alle Maßnahmen nützen wenig bis nichts, wenn sie nicht von den Menschen angenommen und eingehalten werden. Deshalb: Wir müssen reden, im Familienkreis, im Freundeskreis, mit Kolleginnen und Kollegen, in den Kitas, in den Schulen, in den Alten- und Pflegeheimen, in der Nachbarschaft, in den religiösen Gemeinden, im Fußballverein oder im Chor. Wir

müssen reden, erklären, wir müssen vermitteln – an öffentlichen Orten, natürlich zuvörderst hier im Parlament, in den Kommunen, in den sozialen Medien – mit Worten, die möglichst viele erreichen. Dazu bitte ich um Ihre Mithilfe. Denn wir müssen die sich wieder verschlechternde Situation ernst nehmen. Wir alle müssen die Gefahren erklären, und wir müssen damit ein Bewusstsein schaffen für die schwierige Lage, die die kältere Jahreszeit mit sich bringt. Ich bin fest davon überzeugt, dass diejenigen Gesellschaften langfristig am stabilsten aus dieser Krise herausfinden, die die Gefahren offen und transparent be-

nennen, die die Wahrheit für zumutbar halten und die eine Balance finden aus politischen Vorgaben und zivilgesellschaftlicher Akzeptanz und zivilgesellschaftlichem Mitwirken.

Wir erleben zurzeit, wie die Vorsicht nachlässt, wie sich alle wieder nach Nähe sehnen, nach Berührungen, nach Gemeinsamkeit, nach Feiern im Familien- und Freundeskreis oder an öffentlichen Orten, einfach nach Unbeschwertheit. Das spüre ich selbst; da geht es mir nicht anders als anderen. In meiner Sommerpressekonferenz in der Bundespressekonferenz fragte mich ein Journalist – es war die letzte Frage dieser Pressekonferenz –, was mich als, wie er es formulierte,

„Mensch Angela Merkel“ in dieser Zeit eigentlich am meisten nervt und was ich in meinem Leben derzeit am meisten vermisse. Ich habe geantwortet: spontane Begegnungen, weil man immer schauen muss: Wie verhalte ich mich jetzt? – Diese Spontaneität in Begegnungen mit anderen Menschen vermisse ich am meisten. So ist es. Ich glaube, wir alle möchten die Spontaneität, die Unbefangenheit zurückhaben. Wir alle möchten das Leben, wie wir es kannten, zurückhaben, und natürlich wollen das ganz besonders die jungen Leute in unserem Land. Aber wir riskieren gerade alles, was wir in den letzten Monaten erreicht haben. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass wieder landesweite Einschränkungen, wieder hohe ökonomische und emotionale Verluste drohen, dass ein sterbender Mensch im Krankenhaus oder im Pflegeheim mutterseelenallein ist und seine Liebsten ihm zum Abschied nicht die Hand reichen können. Ich spreche hier, weil ich alles dafür tun will, um einen erneuten landesweiten Shutdown zu verhindern. Ich sage das hier, weil ich unbedingt Unternehmen und Arbeitsplätze schützen will, weil ich Kinder und Jugendliche in den Kitas und in den Schulen sehen will. Wir haben gesehen, wie belastend die Einschränkungen sind, wie sie die sozial Schwächsten besonders treffen, wie sie bestehende Ungleichheiten noch einmal vertiefen. Wir wollen, dass sich die Wirtschaft erholt; wir wollen, dass Künstlerinnen und Künstler wieder auftreten und spielen können; wir wollen, dass Kinder und Enkel ihre Eltern und Großeltern sehen können. Also, wir alle wollen verhindern, dass es zu einem zweiten landesweiten Shutdown kommt. Und das können wir auch. Wir wissen uns und das Gesundheitssystem besser zu schützen als im März. Wir haben in der Pandemie viel gelernt, und wir lernen

jeden Tag dazu. Aber jetzt müssen wir wieder achtsam sein, und dazu braucht es Sie, die Bürgerinnen und Bürger, Ihre aktive Hilfe, Ihr Engagement und Ihr Mitgefühl. So widersprüchlich es klingt: Familie und Freundschaft lassen sich zurzeit leider immer noch nicht durch ausgelassene Feste feiern. Nähe, Verbundenheit, Zuneigung zu Menschen, aber auch schiere Lebensfreude: Sie brauchen immer noch eine andere für uns ganz ungewohnte Form. Wir brauchen immer noch Abstand als Ausdruck von Fürsorge.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern für das, was sie bis hierher möglich gemacht haben.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern für das, was sie bis hierher durch ihre Umsicht und Rücksicht schon möglich gemacht haben. Ich danke allen in den Ländern,

in den Kommunen: den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, den Gastronomiebetreibern, den Zug- und Flugbegleitern; ich kann sie gar nicht alle nennen. Ich danke allen, die geholfen haben und weiter helfen, diese historische Krise zu meistern. Aber dies ist eine Langstrecke. Wir sind noch nicht am Ende der Pandemie. Wir haben mit Herbst und Winter eine schwere Zeit vor uns. Deshalb möchte ich diese Rede mit einem Appell schließen. Ich appelliere an Sie alle: Halten Sie sich an die Regeln, die für die nächste Zeit weiter gelten müssen. Geben wir alle als Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft wieder mehr aufeinander acht. Erinnern wir uns wechselseitig daran, dass das Abstandhalten, Mund-Nase-Schutz, regelmäßiges Händewaschen, das Lüften in Zimmern, die Nutzung der Corona-Warn-App nicht nur die Älteren und nicht nur die sogenannten Risikopersonen schützt, sondern unsere offene, freie Gesellschaft als Ganzes. Ich bin sicher, dass wir durch diese historische Erfahrung als Gemeinschaft wachsen und dass sie uns bei allem, was schwer und belastend ist, enger miteinander verbindet. Ich bin sicher: Das Leben, wie wir es kannten, wird zurückkehren. Die Familien werden wieder feiern, die Klubs und Theater und Fußballstadien wieder voll sein. Und was für eine Freude wird das sein! Aber jetzt müssen wir zeigen, dass wir weiter geduldig und vernünftig handeln und so Leben retten können. Jetzt müssen wir verstehen, dass es weiter auf jeden und jede Einzelne ankommt. Darum bitte ich Sie.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Christian Lindner, FDP:

Bundshaushalt mit Löchern und zusätzlichen Schulden



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Frau Bundeskanzlerin hat an uns alle appelliert, in Zeiten der Pandemie weiter umsichtig zu sein. Sie hat in ihren Ausführungen dargelegt, dass Deutschland bisher vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen sei. Das verdankt sich ja gerade der großen Mehrheit unseres Landes, der großen Mehrheit verantwortungsbewusster Menschen, die auch in Zeiten der Pandemie mit ihrer Freiheit umsichtig umzugehen verstehen. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, war es richtig, dass Sie heute angemessene Worte gefunden haben. In der politischen Diskussion in den vergangenen Wochen hat man gelegentlich davon gehört, es müssten die Zügel angezogen werden oder man müsste mit brachialen Maßnahmen auf die Menschen zugehen. So umsichtig, wie die Bevölkerung in den vergangenen Monaten mit der Pandemie umgegangen ist, und insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Menschen in unserem Land Grundrechtsträger sind, deren Freiheit garantiert ist, ist Ihre Ausdrucksweise heute angemessener. Wir sollten nie vergessen, dass nicht der Staat den Menschen Freiheit gewährt, sondern dass die Menschen nur Einschränkungen ihrer Freiheit akzeptieren, wenn sie vernünftig und verhältnismäßig sind.

Ein zweiter Lockdown muss verhindert werden. Sie haben gesagt, Deutschland sei bisher vergleichsweise gut durch diese Krise gekommen. Nichtsdestotrotz hat diese Krise großen Schaden angerichtet. Wie viele Familien hat unser Staat im Stich gelassen, als Kitas und Schulen geschlossen haben! Wie viele ältere Menschen sind in Pflegeeinrichtungen vereinsamt, weil ihre Angehörigen nicht mehr zu Besuch kommen konnten! Und wie viele Millionen Menschen fürchten bis heute um

ihre wirtschaftliche Existenz! Deshalb trägt jeder Einzelne Verantwortung. Aber auch die staatliche Verantwortungsgemeinschaft ist gefordert, jetzt, in diesem Herbst und Winter, Maßnahmen zu ergreifen, dass sich ein Stillstand dieses Landes nicht wiederholen muss. Sie haben gestern dazu mit den Ministerpräsidenten beraten. Wie bereiten wir uns auf diesen Herbst vor? Sicherlich helfen uns Übersichtsrechnungen zu dramatisch steigenden Zahlen alleine nicht. Was uns fehlt, sind konkrete Maßnahmen. Und auch heute, nach Ihrer Konferenz mit den Ministerpräsidenten, muss der Präsident der Bundesärztekammer beklagen, dass wir vor dem Herbst immer noch nicht über eine nationale Teststrategie verfügen, die die Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen, in Lehrberufen schnell und günstig mit einem Test versorgt – so heute Klaus Reinhardt.

Grundrechtseingriffe brauchen einen faktischen Anlass. Freiheits Einschränkungen kann man nicht alleine mit der Annahme einer drastischen Steigerung von Neuinfektionen begründen. Zudem müssen schließlich auch die Kapazitäten des Gesundheitswesens berücksichtigt werden. Die Zahl der Neuinfektionen allein ist kein Indikator. Uns fehlen deshalb beispielsweise Ampelmodelle, wie sie von Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen worden sind. Das muss nicht unbedingt mit Grün als einer Farbe sein, die für „Entwarnung“ steht, sondern nach rheinland-pfälzischem Vorbild kann das auch eine andere Farbgebung sein. Aber eine solche transparente Beschreibung der Situation vor Ort fehlt uns. Freiheitseinschränkungen müssen geeignet und verhältnismäßig sein. Große Zweifel haben wir deshalb an der im Land Berlin verhängten Maskenpflicht in Büros; denn das sind nicht die Orte, wo es vor allen Dingen zu Neuinfektionen in diesem Land kommt.

Wir sind erleichtert, Frau Bundeskanzlerin, dass es entgegen den ursprünglichen Absichten Ihrer Regierung nicht zu einer Beschränkung privater Treffen in privaten Wohnungen kommt. Hier haben Landesregierungen zu Recht widersprochen; denn auch in Zeiten einer Pandemie gilt die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung. Es ist richtig, dass weiter ein regionaler Ansatz verfolgt wird. Frau Merkel, Sie haben ja gerade in Ihrer

Darlegung auch hervorgehoben, wie leistungsfähig unsere föderale Ordnung ist. Man kann gegenwärtig auch nicht mehr davon ausgehen, dass momentan, an diesem Tag unser öffentliches Gesundheitswesen mit der Pandemie überfordert ist. Das aber war der Grund, warum wir seinerzeit eine pandemische Notlage nationaler Tragweite in diesem Deutschen Bundestag festgestellt haben. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür bestehen nun nicht mehr. Deshalb sollte Ihre Regierung die Sonderbefugnisse in die Hände der ersten Gewalt zurückgeben. Sonst sollte der Deutsche Bundestag sie sich nehmen, weil es auch eine Frage der parlamentarischen Selbstachtung ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundesfinanzminister hat einen Haushaltsentwurf mit 96 Milliarden Euro neuen Schulden vorgelegt. In diesem und im nächsten Jahr zusammen wird der deutsche Staat im Bundeshaushalt sich mit 314 Milliarden Euro neu verschulden. So viele Schulden hat Deutschland noch nie aufgenommen in so kurzer Zeit. Hinzu kommen ja noch die zusätzlichen Haftungsverpflichtungen, die unser Land in der Europäischen Union übernimmt. Es war richtig, dass während der ersten Phase der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ein Sicherheitsnetz für Beschäftigung und Betriebe gespannt worden ist. Dem haben wir uns auch nicht verweigert. Übrigens fehlen dort immer noch wichtige Elemente. Wo zum Beispiel ist ein spezifisch gezieltes Programm zur Unterstützung von Soloselbstständigen, Freelancern und Kulturschaffenden? Warum gibt es bis heute nicht die Möglichkeit der vollen Anrechnung der Verluste dieses Jahres auf die Steuerschuld der Jahre 2019 und 2018? Ein viel besseres Instrument als manche Soforthilfe, die Sie ausgezahlt haben!

Also: Es war richtig, ein Sicherheitsnetz für Beschäftigung und für Betriebe zu spannen, selbst wenn es noch immer Lücken aufweist. Dass aber Sie, Herr Scholz, auch im nächsten Jahr, 2021, weiter auf Rekordschulden setzen und wiederum die Schuldenbremse missachten, das hat mit Nothilfe nichts mehr zu tun. Wir sehen

nämlich die ersten Erholungssignale. Und vor allen Dingen haben Sie dem Bundeshaushalt bereits vor Corona erhebliche Lasten aufgebürdet. Allein die Leistungsausweitungen in der Rentenkasse machen 20 Milliarden Euro zusätzlich im Jahr aus. Es ist nicht ein Virus, das den Haushalt ruiniert. Es ist eine seit vielen Jahren falsche Politik, die die Staatsfinanzen ruiniert hat. In den vergangenen fünf Jahren sind die Sozialausgaben stärker gewachsen als die Wirtschaft – mit einer Ausnahme. Selbst im vergangenen Jahr bei Rekordbeschäftigung und Niedrigarbeitslosigkeit hat dieser Staat zum ersten Mal mehr als 1 Billion Euro an Sozialausgaben geleistet. Um es konkret zu machen: Hubertus Heil gibt am Tag mehr Geld aus, als Ihre Regierung, Frau Merkel, in einem ganzen Jahr in Gigabitnetze investiert. Und das ist eine Schiefelage Ihrer Politik. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin für einen treffsicheren Sozialstaat, der die Menschen in Not nicht im Stich lässt. Aber zu einem Sozialstaat gehört eben auch, dass er seine Möglichkeiten nutzt, um dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen in die Notlage kommen, ihn in Anspruch nehmen zu müssen. Und genau dort, bei diesen Investitionen in sozialen Aufstieg, leistet die Regierung kein hinreichendes Engagement; denn ausgerechnet bei Bildung und Forschung wird sich der Anteil der staatlichen Ausgaben in den nächsten Jahren reduzieren. In diesen Zeiten die Mittel für Bildung und Forschung nicht zu verstärken, ist das Gegenteil der notwendigen sozialen Vorsorge, die unser Land bräuchte.

Und, Frau Merkel, Sie haben hier eben geradezu wie eine interessierte Beobachterin beschrieben, nach 15 Jahren im Amt der Bundeskanzlerin, wie unsere Situation im Bereich der Schulen ist. Wir, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, mussten ja sozusagen mit harten politischen Bandagen kämpfen, um eine Änderung des Grundgesetzes zu erreichen, damit

der Bund überhaupt in der Lage ist, Systemadministratoren in der Bildung zu finanzieren. Das war gegen den Widerstand der Unionsparteien und zumal der CSU. Jetzt kommt es dazu, Gott sei Dank. Nur kann doch kein Zweifel bestehen, dass selbst die Maßnahmen, die Sie jetzt beschlossen haben, nicht ausreichen, um unser Bildungssystem auf den Stand der digitalen Lernplattformen? Wo ist die Weiterbildungsinitiative? Und vor allen Dingen: Wie sorgen Sie

dafür, dass die Gelder überhaupt im Alltag der Schulen ankommen? Die Mittel des Digitalpakts fließen überhaupt gar nicht ab, weil sich unser Land in eine Art der Selbstverbürokratisierung, in eine Selbstfesselung selbst bei zentralen Aufgaben, verstrickt hat. Viel mehr wäre hier nötig – Sparen nicht. Frau Bundeskanzlerin, wir haben am Arbeitsmarkt eine Situation, die nicht allein mit der Pandemie erklärbar ist. Die IG Metall geht von 300 000 potenziell verlorengehenden Arbeitsplätzen in der Metall- und Elektrobranche aus: gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze. 300 000 Arbeitsplätze, die verlorengehen, betreffen 300 000 Familien, die sich morgen fragen, wovon sie leben sollen. Das ist Kaufkraftverlust in Regionen.

Der Ford-Chef hat sich heute im Handelsblatt geäußert. Und das, Frau Merkel, was er gesagt hat, hörte sich gar nicht nach coronabedingten Einbrüchen an. Das klang ganz anders. Er hat beklagt, dass es gerade in seinem Segment der Fahrzeugindustrie nicht Corona ist, das den Absatz gefährdet, sondern dass es die Klimapolitik und die Fixierung auf batterieelektrische Antriebe sind, die dazu geführt haben, dass in seinem Unternehmen Arbeitsplatzabbau und Strukturbruch bevorstehen. Markus Söder reiht sich da ein. Auch Herr Söder fordert jetzt für das Jahr 2035 das Verbot des Verbrennungsmotors. Sinnvoll für die Beschäftigung in Deutschland wäre es, nicht den Klimawandel zu leugnen, wie manche das hier im Haus tun, aber mit Technologieoffenheit für Verbrenner mit synthetischem Kraftstoff, für batterieelektrischen Antrieb und für Wasserstoff die Weichen zu stellen, damit sich im marktwirtschaftlichen Prozess die Zukunftsantriebe herausbilden können. Nichts davon passiert. Ich sehe mit Interesse, was Markus Söder da macht; mir kommt das bekannt vor. Gerade am vergangenen Wochenende gab es – herzliche Gratulation an die Kollegin Dörner von den Grünen – eine Oberbürgermeisterwahl in Bonn. Sechs Jahre gab es in Bonn einen schwarzen Oberbürgermeister, der mit seiner Ratsmehrheit Jamaika überwiegend grüne Politik gemacht hat, und jetzt nun in der Stichwahl hat sich die grüne Kandidatin natürlich gegen den CDU-Kandidaten durchgesetzt, weil man im Zweifel das Original gewählt hat. Im früher von bürgerlichen Mehrheiten geführten Bonn gibt es nun, Frau Merkel, eine grün-rot-rote Mehrheit mit grüner Bürgermeisterin. – Viele Grüße an Markus Söder, wenn das die Strategie der Union sein sollte.

Also, Frau Merkel, die Arbeitsplatzverluste, die wir gegenwärtig in der Volkswirtschaft haben, sind

So viele Schulden hat Deutschland noch nie aufgenommen in so kurzer Zeit.

nicht alleine mit Corona erklärbar, sondern ganz im Gegenteil: Falsche Grundentscheidungen der vergangenen Jahre werden jetzt mit Subventionen und Kurzarbeit überdeckt, um noch über den Wahltermin 2021 zu kommen. Besser wären faire Rahmenbedingungen. Es kann ja überhaupt gar kein Zweifel daran bestehen, dass wir Zielkonflikte haben, etwa zwischen dem Klimaschutz und der Beschäftigung. Diese Zielkonflikte kann man auch nicht leugnen, vielmehr müssen wir eine Politik formulieren, die die unterschiedlichen Ziele, nämlich einerseits Beschäftigung und Klimafreundlichkeit andererseits, verbindet. Da sind wir alle gefordert. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen und vor allen Dingen Einsicht in das physikalisch Mögliche. Da brauchen wir eine Umkehr. Herr Wirtschaftsminister Altmaier hat einen Entwurf für ein EEG 2021 vorgelegt. Bis 2030, Herr Altmaier, gehen Sie unverändert von einem Strombedarf von 580 Terawattstunden im Jahr aus. Wie ist es denn eigentlich mit der Elektrifizierung der Fahrzeugflotte? Wie passt es eigentlich, dass Sie bei der Stahlproduktion ausschließlich auf Grünen Wasserstoff setzen, der aus dem Strom kommt, wir aber gleichzeitig aus Kernenergie und Kohle aussteigen? Ihr Erneuerbare-Energien-Gesetz, Herr Altmaier, macht nicht nur die Energie in Deutschland teuer und damit Arbeitsplätze weniger wettbewerbsfähig; Sie sorgen auch dafür, dass Herr Scholz uns nicht nur eine Haushaltslücke hinterlässt, sondern Sie der nächsten Regierung auch noch eine Stromlücke für die nächsten Jahre. Das werden wir durch ein anderes, ein marktwirtschaftliches System aufarbeiten müssen.

Apropos Energiesicherheit. Wir steigen aus der Kernenergie aus, wir steigen aus der Kohle aus, und ich habe gelesen: Letztlich wollen Bündnis 90/Die Grünen nun auch quasi sofort aus dem Gas aussteigen. – So lese ich zumindest den Gastbeitrag, den Ihre Parteivorsitzende gestern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verfasst hat. Sie wendet sich gegen Nord Stream 2. Wir werden allerdings nicht nur aus Energieträgern aussteigen können; wir werden übergangsweise auch noch andere Energieträger brauchen. Tatsächlich: Bei Nord Stream 2 ist ein Moratorium nötig, aber nicht aus energiepolitischen Gründen, sondern weil wir nicht tolerieren können, dass in Europa Anschläge mit Gift, das vom Völkerrecht verboten ist, unternommen werden. Wir sollten aber nicht dauerhaft aus einer wichtigen Infrastruktur aussteigen, sondern wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das in Europa durch Verabredungen mit Transitstaaten und der Ukraine möglich ist. Wir sollten dafür sorgen, dass wir, wenn wir noch über längere Zeit Gas nut-

zen, andere Technologien, wie etwa die Speicherung von CO₂, nutzbar machen. Dann ist das auch mit Klimafreundlichkeit vereinbar.

Auf Russland sollten wir nicht mit dem dauerhaften Stopp eines Infrastrukturprojekts reagieren, zumindest so lange nicht, wie wir Hoffnung haben dürfen, dass dereinst eine demokratische Regierung dort auf wirtschaftliche Prosperität angewiesen ist. Was wir tun können, liebe Kolleginnen und Kollegen und Frau Merkel, ist, dass wir den Ankündigungen, die Sie gerade hier geäußert haben, Taten folgen lassen, indem der Deutsche Bundestag Magnitskij-Gesetzgebung einführt, damit wir nicht ganze Bevölkerungen mit Sanktionen treffen, sondern sie zielgerichtet auf diejenigen konzentrieren können, wie etwa die Unterstützer von Putin, die auch Verantwortung für Menschenrechtsverletzung tragen. Das wäre ein Zugang. Und, Frau Bundeskanzlerin, wenn Anton Börner, der jetzt neuer Präsident des BGA wird, ein entschiedeneres Auftreten gegenüber Russland und China fordert, wenn das der Außenhandel fordert, dann sollte das für Sie eine Verpflichtung sein. Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie am heutigen Tag, da Joshua Wong in Hongkong vor Gericht steht, diesen Namen auch hier aussprechen. Denn wir können eines vor allen Dingen für die demokratische Opposition in Hongkong, in China, in Belarus und Russland tun: Wir können dafür sorgen, dass sie nicht in Vergessenheit geraten und dass diese Regierungen nicht Bürger- und Menschenrechte einschränken können, ohne dass wir darauf zu sprechen kommen. Der chinesische Außenminister hat bei seinem Besuch in Europa gesagt, wer dies anspreche, der müsse einen Preis zahlen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte trotz aller Exportorientierung klarmachen: Bei Menschenrechten und den Rechten der demokratischen Opposition sind wir bereit, diesen Preis zu zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Scholz hinterlässt einen Haushalt mit 42,5 Milliarden Euro Handlungsbedarf ab 2022. Daran wird sich doch ein neuer politischer Aushandlungsprozess, eine Richtungsauseinandersetzung festmachen. Herr Scholz spricht jetzt schon von Steuererhöhungen, beziehungsweise übrigens nicht – das war zumindest nicht Ihr erstes Argument, Herr Scholz – zur Deckung von laufenden Einnahmen. Vielmehr haben Sie gewissermaßen aus Gerechtigkeitsgründen gefordert, dass bestimmte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus verteilungspolitischen Gründen einen größeren Beitrag leisten müssen. Ihnen sei gesagt: Die 25 Prozent der obersten Leister der Einkommensteuer bringen 75 Prozent des Aufkommens auf. Das ist bereits Umverteilung „at its best“. Und wer ist

das? Es sind die Familienbetriebe. Es sind die Freiberufler. Es ist das Handwerksunternehmen, für das die Einkommensteuer die betriebliche Steuer ist. Denen Steuererhöhungen in einer Wirtschaftskrise anzukündigen, das ist nicht das beste Konjunkturprogramm, das wir uns vorstellen können, sondern ganz im Gegenteil: Das kostet Beschäftigung.

Wenn Sie hier sagen, die Coronahelden brauchen keinen Orden, sondern ein gutes Gehalt, dann ist Ihnen zuzustimmen. Wenn sich Verdi mit der Forderung von 4,8 Prozent mehr Lohn durchsetzt, Herr Scholz, dann bemühen Sie doch bitte einmal den Lohnsteuerrechner des BMF im Internet. Dann stellen Sie fest: Von der Gehaltserhöhung der Coronahelden, die Sie gefordert haben, bleibt die Hälfte beim Fiskus. Diese Menschen können sich von salbungsvollen Worten im Parlament nichts kaufen. Wer den Menschen, die in wichtigen Berufen mit kleinen Einkommen arbeiten, wirklichen Respekt zollen will, der sorgt für eine Änderung des Lohnsteuertarifs durch einen Respekttarif. Die zweite Frage – Herr Präsident, ich habe die Uhr im Blick – wird sein: Wie halten wir es mit den Schulden? Von der Fraktion der Grünen war gestern nicht nur die Forderung nach Steuererhöhungen zu hören, sondern auch, dass die öffentliche Verschuldung zu einer neuen Staatsphilosophie verklärt wird. Es geht gar nicht mehr um die Schuldenbremse, sondern es ist quasi eine höhere Einsicht in die Staatsphilosophie, auf Dauer mehr Schulden zu machen. Das reduziert die Resi-

lienz unseres Staates für zukünftige Krisen. Es ist nicht gesichert, dass wir uns auf den Kapitalmärkten auf Dauer zu Niedrigzinsen werden verschulden können. Vor allen Dingen besteht die Gefahr von Inflations-szenarien, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn von Deutschland geht ein Signal nach Europa aus. Wenn wir nicht wieder zur haushaltspolitischen Solidität zurückkehren, ist das ein Signal für Europa insgesamt. Frankreich hat bereits angekündigt, dass es bis 2025 die Maastricht-Kriterien nicht einhalten will. Sie wollen den Stabilitätspakt dauerhaft verändern. Wenn Deutschland nicht zu einer Politik der Schuldenbremse zurückkehrt, dann ist die überdehnte Schuldenpolitik von heute bereits der Anfang der europäischen Schuldenkrise von morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Also: Einen klaren Kurs zurück zur Schuldenbremse, eine Trendwende, raus aus der Belastung, hin zur Entlastung. Wir brauchen eine haushaltspolitische Wende, wie wir sie 2009 schon einmal hatten. Während der Finanzkrise ist nicht nur eine neue Verschuldung gemacht worden, sondern es gab auch ein hartes Ringen über jede einzelne Ausgabe im Haushalt. Ich erinnere mich noch zu gut daran, wie wir in der damaligen Koalitionsrunde im Kanzleramt zusammensaßen und die Politik der schwarzen Null eingeleitet haben. Da war nicht alles richtig. Ich erinnere mich noch, dass ein CSU-Verteidigungsminister mit federndem Gang in den Koalitionsausschuss kam und erklärte, seinen

Sparbeitrag werde er dadurch erbringen, dass die Wehrpflicht abgeschafft wird. Ich muss sagen: Das war ein Fehler; denn die Aussetzung der Wehrpflicht kann niemals ein Sparprogramm sein. Aber diese haushaltspolitische Linie war grundsätzlich richtig. Heute dagegen haben wir einen Bundesfinanzminister, der geradezu dazu ermuntert, mehr auszugeben. Bei der Grundrente gibt es einen Beschluss ohne Gegenfinanzierung; denn die Finanztransaktionssteuer ist bislang noch nicht beschlossen. Jeder Haushalt bietet Spielräume: Haushaltsreste, Subventionen, Asylrücklage. Herr Brinkhaus hat gestern hier gesprochen und den Haushaltsplan von Olaf Scholz in Bausch und Bogen abgelehnt. Aber hier geht es nicht um Fensterreden, hier geht es auch nicht um den Haushaltsentwurf von Herrn Scholz. Wenn dieser Haushalt beschlossen wird, dann ist es auch der Haushalt der CDU/CSU mit allen Löchern, mit allen Mehrausgaben. Mit diesem Bundeshaushalt wird jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland mit 1 200 Euro zusätzlichen Schulden belastet. Allein durch die Auflösung der Asylrücklage könnte diese Mehrbelastung um die Hälfte reduziert werden. Dies zu unterlassen, wäre nicht nur ökonomisch unklug, es wäre ein schwerer Bruch der Generationengerechtigkeit. Es wäre der Totenschein für die Schuldenbremse.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Arbeit und Wirtschaft zum Nutzen der Umwelt



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Es ist ein Haushalt mit Kraft und Ausdauer, weil wir uns einerseits der Pandemie entgegenstemmen müssen, aber andererseits auch die Zukunft unseres Landes für Jahrzehnte sichern müssen. Wir können das alles gleichzeitig, weil Deutschland ein

starkes und modernes Land ist, und wir können es auch deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir gut vorgesorgt haben. Ohne die sozialdemokratische Handschrift, ohne Olaf Scholz wäre vieles davon nicht möglich. Mit seiner großen Erfahrung, Konzentration und dem Willen für Gerechtigkeit kann er unser Land durch die tiefen Umbrüche in den kommenden Jahren führen. Olaf Scholz ist der richtige Kanzler für Deutschland, meine Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen Geld in die Hand für Solidarität und Sicherheit, weil die Menschen in dieser Pandemie Zuversicht brauchen. Wenn ich manche Rede hier im Deutschen Bundestag höre und manches Verhalten sehe, stelle ich fest: Sie wollen diese Zuversicht nicht geben. Aber wir Sozialdemo-

kratinnen und Sozialdemokraten wollen das, weil die Menschen Zuversicht in einer existenziellen Krise brauchen. Das ist der Motor für die Zukunft. Auch deswegen nehmen wir zusätzlich Geld für unsere Volkswirtschaft in die Hand. Wir müssen die Herausforderungen der Digitalisierung und eines klimaschonenden Umgangs im Leben und in der Wirtschaftsleistung dieses Landes gleichzeitig bewältigen. Beides können wir. Dafür wollen wir Kraft und Ausdauer zeigen. Das schafft dieser Haushalt, meine Damen und Herren.

Vieles wird von der Pandemie überlagert. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben recht, dass Sie den letzten Teil Ihrer Rede für diese überzeugenden Worte gebraucht ha-

Fortsetzung auf nächster Seite

ben. Wir stehen nicht am Ende der Pandemie. Ob wir sozusagen einen Erfolg im nächsten Jahr haben, wissen wir alle nicht. Deswegen sind mahrende Worte richtig. Aber, wie gesagt, wir müssen auf der anderen Seite auch Zuversicht geben. Deswegen sage ich mit aller Überzeugung: Erstens. Es ist in den letzten Monaten eine Gemeinschaftsleistung gewesen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind von den Regeln überzeugt. Sie halten sich persönlich daran. Sie mahnen in den Familien. Und sie fordern durchaus auch im öffentlichen Raum dazu auf, diese Regeln zu achten, weil sie helfen, nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gesellschaft.

Zweitens ist es der Staat – nicht die Rückkehr eines Staates –, der in der Krise zeigen kann, was er leistet. Aber es ist nicht irgendeine staatliche Ordnung, es ist der Sozialstaat, meine Damen und Herren, auf den es ankommt, gebaut auf Generationen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Sachwalter dieses Sozialstaates, der so viel Zuversicht und letztlich auch Hoffnung gibt. Und drittens ist es eine demokratische Leistung. Demokratien in dieser Welt schaffen es besser, mit der Pandemie fertigzuwerden als autoritäre Systeme oder Populisten. Autoritäre Systeme warten auf die Zentralen, und Populisten wollen das Virus nur mit Sprüchen bekämpfen. Beides funktioniert nicht, sondern nur demokratische Gesellschaften haben die Kraft und die Ausdauer, sich der Pandemie entgegenzustellen.

Es ist kein Zweifel: Von Anfang an haben wir nicht infrage gestellt, dass Kritik geäußert werden kann, auch weil wir immer wieder neue Erkenntnisse erhalten. Kritik muss auch im Umgang mit dieser Pandemie geübt werden, weil sie auf der einen Seite in diese Demokratie gehört und wir auch über Grenzen diskutieren müssen. Auf der anderen Seite sage ich aber all denen, die sich Sorgen machen und Kritik üben: Augen auf, klar darüber werden, mit wem man sich gemein macht. Ich sage sehr deutlich: Scharlatane, Reichsbürger und Rechtsextreme dürfen nicht dazugehören. Scharlatane, Reichsbürger und Rechtsextreme gehören weder auf die Treppe des Reichstagsgebäudes noch in dieses Parlament, meine Damen und Herren. Diese Bilder haben verunsichert, und daher möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Die Pandemie eignet sich nicht zur Selbstdarstellung. Die Situation, meine

Damen und Herren, ist zu ernst für weiß-blaue Inszenierungen, für eine plumpe Bildersprache, für Kutschfahrten, für Operetten und für Kabinette im Spiegelsaal. Bis heute frage ich mich, warum man sich für so etwas hergeben musste, meine Damen und Herren.

Wir haben vieles auf den Weg gebracht, was auch in diesem Haushalt abgebildet wird, und es liegt noch viel vor uns. Es ist richtig, dass die erste Priorität immer unser Gesundheitssystem sein

Wir nehmen Geld in die Hand für Solidarität und Sicherheit.

muss. In diesem Herbst und in diesem Winter werden die Zahlen wahrscheinlich steigen, und viele der Infektionsverläufe werden wir am Anfang nicht so einfach von anderen Erkrankungen unterscheiden

können. Deswegen ist es richtig, dass der Bund einen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Unterstützung der Krankenhäuser beschließt. Deswegen ist es richtig, dass Liquiditätshilfen und der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung gewährt werden. Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass Überbrückungshilfen gegeben werden. Ich bin der festen Überzeugung: Hier werden wir noch weiteren Bedarf erkennen, und hier müssen wir auch nachsteuern. Aber mit voller Zuversicht und auch voller Stolz sage ich: Es war richtig, im Koalitionsausschuss über die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes zu streiten und dafür zu kämpfen; denn seine Bedeutung ist nicht allen in dieser Koalition so klar gewesen. Manchmal bin ich in diesem Raum irritiert von der Geringschätzung dieses Instruments im Hinblick darauf, was es für den Einzelnen, für die Familien und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet, meine Damen und Herren. Sie gehen zynisch mit dieser Frage um, weil Sie sich – das kann ich Ihnen nicht nehmen – wahrscheinlich gar nicht vorstellen können, dass am Abendbrottisch manche Menschen sitzen, die nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz am anderen Tag noch erhalten werden kann. Genau deswegen, weil wir Zuversicht brauchen, stellen wir das Kurzarbeitergeld zur Verfügung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen um jeden Arbeitsplatz und insbesondere um die Zukunft unserer industriellen Basis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir geben als Koalition dem zuständigen Minister gewaltige finanzielle Spielräume. Wir haben sie eröffnet, wir werden weitere eröffnen, und wir wollen, dass diese jetzt auch genutzt werden,

und zwar schnell genutzt werden. Da wird insbesondere Kollege Altmaier noch etwas leisten müssen, was wir ihm ermöglicht haben, nämlich die Zukunft der industriellen Basis und der Wirtschaft voranzubringen, meine Damen und Herren. Auch das sollten wir hier nicht verschweigen: Elementar für die Bewältigung der Pandemie ist die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen. Deswegen haben wir einen Solidaripakt für die Kommunen beschlossen. Wir wollen die Ausfälle der Gewerbesteuer in diesem Jahr kompensieren. Dass der Bund die Kosten der Unterkunft zu fast 75 Prozent übernimmt, ist eine deutliche Entlastung für die Kommunen in dieser Krise. Aber strukturell wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr: Auf die Tagesordnung hier, aber auch auf die Tagesordnung der nächsten Jahre gehört, dass die Kommunen von ihren Altschulden befreit werden; denn das verschafft ihnen die Luft zum Atmen, für notwendige Leistungen, die sie ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen. Eines gehört zur politischen Auseinandersetzung dazu – Sie haben es erwähnt, Herr Lindner –: Ja, diese Krise kostet eine Menge Geld, weil wir uns mit Kraft und Ausdauer dagegenstemmen wollen. Deswegen ist es richtig, dass wir 2026 mit der Tilgung beginnen wollen. Ich glaube auch, das wird gelingen, weil die heutigen Maßnahmen die Voraussetzungen für Arbeit und Wachstum schaffen und damit eben auch in den nächsten Jahren wieder für mehr Steuereinnahmen sorgen werden.

Aber dennoch – ich bin realistisch –: Das wird nicht ausreichen, und deswegen werden wir politisch darüber streiten, wer zukünftig mehr dazu beitragen kann. Und warum sollen wir das nicht? Für uns ist klar: Die, die künftig mehr dazu beitragen können, das sind nicht die Alleinerziehenden, das sind nicht die Geringverdiener, das sind nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber diejenigen, die mehr als genug haben, werden in dieser Krise stärker gebraucht. Das ist gerecht, und ich bin sicher, dass viele das genauso sehen. Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis geblieben: Für einige in diesem Parlament soll die Pandemie dafür herhalten, andere Aufgaben nicht mehr anzugehen. Das ist kurzsichtig, und zwar insbesondere deshalb, weil es um die nächsten Jahrzehnte und damit um die Zukunft unseres Landes geht. Nicht die Pandemie alleine ist die Herausforderung, sondern die Frage des Klimas und wie wir gleichzeitig die Arbeit in einer klimascho-

nenden Weise letztlich so stärken können, dass auch zukünftige Generationen Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Wirtschaft haben. Deswegen – es waren nur die Sozialdemokraten, die das auf dem Schirm hatten – müssen wir auch Strukturbrüche in diesem Land verhindern. Dieser Weg ist steinig und wird ohne einen starken Sozialstaat nicht gelingen.

Es ist richtig, dass wir uns um die Arbeit von morgen kümmern. Natürlich gilt das zuerst für die Gewerkschaften und für die Unternehmen. Aber der Staat muss Rahmenbedingungen setzen und insbesondere auch Leistungen bereithalten. Qualifizierung und moderne Produktionstechniken sind auch eine Frage der Zukunft unseres Landes. Aber genauso gehört dazu, dass wir es geschafft haben, in diesem Jahr eben keine Almosen zu verteilen. Denn das ist nicht das Selbstverständnis von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir haben die Grundrente geschaffen, und es gibt einen Rechtsanspruch. Keiner muss betteln gehen, sondern das ist in einem Rechtsstaat, in einem Sozialstaat notwendig und auch angemessen, meine Damen und Herren. Ich will auch daran erinnern, was die Lehren aus der Pandemie sind. Es sind eben nicht nur finanzielle Leistungen und nicht nur ein Ordnungsrahmen, sondern insbesondere die Herstellung von Schutz und Rechten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn Sie sich dafür interessieren, wissen Sie, dass die Betriebe, die Mitbestimmung haben und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Betrieb manchmal besser kennen als die Unternehmer, eben besser durch diese Pandemie kommen. Deswegen wollen wir auch die Mitbestimmungsrechte und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den nächsten Jahren in den Vordergrund

stellen. Deswegen war es richtig, aufgrund des Skandals in der Fleischindustrie, den wir erlebt haben, und solcher, die wir auch schon vorher erlebt haben, die Werkverträge rechtlich und politisch anzugehen. Und plötzlich klappt's! Plötzlich wollen sich Arbeitgeber mit Tarifverträgen aus dieser Not befreien. Dies hätte in der Fleischindustrie schon viel früher erreicht werden müssen. Die Gewerkschaften haben damals die Hand ausgestreckt, und erst jetzt, als ein handlungsfähiger Staat reagiert hat, ist es plötzlich offensichtlich möglich. Das beweist doch: Ein Sozialstaat

kann diese Krise am besten angehen, meine Damen und Herren. Ja, es geht zuerst um unser Land. Es geht um Deutschland, und Deutschland wird es nur dann gut gehen, wenn es in Europa vorangeht. Deswegen, Frau Bundeskanzlerin, ist es richtig, dass ein neues Kapitel in der Europäischen Union aufgeschlagen wird. Die Europäische Union muss jetzt an ihren neuen Instrumenten wachsen. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass viele, insbesondere die Bürgerinnen und Bürger, verstehen, dass sie die Herausforderungen alleine nicht bestehen werden. Sie brauchen die Solidarität, insbesondere von den starken Staaten innerhalb der Europäischen Union. Wem das nicht reicht: Die Selbstbehauptung eines europäischen Staates wird in einer unsicheren Welt nur gelingen, wenn wir es gemeinsam machen.

Ich will auch mit aller Bescheidenheit daran erinnern, Frau Bundeskanzlerin, dass es nicht der Merkel/Macron-Plan war, der der Europäischen Union sozusagen einen neuen Schub gegeben hat, sondern es war die Aufforderung des Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und des Finanzministers Olaf Scholz, die im April die Wende in einer Diskussion gebracht hat. – Da können Sie gerne lachen. Sie, Herr Brinkhaus, waren der Erste, der gegen die gemeinschaftliche Kapitalbeschaffung gewettert hat. Wir haben dafür plädiert, und am Ende ist es in der Europäischen Union gelungen. Unterstützen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament diesen Paradigmenwechsel! Europa braucht ihn, und Deutschland, meine Damen und Herren, auch. Von daher gibt

es auch die richtige Richtung: Ja, wir unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission, die noch in einer gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik ausgestaltet werden müssen. Warum sollte man das Fol-

gende von hier vorne nicht sagen? Ich bin über Parteifreundinnen und -freunde in der Europäischen Union enttäuscht. Ich hätte mir große Unterstützung auch bezogen auf die Solidarität der letzten Tage gewünscht. Ich sehe, dass einige nicken, auch bei der Fraktion der Grünen. Deswegen würde ich mich auch gerne einmal an die Grünen wenden. Gibt es Ihnen nicht zu denken, was Ihre Parteifreunde in Österreich tun? Nicht nur, dass unser Nachbar vieles hintertreibt – das tun andere auch –: Der von Ihren Parteifreunden getragene Regierungschef mischt sich plump in die deutsche Innen-

Elementar für die Bewältigung der Pandemie ist die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen.

politik ein, er zündelt. Ich finde, das wäre einmal ein Wort wert gewesen, meine Damen und Herren. Zum anderen: Wenn Sie schon nicht über Ihre Parteifreunde im europäischen Ausland reden wollen, dann sollten Sie über Ihr eigenes Tun nachdenken. Da, wo Sie Verantwortung ausüben, ist die Realität ganz einfach: Anfang des Jahres lehnen Sie eine bessere Duldung gut integrierter Asylsuchender ab, Sie stimmen im Landtag von Baden-Württemberg mit Ihrem Koalitionspartner CDU und mit der AfD. Die größte Zahl von Abschiebungen findet heute aus Baden-Württemberg statt. Und in Sachsen lehnen Sie noch vor wenigen Tagen die Aufnahme weiterer 500 Flüchtlinge aus Griechenland ab. Auch das ist Realität. Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf; aber ich finde, Sie sollten das Dilemma, das Sie haben, auch hier im Deutschen Bundestag erkennen. Sie stecken genauso dadrin, und mancher moralische Zeigefinger sollte ein wenig gesenkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir alle machen uns große Sorgen um den Frieden in

Europa und in der Welt. Wir erleben erneut eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan. Und Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben mit Sorge auf Griechenland und die Türkei verwiesen. Wir hatten es leider schon öfter, dass diese Länder aneinandergelassen sind. Aber der Unterschied heute ist – das wissen Sie besser als ich –, dass dieser Konflikt durch europäische Länder weiter aufgeladen wird. Deswegen ist der beste Weg, zu Verhandlungen zu kommen und die Befragung internationalen Rechts auch durchzuführen. Aber deswegen sage ich auch klar: Wenn Sie eine kluge vermittelnde Rolle einnehmen, dann würde ich Sie auch bitten, den französischen Staatspräsidenten einmal zu fragen, ob es in dieser Situation richtig ist, dass neue Kampfflugzeuge nach Griechenland geliefert werden sollen oder eben auch Fregatten modernisiert werden, die aus deutscher Produktion kommen. Beides, meine Damen und Herren, passt nicht zusammen. Mut gehört in der internationalen Politik auch dazu. Und ja, der versuchte Mordan-

schlag auf Alexej Nawalny war verstörend, und er bedarf in der Tat gemeinsamer Reaktionen. Deswegen war der Weg, den die Bundesregierung mit der Koalition genommen hat, nämlich genau die internationale Institution einzubeziehen, der die entsprechenden Mechanismen zur Verfügung stehen, und zwar aufgrund des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen, der richtige Weg. Ich erhoffe mir davon auch ein gemeinsames Vorgehen. Wir haben das auch um unserer selbst willen getan, weil in der internationalen Politik schon genügend nationale Alleingänge stattfinden. Deswegen müssen wir die noch vorhandenen internationalen Organisationen suchen, um insbesondere nicht – wie in den vergangenen Jahrzehnten – zum Spielball ideologischer oder wirtschaftlicher Machtkämpfe zu werden, die manchmal auch auf unserem Boden ausgetragen werden, meine Damen und Herren.

Das gilt gleichzeitig für den hegemonialen Kampf zwischen den USA und der Volksrepublik China. Ich sage für die Sozialdemokratische Partei sehr klar: An

militärischen Eindämmungsstrategien werden wir uns nicht beteiligen, und im Gegensatz zur Verteidigungsministerin sehe ich uns nicht im Südchinesischen Meer, meine Damen und Herren. Die Volksrepublik China und die USA tragen derzeit gemeinsam zur Eskalation bei, und deswegen ist es richtig, auf beide Seiten einzuwirken. Deswegen an den Koalitionspartner: Ich glaube, die transatlantische Partnerschaft zu würdigen, wie Sie das vor einigen Wochen getan haben, ist richtig, dann aber auf gleicher Augenhöhe und mit allen Instrumenten. Sie konnten es nicht vorhersehen: Als Sie diese Frage für sich aufgerufen haben, hat am anderen Tag die US-Regierung Sanktionen gegen die Vorsitzende und weitere Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs erlassen. Was für eine Wende in der internationalen Politik, wo das Völkerrecht zuerst zählen soll! Deswegen sage ich für meine Partei: Wir sind zuerst auf der

Seite des Völkerrechts. Wenn die USA in den nächsten Monaten auf die Seite des Völkerrechts zurückkehren wollen, dann gerne! Ansonsten werden wir dafür weiterhin streiten. Das Völkerrecht muss die Zielmarke der internationalen Politik sein. Meine Damen und Herren,

Das Völkerrecht muss die Zielmarke der internationalen Politik sein.

den Wandel der Arbeit und der Wirtschaft zum Nutzen der Umwelt zu gestalten – das machen wir mit diesem Haushalt klar. Gleichzeitig wollen wir einen zumindest gefährdeten Frieden weiterhin sichern. Das sind Herausforderungen, die für sozialdemokratische Antworten wie gemacht sind. Deswegen treten wir heute dafür mit einem überzeugenden Haushalt und im kommenden Jahr mit aller Ausdauer und Überzeugung an. Vielen Dank. Bleiben Sie gesund!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Dieser Haushalt sollte grundsätzlich verändert werden



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ein halbes Jahr Corona liegt hinter uns. Ich will mich als Erstes ausdrücklich dem Dank und der Hochachtung an die Bürgerinnen und Bürger, die die Bundeskanzlerin hier ausgesprochen hat, anschließen. Deutschland steht, was die Pandemie betrifft, relativ gut da, und das ist zuallererst ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist Ihr Appell auch richtig, und ich schließe mich auch diesem an. Allerdings will ich zwei Dinge anmerken. Das erste ist: Wir werden weiteren Grundrechtseinschränkungen mit großer Zurückhaltung gegenüberstehen,

weil sie ein Problem sind. Grundrechtseinschränkungen sind genauso wie die Entmachtung des Parlaments problematisch. Zweitens. Die Pandemiebekämpfung wird immer mehr zu einer Bühne für das Vortanzen der Merkel-Erben. Was den Ministerpräsidenten aus Nordrhein-Westfalen und aus Bayern nützt oder schadet, das darf aber überhaupt kein Kriterium sein. Und wenn Herr Merz sogar Menschen als „Faulenzer“ beschimpft, nur weil er nach Aufmerksamkeit schreit, dann ist das nicht in Ordnung. Ihre hausinternen Probleme beeinflussen inzwischen die Entscheidungen. Damit verspielen Sie Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und schaden dem Land.

Ich will nur als Beispiel hier anführen: der Fototermin auf Schloss Herrenchiemsee. Es war eine Inszenierung für Markus Söder, den Ministerpräsidenten mit der miesesten Coronabilanz. Frau Merkel, ich wundere mich, dass Sie so was mitmachen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da Herr Lindner hier etwas zu der Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst gesagt hat, will ich dazu auch etwas sagen. Dass die Politik, dass

die öffentlichen Arbeitgeber nach den letzten Monaten nicht in der Lage sind, die Streiks im öffentlichen Dienst abzuwenden, ist eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger. Die Forderungen von Verdi sind berechtigt. Wir geben Milliarden Euro in die Wirtschaft. Jetzt müssen die Menschen dran sein, die das Land am Laufen halten. Das ist doch das Mindeste; das ist eine Frage von Respekt, meine Damen und Herren. Jetzt zum Haushalt. Der Haushalt ist der letzte dieser Bundesregierung; Sie haben darauf hingewiesen. Er soll zentrale Weichenstellungen vornehmen. Mir scheint allerdings, dass manches nur deshalb entschieden wird, weil Sie, Frau Bundeskanzlerin, aufhören und weil Olaf Scholz Kanzler werden will. Richtschnur Ihrer Politik ist mit diesem Haushalt sichtbar ausschließlich der Wahltermin. Dieser Haushalt ist ein Wahlkampfhauhalt – das ist das Riesensproblem. Wir nehmen so viel Schulden auf wie noch nie 314 Milliarden Euro –, und es ist auch völlig richtig, nicht gegen die Krise anzusparsen. Vieles von dem war notwendig, um Arbeitsplätze, um Betriebe zu retten. Aber Sie sagen

überhaupt nicht, wer denn die 314 Milliarden Euro bezahlen soll. Wer zahlt denn die Rechnung? Sie geben keine Antwort, und keine Antwort ist eben auch eine Antwort. Sie sagen sogar, Sie wollen 2022 zurück zur Schuldenbremse – von 96,2 Milliarden auf circa 10 Milliarden Euro Neuverschuldung. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch. Das ist doch absurd, das ist völlig absurd. Sie bauen damit schon jetzt einen Spardruck auf den Sozialstaat auf. Es wird ein Kürzungshammer drohen – das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Ich will mal daran erinnern, wie es nach der Bankenkrise war, wie Sie das damals gemacht haben: Nach der Bankenkrise gab es in Deutschland 500 000 Vermögensmillionäre mehr, und die Bürgerinnen und Bürger durften die Schulden, die gemacht wurden, um die Banken zu retten, mit dem Verfall der Infrastruktur bezahlen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Nicht einmal jetzt, in der allergrößten Krise, in der Coronakrise, trauen Sie sich, die Superreichen in unserem Land an den Kosten zu beteiligen. Was ist denn so absurd daran, eine einmalige Vermögensabgabe, wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist, wirklich umzusetzen? Das, was Sie machen, ist inakzeptabel. Schauen Sie sich einmal die neuesten Vermögenszahlen an: Die oberen 10 Prozent besitzen zwei Drittel des Vermögens. Warum trauen Sie sich nicht einmal, da etwas abzuholen,

meine Damen und Herren? Der wirklich große Wurf wäre natürlich eine große Steuerreform, lieber Herr Finanzminister, eine große Steuerreform, die die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die kleine und mittlere Betriebe, den Mittelstand wirklich entlastet und vor den Krisenkosten schützt. Wir müssen wieder dahin kommen, dass Leistung in unserem Land eine Rolle spielt und nicht Erbschaft. Bei uns ist es nur Erbschaft. Diejenigen, die viel haben, können weitermachen. Da stimmt das, lieber Herr Scholz: Nichthandeln wird manchmal teurer, als zu handeln. Deswegen muss auf diesem Feld endlich gehandelt werden. Über Ihren Haushalt freuen sich insbesondere der Geldadel und die Rüstungsindustrie; das ist die Wahrheit.

Ein Wort zu den Kommunen. Ja, es ist richtig, bei den Kosten der Unterkunft die 75-prozentige Entlastung durchzuführen. Aber, ehrlich gesagt, das wird in keiner Weise reichen. Die Kommunen werden die Leidtragenden sein. Da wird jetzt schon an allen Ecken und Enden gespart. Es wird natürlich vor allem zulasten der Investitionen gehen, auch der ökologischen Investitionen. Sie verlagern die Verantwortung, und das ist indiskutabel, meine Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben die schwerste Wirtschaftskrise seit

Fortsetzung auf nächster Seite

Jahrzehnten. Das ist allen klar, offensichtlich bis auf Herrn Altmaier. Mein Problem ist ja nicht, dass Sie die Lage beschönigen. Mein Problem ist, dass Sie real viel zu wenig für die wirtschaftliche Erholung tun. Ihr Konjunkturpaket ist das Prinzip Gießkanne: unglaublich teuer, ineffektiv und ungerecht. Als Wirtschaftsminister muss Ihnen doch auffallen, dass aktuell ganz viele Unternehmen ihre Betriebsstätten ins Ausland verlegen wollen. Da muss doch klar sein,

Handlungsbedarf für die Menschen, die Sie in den letzten Monaten beklatscht haben.

dass wir alle darum kämpfen, dass keine Betriebsstätten verlagert werden. Vor allen Dingen darf es kein Geld geben, wenn es Betriebsverlagerungen gibt. Wenn es Geld gegeben hat, dann muss das zurückgefordert werden, meine Damen und Herren. Besonders katastrophal ist, dass der Steuerzahler die Dividenden von Konzernen mitfinanzieren muss. Warum zahlen Sie Staatshilfen, wenn Dividenden ausgeschüttet werden? Die Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen bei Kurzarbeitergeld ist eine Staatshilfe. Das ist dreiste Umverteilung von der Allgemeinheit zu den Aktionären. Die Klattens und Quandts sind ein besonderes Beispiel. Diese beiden haben in diesem Jahr 700 Millionen Euro für Nichtstun, also nur auf ihr Aktienpaket, bekommen. Und Sie subventionieren das mit Steuergeld! Warum zahlen nicht Quandt und Klatten als Eigentümer das Kurzarbeitergeld? Das wäre doch einmal eine sinnvolle Maßnahme. Dass BMW und andere Staatshilfen erhalten und gleichzeitig Dividenden auszahlen, das ist schwer daneben und nichts anderes. Wie sagt der IG-Metall Chef Hofmann dazu: Und besonders glänzend läuft das Geschäft mit Luxuskarossen wie der S-Klasse. Auch diese Krise ist keine Krise der Einkommensstarken in diesem Land. Das ist die Wahrheit.

Die Veranstaltungsbranche hat letzte Woche hier demonstriert. Was sagen Sie eigentlich denen? Die Gefahr einer riesigen Insolvenz- und Pleitewelle ist real. Wie helfen Sie denn den kleinen Unternehmen, den Freiberuflern, den Soloselbstständigen, den Künstlerinnen und Künstlern? Diese verweisen Sie im Prinzip auf Hartz IV, mehr tun Sie nicht, während Sie bei den großen Konzernen mit Milliarden agieren. Das ist eine schwere Schiefelage, meine Damen und Herren. Die Stärke der deutschen Wirtschaft sind aber nicht die großen Konzerne, sondern es sind die hart arbeitenden Arbeitnehmer, es sind die vielen kleinen und mittleren Betriebe, der

Mittelstand. Das ist die Wahrheit. Herr Altmaier, diese muss es noch geben, wenn der Aufschwung kommt. Wenn Sie sich die aktuellen Stellenstreichungen – ob bei Continental, Mahle, Schaeffler usw. – ansehen, dann stellen Sie fest: Wir haben ein riesiges Problem. Ich will zumindest einmal, Frau Bundeskanzlerin, an die Werften in Mecklenburg-Vorpommern erinnern. Hier haben Sie auch eine ganz persönliche Verpflichtung. Das dicke Ende der Wirtschaftskrise steht uns noch bevor. Ein Grund ist wirklich die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Die Arbeitslosigkeit steigt; nicht alle kehren

aus der Kurzarbeit in ihren Job zurück. Vor allen Dingen sind die Reallöhne laut Statistischem Bundesamt im zweiten Quartal so stark gefallen wie noch nie. Besonders stark ist der Rückgang in den unteren Einkommensgruppen. Wir brauchen nicht nur einen Rettungsschirm für die Wirtschaft, sondern einen sozialen Schutzschirm für die Menschen in diesem Land. Das ist das Gebot der Stunde. Meine Damen und Herren, soziale Sicherheit beginnt damit, das eigentlich Selbstverständliche auch zu tun, nämlich dafür zu sorgen, dass man von seiner Arbeit auch leben kann. Sie erhöhen sage und schreibe den Mindestlohn zum 1. Januar um 15 Cent. Das ist eine Verhöhnung von Millionen Leistungsträgern in dieser Gesellschaft. Ich frage Sie wirklich: Sind 15 Cent Ihr Dank für die Coronazeit? Ist das von Ihrem Applaus geblieben? Zigtausende Verkäuferinnen, Pflegerinnen, Paketboten, genau die, die vor Monaten noch systemrelevant waren, müssen sogar aufstocken. Das heißt im Klartext: Sie werden so schlecht bezahlt, dass sie trotz Vollzeit noch zum Sozialamt müssen. In Deutschland verdienen 10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger als 12 Euro. Der Niedriglohnsektor ist aber nicht billig, sondern teuer, und zwar für die Steuerzahler und für den Haushalt. Wir könnten 10 Milliarden Euro im Jahr sparen und sinnvoll einsetzen bei einem entsprechenden Mindestlohn.

Wir fordern Sie deshalb auf: Erhöhen Sie doch in dieser Legislaturperiode den Mindestlohn noch auf 12 Euro! Ich habe das doch x-mal selbst aus der Regierung gehört. Aber real passiert viel zu wenig. Die Minilöhne sind dann die Minirenten von morgen. Zur Abmilderung der Folgen schlechter Löhne geben wir noch einmal 7 Milliarden Euro für Grundsicherung im Alter aus. Deshalb ein

kleiner Haushaltstipp: Beenden Sie Ausbeutung und Lohndumping in Deutschland! Das senkt die Staatsausgaben und erhöht die Einnahmen. Soziale Sicherheit und solide Staatsfinanzen sind eben keine Gegensätze, im Gegenteil. Sie fordern zu Recht von den Bürgern, eine Maske zu tragen. Wir fordern von Ihnen nur: Legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab! Meine Damen und Herren, Kinder und Familien, insbesondere Alleinerziehende, waren und sind teils noch immer Verlierer dieser Krise. Daher – ich teile das – darf es nicht zu einem ähnlichen Lockdown und zu flächendeckenden Kita- und Schulschließungen kommen. Das muss regional entschieden werden; das ist richtig. Aber ich will auch darauf hinweisen, dass in der Pandemie die Kinderarmut in unserem Land weiter gestiegen ist. Damit können wir uns allesamt nicht abfinden. Jedes Kind muss gleiche Chancen haben. Ich will in diesem Zusammenhang aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren. Da steht drin:

Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang.

Das haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag aufgeschrieben. Sie machen gar nichts in diese Richtung. Es kommt nicht in das Grundgesetz. Union und SPD haben hier offensichtlich die Bevölkerung selbst mit dem Koalitionsvertrag verklappt. Versprochen und gebrochen, das ist die Realität. Dass eine solche Verankerung notwendig ist, haben wir in besonderer Weise in der Coronakrise gesehen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sofort einen Autogipfel nach wenigen Tagen ausgerichtet. Aber ein Schulgipfel ist erst Monate später angesetzt worden. Das sagt alles über die Prioritätensetzung dieser Bundesregierung, meine Damen und Herren. Dann sagen Sie immer: Die Länder sind zuständig. – Ich frage mich überhaupt, wieso wir eine Bundesbildungsministerin auf der Bundesebene haben. Das ist wirklich eine zulässige Frage. Heute habe ich von Ihnen gehört, es solle Laptops wegen der Digitalisierung geben. Das hat auch Olaf Scholz gestern gesagt. „Donnerwetter!“, kann ich da nur sagen. Das ist doch schon 2016 von der Kultusministerkonferenz beschlossen worden. Was ist denn bis heute passiert? Wissen Sie, was wir im Bildungssystem vor allen Dingen brauchen, liebe Frau Merkel: gut bezahlte Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben aktuell einen dramatischen Lehrermangel. Das ist unser Hauptproblem: mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen. Das ist entscheidend, wenn alle

Kinder mitkommen sollen, meine Damen und Herren. Ich mache Ihnen einen konkreten Vorschlag. Kippen Sie das 2-Prozent-Ziel der NATO! Wir haben einen Bildungsnotstand. Aber kein Land bedroht die Bundesrepublik, meine Damen und Herren. Wenn wir jährlich 10 Milliarden Euro einsparen, dann könnten wir das Ziel erreichen, dass es keine Klasse in Deutschland mit mehr als 15 Schülerinnen und Schülern gibt. Das wäre einmal eine wirkungsvolle Maßnahme. Wir würden kein Geld verbrennen, kein Steuergeld für Trump und das NATO-Ziel, sondern wir würden damit eines der besten und gerechtesten Schulsysteme der Welt aufbauen. Das wäre einmal eine Maßnahme, sozialpolitisch, bildungspolitisch und übrigens auch integrationspolitisch.

Schlechte Schulen und Kinderarmut sind eine toxische Mischung, die wir endlich auflösen müssen. Ein reiches Land mit der stärksten Wirtschaft Europas darf doch keine schlechten Schulen haben. Doch was passiert bei Ihnen? Sie geben Milliarden für die Rüstung aus. Der Verteidigungsetat ist unter dieser Regierung um 21 Prozent gestiegen. Warum erhöhen Sie mitten in der Krise jetzt auch noch die Rüstungsausgaben deutlich? Warum geben Sie mehr Geld für Rüstung aus als für Gesundheit und Bildung zusammen? Das ist inakzeptabel, meine Damen und Herren. Meine Damen und Herren, jede zweite Rente liegt in Deutschland unter 1 000 Euro. Davon haben 2,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner über 40 Jahre eingezahlt. Und Ihre Grundrente ändert da-

ran nichts. In den Niederlanden gibt es wirklich eine Grundrente, die ihren Namen verdient. Keine Rentnerin und kein Rentner erhält dort unter 1 255 Euro, und das ist bei uns ganz anders. Deutschland hat die stärkste Wirtschaft; aber bei Schulen und bei Renten sind wir Abstiegs-kandidaten in Europa. Wenn ein Durchschnittsverdiener in Wien und ein Durchschnittsverdiener in Würzburg in Rente gehen, dann gibt es in Wien 800 Euro Rente mehr als in Würzburg. Wie wollen Sie das wirklich erklären? Deshalb: Nutzen Sie die Krise für eine grundlegende Reform. Wir machen einen Vorschlag: Lassen Sie zunächst mal alle Abgeordneten des nächsten Bundestages in die gesetzliche Rente einzahlen; das wäre doch ein wichtiges Symbol. Wir brauchen eine Rentenkasse, in die alle einzahlen. Wir werden hier noch vor Weihnach-

ten einen entsprechenden Antrag vorlegen, und dem sollten Sie dann zustimmen. Das wäre zumindest ein wichtiger Schritt.

Eine zweite Großbaustelle des Sozialstaates ist die Pflege. Pflege wird immer mehr zur Armutsfalle. Es kann doch nicht sein, dass ein Pflegeplatz in Deutschland 2 000 Euro oder teilweise noch deutlich mehr kostet. Das ist kein Eigenanteil mehr; das ist Enteignung, meine Damen und Herren. Und was tun Sie dagegen? Jeder dritte Pflegeheimbewohner muss inzwischen Sozialhilfe beantragen. „Wozu gibt es denn eigentlich eine Pflegeversicherung?“, fragen da viele Betroffene. Ich meine, Sie haben hoffentlich nach der Pandemie im Gesundheitswesen dazugelernt, dass Kommerzialisierung wirklich der falsche Weg ist und dass wir hier auch wirklich die Eigentumsfrage stellen müssen. Aber wo ist denn aktuell die bessere Bezahlung in der Kranken- und Altenpflege? Wann senken Sie denn mal die Eigenanteile? Die Pflegeversicherung hat 10 Milliarden Euro mehr in diesem Jahr als 2017, und trotzdem fließt weniger Geld in die Altenheime. Ihr Sparprogramm müssen die Bewohner durch explodierende Kosten und das Pflegepersonal über magere Löhne bezahlen. Ein Sozialstaat ohne ein gutes Renten- und Pflegesystem ist wie eine Schule ohne Lehrer, meine Damen und Herren. Hier müssen Sie handeln und dürfen sich hier auch nicht hinter der Pandemie verstecken, meine Damen und Herren. Handlungsbedarf ist angesagt – für die Menschen, die dort arbeiten, die Sie in den letzten Wochen und Monaten vielfach beklatscht haben.

Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang.

Sie geben Hunderte Milliarden aus und schaffen es aber nicht, dieses Land – mit diesem Haushalt erst recht nicht – krisenfest zu machen. Mit einem Teil des Geldes – nur mit einem Teil des Geldes! – könnten wir den Sozialstaat, das Gesundheitssystem und die Schulen fitmachen für die nächsten Jahre. Stattdessen wird durch Ihre Politik Steuergeld auf eine Art ausgegeben, dass das Land nach der Krise noch tiefer gespalten sein wird, und das, meine Damen und Herren, ist ein Riesenproblem. Deshalb: Dieser Haushalt, der kann nicht dieser Krise, dieser Haushalt kann überhaupt nicht soziale Sicherheit, dieser Haushalt kann nicht Zukunft, und deswegen sollte er grundsätzlich verändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Mehr Tatkraft, Solidarität und Veränderungsbereitschaft



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Seit einem halben Jahr erleben wir, wie das Coronavirus unser Leben auf den Kopf stellt. Ich verstehe ja jede und jeden, den das nervt und der das einfach schlichtweg leid ist. Aber es hilft alles nichts; denn wir haben noch einen verdammt langen Weg vor uns, und wann ein Impfstoff zur Verfügung steht, steht eben nicht hundertprozentig fest. Deutschland ist bis jetzt ziemlich glimpflich durch diese Pandemie gekommen. Aber das muss überhaupt nicht so bleiben; denn es steht der Winter vor uns. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, dass wir das, was uns bisher gut durch die Pandemie gebracht hat – Vorsicht, Vernunft und Solidarität –, weiter aufrechterhalten. Es ist entscheidend, dass wir die Bürgerinnen und Bürger dazu bringen, dass sie weiter so gut mitmachen.

Aber entscheidend ist auch, dass wir als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger das vorleben und gemeinsam gestalten. Wenn ich mir die Herausforderungen anschau, die in diesem Winter auf uns zukommen, würde ich mir, ehrlich gesagt, mehr Gemeinsamkeiten – bei allen föderalen Unterschieden – und mehr Vorausplanung wünschen. Ich kann absolut verstehen, dass man sich am Anfang der Pandemie schwergemut hat, dass man sich am Anfang der Pandemie unsicher war, wie man reagiert. Aber dass wir jetzt nach sechs Monaten immer noch keine vorausschauende Teststrategie haben, dass wir jetzt nach sechs Monaten immer noch darüber diskutieren, wann wir Luftfilter für die Schulen und für die Innenräume anschaffen, dafür sinkt mein Verständnis – bei allem Lob, wie es bisher gelaufen ist. Ich glaube, es muss uns klar sein, dass wir die Prioritäten eindeutig festlegen. Natürlich kann ich auch verstehen, dass die Leute privat feiern wollen. Ich glaube, man kann damit leben,

wenn das noch eine Zeit, auch wenn es einem schwerfällt, nicht stattfinden kann. Aber ich glaube, es ist einfach sehr schwer, damit zu leben, wenn wieder die Schulen geschlossen werden müssten, wenn wieder die Kitas geschlossen werden müssten oder wenn wir wieder insgesamt einen Shutdown unserer Wirtschaft – der in Deutschland im Verhältnis relativ milde war – hätten.

Deshalb: Die Prioritäten müssen klar sein, und deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir bei den Dingen, die im Moment die Infektion treiben – wie private Festivitäten, wie Veranstaltungen, wie Fußballspiele, bei denen man gerne zuschauen kann, wenn alles wieder im Griff ist –, darauf achten, dass die Leute weiter mitmachen, sich im Griff haben, verantwortungsvoll sind und solidarisch sind. Wir haben das erste Nothilfepaket gemeinsam erarbeitet und beschlossen, und das war auch gut so. Seitdem diskutieren wir über bestimmte Lücken. Es nervt einen ja schon fast selbst, es immer wieder sagen zu müssen: Aber warum sorgen Sie nicht endlich dafür – bei dem vielen Geld –, dass die Soloselbstständigen, die Kulturschaffenden eine vernünftige Absicherung bekommen? Das verstehe ich nicht.

Was ich, ehrlich gesagt, auch nicht verstehe, ist, warum Sie für die Grundsicherungsbezieherinnen und -bezieher nicht wenigstens temporär, angesichts dessen, dass so viele Hilfen aus Coronagründen wegfallen mussten, eine Erhöhung gewähren. Das wäre doch sinnvoll; das wäre doch ein Zeichen der Solidarität. Deshalb: Geben Sie sich da einen Ruck! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die sechs Monate haben uns in einer Deutlichkeit vor Augen geführt – wie ich das selber nicht erwartet hätte als Naturwissenschaftler –, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist, trotz allem Wissen, trotz aller Technik und trotz allem Wohlstand, wie brüchig unsere Normalität ist. Ein Virus hebt seit Monaten die Welt aus den Angeln, und die Vorstellung, dass wir mit all unserem Wissen von den natürlichen Lebensgrundlagen entkoppelt sind, dass wir uns die Erde de facto Untertan gemacht haben, diese Vorstellung erweist sich als ganz krasse Illusion.

Die letzten sechs Monate sind auch eine ganz deutliche Warnung, die anderen ökologischen Krisen, wie die Klimakrise, das drohende sechste Massenaussterben, endlich ernst zu nehmen und endlich da-

mit anders umzugehen. In einer Welt, in der die Durchschnittstemperatur – das droht real – um 4 bis 6 Grad steigt, da gibt es keine Normalität mehr für die Menschen, die da leben. Deshalb ist echter Klimaschutz – echter Klimaschutz! – eine Voraussetzung für Freiheit und Demokratie, weil nur echter Klimaschutz uns geordnete Verhältnisse bewahrt. Deshalb: In Zeiten, in denen sich die Grundbedingungen so grundsätzlich ändern, gilt halt: Nur Veränderung schafft Halt; nur Veränderung bewahrt uns das, was uns lieb und teuer ist in dieser Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten sechs Monate haben uns nicht nur unsere Verletzlichkeit vorgeführt, sondern die letzten sechs Monate haben auch eindrucksvoll gezeigt, wie viel Kraft in diesem Land steckt, wenn die politische Führung des Landes es ernst meint. Sie haben gezeigt, wie viel wir gemeinsam hinkriegen können und wie der demokratische Teil dieses Parlaments über sich hinauswachsen kann, und sie haben gezeigt, dass Solidarität, Hilfsbereitschaft und auch Veränderungsbereitschaft allen Unkenrufen zum Trotz viel tiefer als gedacht in den allermeisten Menschen dieses Landes verankert sind. Ich glaube, die letzten sechs Monate haben auch uns, den demokratischen Teil des Parlamentes, gezwungen, über alte Gewissheiten nachzudenken. Wir haben, glaube ich, mehr erreicht, als das viele erwartet hätten. Es ist gelungen, ein Konjunkturpaket historischen Ausmaßes zu schmieden. Es ist gelungen, einen Wiederaufbaufonds auf europäischer Ebene mit über 750 Milliarden Euro zu beschließen, und ich will überhaupt nicht darüber streiten, wer da die erste Idee hatte. Die Nothilfen wurden in wenigen Tagen beschlossen.

Unsere Demokratie und unser Land haben in dieser schwierigen Zeit gezeigt, was sie können. Unser Land hat Handlungsfähigkeit, Veränderungsbereitschaft und Solidarität bewiesen. Angesichts der Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte müssen wir uns das, glaube ich, bewahren. Dann können wir diese Herausforderungen auch bewältigen. Die Antwort auf die Umbrüche kann nicht einfach die Wiederherstellung der alten Verhältnisse – also irgendwelche ideologischen Schlachten – sein. Wenn ich mir die großen Krisen anschau, die auf uns zukommen, dann sehe ich, dass wir diese neue politische Kultur am dringlichsten bei der Be-

kämpfung der Klimakrise brauchen; denn wenn alle wissenschaftlichen Erkenntnisse stimmen, dann ist die Klimakrise eine reale existenzielle Bedrohung für alle Menschen unter 25 Jahren. Bedauerlicherweise handelt die Bundesregierung in diesem Bereich nicht entsprechend; denn es ist völlig klar, dass mit dem Klimapaket des letzten Herbstes die Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht eingehalten werden – geschweige denn die Paris-Ziele.

Es ist doch völlig klar, dass wir nach dem Ausstieg aus Atom und Kohle einen schnellen, verstärkten Einstieg in die sauberen erneuerbaren Energien brauchen. Aber wo sind denn die Sondersitzungen im Bundeskanzleramt? Wo sind denn die schnellen Maßnahmen, um das durchzusetzen?

Stattdessen legen Sie ein Erneuerbare-Energien-Gesetz vor, das den Ausbau der erneuerbaren Energien gefährdet und damit Klimaschutz und Versorgungssicherheit in Schwierigkeiten bringt. Dass der Verkehrssektor eine der größten Schwachstellen der Klimapolitik ist, ist doch auch keine neue Erkenntnis. Trotzdem leisten Sie sich zum Teil ideologische Debatten der 80er-Jahre. Es wäre doch einfach, dem Verkehrsminister zu empfehlen, ein bisschen besser auf seinen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden zu hören. Es ist natürlich eine gigantische Herausforderung, ernsthaften Klimaschutz zu machen. Es ist eine gigantische Herausforderung, die sozialökologische Transformation wirklich umzusetzen, und sie geht natürlich mit Zumutungen einher. Deswegen braucht es selbstverständlich Maßnahmen, um die wirtschaftliche Stärke des Landes und den sozialen Zusammenhalt zu erhalten.

Was aber nicht geht, ist, sich hinter der Größe der Aufgabe zu verstecken und deshalb nur kleinste Tripelschritte zu gehen. Es gab ja verschiedene Angebote aus der Bundesregierung. Ich biete Ihnen sehr gerne an: Lassen Sie uns noch vor Weihnachten einen gemeinsamen Anlauf für ein neues sozialökologisches Klimapaket starten, das einen wirklich wirkungsvollen CO₂-Preis mit sozialem Ausgleich, eine starke EEG-Reform, einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, kombiniert mit Hilfen für die Autoindustrie, Hilfen für die Stahl- und die Chemieindustrie, CO₂-frei zu werden, und eine gute Unterstützung für die Beschäftigten und die sozial Schwachen enthält. Dann können wir das nämlich auch gemeinsam schaffen. Wir brauchen auch in der Finanzpolitik einen neuen politischen Ansatz; denn wenn wir den Wettbewerb mit den USA und Chi-

na bestehen wollen – die Herausforderungen sind gigantisch, insbesondere durch China, einem autoritären, immer diktatorischer auftretenden Regime, das gleichzeitig ökonomisch erfolgreich ist –, dann brauchen wir deutlich mehr Investitionen in den Klimaschutz, in moderne Technologien, in den Ausbau unserer Digitalinfrastruktur, in den Ausbau unserer Netze – mehr Investitionen in Köpfe und mehr Investitionen in Forschung. Das Konjunkturpaket enthält einige richtige Ansätze, aber dieses Konjunkturpaket darf nicht zur Eintagsfliege werden.

Deswegen brauchen wir für die nächsten zehn Jahre einen großen Investitionsakt; denn die Schuldenbremse hat in vielem gut funktioniert, aber sie hat uns gleichzeitig einen gigantischen Investitionsstau beschert. Da wir eine Volkswirtschaft sind und unsere Einnahmen deshalb von unserer ökonomischen Prosperität abhängig sind, müssen wir ausreichend

investieren. Deshalb das nächste Angebot: Lassen Sie uns gemeinsam nicht die Schuldenbremse abschaffen, sondern die Schuldenbremse so reformieren, dass eine Nettoinvestitionsregel hineinkommt! Dann sind wir nämlich auch in der Lage, in den nächsten Jahren Investitionen zu tätigen und Planungssicherheit herzustellen, sodass wir nicht nur gut aus dieser Krise kommen, sondern auch die weiteren Krisen gut bekämpfen und dieses Land für die zukünftigen Generationen deutlich besser machen können. Vor Kurzem ist das Lager Moria abgebrannt. Die Menschen haben schon, bevor es abgebrannt ist, zum Teil seit Jahren unter unwürdigen Bedingungen leben müssen. Moria ist traurigerweise kein Einzelfall.

Ich würde mir auch wünschen, dass wir eine gemeinsame europäische Lösung bekämen, aber eine gemeinsame europäische Lösung muss auf den universellen Werten der Menschenrechte beruhen. Das ist noch entscheidender. Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Städte und Länder – die gibt es nicht nur in Deutschland –, die Geflüchtete aufnehmen wollen, diese Geflüchteten auch aufnehmen dürfen und entsprechend mit Geldern unterstützt werden! Wenn wir uns erhalten, was uns bisher gut durch die Pandemie gebracht hat, dann haben wir auch gute Chancen, die Krisen der nächsten Dekade gut zu bekämpfen. Ich wünsche mir Tatkraft, Solidarität und Veränderungsbereitschaft. Dann werden wir diese Herausforderungen bewältigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verkehrssektor ist eine der größten Schwachstellen der Klimapolitik.

Alexander Dobrindt, CSU:

Wir müssen nach der Krise ein erfolgreiches Land sein



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

In dieser Debatte wird eines sehr klar: Es gibt sehr unterschiedliche Ideen und Vorstellungen darüber, wie man sich aus einer Krise herausarbeiten kann. Manche reden darüber, dass man noch mehr Schulden und höhere Steuern braucht und dass man vielleicht sogar Betriebe verstaatlichen muss.

Lassen Sie sich aber eines sagen: Schulden sind kein Selbstzweck. Wir wollen die Schulden nicht um der Schulden willen, sondern wir wollen Schulden und Kredite, weil wir Chancen für dieses Land schaffen, neue Jobs sichern, Innovationen vorantreiben wollen. Deswegen lautet die Überschrift über diesem Haushalt: Neue Chancen für Deutschland. – Das ist der Grund, warum wir diese Kredite aufnehmen. Es gibt Hinweise darauf, dass vielleicht der eine oder andere da noch einen dritten Weg sieht. Lassen Sie sich an dieser Stelle sagen: Wer meint, er könne in einer solchen Situation Deutschland noch weitere Krisen an den Hals wünschen, wer meint, es sei besser für Deutschland, wenn es diesem Land schlechter geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, der ist keine Alternative für das Land, der ist Abgrund für Deutschland, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit, die hinter solchen Gedanken steht.

Wir wollen hier über Jobs, über Innovationen reden. Wir wollen hier darüber reden, wie wir die Menschen in diesem Land besser aus der Krise herausbringen können, als sie hineingegangen sind. Wir wollen darüber reden, wie wir Chancen für – ja – gute Arbeit und Wachstum schaffen. Dazu gehört, dass wir das Kurzarbeitergeld verlängern und damit Millionen Arbeitsplätze gesichert haben, Unternehmen und Arbeitnehmer durch die schwierige Zeit bringen. Ja, zur Wahrheit gehört auch dazu, dass es zurzeit nicht nur krisenbedingte

Prozesse auf dem Arbeitsmarkt gibt, sondern auch Transformationen. Meine Damen und Herren, eine der Branchen mit den größten Transformationsprozessen ist zurzeit die Automobilindustrie. Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselindustrie, und deswegen müssen wir uns in dieser Phase auch um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Industrie besonders kümmern. Rolf Mützenich hat vorhin gesagt, Sozialdemokraten kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Aber dann, liebe SPD, dann kämpfen wir auch gemeinsam um jeden Arbeitsplatz in der Automobilindustrie.

Dann müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass diejenigen, die heute im Bereich der Verbrennungstechnologien arbeiten, weiterhin eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Dann muss es auch möglich sein, wenn 700 000 Fahrzeuge dieses Jahr nicht gebaut werden, darüber zu reden, was wir tun können, um die Arbeitsplätze zu sichern, die in Gefahr sind, wenn die Fahrzeuge nicht gebaut werden. Dann lasst uns doch bitte auch darüber reden, wie wir mit einer Prämie dafür sorgen können, dass mehr Fahrzeuge auf den Markt kommen, dass die Lieferketten funktionieren und die Zulieferer weiterhin Arbeit haben. Dann lasst uns darüber reden, wie wir mit einer Kaufprämie einen starken Impuls setzen können, damit die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie dauerhaft gesichert werden, liebe Freunde.

Es ist ganz interessant, dass einer der meistgenannten, wenn nicht überhaupt der meistgenannte Politiker in dieser Debatte Markus Söder ist, obwohl er gar nicht im Deutschen Bundestag ist. Aber ihn wird es freuen, nehme ich stark an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr klar formuliert, dass diese Krise nicht als Ausrede

genommen werden darf, um jetzt den Weg, den wir beim Klimaschutz eingeschlagen haben, auf den Prüfstand zu stellen. Die Krise darf nicht als Ausrede genutzt werden, um Klimaziele jetzt infrage zu stellen. Wenn wir unsere Klimaziele, die wir in Paris vereinbart haben, ernst nehmen, dann müssen wir auch darüber reden: Wie gehen wir mit den fossilen Kraftstoffen um?

Wer 2050 Klimaneutralität erreichen will, der muss natürlich auch die fossilen Kraftstoffe auf der Strecke ersetzen. Deswegen reden wir über synthetische Kraftstoffe, auch über synthetische Kraftstoffe im Verbrenner. Deswegen reden wir darüber, wie wir den Verbrenner besser machen können. Die Vorgabe „2035“ ist der genau der richtige Weg, um dafür zu sorgen, dass wir moderne Verbrenner ohne fossile Kraftstoffe, sondern mit synthetischen Kraftstoffen bekommen. Ich sage Ihnen, lieber Christian Lindner, das ist genau der Unterschied zwischen uns und den Grünen. Die Grünen führen einen ideologischen Kampf gegen das Automobil; wir wollen das Automobil besser machen, mit synthetischen Kraftstoffen und anderen Antrieben, liebe Freunde. Also, Herr Hofreiter, es geht bei uns um Innovationen. Bei euch geht es um Ideologien.

Das darf uns übrigens nicht hindern, darüber zu reden: Wie gehen wir mit dem Wandel der Arbeit um? Manche sagen „Arbeit von morgen“. Es geht um die Arbeit in der Zukunft. Wir haben festgestellt, dass die Familien in unserem Land, dass die Bürgerinnen und Bürger Beruf und Familie deutlich enger miteinander verknüpfen wollen, als das vielleicht früher möglich war. Wenn man das erreichen will, dann braucht man dazu kein Recht auf Homeoffice. Das ist etwas, was immer noch in der Ver-

tragshoheit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern liegt.

Aber lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass diejenigen, die heute im Homeoffice arbeiten wollen, die mit ihren Arbeitgebern die Vereinbarungen dafür schaffen wollen, steuerlich bessergestellt werden. Lassen Sie uns eine Homeofficepauschale ins Steuerrecht aufnehmen, damit wir die Möglichkeiten besser gestalten können, Homeoffice zu nutzen. Lassen Sie uns auch darüber reden – auch das ist eine Lehre aus Corona –, dass wir mehr Flexibilität in die Arbeitszeit hineinbekommen. Starre Arbeitszeiten sind nicht für eine moderne Gesellschaft geschaffen, sondern wir brauchen mehr Flexibilität, auch bei der Tagesarbeitszeit. Lasst uns die Wochenhöchst- arbeitszeit vereinbaren und Flexibilität in die Tagesarbeitszeit bringen. Das wäre ein moderner Ansatz für eine Arbeit von morgen und eine Arbeit der Zukunft.

Wenn es um Chancen geht, die aus der Krise herausführen, dann muss man erkennen, dass Krisen meistens auch Verlierer produzieren. Wir wollen nicht, dass diejenigen zu den Verlierern gehören, die zu den Schwächsten in dieser Gesellschaft zählen. Wir wollen nicht, dass die Familien und die Menschen mit kleinen Einkommen automatisch die sind, die nach einer Krise zu den Verlierern gehören. Genau das zeigt sich in diesem Haushaltsentwurf: Wir erhöhen das Kindergeld im nächsten Jahr, und die Familien erhalten 300 Euro Kinderbonus. Mit dem Grundfreibetrag schaffen wir für die Steuerzahler mehr Netto vom Brutto: mit 1 000 Euro im Jahr. Wir werden den Soli abschaffen, ja, für 90 Prozent der Steuerzahler. Wir haben mit dem Baukindergeld Tausenden und Abertausenden von Familien die Chance auf die eigenen vier Wände gegeben. Wir stellen die Familien und die kleinen Einkommen weiterhin in den Mittelpunkt unserer Politik.

Ich bin froh und dankbar, dass es gelungen ist, ein klares Signal an die Alleinerziehenden in unserer Gesellschaft zu senden. Wir haben den Freibetrag für Alleinerziehende auf 4 000 Euro verdoppelt, und ich bin froh und dankbar, dass die SPD nach anfänglichem Zögern bereit war, unserem Vorschlag zu folgen. Aber jetzt muss der zweite Schritt kommen:

Nicht befristet auf 2021, wir wollen, dass die Alleinerziehenden dauerhaft bessergestellt werden im Steuerrecht in diesem Land, meine Damen und Herren.

Zum Klima und zu den Anstrengungen im Bereich der Bekämp-

fung der Klimakrise gehört auch, dass wir uns mit den ethischen Fragen der Wirtschaft auseinandersetzen. Die Globalisierung hat Fehler. Globalisierung hat in der Vergangenheit auch zu der einen oder anderen falschen Entwicklung geführt. Wir wollen das korrigieren. Dazu gehört das klare Bekenntnis zu einem Welthandel.

Dazu gehört aber auch das klare Bekenntnis dazu, dass wir den Wettbewerb um den billigsten Preis nie werden gewinnen können. Wer meint, er könne den Wettbewerb um den billigsten Preis gewinnen, der wird ethisch am Schluss versagen. „Made in Germany“ war nie das Versprechen des billigsten Preises, „made in Germany“ war immer ein Versprechen der besten Qualität. Und zur besten Qualität gehört heute auch das Versprechen einer ethischen Produktion. Deswegen wollen wir, dass wir in die-

sem Bundestag gemeinsam ein Lieferkettengesetz verabschieden und dieses Lieferkettengesetz möglichst schnell umsetzen, meine Damen und Herren. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie diese mahnenden Worte gefunden haben. Wir müssen die Gefahren benennen und erkennen. Sie haben gesagt, es kommt auch auf jeden Einzelnen an. Wir sind auf Ihrer Seite. Es kommt auf jeden Einzelnen an, wenn wir aus der Krise gut herauskommen wollen.

Und es kommt vor allem auch auf die Politik an, deutlich zu machen, dass wir es bei aller Rhetorik und allen bestimmten Überlegungen bezüglich der krisenhaften Situation mit den Chancen ernst meinen. Dieses Land braucht jetzt den klaren Hinweis auf die Chancen und den Weg aus der Krise. Die Menschen erwarten von uns, dass wir auch nach einer Krise ein stabiles und gutes und erfolgreiches Land sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Globalisierung hat in der Vergangenheit auch zu falschen Entwicklungen geführt.



Die Zukunft der Energieversorgung und die Strompreise sind seit Jahren Thema im Bundestag.

© picture alliance / Rupert Oberhäuser

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Alexander Gauland (AfD), Achim Post (SPD), Otto Fricke (FDP), Doris Achelwilm (Die Linke), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Jung (CDU/CSU), Dr. Marc Jongen (AfD), Dennis Rohde (SPD), Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen), Paul Ziemiak (CDU/CSU), Joana Cotar (AfD), Joana Cotar (AfD), Monika Grütters, Staatsministerin BK, Dr. Diether Dehm (Die Linke), Martin Rabanus (SPD), Patricia Lips (CDU/CSU), Elvan Korkmaz-Emre (SPD).

leicht
erklärt!

30 Jahre Deutsche Einheit

Ost und West nähern sich



Tag der Deutschen Einheit



Am 3. Oktober war ein Feier-Tag.
Und zwar der Tag der Deutschen
Einheit.
Diesen Feier-Tag gibt es jedes Jahr.
Dieses Mal war er aber etwas
Besonderes.
Die Deutsche Einheit ist dieses Jahr
nämlich genau 30 Jahre her.
Im folgenden Text steht mehr dazu.

Was ist die Deutsche Einheit?



Deutschland war nicht immer ein
einziges Land.
Für viele Jahre war es in 2 Länder
geteilt.
Das eine Land hieß:
Bundes-Republik Deutschland.
Und das andere hieß:
Deutsche Demokratische Republik.
Durch die Deutsche Einheit hat sich
das geändert.
Deutschland wurde wieder zu einem
Land.
Das Folgende ist damals passiert.

Der Zweite Welt-Krieg



Deutschland hat
den Zweiten Welt-Krieg angefangen.
Das war ein sehr großer Krieg.
Auf der einen Seite kämpfte
Deutschland.
Auf der anderen Seite kämpften zum
Beispiel: die USA, Groß-Britannien,
Frankreich und ein Land mit dem
Namen Sowjet-Union.
Die Sowjet-Union ist das Land,
aus dem später Russland entstand.
Diese 4 Länder haben den Krieg
gewonnen.
Deutschland hat den Krieg verloren.
Das war im Jahr 1945.

Die Teilung von Deutschland



Nach dem Krieg haben die
4 Gewinner-Länder Deutschland
unter sich aufgeteilt.
Jedes Gewinner-Land bekam einen Teil.
Dort bestimmte es dann über die
Gesetze.



Deutschland wurde nun also von 4 fremden Ländern geleitet.

Die stellten sich eine wichtige Frage: Sollte Deutschland wieder zu einem eigenen Land werden? Sollte es wieder selbst über sich entscheiden können?



Streit zwischen den Gewinnern

Zwischen den Gewinner-Ländern gab es dann einen großen Streit.

Dieser Streit hat den Namen: Kalter Krieg.

In diesem Krieg gab es 2 große Gruppen.

In der einen Gruppe waren die USA, Groß-Britannien, Frankreich und andere Länder.

In der anderen Gruppe waren die Sowjet-Union und andere Länder.



Die Gewinner-Länder vom Zweiten Welt-Krieg waren jetzt also Gegner.

Darum waren sie sich nicht einig, was mit Deutschland passieren sollte.

Jede der Gruppen gründete deshalb am Ende ein eigenes Land.

Die USA, Groß-Britannien und Frankreich gründeten die Bundes-Republik Deutschland. Oder kürzer: Die Bundes-Republik.

Die Sowjet-Union gründete die Deutsche Demokratische Republik. Oder kurz: Die DDR.

Das war im Jahr 1949.



Die Bundes-Republik gehörte im Kalten Krieg zur Gruppe der USA.

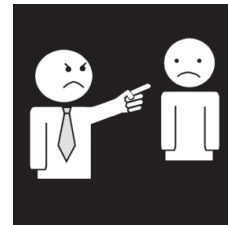
Die DDR gehörte zur Gruppe der Sowjet-Union.

Also waren auch die Bundes-Republik und die DDR Feinde.

Aber sie versuchten auch immer wieder, gut miteinander auszukommen.

Denn sie waren ja aus einem Land entstanden.

Die Situation war also sehr schwierig.



DDR – Eine Diktatur

Die Politik in der DDR machte die Situation noch schwieriger.

Denn die DDR war eine Diktatur.

Das Wort „Diktatur“ hat etwas mit Politik zu tun.

Damit meint man ein Land, in dem nur wenige Personen über das Leben aller anderen bestimmen.

Die meisten Menschen können im Land nicht mitbestimmen.

Sie können zum Beispiel nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollen.

In einer Diktatur haben die Menschen nur wenige Freiheiten.

Sie dürfen zum Beispiel nicht so einfach ihre Meinung sagen.

Ansonsten werden sie bestraft.

Grenze durch Deutschland

Die Politiker in der Bundes-Republik waren gegen die Diktatur.

Auch viele Menschen in der DDR waren unzufrieden.

Deswegen verließen sie das Land.

Sie gingen zum Beispiel in die Bundes-Republik.

Darum sperrten die Politiker der DDR die Grenze zur Bundes-Republik ab.

Sie ließen eine hohe Mauer bauen.

An der Mauer standen Soldaten.

Nur mit einer besonderen Erlaubnis durfte man über die Grenze gehen.

Diese Erlaubnis haben nur wenige Personen bekommen.

Darum haben viele versucht, ohne Erlaubnis über die Grenze zu kommen.

Wenigen ist es gelungen.

Sehr viele hat man gefangen.

Viele wurden getötet.

Die Grenze trennte auch Familien voneinander.

Denn manche Familien-Mitglieder lebten in der Bundes-Republik.

Andere in der DDR.

Und sie sahen sich oft für viele Jahre nicht.





Ende der DDR

In der DDR gab es eine Menge Probleme.

Mit der Zeit wurden sie immer größer.

Besonders schlimm wurden sie ungefähr ab dem Jahr 1980.

Zum Beispiel:

- Die DDR hatte kein Geld mehr. Sie musste sich Geld leihen. Zum Beispiel aus dem Ausland.
- Die Menschen in der DDR konnten sich nicht so viele Dinge kaufen wie die Menschen in der Bundes-Republik.
- Die Menschen waren unzufrieden, weil es so viele Verbote gab.

Die wichtigsten Politiker von der DDR wollten aber nichts ändern.



Öffnung der Grenze

Irgendwann konnten die Politiker die Leute nicht mehr überhören.

Sie mussten ihre Wünsche erfüllen. Zumindest teilweise.

Zum Beispiel:

Sie öffneten die Grenze zur Bundes-Republik.

Das heißt, die Menschen durften jetzt wieder über die Grenze gehen.

Sie brauchten dazu keine Erlaubnis mehr.

Das war am 9. November 1989.

Und etwas später gab es richtige Wahlen.

Nun hatten die Menschen in der DDR einen weiteren Wunsch: Die beiden deutschen Länder sollten wieder zu einem Land werden.

Friedliche Demos

Viele Menschen in der DDR sagten lange Zeit nichts darüber, wie unzufrieden sie waren.

Zum Beispiel, weil sie Angst vor den Strafen hatten.

Das änderte sich jetzt.

Die Leute schlossen sich zu Gruppen zusammen.

Sie machten Demos.

Demo ist das kurze Wort für Demonstration.

Bei den Demos gingen die Menschen auf die Straße.

Sie sagten laut, was sie störte und was sie sich wünschten.

Aber sie benutzten keine Gewalt.

Manche hatten Plakate.

Auf denen waren die Wünsche aufgeschrieben.

Die Leute hatten viele Wünsche.

Zum Beispiel:

- Sie wollten die Politiker wählen, die sie gut fanden.
- Sie wollten ihre Meinung sagen.
- Sie wollten überallhin reisen.



Die Deutsche Einheit

Die Politiker in der DDR und der Bundes-Republik bereiteten darum die Deutsche Einheit vor.

11 Monate später war es so weit.

Die DDR trat der Bundes-Republik bei.

Es gab nun keine DDR mehr.

Und die Bundes-Republik bekam 5 neue Bundes-Länder.

Und zwar: Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Das war am 3. Oktober 1990.

Darum ist das bis heute der Tag der Deutschen Einheit.



Die Deutsche Einheit heute

Die Deutsche Einheit gibt es nun seit 30 Jahren.

Und auch heute wird noch immer viel darüber gesprochen.

Ein Thema ist zum Beispiel Folgendes:

Die DDR hatte an ihrem Ende ja einige Probleme.



Eine Folge davon war:
Dort konnte man nicht genauso gut leben wie in der Bundes-Republik.

Man sagt auch:
Die Lebens-Verhältnisse dort waren nicht so gut.

Lebens-Verhältnisse sind alle Dinge, die das Leben in einer bestimmten Region gut oder schlecht machen.

Darum beschlossen die Politiker damals:
In den neuen Bundes-Ländern soll man genauso gut leben können wie in den alten Bundes-Ländern.



In den letzten 30 Jahren wurden darum viele verschiedene Dinge in Ost-Deutschland getan.

Es wurde zum Beispiel Geld für verschiedene Dinge ausgegeben.
Für Schulen und Unis.
Für Firmen.
Für Straßen und Schienen.

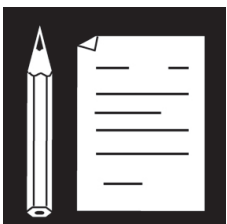


Jedes Jahr wird dann geschaut: Wie haben sich die Lebens-Verhältnisse in Ost-Deutschland verbessert?

Diese Infos werden dann in einen Bericht geschrieben.
Der neueste Bericht ist vor ein paar Wochen herausgekommen.

Darin steht:
Die Lebens-Verhältnisse im Osten kommen denen im Westen immer näher.

An manchen Orten in Ost-Deutschland sind sie auch schon genauso gut.



Es gibt aber auch noch Probleme.
Zum Beispiel:

- Ein Arbeiter im Osten verdient noch immer nicht so viel wie einer im Westen.
- Im Osten gibt es nicht so viele große Firmen wie im Westen.
- Junge Menschen ziehen aus dem Osten in den Westen.
Im Osten fehlen sie dann zum Beispiel als Arbeiter.



Außerdem steht im Bericht auch:

Im Osten und im Westen gibt es noch Unterschiede, welche Meinung die Menschen über die Politik in Deutschland haben.

In Ost-Deutschland sind viele Menschen unzufriedener mit der Politik in Deutschland.

Sie haben das Gefühl: Sie durften bei der Deutschen Einheit nicht so viel mitreden wie die Menschen im Westen.

Man hat sie nicht so sehr beachtet.

Eine Idee ist deswegen: Politiker sollen mehr mit den Menschen in Ost-Deutschland sprechen.

Sie sollen deren Sorgen ernst nehmen.

Dann kann man versuchen, etwas dagegen zu machen.

Und dann können der Westen und der Osten von Deutschland sich noch näherkommen.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Wolfgang Kumm. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 41/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Oktober 2020.